MSZ
Marxistische Studenten Zeitung

Galerie Großer Geister

Elmar Altvater, ein sehr politischer Ökonom

Wie es sich für einen ganz gewöhnlichen und anständigen Linken gehört, betrachtet Elmar ALTVATER alles, was sich im nationalen und internationalen Geschäftsleben sowie in der Welt der Politik so tut, ziemlich historisch —

„Erkenntnisziel ist es, die gegenwärtige ökonomische Situation als Resultat einer langen Entwicklung seit dem Zweiten Weltkrieg zu begreifen." —,

und immer aus der Perspektive des Klassenkampfes:

„Nicht nur die Bewegung der Kapitalakkumulation, sondern auch die Bewegung der Klassenkämpfe konstituieren die Entwicklungstendenzen des Kapitalverhältnisses. So können die Klassenkämpfe nicht losgelöst von den Akkumulationsbedingungen des Kapitals und diese nicht unabhängig von den Klassenkämpfen analysiert werden." (IVa/101)

Wie alle Linken erreicht er sein Erkenntnisziel also immer, denn alles von ihm Untersuchte erweist sich prompt als *„Resultat einer Entwicklung"* ebenso wie als eine *„Bedingung des Klassenkampfes"*. Völlig zurecht zählt er deshalb zu den Leuten, die sich, wenn sie einmal in größerer Anzahl zusammenkommen, mit *„Genosse"* anreden und etwaige Differenzen mit einem Bekenntnis zum unverzichtbaren Grundwert der Linken, zur Solidarität überbrücken.

Seine besondere Stellung unter seinesgleichen verdankt er seiner beruflichen Qualifikation. Er hat nämlich Ökonomie studiert und vermag es immer wieder in bestechender Manier, den linken common sense bezüglich der Schwachstelle, die das kapitalistische System auszeichnet, darzustellen — und zwar mit der Kompetenz eines Fachmannes, der es wissen muß. Er hat zwar wie alle Ökonomen von Ökonomie keine Ahnung, aber seine Besichtigung sämtlicher wirtschaftlicher Phänomene auf ihr Funktionieren hin beschert immerhin die Entdekkung von Wirkungen und Bedingungen, deren Vorhandensein oder Ausbleiben er in prognostischen Schlußfolgerungen als Orientierungshilfe für mögliche Klassenkämpfe zur Diskussion stellt. Seinerzeit vom SDS um kompetenzverdächtige Alternativprognosen angegangen, hat er sich stets bereitgefunden, einen Entweder-oder-Aufsatz zu liefern; als er, inzwischen zu akademischen Würden gelangt (die Studentenbewegung hat nämlich nicht nur die Hochschulreform durchgesetzt, sondern aus einer ganzen Reihe damals bewegter Studiosi äußerst kritische Hochschullehrer gemacht), von einem beträchtlichen Teil der ehemaligen Bewegung nicht mehr gefragt wurde, weil sein Zeug für die ML-Proselyten nicht brauchbar war, entschloß er sich, im Kreise von OSI-Kollegen seine Stellung zum Klassenkampf zum Problem auszubauen. Im *Sozialistischen Büro* ergriff er dann die Gelegenheit, die Linken mit seiner Sicht dieses Problems zu vereinheitlichen. Auch heute noch weiß er sich mit allen einig, die gerne einmal solidarisch über die Möglichkeit des Sozialismus diskutieren; vor allem dann, wenn die Behandlung, die die Macher des realen Sozialismus einem Rudolf Bahro angedeihen lassen, die Unmöglichkeit seiner Realisierung beweist. Den fälligen Kongreß beglückte er mit seiner gewichtigen Stimme und stellte die Frage,

„wie die These: ‚Ohne Sozialismus keine Demokratie, ohne Demokratie kein Sozialismus' theoretisch und praktisch konkretisiert werden kann unter Berücksichtigung der historischen Erfahrungen."

Was ihn an einer bürgerlichen Herrschaftsform so fasziniert, hat er zwar auf besagtem Bahro-Kongreß nicht gesagt; aber immerhin war er so anständig, in einer weiteren These klarzustellen, warum er lieber mit Linken über die Bedingungen der Konkretisierung solcher Thesen verhandelt, als Argumente und Taten in Sachen Revolution hören und sehen zu lassen. Er hält, nach eingehender Prüfung der historischen Erfahrungen und unter Benutzung von massenfreundlichen, emanzipationsträchtigen antileninistischen Klischees eine Revolution schlechterdings für eine Unmöglichkeit. Die Bedingungen für seine diesbezüglichen Bedenken verschweigt er nicht, zumal jedem linken Soziologen und Politologen seine Kennzeichnung des heutigen und späten Kapitalismus unmittelbar einleuchtet:

„Angesichts der Strukturiertheit (!) der hochentwickelten (!) Gesellschaft (!) durch den Staat und dessen Komplexität (!) ist eine Avantgarde allein (!), auch wenn sie die Massen der Zentren hinter sich hat," *(also doch nicht ganz allein und avant ist!)* **„zum Mißerfolg verurteilt."**

Deswegen also verzichtet ALTVATER auf jeglichen Avantgardismus und macht pausenlos Reklame für die linke Nachhut, deren höchste Pflicht darin besteht, den Kapitalismus daraufhin zu besichtigen, ob er sich wenigstens noch als seiner Existenz würdig erweist, wenn schon seine Gegner aufgeschmissen sind. In der ungebrochenen Kraft seines Denkens widmet sich dieser Ökonom wie eh und je der Ausgestaltung jener Kapitalismuskritik, die in den Krisen die Achillesferse des hochentwickelten und komplexen Systems erblickt — natürlich wegen der Bedingungen und Chancen, welche die Krise der Linken sowie dem Proletariat eröffnet. Darin wiederum erweist er sich als höchst unanständig, weil jener Spezies von Menschen zugehörig, denen man getrost ins Gesicht sagen kann, sie hätten sich — trotz mancher kosmetischer Anstrengung — seit mindestens einem Jahrzehnt überhaupt nicht mehr verändert.

DIE KONJUNKTUR ALS BEDINGUNG DES KLASSENKAMPFES

Des linken Ökonomen Elmar ALTVATER liebstes Kind ist die Krise. In ihr entdeckt er, ganz in der Tradition seiner arbeiterbewegten und linksökonomischen Vorgänger stehend, das Moment der kapitalistischen Produktionsweise, an dem ihre Kritiker das Material und die Berechtigung ihrer Einwände zu suchen haben. Der dabei entwikkelte Eifer konstatiert Krisenhaftes und daher Kritikwürdiges auch dort, wo sich ganz gewöhnliche Konkurrenz und deren staatliche Verwaltung abspielt: Da gibt es *„Weltwährungskrisen"*, die *„Fiskalkrise des Staates"*, *„politische Krisen"*, *„soziale Krisen"* und die *„Krise von Staat, Parteien, Gewerkschaften"*, die sich lässig zur *„Sinn- und Legitimationskrise"* auswachsen und selbst eine *„politische Identitätskrise der Arbeiterbewegung"* hervorrufen, andererseits auch eine *„bürgerliche Hegemoniekrise"* heraufbeschwören. Im Vergleich mit krisenfreien Zeiten offenbart der Wirtschaftsexperte der linken Szene sein interessiertes Unbehagen an der Fortdauer des Kapitalismus;

„Der Kapitalismus hat noch nie so gut funktioniert wie in den vergangenen 2o Jahren. Hohe wirtschaftliche Wachstumsraten sicherten eine stetig steigende Warenfülle; Krisen größeren Ausmaßes *(an kleinen läßt sich die Verderbtheit des Kapitals schlecht beweisen!)* erschütterten bisher (!) seine Wirtschaft nicht..." (I/5)

So hebt die Abhandlung über die (erfundene) Weltwährungskrise an; jedermann soll wissen, daß es mit dem *„Funktionieren"* endgültig vorbei ist und nun die mageren Krisenjahre des Kapitalismus anbrechen. Der Maßstab der Beurteilung verblüfft — es geht um die Funktionstüchtigkeit des kapitalistischen Systems, wobei als positives Indiz *„hohe Wachstumsraten"* und eine *„steigende Warenfülle"*, als negatives das Ausbleiben von *„Krisen größeren Ausmaßes"* angeführt werden. Der Ökonom ist ausgezogen, um dem Kapital seine Krisen vorzurechnen, und er weiß nicht einmal, worin diese bestehen: denn erstens zeigt die Krise, daß das *„Funktionieren"* bisweilen nicht in hohen Wachstumsraten, sondern in der Entwertung von Kapital besteht. Zweitens ist eine *„stetig steigende Warenfülle"* weder Zeichen für eine Krise noch fürs Gegenteil, weil es ganz auf ihr Verhältnis zum zahlungsfähigen Bedürfnis ankommt. ALTVATER ist in seiner Diagnose so sehr bürgerlicher Ökonom, daß er vornehm über den kleinen Unterschied hinwegsieht, ob es sich um eine *„steigende Fülle"* von Ladenhütern oder um realisiertes Kapital handelt. Aber was soll man von einem Linken auch anderes erwarten: schließlich fiele ihm doch gegen das modernste aller Ausbeutungsverfahren nichts mehr ein, gäbe es nicht den bürgerlichen Maßstab, nach dem sich der Kapitalismus gute oder schlechte Zensuren verdient, je nachdem, wie flott seine Akkumulation vonstatten geht! Daß Linke wie er ohne wirkliche oder erfundene Krisen anfangen, ihre mangelnde Bereitschaft zum Klassenkampf mit der Unerschütterlichkeit des Kapitalismus zu legitimieren, und auf den von der Realität *„widerlegten"* Marxismus pfeifen, spricht er an anderer Stelle mit der Genugtuung des wieder gefragten Ökonomen aus:

„Die Wirklichkeit der Kapitalentwicklung hat auch in der Bundesrepublik die Krise wieder auf die Tagesordnung gesetzt; die tatsächliche Entwicklung der ‚Marktwirtschaft' hat den auch unter den Linken verbreiteten Glauben an den ‚krisenmanipulierenden', ‚staatlich organisierten Spätkapitalismus', an das ‚Wachstum ohne Stagnation' und an die ‚moderne Wohlstandsgesellschaft' kräftig erschüttert. Dieses seit der ‚Rezession' von 1967 deutlich spürbare Ende der, jedenfalls in der BRD, relativ gleichmäßigen Kapitalakkumulation der beiden Nachkriegsjahrzehnte ist ein direkter Anstoß für die seit dem Faschismus unterbrochene Beschäftigung mit der marxistischen politischen Ökonomie geworden."

Der Dank dieses Theoretikers gilt dem Umstand, daß der Gegenstand seiner Kritik sich durch seine Krise tatsächlich als ein Ding erweist, an dem man als linker Mensch und Ökonom dazu etwas auszusetzen haben kann. So stellt ALTVATER um die Wende zu den siebziger Jahren mit hörbarem Aufatmen fest, daß der Kapitalismus nach *„2o Jahren, in denen er so gut wie noch nie funktioniert hat"*, der seit MARX umlaufenden schlechten Meinung über sich endlich wieder gerecht wird und sogar den Klassengegensatz wieder aufleben läßt:

„Krisenüberwindung bedeutet Ankurbelung der Profite auf Kosten der Arbeitseinkommen." (I/7)

Solche Selbstentlarvung des Kapitalismus fordert die Wertschätzung eines Mannes heraus, der weniger die Ausbeutung als Grund für Klassenkampf denn die Konjunktur als seine Bedingung betrachtet. In der Fortführung dieses falschen Gedankens schließlich wird die Bedeutung der Konjunkturanalyse, mithin des linken Ökonomen für die Arbeiterbewegung jedem einleuchten. Er stellt nämlich dieser Bewegung die Frage, ob sie sich auch wie er selbst immer schön die Frage stellt, wie die — ökonomische, politische, allgemeine, besondere

„Krise des Kapitalismus revolutionär genutzt werden kann, wie also die subjektiven Bedingungen für den Sturz des Kapitalismus geschaffen werden können, wenn (!) die objektiven Bedingungen ihn ermöglichen." (I/8)

Das *„wenn"* bringt's! Mit dem Konditionalis beseitigt Altvater alle Unklarheiten über die Absicht, die er mit seinem Getöne über die *„revolutionäre Nutzung"* der Krise verfolgt. Als marxistischer Theoretiker verabschiedet sich dieser Mensch von der einzigen Aufgabe marxistischer Theorie: den Ausgebeuteten durch die Erklärung ihrer Lage jede Illusion auszutreiben, praktische Kritik ihres falschen Bewußtseins zu üben, mit dem sie zu ihrem fortdauernden Schaden mit der Lohnarbeit und ihrer staatlichen Regelung zurechtzukommen suchen, also Agitation für den Willen zu betreiben, die Gründe ihrer Klassenmisere zu beseitigen. Stattdessen verschafft er sich — selbstredend in trauter Umarmung des *„subjektiven Faktors"* — sein wissenschaftliches Betätigungsfeld: Konjunkturanalysen zu erstellen, die als Prognosen über (mehr oder — meist — weniger) günstige Bedingungen des Klassenkampfes die marxistische Diskussion der BRD ungemein beleben.

KEIN KLASSENKAMPF OHNE DIE DIAGNOSE SEINER MÖGLICHKEITEN

Dieses Programm wäre nichts, würde es nicht bei jeder Gelegenheit mit dem Hinweis auf die Bescheidenheit vorgetragen, deren sich sein Urheber befleißigt. Wir müssen, so befindet Elmar ALTVATER vorsichtig und doch prinzipienfest,

„mit theoretisch-analytischen" *(nicht mit praktisch-synthetischen)* **„Anstrengungen versuchen, die richtige Theorie zu entwickeln, um uns in der Realität entsprechend unseren Interessen orientieren und die Möglichkeiten in dieser Gesellschaft praktisch entfalten zu können. Dabei hilft uns** *(nicht etwa unser Hirn, nein vielmehr)* **die kapitalistische Entwicklung selbst weiter."** (I/7)

Der Kapitalismus, gegen den sich das ganze Unternehme zu richten vorgibt, erscheint ihm als eine unentbehrliche Hilfe. Der Gegenstand seiner Theorie führt die Feder, wenn der Herr Politökonom zu ein paar abschätzigen Bemerkungen über seine Krisenanfälligkeit gelangt — zweifelsohne eine gelungene Forsetzung des angeblich materialistischen und traditionsreichen Gedankens, mit welchem sich schon mancher für seinen theoretischen Unsinn entschuldigt hat, indem er die *„Begrenztheit"* und *„Vorläufigkeit"* seiner Anschauungen den Verhältnissen in die Schuhe schob, über die er nachgedacht hat. Ein solcher Gedanke verdient es durchaus, in Gestalt von Bemerkungen über Theorie & Praxis aufgewärmt zu werden; denn die Weisheit, daß — recht betrachtet — der Fortgang der Ausbeutung durch Boom und Krise dem Theoretiker zum Verbündeten wird, wenn er sich nur gehörig an ihm orientiert, ist schon die halbe Konjunkturanalyse:

„Nur als Einheit von theoretischer Reflexion der verwendeten Kategorien und deren konkreter Anwendung in aktuellen Analysen kann sie ihrer Aufgabe gerecht werden, als revolutionäre Theorie zum Moment revolutionärer Praxis zu werden. Es wäre völlig verfehlt, im Warten auf die (!) ökonomische Krise des Kapitalismus sich zu beschränken" *(wo man doch in der Zwischenzeit herausfinden kann, wann mit ihr zu rechnen sein dürfte)*, **„aber (!) die konträre Auffassung von der Bedeutungslosigkeit der ökonomischen Lage für die revolutionären Möglichkeiten, d.h. die Verabsolutierung des ‚subjektiven Faktors' ist ebenso verfehlt."** (II/3)

Natürlich ist niemand je auf die Idiotie verfallen, die *„ökonomische Lage"* für bedeutungslos zu halten. ALTVATER wirbt hier für seinen Umgang mit der kapitalistischen Realität, indem er zu diesem eine Gegenposition erfindet und ihr den Vorwurf der *„Einseitigkeit"* macht. Er pocht auf die *„andere Seite"* und bekräftigt ein weiteres Mal, daß der Gang der kapitalistischen Geschäfte nie und nimmer den Grund für revolutionäre Umtriebe darstellt, vielmehr eine Bedingung abgibt, zu der sich eine andere gesellt: der ‚subjektive Faktor'. So verdolmetscht ein soziologisch gebildeter linker Ökonom sich den ihm rätselhaften Willen, die Revolution zu machen: er ist das Problem der Voraussetzung seiner Bedingungen, die allerdings erst zum Tragen kommen, wenn der Klassengegner bereits die ‚objektiven Bedingungen' beigesteuert hat! Weil's so schön war, dasselbe gleich nochmal:

„Einerseits ist die revolutionäre Praxis nicht rigide an ökonomische Bedingungen zu knüpfen, wodurch die sozialistische Linke sich zum Sklaven der autonomen (!) Bewegung des Kapitals machen würde, andererseits aber *(s.o.)* **müssen die konkreten ökonomischen Bedingungen in die Strategie zu reflektierter Praxis mit eingehen."** (II/3)

Das Problem dieses Mannes,

„die Notwendigkeit der Konjunkturanalyse...politisch zu begründen" (II/3)

resultiert also nicht aus dem bedauerlichen Umstand, daß die monatlichen Konjunkturanalysen der Deutschen Bundesbank wenig Herz für die Arbeiterklasse offenbaren und daß deren Prognosen über *„Entwicklungsmöglichkeiten und erwartungen des Kapitalismus" (II/3)* in ihrem *„konkreten"* Charakter (sie entsprechen ja sogar dem Postulat der *„Einheit von theoretischer Reflexion der verwendeten Kategorien und deren konkreter Anwendung"*!) nicht als *„revolutionäre Theorie zum Moment revolutionärer Praxis"* werden. Wenn da allmonatlich das für die Kapitalbesitzer Wichtigste nachzulesen ist, so daß die aus diesen Neuigkeiten zwingend folgende Praxis den Klassenkampf kräftig anheizt, dann heißt das keineswegs, daß sich der Sachverständigenrat und die Deutsche Bundesbank nicht in wesentlichen Punkten mit Elmar ALTVATER hätten einigen können, als er 1970 ziemlich manierlich folgendes Orakel für die linke Gemeinde vom Stapel ließ:

„Wenn wir die gegenwärtige Konjunkturlage insgesamt beurteilen wollen, so können wir vor dem

Hintergrund unserer Analyse mit großer Sicherheit den baldigen Umschwung der Konjunkturentwicklung voraussagen. Es hängt allerdings von vielen Faktoren ab, ob der Umschwung sich wie in der ersten Hälfte des Jahres 1967 in eine Rezession fortsetzt oder nicht. Besonders wichtig ist hier die internationale Konjunkturentwicklung, die eher dafür spricht.... So zeigt es sich, daß die Entwicklung der westdeutschen Wirtschaft in den kommenden Monaten in höchstem Maße von der Entwicklung der Konjunktur der anderen hochentwickelten kapitalistischen Staaten abhängig ist..." (II/45)

Der Unterschied zwischen dem Opus der fünf Weisen und dem des linken Sachverständigen ist keiner des Urteils. Er geht erst hinterher los, nämlich dann, wenn in der Abteilung „*Interpretation*" der Daten ALTVATER eine Konsequenz für „*revolutionäre Praxis*" präsentiert, die in ihrer Radikalität jedem Linken aus dem Herzen spricht:

Es„muß unter Berücksichtigung der ökonomischen Bedingungen der Klassenkampf an der Basis organisiert werden..." (II/45)

Als Konsequenz aus einer Reihe von Tabellen wird hier hingeschrieben, was der Ausgangspunkt des ganzen konjunkturanalytischen Schwindels war: der Klassenkampf muß an der subjektiven Basis organisiert werden, wenn die objektiven Bedingungen es zulassen. Wenn dieser Schluß nicht jenes theoretische Programm bestätigt, das zu ihm hinführte! ALTVATER verdient aufgrund dieser Leistung eine Auszeichnung für den revolutionärsten Zirkel, den sich je ein Linker ausgedacht hat, zumal es jetzt ja erst richtig losgeht. Das Ziehen der von ihm „*erschlossenen*" Konsequenz ist nämlich nicht Sache des Theoretikers, sondern der organisierten Klassenkämpfe, an denen es aber mangels objektiver wie subjektiver Voraussetzungen hapert, so daß man sich um die künftigen Bedingungen derselben prognostisch zu bemühen hat, damit Konsequenzen aus ihnen gezogen werden können, und zwar im organisierten Klassenkampf, der seinerseits...

MARXISMUS FÜR VULGÄRÖKONOMEN

Ein Intellektueller, der sein Herz für die Arbeiterklasse entdeckt hat, und sei es auch nur in Gestalt des Wunsches, die Lohnarbeiter möchten in ihrem möglichen Kampf die Krisen und überhaupt die ökonomischen Bedingungen geziemend würdigen, weiß sich in der Tradition des alten Marx. In ihm verfügt er über eine Berufungsinstanz, der Klassiker repräsentiert die wissenschaftliche Alternative, zu der sich ein Linker bekennt. Marx, das wissen sie alle, hat „revolutionäre Theorie" hinterlassen und im ‚Kapital' die Kritik der kapitalistischen Produktionsweise vollführt, die in der Arbeiterbewegung noch stets herbeizitiert wurde, wenn es um strategische Prinzipien ging. Um ihn kommt keiner herum, der sich in der linken Gemeinde von Kapitalismuskritikern bewahren will, auch und gerade dann nicht, wenn sich seine Einwände gegen die Welt des Privateigentums auf alles andere gründen denn auf wissenschaftliche Kritik der Ausbeutung.

So gibt es eine stattliche Anzahl von Lesarten, die Linke dem Werk von Marx angedeihen lassen. Die Variante von Elmar Altvater gehorcht wie alle anderen dem einfachen Grundsatz, das eigene Interesse — eben sein Drang, dem Klassenkampf durch die Problematisierung seiner ökonomischen „*Bedingungen*" seine Grenzen aufzuzeigen — als „*historisch-konkrete*" Anwendung der Marxschen Theorie darzustellen. Und dieses Interesse wird wie andere auch im theoretischen Geschaft zur Methode. Marx für all das tauglich zu machen, wonach dem San Vecchio Padre der Sinn steht. Der gute Mann propagiert also die Auseinandersetzung mit Marx, die ihn auf ein Mittel für die Erforschung der Bedingungen der Möglichkeit von Klassenkämpfen herunterbringt. Das sieht so aus:

„Diese" (nämlich die Untersuchung der ‚Ausprägungen des hochentwickelten Kapitalismus') „kann und soll nicht heißen, daß die intensive Beschäftigung mit der Marxschen Theorie, ihre genaue Aneignung und Rekonstruktion (?) überflüssig sei. Im Gegenteil, erst das Studium des ‚Kapital' und die damit erfolgende logische Durchdringung der inneren Struktur der bestehenden Gesellschaft ermöglicht es, Fragestellungen zu entwickeln, die den an historischen Erscheinungen ausgerichteten Forschungsprozeß zu leiten vermögen." (III/2 f.)

Altvater lobt die Marxsche Theorie, indem er ihr bestreitet, eine Erklärung von „*historischen Erscheinungen*" zu liefern — wahrscheinlich hat Marx in der staubigen Londoner Bibliothek nur logische Gespenster gesehen. Er bezweifelt ganz leger, daß es die im ‚Kapital' entwickelten allgemeinen Gesetzmäßigkeiten sind, die durch das Handeln der Leute in der Konkurrenz (in den „*historischen Erscheinungen*") durchgesetzt werden. Und diese Verwerfung des alten Krams von Marx führt er an, um das ‚Kapital' gut zu finden, nämlich als ein Konzept zur Erfindung von „*Fragestellungen*", die der Betrachtung der kapitalistischen Realität neuen Typs gewidmet sind. In der berühmten „*Realanalyse*" (III/3) befaßt sich Altvater allen Ernstes unter Zuhilfenahme seiner ganzen Einbildungskraft damit, die Widersprüche zwischen der bürgerlichen Besichtigung der Konkurrenz, vornehmlich der Statistik, und ihrer Erklärung bei Marx zu dem Problem seines Dichtens und Trachtens auszubauen:

„Aus der Struktur der Realität" ergeben sich für die Realanalyse „Hindernisse objektiver Art", nämlich „getreu dem Fetischismus, dem die bürgerliche Ökonomie seit ihrem Bestehen notwendig unterworfen ist, bereitet die Statistik nur (!) Material der Erscheinungsformen auf, ohne die zugrundeliegenden Zusammenhänge und Widersprüche recht wahrzunehmen. So kommt es, daß es auf der Basis des von der Statistik bereitgestellten Materials kaum möglich ist, die Bewegung der Profitrate zu verfolgen und erst recht Schwierigkeiten entstehen, die Mehrwertrate festzustellen." (II/8)

Dabei bedient er sich wieder einmal geschickt des „materialistischen" Strickmusters, demzufolge der Gegenstand seiner Beschäftigung für seine theoretischen Untaten haftbar ist. Wenn er an den „Fetischismus" gemahnt und abschätzig von der bürgerlichen Ökonomie berichtet, weil sie in ihrer statistischen Abteilung „*nur*" mit Erscheinungsformen hantiert, spekuliert er auf den Beifall der restlichen Marx-Gemeinde, die längst dahin übereingekommen ist, daß „*Erscheinungen*" zwar „*empirisch*", aber nicht erklärbar sind, auch wenn die von Marx festgehaltenen Gesetze dies längst getan haben. Aus der theoretischen Beschäftigung mit der Konkurrenz, die besagte Gesetze durchsetzt, drechseln sie ja noch alle ein Problem von „*Theorie und* (= contra) *Realität*", „*Begriff und* (= contra) *Empirie*" usw.! Wie auch sonst wird Altvater in seinen Schriften der jeweils letzten Mode gerecht und stolpert mit den methodischen Albernheiten daher, daß es nur so kracht – im Falle seines realanalytischen Programms führt er öffentlich Klage darüber, daß die Erklärung der Profitrate bei Marx mit den konjunkturkurventrächtigen Tabellen seiner Zunft nicht zusammenfällt. Am Preis einer Ware würde ihm nie auffallen, daß er der Wertausdruck ist, folglich das Seine dazu beiträgt, die Lohnarbeiter von dem durch sie produzierten Reichtum auszuschließen – ihn ärgert es, daß nicht hinter jedem Preis in Klammern der Wert steht oder hinter jedem Rentabilitätskoeffizienten nicht noch Profit- und Mehrwertrate verzeichnet sind! Er stellt sich also auch nicht die Frage: Wie vollzieht sich der Fall der Profitrate in der Konkurrenz und was bedeuten er selbst und die Formen, mit denen Kapitalisten und Staat dem Fall entgegenwirken, für die Arbeiterklasse? Er befaßt sich mit der delikaten Problematik, ob es sich auch zeigt, daß sie fällt? Und damit bestreitet er erst einmal die Gültigkeit des Gesetzes vom tendenziellen Fall, obwohl er dessen Erscheinungsform, die Krise, so liebgewonnen hat. Immerhin wird er selbst, als ökonomisch vorgebildeter Bedingungsentschlüssler des Klassenkampfes in seinen Erwartungen nicht betrogen — er bekommt zu tun. Den Widerspruch zwischen den Datensammlungen der bürgerlichen Ökonomen und ihrer materialistischen Kritik kann er als Problem „*ungenauer Indikatoren*" (IV) wälzen, das ihm den Schweiß auf die Denkerstirn treibt und ihn zudem vor „*Transmissionsprobleme*" (II) stellt, ja schließlich zu einer Strategie „*auf doppeltem Boden*" (IV) zwingt, welche darin besteht,

„das empirische Material der bürgerlichen Statistik sinnvoll (!) anhand der Marxschen Theorie zu interpretieren." (IV/57)

Wenn er so die Marxsche Theorie mit den theoretischen Resultaten der Apologeten der Ausbeutung vereinbar gemacht hat und eine Statistik über Kapitalrentabilität mit dem tendenziellen Fall versöhnt ist, mag er sich einbilden, daß er kein ganz verkehrter Mensch sei. Herausgefunden aber hat er eben das, was einem Konjunkturbericht zu entnehmen ist: es ist ein ewiges Auf und Ab mit der Kapitalrentabilität! Das hat er aber nicht einfach entnommen, sondern mit „*methodischen Zwischenschritten*" zustandegebracht, durch die die Profitrate der Kapitalrentabilitätsformel immer ähnlicher gemacht wurde. Hier die Stufen der Transformation:

1. Kapitalrentabilität
2. „Profitrate" π
3. Profitrate π
4. Profitrate p' (V/299 ff)

Da Kapitalrentabilität und Profitrate allerdings trotz aller Ähnlichkeit wohlunterschiedene Verhältnisse bleiben, würdigt ein beschwörender Kommentar die wissenschaftliche Leistung der einschlägigen Schriften:

„Mit dem empirischen Nachweis, daß die Kapitalrentabilität in Westdeutschland seit Mitte der 50er Jahre tendenziell gefallen ist" (eine Tendenz (!) ist empirisch (!) nachgewiesen(!) — so handelt Altvater von einer nicht einmal vom blödesten Bourgeois bestrittenen Tatsache, die als alltägliche Kampfparole der Kapitalisten bei den von ihnen inszenierten Klassenkämpfen eingesetzt wird) „ist keineswegs die Marxsche Theorie vom tendenziellen Fall der Profitrate empirisch bewiesen. Darum geht es auch gar nicht. Nur (!) ist es auf diese Weise der empirischen Untersuchung von Entwicklungsprozessen in einem kapitalistischen Land in einem konkreten (!) Zeitabschnitt möglich, Entwicklungstendenzen und ihre Widersprüche in den Marxschen Kategorien auf den Begriff zu bringen." (IV/59)

Die Wunder, die sich seine Einbildungskraft verspricht, treten bei einem Vulgärökonomen noch stets ein: seine Anstrengung hat sich gelohnt, denn der Widerspruch zwischen Marx als Berufungsinstanz eines linken Ökonomen und der statistischen Gewinnermittlung ist auf Kosten des ersteren getilgt. Auf „*den Begriff gebracht*" ist dabei nur das Verfahren, Marx als Hilfe für sinnvolle „*Interpretation*" so häufig vorkommen zu lassen, daß am Ruf Altvaters, ein Marxist zu sein, kein Zweifel mehr bestehen kann. Bedenkenlos kann er nun die hinterletzten bürgerlichen Krisentheorien aus VWL-Lehrbüchern abfeilen, ohne in den Verdacht zu geraten, die Ideologie des Klassenfeindes in die Linke hineinzutragen:

„Kapitalakkumulation und daher wirtschaftliches Wachstum erfolgen nur, wenn die ... Profitrate hoch genug ist .... (Es) muß die Investitionsneigung des Unternehmens hoch genug sein, um bei vorhandenen Investitionsgelegenheiten die wachstumswirksamen Investitionen wirklich durchzuführen. Die Investitionsneigung ist jedoch nur vorhanden, wenn die erzielbare Profitrate positiv ist ... So wird die Investitionsneigung groß sein, wenn die erzielten und erwarteten Profite groß sind..." (IV/77),

und klein sein, wenn sie klein sind, was dann sicher zur Krise führt, weil die Neigungen keine Gelegenheit hatten, wirklich zu werden. Dieser Schmarrn eines gelernten Ökonomen erfüllt jedoch nur den einen Teil der Forderung, die er an sich stellt:

„Eine brauchbare marxistische Konjunkturanalyse muß ... dialektisch und konkret vorgehen." (II/5)

Indes wird Altvater auch den gehobenen Ansprüchen gerecht. Die Dialektik ist schließlich das Gütesiegel, durch das sich ein Ökonom von seinen Zunftgenossen distanzieren kann und zum Marxisten wird. Also setzt er sich von der bürgerlichen Wissenschaft mit dem Vorwurf ab, ihr würde es an Dialektik ermangeln, so konkret sie auch sei:

„Der Begriff des gesellschaftlichen Widerspruchs muß hierbei weitgehend oder völlig (!) verloren gehen und damit auch die Wahrnehmungsfähigkeit gesellschaftlicher Widersprüche..." (III/41)

Daß sich bürgerliche Wissenschaftler nur mit gesellschaftlichen Widersprüchen herumschlagen, mit ihrer Wahrnehmung und mit ihrer eindeutigen Behandlung nicht die geringsten Schwierigkeiten haben, hat Altvater weitgehend oder völlig übersehen. Dafür macht er sich in seinen Schriften für den Widerspruch als Grund für alles und jedes stark: überflüssig zu sagen, daß die Krisen „*nichts anderes als bis zum Eklat zugespitzte Widersprüche*" sind und damit den Lieblingswiderspruch des Dialektikers aus der Frontstadt abgeben.

EINE POLITISCHE PERSÖNLICHKEIT

zeichnet sich dadurch aus, daß sie nicht in den bornierten Anschauungen aufgeht, welche ihr das Professorenamt zu lehren gestattet. Elmar ALTVATER hat auch noch nie zu denen gehört, von denen unter Linken so viel die Rede ist, die es aber gar nicht gibt: Theorie und Praxis bilden bei ihm eine Einheit, da gibt es keinen Widerspruch zwischen Wort und Tat. So beschränkt er sich einerseits nicht auf die tatkräftige Verbreitung ökonomischen Unsinns, wenn ihn die Bedingungen des Klassenkampfes beschäftigen und er darüber eine Bedingung ganz außer Acht läßt – die effektive Verbreitung der Gründe, die es im ökonomischen Leben für den Klassenkampf gibt. Er befaßt sich auch mit der Wirkung von Klassenkämpfen auf ihre Bedingungen. So kommt zu seiner gewinnstatistischen und exportanalytischen Beurteilung der Konjunktur

„noch ein wichtiger ‚Faktor'," *(Die Gänsefüßchen kokettieren mit der Sicherheit, daß diese Betrachtungsweise nicht sauber ist; freilich nur, um damit den Leser für sie zu vereinnahmen!)* „dessen Bedeutung für die Erstellung der Prognose wir bereits in der Einleitung betont haben; nämlich die Entwicklung der Klassenkämpfe ..." (II/45)

Mit der kleinen logischen Kehrtwendung, die aus dem Klassenkampf einen Faktor für seine Bedingung drechselt, eröffnet sich Altvater die Perspektive der Einschätzung von Klassenkämpfen entsprechend dem Kriterium, was sie so alles hervorrufen. Obwohl kämpfenden Arbeitern durchaus freundlich gesonnen, kann er doch nicht umhin, im Blick auf Italien mahnend zu vermerken, daß gerade die gewaltige Chance der Krise den Proleten andere Aufgaben auferlegt als „bloß" gegen das Kapital und für sich selbst zu kämpfen. Ganz entsprechend dem vulgärökonomischen Verständnis für das Funktionieren des Ganzen empfiehlt er sich mit der bahnbrechenden Erkenntnis eines Staatstheoretikers,

„daß es zwischen Lohnarbeit und Kapital in der Krise nicht nur gegensätzliche, sondern auch gemeinsame Interessen gibt, nämlich die Krise zu überwinden." (VIII/71)

Schon in seinen mannigfaltigen Anläufen, marxistische Staatstheorie zu treiben – und das ist für einen Mann, der ans Funktionieren und Kriseln der Wirtschaft denkt, immer die Erörterung von „Schranken" und „Bedingungen" staatlichen Handelns gegenüber dem krisenanfälligen Kapitalismus — ist ihm stets eingefallen, wie wenig der Staat auf dem Felde der Krisenvermeidung und -überwindung eigentlich vermag. Da er sich noch nie darum sonderlich gekümmert hat, was der Staat tut, sondern jeder Maßnahme „*die Begrenztheit staatlicher Interventionen*" ablauschte, ist es nicht erstaunlich, wenn er die gegensätzlichen Klassen zur gemeinschaftlichen Krisenbewältigung ermuntern will. Wer darüber hinwegsieht, wie der Klassenstaat Krisen und Aufschwung gegen die Proleten durchsetzt und seine gewaltigen Leistungen auf diesem Felde als ein klägliches Scheitern ansieht, bei dem Versuch „*die kapitalistische Krise zu lösen*", der hängt auch den Klassenkämpfen das verrückte Ziel an, die „*Durchsetzung unerläßlicher Reformen*" zu bewirken. Hatte ALTVATER einst auf die BRD bezogen den Grundsatz aufgestellt:

„Mit anhaltender Krise aber rückt auch der Zeitpunkt näher, an dem der Arbeiterklasse kein anderer Ausweg mehr bleibt, als auf die Offensive des Kapitals offensiv zu antworten." (VI/97)

— also wie immer die Abwicklung des Klassenkampfes aus dem Drängen des Konjunkturverlaufes prognostiziert, so kann er heute für Italien etwas konkreter werden:

„In diesen Widersprüchen muß die italienische Arbeiterklasse einen Lernprozeß durchmachen, der sie in die Lage versetzt, der Protagonist der allgemeinen Interessen der Gesellschaft zu werden, um die kapitalistische Krise zu lösen, ohne die ganze Macht in der Gesellschaft übernehmen zu können. Die Zeit für diesen Lernprozeß wird durch die Verschärfung der Krise allerdings sehr stark komprimiert, so daß sich der Aktionsraum zusehends zu einer Gratwanderung verschmälert."

Mittels der Dialektik von Raum und Zeit beauftragt der OSI-Professor und gelegentliche Italienreisende allen Ernstes die Arbeiter Italiens, für die gesamte Gesellschaft die Lösung der Krise zu erkämpfen! Wodurch er als in der linken Szene gern gesehener Gast voll dem dort üblichen Anti-Materialismus gerecht wird: selbstverständlich geht es kämpfenden Proleten um Höheres als um ihr Auskommen! Auf Grundlage der Lüge, die Rettung der Wirtschaft, die Lösung der Krise gereiche den Proleten zum Vorteil – ob er die aus der Lektüre westdeutscher Gewerkschaftsliteratur bezogen hat? — stellt ALTVATER die sinnige Frage:

„Gibt es eine ‚alternative Austerity'?"

und hält der KPI vor, daß die „*Austerity-Moral*" eine Reihe von Tücken aufweise. Und diese liegen keineswegs darin, daß ein Berlinguer mit „*Strenge, Leistung, Ernsthaftigkeit* ..." der Proleten einen politischen Coup zur Rettung Italiens landen will, sondern in deren Auswirkungen auf die Größe der Anhängerschaft und deren Einheitlichkeit. Da könnten diesem Verein doch die Leute weglaufen (was er nicht wünscht!), mahnt Elmar ALTVATER an, weil 1. die moralischen Tugenden der Austerity von gestern sind, der Tugendkodex „*ganz in den Wertvorstellungen der traditionellen Arbeiterbewegung befangen sei*", weil 2. die Partei „*unglaubwürdig* (Sperrung von A.) *bei denjenigen (wird), die für die Austerity zu zahlen haben*" sie dadurch 3. in den Widerspruch zwischen „*Regierungs und Kampfpartei*" gerät, der wieder einige Leute kostet, so daß 4. „*eine Gefahr (!) darin besteht, daß in der strategischen Konzeption der soziale Kampf dem politischen Kampf*" um die Ausweitung der „*Hegemonie der Arbeiterklasse*" untergeordnet wird. (VIII, 67 f.)

Wer so intensiv wie ALTVATER die *Bedingungen* sozialistischer Politik studiert hat, muß ja zwangsläufig jenen eminent praktischen Sinn für das Machbare entwickeln. Ihr Betätigungsfeld findet diese Qualität sowohl in den Lehrveranstaltungen der Universität als auch in den Feierstunden der linken Szene Westberlins. Der eingangs erwähnte Bahro-Kongreß war eine solche, und auf dem Podium ist Elmar seiner Pflicht nachgekommen: Er hat Solidarität mit Bahro als Ausweis der eigenen lauteren Gesinnung demonstriert, deshalb einmal nicht über die Möglichkeiten sozialistischer Umtriebe im Westen, sondern über die im Osten laut nachgedacht. Das Ergebnis stand, wie bei seinen Gedanken immer, von vornherein fest: Demokratie – eine (was wohl?) *Bedingung des Sozialismus* — fehlt drüben.

FAZIT

Die Frage, in welches politische Lager ALTVATER nun eigentlich gehört, hat er längst mit seinen ausführlichen Stellungnahmen selbst beantwortet, ebenso wie die nach seinem Charakter. Einer, der jahraus jahrein nichts anderes als den Klassenkampf bespricht und dabei immer zu demselben Befund gelangt - er ist in jeder Hinsicht eine zweifelhafte Sache, weil ihm die Welt seine Bedingungen vorenthält, hüben wie drüben - der hat den Klassenkampf in einer recht charakteristischen Weise zu seiner persönlichen Angelegenheit gemacht.

Dieser Parvenu der Studentenbewegung hat sich gekonnt all jener Intellektuellen angenommen, bei denen sich der Wille regt, etwas gegen Kapital und Staat zu unternehmen - aber nicht, um diesen Willen zu *bestärken*, indem er die theoretischen Fehler wie die praktischen durch Kritik ausräumt. ALTVATER liefert nie Gründe für den Klassenkampf, erklärt also auch nie das Wie einer richtigen Politik, sondern gefällt sich in der Propaganda seines Scheiterns. Um es einmal mit dem einzigen Gedanken auszudrücken, den er zu diesem Geschäft braucht: er hat im Elend linker Politik die *Bedingung* (und Szene) gefunden, in der er sich häuslich einrichtet und als eitler Besserwisser seine Stellung zu den Gegnern des Kapitals als *Theorie* verkauft. ALTVATER ist nicht einmal eine Bedingung.

LITERATUR

I. Die Weltwährungskrise, FaM 1969 (EVA)
II. Zur Konjunkturlage der BRD Anfang 1970. in: Sozialistische Politik, Heft 5/1970
III. Zu einigen Problemen des Staatsinterventionismus, in: Probleme des Klassenkampfs, Heft 3/1972
IV. mit W. Schoeller, W. Semmler, J. Hoffmann, Entwicklungstendenzen des Kapitalismus in Westdeutschland, in: Prokla Heft 13/1974 (a) und Heft 16/1974 (b)
V. mit J. Hoffmann, W. Schoeller, Die Entwicklung des Kapitalismus in Westdeutschland, in: Handbuch 1, Perspektiven des Kapitalismus, FaM 1974 (EVA)
VI. mit V. Brandes, J. Reiche, Rezession, Inflation und staatliche Wirtschaftspolitik in der BRD, in: Handbuch 4, Inflation – Akkumulation – Krise (II), FaM 1976 (EVA)
VII. Staat und gesellschaftliche Reproduktion. Anmerkungen zur Diskussion um den ‚Planstaat', in: Handbuch 5. Staat, FaM 1977 (EVA)
VIII. Politische Implikationen der Krisenbereinigung — Überlegungen zu den Austerity-Tendenzen in Westeuropa, in: Prokla 32, 1978

Verein zur Förderung des studentischen Pressewesens e.V., Theresienstr. 128/1, 8000 München 2. Verantw. i.S.d.P.: L. Fertl. E.I.S.

MARXISTISCHE GRUPPE (MG)
17.November 1980

ARGUMENTE ZUM PAPST

Die Macht des Glaubens ist der Glaube an die Macht

Die Kirche habe heute keine weltliche Macht mehr, heißt es. Seitdem ihre Amtsträger nicht mehr wie Fürsten herrschen und man der Kirche ihre Besitztümer weitgehend abgenommen habe, seit der Säkularisierung der Kirche also und der Trennung von Staat und Kirche sei die Kirche lediglich das Reich Gottes auf Erden und die Gemeinschaft der Kinder Gottes. Macht aus zuüben, liege ihr gänzlich fern.
Diese Meinung mag zwar der und den Kirchen zur höhren Ehre gereichen, ein Gerücht bleibt sie deshalb doch. Man braucht doch nur an das gute Einvernehmen zwischen Kirche und Herrschaft denken, an den Papst, der in Polen für den Westen Partei ergreift, in Südamerika die Diktatoren mit dem Aufruf der Gläubigen für Gewaltlosigkeit unterstützt und in Bonn dem Kanzler einen Staatsbesuch abstattet. Man braucht doch nur zu fragen, warum es den Regierenden der Länder so wichtig ist, mit den Kirchen in gutem Einvernehmen zu stehen, so daß ein Papstbesuch jeden Staatsbesuch eines normalen Staatsoberhaupts in den Schatten stellt. Weil die Kirche Macht *hat*. Nicht in Gestalt von Soldaten, Panzern und Territorium (die haben ja die Verbündeten der Kirche auf Erden), sondern als moralische Wucht in den Köpfen der Leute, als die Bereitschaft zum Mit-Machen und Mit-Leiden, die ihresgleichen sucht. Diese Macht der christlichen Moral war nie größer als heute. Das sog. geschlossene Weltgefüge des heiligen römischen Reichs deutscher Nation im Mittelalter konnte davon nur träumen. Damals wurden die Leute unter die Knute des Glaubens gezwungen. Sie *mußten* glauben und hatten sich dem verordneten christlichen Tugendkatalog zu unterwerfen, ob sie wollten oder nicht. Heute *darf* jeder glauben, was er will — er darf auch nichts glauben, und Millionen von Menschen jubeln dem Papst zu, noch mehr lassen sich eine Woche lang die Usurpation des deutschen Fernsehens durch den Papst gefallen. Fast alle fühlen weiter christlich, mögen auch nur noch wenige die Kirche besuchen und an Gott glauben. Sie gehen nämlich brav arbeiten, brav wählen und nehmen brav alles entgegen, was die Regierung gegen sie verordnet — und zwar freiwillig. Sie werden sogar brav in den Krieg ziehen. Unter solch folgsamen demokratischen Bürgern muß ja der Papstbesuch ein Volksfest werden.
Die Macht der Kirche ist so groß wie die Bereitschaft der Leute, der weltlichen Herrschaft untertan zu sein. *

Gotteslästerung — ein Tatbestand

Christen lassen auf Gott, das Geschöpf ihres Glaubens, nichts kommen. In zivilisierten Demokratien wird die Ehre des Herrn sogar unter Schutz gestellt: wer unflätig vom Herrn daherredet, kriegt es mit der Obrigkeit zu tun, die auf Gewalt und nicht auf Glauben beruht. Dafür nehmen sich Christen einiges heraus, wenn es darum geht, Schlechtes über die Menschennatur und gewisse Exemplare derselben in Umlauf zu setzen. Mit dem Verdammen sind sie verdammt schnell! Das sitzt, wenn ein Minister seinen Eid auf Gott ablegt, der die Arbeiter für zu faul hält. Wenn ein Regierender meint, im Verhältnis zu den Sachzwängen der Wirtschaft seien die Leute zu wohlstandsgeil.
Herr aller Sachzwänge, vergib ihnen! *

Toleranz gegenüber Christen?

„Sollen sie doch glauben, was sie wollen!" — mag mancher kritische Geist sagen und so tun, als wäre der christliche Glaube in aller Welt eine Privatsache, die jeder nach seinem Gusto und ohne Schaden für andere erledigen könnte.
Was zeigen denn die Reiserouten des Papstes an? Daß dem Glauben k e i n e praktische Bedeutung zukommt etwa? Oder genau das Gegenteil? Wir meinen, letzteres.
Was leisten denn die Massengebete in aller Herren Länder für den Frieden?
Stören sie die Kriegsvorbereitungen?
Oder sind sie die gemeinsame Ankündigung der Christenheit, sich auch diesesmal wieder auf der richtigen Seite zu fügen?
Ja, wenn man keinen Schaden davon hätte, dann könnte man schon tolerant sein gegenüber den Nachfolgern Jesu — aber so? *

Papst greift in Tarifverhandlungen ein

Mit einem scharfen Angriff auf den gültigen kapitalistischen Lehrsatz „Haste was, biste was!" hat der Papst schon am 2. Juni in die anstehenden Tarifauseinandersetzungen eingegriffen:

„Erziehung ..., die nur das 'Haben' lehrt — wo bleibt dann der Mensch selbst? Gerät er nicht mehr und mehr in den Hintergrund ... Eine so geartete Erziehung bewirkt nicht ein klares ‚Sein' des Menschen, sie fördert das ‚Haben', das Streben nach ‚Besitz'." (vor der UNESCO)

Dieser Angriff auf die Tarifautonomie von Arbeitgebern und Gewerkschaften ist unerhört, wo die doch beide darum kämpfen, den Besitzstand der Arbeiter zu wahren, damit die Unternehmer etwas davon *haben* und die Arbeiter weiter welche *sein* dürfen. *

Der Papst kommt



1. Wer kommt denn da?

Der Geschäftsführer einer Glaubensgemeinde, der Chef der römisch-katholischen Kirche. Viele glauben, er sei mehr als das, nämlich einerseits Stellvertreter Gottes auf Erden und andererseits unfehlbar. Mein Gott!

2. Wen besucht er denn?

Der Vize Gottes besucht ausgerechnet seine Anhänger, weil sie ihn eingeladen haben. Darauf muß man erst mal kommen!

3. Was will er denn hier?

Seine Schäfchen besuchen, mit ihnen beten und mit den Deutschen, d. h. ihrem Kanzler übers Hirtenproblem reden. Auf polnisch.

4. Wem nützt das?

Auf jeden Fall dem Frieden. Polen ist noch nicht verloren. Und die Katholiken werden siegessicher. Crucifix, Helm ab zum Gebet. *

Glauben ist verkehrt

1

Wer seinen Verstand dazu gebraucht, sich einen höchsten Herrn vorzustellen, der die Welt erschaffen hat und ihren Lauf bestimmt, erblickt in jedem Menschenwerk einen höheren Sinn und Gottes Willen dazu — wenn er will, kann er alle Not und Gewalt, wie sie von den Herren dieser Welt ausgehen, als Zeichen und Strafe Gottes deuten.
So *frei* ist der Christenmensch, daß *für ihn* alles einen Sinn erhält, ohne daß er nur einen Gedanken auf die wirklichen Gründe für alles Leid verschwendet. Er braucht kein Wissen, denn er hat ja seinen Glauben. Mitleid und Verständnis sind die billigen Ausweise seiner „Menschlichkeit".

2

Wer an Gott glaubt, hält *sich* für einen *Sünder*. Einerseits macht er auf Erden in der stinknormalsten Weise alles genauso mit wie die anderen; andererseits pflegt er ständig sein *schlechtes Gewissen*, und durch seinen Glauben wird — welch ein Wunder! — immerzu ein sehr *gutes Gewissen* daraus. Die Gebete der Christen *begleiten* alles und *entschuldigen* alles. Klar, daß gläubige Christen damit angeben, *sie* würden durch ihren Glauben Kraft und Mut und Trost schöpfen. Wofür eigentlich?

3

Wer an Gott glaubt, wird mit seinem Bekenntnis der Liebe und Gnade des Herrn teilhaftig, den er sich nach seinem Bilde einbildet — er muß lediglich dieses Bekenntnis praktizieren. Dafür haben sich alle Christen voller *Selbstgerechtigkeit* die entsprechenden Formen geheimer und öffentlicher *Selbsterniedrigung* geschaffen, vom stillen Gebet bis zum großen Theater, bei dem sie *sich* als die Anhänger des rechten Glaubens feiern. Ihr Vereinsleben dient ihnen zum Beweis ihres *Glaubens*; es fördert *ihn* und sonst nichts.

4

Wer an Gott glaubt, macht sich zum bescheidenen *Diener* der weltlichen *Macht*. Er will mit Römer 13,1 glauben: „Denn es ist keine Obrigkeit ohne von Gott." — und selbst dort, wo Christen nicht mehr glauben mögen, daß *ihre* Obrigkeit von Gott ist, in Lateinamerika und in Polen, zeichnen sich Christen durch den unbeirrbaren Willen zu einer *besseren Herrschaft* aus, der sie sich mit gutem Gewissen *unterwerfen* können. Für ihre Opfer halten sie dann Gebete und Spenden bereit.

5

Gläubige Christen sind *berufsmäßige* Heuchler, also Menschen, die an ihre Heuchelei *auch noch glauben*. In aller Demut bezichtigen sie sich selbst — und verlangen von anderen, es ihnen gleich zu tun. Als organisierte Kirche spielen sie sich als öffentliche Macht auf, und sie lassen sich vom Staat für ihre moralische Propaganda aushalten. Noch alles, wozu einer in Wirtschaft, Politik und Familie gezwungen wird, übersetzen sie in die Erfüllung eines göttlichen Auftrags und stellen den höheren Zweck vor das Interesse der Betroffenen. Ihr Glaube lebt von der „Selbstbeherrschung" der Menschen, die sich der Herrschaft fügen — daß die Versöhnung ihres Glaubens mit der weltlichen Macht ihr Ziel ist, beweisen sie dann am besten, wenn sie kritische Christen werden.

Dabeisein ist alles

Auf den Plätzen und Wiesen, auf denen der Papst seine Messen zelebriert und seine mahnenden Sprüche loswird, braucht er nicht um Mangel an Zuschauern zu fürchten. Ohne daß es ihnen befohlen werden müßte, kommen die Gläubigen, weil sie dabeigewesen sein wollen. Nur, was wollen die da eigentlich? Es heißt doch immer und der Papst beklagt das auch, daß die modernen Menschen nur auf ihren Vorteil aus seien und höchstens noch durch Außergewöhnlichkeiten (wo was los ist!) zu interessieren seien. Beim Papst gibt es aber doch nichts zu holen. Den Andrang, den der Jesus von Nazareth damals hatte, kann man ja noch verstehen. Immerhin hat er mit 5 Broten und ein paar Fischen Massen satt gemacht, die Weinfrage grandios gelöst und als erster Wasserläufer (ohne Surfbrett und Wasserski) für Stimmung gesorgt. Aber der Papst? Zu essen gibt's nichts, das Bier muß man sich nachher selbst kaufen und zum Sich-Lagern ist schon überhaupt kein Platz. Um an den Trick mit der Oblate zu glauben, die nachher, wenn er ganz ernst auf sie eingeredet hat, etwas völlig anders sein soll als eine runde, platte Wasserbrotscheibe ohne Salz, fällt auch nicht gerade leicht. Sonst bringt er in seiner Show doch keinerlei Kunststücke. Seine Sprüche kennt auch schon jeder, von ihm selbst oder von den Politikern, die doch, vielleicht mit etwas weniger Salbung, auch gegen Materialismus und Kommunismus und für Gehorsam und Vaterlandsliebe Propaganda machen.
Das kann es doch nicht sein. Da zahlt man ja noch drauf: Eventuell unbezahlter Urlaub; die Fahrtkosten; sich stundenlang die Beine in den Bauch stehen; in dem Gedränge kaum mehr schnaufen können, wenn man älter ist; nachher die Kneipen übervoll oder sofort wieder in den Bus. Das soll es gewesen sein?
Natürlich nicht. Diejenigen, die unbedingt dabeisein wollen, möchten der ganzen Welt ihr gemeinsames Bekenntnis, Sünder in Christo, also arme kleine Würstchen zu sein, demonstrieren und diese ihre Tugenden gemeinsam mit ihrem Chef feiern. Das bringt Trost, dafür nimmt man schon einiges auf sich. Das ist wie ein Auftanken nach der Säuberung des Gewissens. Und nach diesem feierlichen gläubigen Höhepunkt (mit dem Papst zusammen gebetet, Wahnsinn!) geht's dann wieder gestärkt hinein in die Scheiße, in der Familie, in der Fabrik oder sonstwo. Die beste Gewähr dafür, daß man sich alles gefallen läßt und nicht mal die Schnauze aufmacht. Und das ist ja wohl auch der Sinn der Sache. Den Papst feiern, ausgerechnet *den* für einen Trost halten, und nachher alles so machen wie bisher — also auch alles mitmachen.
Fanatismus? I wo. Nur eine Million Leute, die alles mit sich anstellen lassen! *

Ein offenes Wort an kritische Gläubige

Tja, ihr modernen Christen, alternativen Katholiken, Küng-Anhänger, ihr „Junge Gemeinde"-Mitglieder und poppigen Betbrüder und -schwestern: Da habt ihr den Salat!
Jetzt wart ihr jahrelang damit beschäftigt, euch nach eurem aufgeklärten Geschmack einen ganz unheimlich duften lieben Gott und einen brauchbaren Kumpel Jesus auszumalen und einzubilden. Noch an den verrücktesten Dogmen habt ihr so lange 'ruminterpretiert, bis ihr es für den echten Glauben unwichtig befinden konntet, ob er die Maria seit 1950 als leibhaftige Jungfrau im Himmel herumsitzen haben will. Daraus, daß die öffentliche Heuchelei eurer Kirchenoberen zu besagtem Himmel hinaufstinkt, habt ihr den ehrbaren Schluß gezogen, selber im Kleinen zu um so penetranteren moralischen Vorbildern zu werden. Den Heiligen Geist habt ihr in liebevoller Kleinarbeit zum Geschäftsführer in eurem 3. Welt-Laden gemacht. Mit diesen ganzen Veranstaltungen habt ihr so manches jugendliches Gemüt, dessen einzige blöde Sorge darin besteht, welcher Ideologie es den Vorrang geben soll, für die Vorstellung eingenommen, daß man sich vielleich doch nichts vergibt, wenn man bei eurem frommen Zirkus mitmacht.
Und jetzt kommt der Heilige Vater höchstpersönlich daher und stellt nachdrücklich klar:
— Für die Herstellung eines Gottesbildes ist nicht jedermann, sondern der polnisch-römische Geschmack zuständig;
— die Maria sitzt wirklich und ohne Deutungskunststücke;
— die Rolle einer höchsten moralischen Autorität ist keine Sache eurer Konkurrenz um den vorbildlichsten Lebenswandel, sondern ein für allemal an euren Meister im Vatikan vergeben;
— der Heilige Geist ist in Wirklichkeit der oberste päpstliche Sicherheitsberater;
— und auf die Empfindlichkeit jener Minderheit von jungen Seelen, die ihr soeben agitiert habt, ist geschissen.
Blöd, nicht?
In dieser schweren Stunde ein Tip von unserer Seite (ihr wißt ja, wir haben Erfahrung in Sa

Fortsetzung Seite 2, Spalte

Offenes Wort (Fort. v. S. 1)

chen „Ersatzreligion": schließlich sind wir selbst eine, oder?) — und der gilt auch für alle, die meinen, die Kirche sollte doch ein bißchen mehr „auf sie eingehen":

Stellt euch nicht so an!

— Wenn ihr schon meint, in der Scheiße des Alltags läge ein tieferer Sinn und irgendwelche erbaulichen höheren Aufgaben verborgen, und der oberste Chef hätte sie da hineingesenkt, — dann seid gefälligst nicht so pingelig und macht nicht so ein Getue um die Erlaubnis, euer bißchen Verstand ganz frei und eigenständig dieser Idiotie zum Opfer zu bringen. Ein falsches Bewußtsein reicht doch schon; ihr müßt doch nicht noch darauf herumreiten, daß ihr wirklich ganz allein dafür verantwortlich seid!

— Wenn ihr schon meint, aus der Bibel und den Lehrsätzen eurer alten Kirchenführer wären die wichtigsten und allereigentlichsten Wahrheiten über den Lauf der Welt und des Menschenlebens zu erfahren, und ihr kriegt immer im nächsten Augenblick die unausweichlichen *Zweifel*, — dann tut doch nicht so, als wären diese Zweifel durch schlaue Interpretation zu beheben. Da hilft nämlich auch bei *euch* nur der Glaube. Und bei dem kommen Einsichten über die Welt nie und nimmer heraus. Und erst kritisch am Katechismus herummachen, bloß um am Ende mit dem ganzen frommen Quark *doch einverstanden* bleiben zu können, das ist doch wirklich reichlich albern.

— Wenn ihr schon meint, ihr wärt zu dem Zweck auf der Welt, um dieser ein leuchtendes Vorbild in Sachen moralischer Bewältigung all ihrer Unbilden zu sein, und ihr treibt eure tugendhafte Heuchelei zur Perfektion und führt immerzu der Welt vor, wie *gut* euer *schlechtes Gewissen* ist, — dann braucht ihr euch doch wirklich nicht darüber zu ereifern, ob der Erich Fromm oder der fromme Karol euch für euren Gewissenskampf die Maßstäbe setzt. Oder meint ihr etwa ernsthaft, das neueste päpstliche Gebot: „Du sollst auf Deine Frau nicht geil sein!" wäre wer weiß wie reaktionär und unterdrückerisch, die psychologische Parole: „Du *sollst* geil sein, denn Dein Nächster hat ein *Recht* darauf!" dagegen wäre die Eintrittskarte ins Reich der Freiheit?

— Und wenn ihr schon meint, ihr müßtet euch im Namen des Heiligen Geistes für alles, was euer Staat im Verein mit seinen Bündnispartnern auf dem Globus anrichtet, als gute Staatsbürger mitverantwortlich fühlen und, statt diesen Staaten ihr Handwerk zu legen, deren Opfern in christlicher Nächstenliebe beispringen, — dann tut nicht so, als müßtet ihr dabei ausgerechnet dem Papst in Rom gegenüber Revolution spielen. Der *ist* doch euer bestes Vorbild in der frommen Kunst, „im Geiste" an allen Sauereien dieser Welt mitzuleiden und deren Urheber *so* die Absolution zu erteilen.

Also, ihr frommen Papstkritiker: Macht euch nicht lächerlich! Das merkt doch jeder, daß ihr den Glauben nur wegen seiner Glaubwürdigkeit modernisieren wollt — und auf Kritik des Zeugs gar nicht aus seid!

*

Was denkt der Papst beim Sex?

1. Was denken Frauen beim Sex?

„Zwei von drei Frauen denken beim Sex an einen anderen Mann." („tz", München)

2. Was denken Männer beim Sex?

„Drei von vier Männern denken beim Sex mit anderen Frauen nicht an ihre Frau." („tz", München)

3. Woran denken die restlichen Männer und Frauen, wenn sie ihren Ehepartner „lüstern ansehen"?

An Sex? — Nein, an den Papst.

4. Was denkt der Papst beim Sex?

Nein, der Papst denkt überhaupt nicht an Sex. Selbst wenn er mal an Sex denken sollte, denkt er eigentlich nicht an Sex, sondern höchstens an folgende geile kirchliche Geschäftsbedingungen:

„So (wie bitte?) entsteht durch den personal freien Akt, in dem sich die Eheleute gegenseitig schenken und annehmen, eine nach göttlicher Ordnung feste Institution, und zwar auch gegenüber der Gesellschaft. Dieses heilige Band unterliegt im Hinblick auf das Wohl der Gatten und der Nachkommenschaft sowie auf das Wohl der Gesellschaft nicht mehr menschlicher Willkür. Gott selbst ist Urheber der Ehe, die mit verschiedenen Gütern und Zielen ausgestattet ist; ... Durch ihre natürliche Eigenart sind die Institutionen der Ehe und die eheliche Liebe auf die Zeugung und Erziehung von Nachkommenschaft hingeordnet und finden darin gleichsam ihre Krönung. Darum gewähren sich Mann und Frau, die im Ehebund nicht mehr zwei sind, sondern ein Fleisch (Mt 19,6), in inniger Verbundenheit der Personen und ihres Tuns gegenseitige Hilfe und gegenseitigen Dienst und erfahren und vollziehen dadurch immer mehr und voller das eigentliche Wesen ihrer Einheit. Diese innige Vereinigung als gegenseitiges Sichschenken zweier Personen wie auch das Wohl der Kinder verlangen die unbedingte Treue der Gatten und fordern ihre unauflösliche Einheit." (Zweites Vatikanum)

Da fällt uns doch gleich zweierlei ein:

a) Bei so harten Auflagen, die die staatlichen Familiengesetze lässig in den Schatten stellen, wundert es keinen, daß den Partnern im Auftrag des Höchsten manchmal die Lust aneinander vergeht. Wer hält denn das aus! Ein Dritter ist immer dabei, nichts darf man, weil das wäre „menschliche Willkür"; immer muß man „mehr und voller", sogar im Hinblick auf die Gesellschaft, das ganze Leben lang „ein Fleisch", in „unauflöslicher Einheit" sein! Und das soll ein Akt sein, noch dazu ein „personal freier"?

b) Es wundert uns auch nicht, daß Wojtyla die Lust am Sex verloren hat und die göttliche Beamtenlaufbahn einschlug, um sich nur noch mit dem Schoß von Mutter Kirche befaßt.

*

Papst schafft Arbeitsplätze

Irgendwer, ausgerechnet eine Theologin, eine Frau der Kirche also, hat die Geldfrage aufgeworfen. Der Papstbesuch kostet 20 Millionen. Die man besser für gute Taten ausgelegt hätte.

Das ist ein offenkundiger Angriff auf die Heuchelei der Christenmenschen und ihre offizielle Instanz, auf die Kirche. Noch dazu vorgetragen im Namen des Glaubens. Verlegenheit? Oder vielleicht die Auskunft, daß die selbstgerechte Feier der Gläubigen eben ihr Geld kostet? Weil alles seinen Preis hat in der Welt? Und weil weder für den Heiligen Vater noch für die Katholiken eine gemeinsame Messe zu teuer sein kann?

Die offizielle Kirche war um eine Rechtfertigung nicht verlegen. Sie hat gar keine gebraucht. Frech wie sonst nur die weltliche Gewalt hat sie behauptet, der Papst-Besuch sei die eigentlich gute Tat, weil sehr sozial:

„mit der Finanzierung der bei den organisatorischen Vorbereitungen der Papstreise anfallenden Arbeitsleistungen werde eine Fülle von *Arbeitsplätzen* mitfinanziert und damit würden auch soziale Leistungen erbracht." („Süddeutsche Zeitung" vom 1.10.80)

Man mag bei weltlichen Politikern manchmal Zweifel haben, ob ihre Beteuerungen, wo sie überall und wieviel Arbeitsplätze schaffen, wirklich stimmen. Die Mutter Kirche ist, hat sie auch in ihrer langen Geschichte manches krummes Ding gedreht, in dieser Hinsicht über jeden Zweifel erhaben. Der einfache Gläubige oder auch der moderne Kirchenmuffel macht sich ja gar keine Vorstellung davon, was das Christentum seit seinem Ursprung in Sachen Schaffung von Arbeitsplätzen alles geleistet hat.

Arbeitsplatzgenesis ...

Ja, der christliche Glaube hat überhaupt erst diesen segensreichen Ort, Arbeitsplatz, erfunden. Was wäre denn gewesen, wenn nicht der paradiesische Zustand durch den Sündenfall ein plötzliches Ende gefunden hätte? Kein Arbeitsplatz weit und breit. So aber konnten die ersten Menschen von Glück reden, als ihnen der Herrgott, sauer darüber, daß seine Geschöpfe wie er „Gutes und Böses erkannt" hatten, anpries: „Im Schweiße deines Angesichts sollst du dein Brot essen!" Damit war die Sache so gut wie gelaufen. Ab da betrieben der Herrgott und seine Agenten das Geschäft der *Vermehrung* von Arbeitsplätzen, und zwar konsequent. Der Ackerbauer Kain erschlug seinen Bruder, den Viehzüchter Abel, und löste so die Arbeitsknappheit der sich überaus fruchtbar mehrenden Familie Adam/Eva. Die Sintflut war keineswegs die oft falsch verstandene Sündflut, sondern der einzige und von oben angeordnete Ausweg aus dem Überangebot von Arbeitskräften. Deshalb mußten notwendig die über 800 Jahre alten Methusaleme folgen, um mit ihrer langjährigen Zeugungstätigkeit dem Arbeitskräftemangel zu begegnen. Die Turmbauer zu Babel, die über ihre Verhältnisse lebten, bekamen ihren Dämpfer und verstanden die Welt nicht mehr. Dabei war mit dieser Maßnahme nur der Beruf des Übersetzers entstanden. Jakob, der Stammvater Israels, drückte die erste Lohnvereinbarung durch — „Setze den Lohn, den ich zu geben habe, fest, ich will ihn dir geben!" (bei gewissem Druck vom obersten Chef, versteht sich) — und löste das Problem seines geburtenstarken Jahrgangs — 12 Kinder — mit der Verschickung der ersten Gastarbeiter: Alle Söhne fanden geraume Zeit in Ägypten Arbeit, bis sie sich mit dem dortigen Herrschaftssystem überwarfen und auszogen, um im gelobten Land Arbeit zu finden.

Es würde zu weit führen, alle Stationen, an denen Gott Jahwe seinem Volk neue Arbeitsplätze schaffte, nachzuvollziehen. Es sind unzählige: Erinnert sei nur an den Durchzug durch das Rote Meer, der ja auch erst einmal organisiert sein will; an die vielen Mannahpflücker für das riesige Volk; die Soldatenjobs bei der Landnahme, bei der sich Trompetenbläser auszeichneten; den Tempelbau; den Wiederaufbau nach der Zerstörung; die Verbannung nach Babylon, so daß unzählige Posten neu besetzt werden konnten; die Schaffung der ersten geistigen Berufe — Propheten, die mit ihren versponnenen, von oben eingegebenen Verheißungen, zu ihrem Einkommen kamen ...

Schließlich die entscheidende Leistung des Zimmermannes Joseph, der ohne seine Hobelbank zu verlassen, einen Mann in die Welt setzte, von dem letztlich Millionen neuer Arbeitsplätze ausgingen. Mit kanpp dreißig erfand er den Berufsstand der Jünger und holte herumlungernde Nichtstuer von der Straße oder schulte Fischer zu Seelenhirten um. Sein Tod brachte unter Mithilfe des Heiligen Geistes 12 Aposteln ihren Job, seine Himmelfahrt schenkte dem Fischer Petrus den sozialen Aufstieg zu Gottes Stellvertreter auf Erden, der ein Beruf mit Zukunft werden sollte.

... in der Nachfolge Christi

Unzählige Theologen nährten sich in den folgenden 2000 Jahren von dem Problem, ob das Grab wirklich leer gewesen sei, und sorgen noch heute in vielen und großen Institutionen dafür, daß Steuergelder nicht verschwendet werden. Im Römischen Reich erhöhten die selbstlosen Märtyrer die Chancen der Sklaven, verkauft zu werden. Als sich die Kirche dann auch der weltlichen Herrschaft angenommen hatte, wurde das christliche Arbeitsbeschaffungsprogramm in noch größerem Stil fortgesetzt. Unbewaffnete Missionare brachten den faul auf der Bärenhaut herumliegenden Germanen bei, daß das Beten viel ertragreicher ist, wenn man dabei arbeitet: „Ora et labora!" Bewaffnete Missionare räumten im Namen Gottes ganze Indianervölker weg, um an das Gold heranzukommen, diesen Unterpfand für notwendige Investitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Kreuzzüge setzten für einen heiligen Zweck Hunderttausende in Brot und Blut. Bischöfe erfanden die *Neben*beschäftigung, waren zugleich Fürsten. Selbst der Job des Papstes verschaffte zeitweilig durch Schismen mehreren geweihten Herren ihr Auskommen und sonst nackt dastehenden süßen Mädchen angenehme Beschäftigung. Das Zölibat animierte viele Frauen dazu, selbstständig etwas zu unternehmen. Die Inquisition brauchte ihre Angestellten und reduzierte das Überangebot an Hexen für die knapp bemessenen Haushaltsarbeitsplätze.

Eine neue Dimension brachte Luther in die ganze Angelegenheit. Er machte eine Konkurrenzorganisation auf, und Konkurrenz belebt bekanntlich das Geschäft, was wiederum ... na, Ihr wißt schon! Ab jetzt traten überall gleich zwei Amtsträger auf. Die spätere freiwillige Abgabe des Kirchenbesitzes an den Staat, mit Ausnahme der Banco di Santo Spirito, der Schweizer Garde und der großen Spaghetti-Plantagen in Pisa — die Kirchen wollten sich wieder mehr Höherem zuwenden —, konnte dieser in die Wirtschaft pumpen, welche ja den ganzen Tag nichts anderes unternimmt, als Arbeitsplätze zu schaffen. Nicht zu vergessen die kirchlichen Segnungen von Waffen und Soldaten, die der nachfolgenden Generation Millionen Plätze frei machten. Und die kirchliche Entwicklungshilfe, mit der die christliche Mission die entscheidende Grundlage aller Arbeitsbeschaffungsprogramme bildet, indem sie den Negern — natürlich in den Formen ihrer kulturellen Besonderheit — erst einmal klar macht, was überhaupt ein Arbeitsplatz ist; da es dort keine gibt.

Heute sind es im Besonderen die weiten Reisen und Staatsbesuche des Papstes, die die Arbeitslosenzahlen herunterschnellen lassen. Da die Fähnchen und Oblaten wegen der Heiligkeit des Anlasses in Handarbeit hergestellt werden, ist das kein Wunder. Hat nicht die bloße Ankündigung des Papstbesuches in Deutschland dafür gesorgt, daß die Arbeitslosenquote im September auf 3,5 % sank?

Er sollte hierbleiben, der gute Mann. Nach seiner Abreise wird es laut Josef Stingl vom zentralen Arbeitsamt wieder 1/2 Million mehr Arbeitslose geben!!

*

Rudolf Augstein,

Sie dummdreistes Orakel des aufgeklärten imperialistischen Zynismus! Sie haben also herausgefunden, daß „Millionen Kinder verhungern, weil (!) die römische Kriche immer noch behauptet, nur der Wille zum Kind rechtfertige den Beischlaf und, allenfalls, die Wollust." (DER SPIEGEL v. 3.11.80)

Daß unsere glorreiche „Weltordnung", an deren Bewahrung Ihre Lieblingspolitiker, an deren Beweihräucherung Sie selbst gemeinsam mit der „römischen Kirche" tatkräftig mitwirken, jeden Monat einige weitere Millionen Neger und sonstige Südländer praktisch für überflüssig befindet und zugrundegehen läßt — das liegt daran, daß die zuständigen blöden Eltern mit einem sexuellen Rechtfertigungsproblem nicht fertig werden, auf dessen Bewältigung Sie so wahnsinnig stolz sind?!

Der Papst sagt wenigstens doch klar und deutlich, daß Leben und Sterben sich nach dem göttlichen Gebot zu richten haben. Seien Sie doch mal genauso ehrlich und geben Sie den Maßstab an, nach dem Sie „Millionen verhungernde Kinder" für *zu viel* auf der Welt befinden, so daß es sie am besten gar nicht erst geben sollte! Ist es der europäische Butterberg? Oder vielleicht die Tatsache, daß aus diesen Würmern ohnehin niemals SPIEGEL-Leser geworden wären!

*

ARGUMENTE ZUM PAPST der MARXISTISCHEN GRUPPE (MG)
verantw.i.S.d.P.: Theo Ebel, c/o Verein z. Förd.d.stud.Pressewesens, Heßstr. 82, 8000 München 40.

Ihr evangelischen Christen,

ob Euer Reformator Luther aus sogenannten unlauteren Motiven heraus, also weil er auf eine Nonne scharf war oder — wie die saubere katholische Geschichtsschreibung zu berichten weiß — weil er maßlos in seinem Zorn, ein Sadist oder alles zusammen war —, ob Euer Gründer *deshalb* die Trennung von den Katholen vollzogen hat, ist uns wurscht. Aber daß Ihr Euch etwas darauf einbildet, keinen Papst, sondern nur Landesbischöfe zu haben, ist ja wohl die Höhe. Auch Euer Stolz, die eigentlichen „freien Christenmenschen" zu sein, die ohne das werkelhafte katholische Brimborium so recht innerlich im Glauben und ohne Lug und Trug gute Menschen seien, ist ziemlich bodenlos.

I

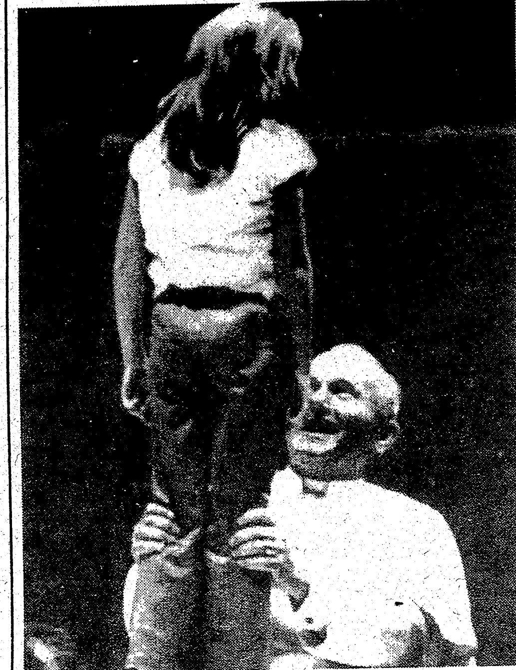
Es ist doch wohl derselbe Gott, an den Ihr glaubt und vor dem Ihr Euch als arme Sünder vorkommt; wenn Ihr aber nicht mehr glaubt, sind es doch wohl dieselben Tugenden, mittels derer Ihr mit der Welt so fertig werdet, daß Ihr abwechselnd sündigt, beichtet und fernseht! Ihr meint, „nur der Glaube allein" mache selig vor Gott, nicht das vordergründige, katholische in Sack und Asche gehen? Das Opfer wollt Ihr also „umsonst" und ganz frei eingehen. Ein wahnsinniger Unterschied, den Ihr — genauer Euer Luther, Ihr selbst wäret ja nicht darauf gekommen — da erfunden habt:

„Denn dieweil die Seele durch den Glauben rein ist und Gott liebet, will sie gern, daß auch ebenso alle Dinge rein wären, zuvor ihr eigener Leib, und jedermann Gott mit ihr liebt und lobt.... Woraus denn ein jeglicher kann selbst entnehmen das vernünftige Maß für die Kasteiungen des Leibes; denn er fastet, wachet, arbeitet, soviel er sieht, daß dem Leib not ist, seinen Mutwillen zu dämpfen." (Luther)

Damit habt Ihr das dunkle Mittelalter wahrlich glorreich überwunden. Was sich damals das gläubige Volk ganz äußerlich und gezwungenermaßen antat, tut Ihr Euch — ob noch gläubig oder nicht, egal — von innen heraus und ohne Zwang an. Bravo, Ihr demokratischen Christenmenschen!

Hände weg von den Kindern, Papst!

Wenn im kommunistischen Osten „unschuldige Kinder" rote Fähnchen hochhalten, gleichfarbige Halstücher tragen und sich vom Parteifunktionär betatschen lassen müssen, dann ist das eine Ungeheuerlichkeit, oder?



Dann sind wir auch hier dafür, daß die Kinder nicht einseitige ideologische Gehirnwäschen und -verschmutzungen ausgesetzt werden.

— Aber aufs „Prägen von Kindern verstehen sie sich alle!

Verantwortungsbewußte Väter und Mütter beschäftigen also in den fünf kritischen Tagen ihre Kinder mit etwas anderem. Es wäre nämlich nie wieder gut zu machen, wenn sie schon im zarten Alter — kaum getauft — vom Papst verdorben würden!

P. S. Im übrigen hat das Bundesministerium für Gesundheit festgestellt, daß Weihrauchgenuß in 60 % der Fälle zu Lungenkrebs führt.

II

Und von wegen, Ihr hättet die katholische Unterwürfigkeit und das „Obrigkeitsdenken" mit dem Papst abgelegt. Als wenn Ihr nicht genau so unterwürfig und opportunistisch der weltlichen Macht Euch andienert, die Euch als nützliche moralische Anstalt fördert. —

Genauso, wie es Euch Euer großer Reformator in Wort und Tat vorgemacht hat. Er forderte die Fürsten auf, die aufständischen Bauern „totzuschlagen wie tolle Hunde"; er definierte Eure Freiheit ganz richtig:

„Ein Christenmensch ist ein freier Herr über alle Ding und niemand untertan.
Ein Christenmensch ist ein dienstbarer Knecht aller Ding und jedermann untertan."

Einen besseren Untertan kann sich doch der Bundeskanzler gar nicht wünschen.

Noch ein Letztes, Ihr Reformierten! Uns scheint, Ihr seid insgeheim etwas neidisch auf die Schau, die die katholische Kirche zur Zeit mit ihrem Papst abzieht. Hättet Ihr nicht auch gern so eine Attraktion?

MSZ
30 Jahre BRD
Marxistische Studenten Zeitung

Große Deutsche Politiker

W. BRANDT, Friedens- & Reformwilly

DER MENSCH

Ein edler Deutscher

„Morgens im Hotel. Im Spiegel beim Rasieren. Bin wieder froh! Weg die schreckende Maske der Sorge! Die herausgestreckte Zunge ist lustig wie bei Einstein. Keine sieben Brillen sind auf mich gerichtet. Gar nicht mehr peinlich, ein Deutscher zu sein." (HAP Grieshaber nach dem Friedensnobelpreis)

Wem der Faschismus nur als Vergangenheit des gegenwärtigen deutschen Staates ein Problem ist, dem sind NS-Schlächtereien unter Juden und Proleten lediglich ein „*peinlicher*" Umstand, der einem makellosen Nationalismus im Wege steht; welcher deshalb auch dadurch weggeputzt wird, daß ein anderer *Mensch* an die Spitze der bisher verheimlichten Liebe getreten ist, ein Mensch, dem man auch im Ausland abnehmen konnte, daß er die Friedensliebe des Volkes, dem man bisher immer noch das Schlimmste zutrauen mochte, *repräsentiert*. Der *Mensch* BRANDT steht also nicht nur bei seinen Gegnern im Brennpunkt, sondern auch bei seinen *Verehrern*. Mit der Macht in Bonn kehrte auch bei ihnen die Sicherheit ein im Umgang mit Frahms Charakterzügen, die man aus dem Schmutz zieht und zum wahren Deutschtum aufpäppelt. In Gesichtszügen, die nicht nur zu Adolfs Zeiten als Inbegriff slawisch-bolschewistischer Bedrohung des Abendlands galten, liest der Ghostwriter des Kanzlers wahres Deutschtum, zu dem im Zeichen alldeutsch-panslawistischer Versöhnung eben slawische Elemente gehören:

„Ein Deutschland, das sich mit sich selbst versöhnen könnte, zeichnet sich in den Zügen des Kanzlers. Man muß ihm genau ins Gesicht schauen. Die hochgezogenen breiten Wangen, steile Brauen; enggezogene Augen, blau-grau; eine hohe Stirn, ein kräftiger Kiefer, schütteres Haar, mit der isolierten Locke, die das Problem seiner Friseure ist. Slawische (!) und nordische Elemente sammeln sich in diesen Zügen. Alles in allem: Er ist wahrhaftig ein Deutscher." (Harprecht)

Und „*literarischen Pinschern*", deren Nationalismus vor Ludwig Erhard keine Gnade gefunden hatte, wird alles Material, das anderen Anlaß war, Willy BRANDT mitsamt Freund Scheel an die Wand zu fordern, weil man das Schicksal der deutschen Nation nicht in den Händen eines Vaterlandsverräters sehen wollte, zur besonderen Gewissenhaftigkeit im Umgang mit eben diesem Schicksal:

„Schon an der Art, wie Willy Brandt sich zur Rede erhebt, merkt man, daß er sich nicht aus der Pflicht entlassen fühlt: Gesammelt steht er auf, ein bißchen mühevoll, und daß sein Oberkörper leicht schwankt, liegt daran, daß er mit dem Standbein nicht zurechtkommt." (S.Lenz)

Der Antifaschist Frahm, der nicht erst 1942 merkte, daß der Faschismus die Staatsideale des deutschen Volkes mißbrauchte, der es nicht nötig hatte, sich die Staatsabträglichkeit des Faschismus von Stalins siegreichen Truppen klarmachen zu lassen, sondern schon vor 1933 *wußte*, daß der deutsche Staat mit Adolf den Bach runtergehen mußte, der ebendeshalb in eine sozialistische Arbeiterpartei eingetreten ist, weil ihm die SPD nicht zu gewährleisten schien, daß der Staat nicht in falsche Hände gerät, und später dann in *norwegischer* Uniform und unter neuem Namen *für* Deutschland *gegen* die Staatsverräter in *deutscher* Uniform kämpfte, dieser Willy BRANDT also, dem der *demokratische* Staat so sehr am Herzen gelegen hatte, war, wo es um den Aufbau eines demokratischen Deutschland ging, nicht willkommen. Denn er war der fleischgewordene Beweis der Kollektivschuld des deutschen Volkes, weil er augenfällig demonstrierte, daß man von der „*Schädlichkeit*" des Faschismus sogar eine Ahnung haben konnte, wenn man nicht als Chef der Propagandaabteilung im Rundfunk, als KZ-Architekt oder als „*furchtbarer Jurist*" seine NS-Dienste versehen hatte.

Ein sympathischer Mensch

Während andere um ihrer Berufung zum Juristen willen schweren Herzens das gefährliche Risiko auf sich genommen haben, der NSDAP beizutreten, ohne Rücksicht darauf, daß ihnen vaterlandslose Gesellen aus ihrer selbstlosen Staatstreue später einen Vorwurf drechseln könnten, hat Willy BRANDT sein Ideal von einem Staat hochgehalten und dem bestehenden Staat opportunistisch den Rücken gekehrt:

„Ich verleugne nicht meine Volks- und Staatszugehörigkeit persönlicher oder sonstiger Vorteile wegen. Ich kann diese Schicksalsgemeinschaft nicht verlassen, wenn es mir persönlich gefährlich erscheint, und ihr wieder beitreten, wenn das Risiko vorbei ist." (Kai Uwe von Hassel)

Ein solcher Mann, der seine nationale Unzuverlässigkeit auch noch mit schlampigen Familienverhältnissen untermauerte — keine Sau wußte, ob Willys Vater Deutscher war; seine Frau hatte er im Stich gelassen, um eine andere, die ihren Mann im Stich gelassen hatte und noch dazu Ausländerin war, zu heiraten; und Schwierigkeiten soll er (von wegen Standbein) seit eh und je im Alkohol ersäuft haben — lauter Eigenschaften, die ihm sein Mentor Julius Leber schon 1931 vorgehalten hatte, um ihn vom Austritt aus der SPD abzuhalten:

„Sie wissen doch trotz (?) Ihrer Jugend ein gutes Buch, einen guten Tropfen, die Gunst eines schönen Mädchens zu schätzen. Sie sind auch sonst ganz normal. Sie gehören nicht zu diesen Sektierern." —

einen solchen Mann wollte das deutsche Volk nicht zu seinem Kanzler *wählen*. Es ließ ihn sich von der F.D.P. verpassen („*Er wurde Bundeskanzler nicht mit legalistischen Tricks, sondern legal.*" (Böll)). Damit war für Böll und Konsorten das Signal gegeben, mit der Nörgelei am Restaurationsstaat aufzuhören und damit zu beginnen, Frahms Makel in BRANDTs Tugenden zu verwandeln:

„Er ist der erste deutsche Kanzler, der aus der Herrenvolkstradition herausführt... kein Herr und Herrscher, der mit den Sporen klirrt und die Peitsche gelegentlich blicken läßt... Nicht der legitime Aggressionskatholik aus München wurde Bundeskanzler, sondern der illegitime Herbert Frahm aus Lübeck, der diesen von der bürgerlichen Gesellschaft mitgegebenen Urmakel, diese Idioten-Erbsünde auch noch verstärkte, indem er Sozialist und außerdem noch Emigrant wurde." (Böll)

Allerdings würde man dem Volks- und Friedenskanzler von Bölls und Scheels Gnaden nicht gerecht, wollte man *seinen* Beitrag, dieser Bestimmung gerecht zu werden, unterschlagen.

Ein erfolgreicher Politiker

Für *Popularität* (= der Ruf, im Umgang mit dem Volk geschickt zu sein) hat er nämlich schon selbst gesorgt und damit seine Befähigung zum späten Volks-Kanzler unter Beweis gestellt. Nach dem Ungarnaufstand 1956 nahmen die zum Protest „*gegen die brutale Unterdrückung der Budapester Volkserhebung durch sowjetische Panzer*" aufgeforderten Demonstranten den Appell ernster, als es die Berliner Demagogen beabsichtigt hatten: Fackelschwingend zogen sie zum Brandenburger Tor, um den Osten heim ins Reich („*Russen raus! Keine Koexistenz!*") zu holen. BRANDT erzählt:

„Ich sprang mit Rut in ein Auto und raste hin, um das Schlimmste verhüten zu helfen... Über einen Lautsprecherwagen der Polizei, dessen Scheiben zertrümmert waren, wandte ich mich an die erregte Menge... Ich sagte, daß wir das Geschäft der anderen Seite betrieben, wenn wir uns untereinander bekämpften oder uns (!) provozieren (!) ließen. Der Druck auf die Polizeikette ließ nach...",

so daß BRANDT einigen Polizeiknuppeln ersparte, den Leuten splitternd klarzumachen, daß kalter Krieg eben kein Krieg, sondern eine ideologische Kampagne gegen die Kommunisten zur moralischen Aufrüstung der eigenen Staatsbürger ist und niemand sich herausnehmen soll, auf eigene Faust Wiedervereinigungspolitik zu betreiben.

„Dann war es soweit, daß wir... das Lied vom guten Kameraden singen konnten — Demonstranten und Polizisten, die eben noch aufeinander eingehauen hatten."

An Berlin, das ohne Kontakt mit dem Feind nur mit Ausnahmezustand und Luftbrücke regierbar ist, hat er schon bald erkannt, daß sich aus dem Osten was rausholen läßt, wenn man ihm „*im Bewußtsein um die Stärke des Westens*" drohen kann:

„Das darf nicht mit einer weichen Welle gegenüber der Sowjetunion oder gar dem Ulbricht-Regime verwechselt werden. Es handelt sich vielmehr um das zähe, konsequente und beharrliche Vertreten unserer Interessen im Bewußtsein um die Stärke des Westens ... Wir sind und bleiben fest in den Grundsätzen, beweglich in den Methoden." (Wille zum Frieden)

Er war dann auch einer der ersten SPDler, der vom erfolglosen Neinsagerimage abging und Adenauers Westintegrationspolitik bejahte:

„Die Berliner Sozialdemokraten um Reuter sahen die Allianzpolitik Adenauers nicht so negativ wie die Genossen im Bundesgebiet. Und es paßt auch in dieses Bild, daß Brandt lange Zeit als ein besonders militärfreundlicher Sozialdemokrat abgestempelt war. Wiederum schien er weit weniger von ideologischen Skrupeln geplagt als viele Genossen. Unbeeindruckt von der deutschen Geschichte formulierte er: ‚Wer nicht mit der bewaffneten Macht fertig wird, mit dem wird sie fertig'." (R. Zundel)

Er war es, der praktisch zeigte, daß der Wille zu gutnachbarlicher Zusammenarbeit „*nicht mit einer weichen Welle gegenüber der Sowjetunion ... verwechselt werden*" darf, indem er des alten Kanzlers Allierten zur Demonstration westlicher Stärke und Entschlossenheit („*Ich bin ein Börliner*") Ut bricht an der Mauer präsentierte und mit dem Passagierscheinabkommen aus dem Elend der Berliner u.a. politisches Kapital gegen das „*menschenfeindliche Regime*" im Osten und für die deutsche Nation zu schlagen wußte:

„Für jeden, der ein Herz für die Menschen dieser Stadt Berlin hat, war es bewegend zu sehen, wie sie in Kälte und Schnee die Nächte durchstanden, um zum Bruder, zum Vater, zur Mutter, zum Sohn im anderen Teil zu kommen. ... Selten ist so deutlich wie in diesen Weihnachtswochen dokumentiert worden, daß wir ein Volk und eine Nation sind."

Daß allerdings der Haarausfall, der mit zunehmendem Alter die vordere Locke vom übrigen Haar isolierte und Willys Friseure seitdem zu gewagten Luftbrückenkonstruktionen zwingt, aus der Berliner Zeit stammt, ist purer Zufall. Wenn jedoch BRANDT die unverschämte politische Ausschlachtung dieses Gebrechens durch seine Alte:

„Die Haarinsel meines Mannes verhält sich zum übrigen Haupthaar wie Berlin zur Bundesrepublik"

nicht damals schon mit einem Scheidungsantrag beantwortet hat, dann läßt das den Schluß zu, daß er schon immer entschlossen war, nicht nur seine Physiognomie, sondern auch seine Familie als „*Rücksichtnahme auf die Kinder*" (Begründung dafür, daß die Scheidung so spät erfolgte) und als Toleranz gegen aufmüpfige Söhne voll für seine politische Karriere einzusetzen.

DER FRIEDE NACH AUSSEN

Viel Geld ...

In den 60er Jahren stand der Karriere des Willy BRANDT eigentlich nur noch die mangelnde Einsicht der Wählermehrheit im Wege, daß für eine neue Ostpolitik ein neuer Mann ins Palais Schaumburg gehörte. Denn daß die BRD mit dem Osten ins Geschäft kommen mußte, war schon Ludwig Erhard klargewesen:

„Die Bundesregierung ist bereit, im Rahmen ihrer Möglichkeiten den Wirtschaftsaustausch mit diesen Ländern zu erweitern."

Sein Ausspruch macht aber auch klar, daß die CDU nicht bereit war, den „*Rahmen ihrer Möglichkeiten*", nämlich die Hallsteindoktrin, das Dogma der Nichtanerkennung der DDR, zu sprengen, war diese doch ein bewährtes Mittel der CDU-Politik in der Innen- wie in der Außenpolitik. Denn mit antikommunistischer Hetze ließ sich nicht nur die Opposition im Parlament und in den Betrieben als staatsfeindliche Aktivität diskreditieren und auf das Staatswohl verpflichten; die Nichtanerkennung des Unrechtsstaates war auch wesentlicher Hebel der Anerkennung der BRD als Militär- und Wirtschaftsfaktor im Westen gewesen. Die Abweichung vom politischen Prinzip der Union war in der Union nur dem möglich gewesen, der es geprägt hatte — und der saß auf dem Altenteil. Mit gelegentlichen Abweichungen von der Hallsteindoktrin war es aber nicht mehr getan. So konnte BRANDT auch seinem Regierungschef in der großen Koalition vorwerfen, daß die Weigerung der CDU, BRANDTsche Ostpolitik zu betreiben, inkonsequent sei und dem mit ihr verfolgten Zweck nur schade:

„Je länger die Große Koalition fortdauerte, umso weniger erfolgreich war der Kanzler in seinem Bemühen, seine Parteifreunde bei der beschlossenen Regierungspolitik zu halten. Die CDU/CSU wollte trotz besserer Einsicht vieler ihrer Leute ihre schon toten heiligen Kühe nicht beerdigen, und der Kanzler sah sich nicht in der Lage, die Beerdigung ... zu erzwingen."

Und noch BRANDTs größter Erfolg, der Wahlsieg 1972, verdankte sich der Tatsache, daß Rainer Barzel gegen die Ostpolitik der Regierung nichts einzuwenden hatte außer der allzu offensichtlichen Lüge, daß die BRD zuviel preisgegeben hätte. Willy Brandt dagegen hatte kapiert, daß, nachdem die Weigerung, von der DDR anders als in ominösen Umschreibungen („*Phänomen*", „*Gebilde*") zu sprechen, ihren Nutzen für den imperialistischen Wiederaufstieg Restdeutschlands erbracht hatte, die Nichtanerkennung der DDR nur noch befristet als Verhandlungspfand tauglich war. Mit der „*Anerkennung der Realitäten in Europa*" hatte Brandt sich vom Osten etwas abhandeln lassen, was in nichts mehr bestand als in einem Anspruch („*Ein klares Geschichtsbewußtsein duldet keine unerfüllten Ansprüche.*") auf etwas, was man sich so oder so nur verschaffen konnte mit Waffengewalt, deren Einsatz aber gerade nicht von der Aufrechterhaltung von Ansprüchen abhängig ist. Nachdem der kalte Krieg immerhin soweit Frucht getragen hatte, daß die Große Koalition es sich hatte erlauben können, mit einer einseitigen DM-Aufwertung der übrigen Welt die Stärke der BRD-Wirtschaft vor Augen zu führen und damit den Abgang des US Dollars als Leitwährung der westlichen Wirtschaftswelt einzuläuten, kann BRANDT die häßlichen Instrumente des kalten Krieges, die er selbst recht gut beherrschte, in die Rumpelkammer verbannen, um die Mauer mit Friedensposaunen unter Beschuß zu nehmen und so dem Ost-West-Konflikt einen anderen Charakter zu verleihen:

„... nach der langen Periode des fruchtlosen kalten Krieges war und bleibt es notwendig, daß die BRD alle in ihrer Macht liegenden Schritte tut und weiterhin tun muß, die den Charakter des Konfliktes zwischen Ost und West verändern helfen ..."

Mit dem billigen Bekenntnis, daß man Gebiete, die im Besitz der DDR, Polens und der UdSSR *sind*, nicht beanspruchen will, startete der Friedenskanzler eine politische Offensive mit eindeutig ökonomischen Charakter:

„... deutsche Außenpolitik hat deutsche Interessen zu wahren, hat nicht zuletzt Märkte offen zu halten und Arbeitsplätze von Morgen zu sichern" —

ein Geschäft, das sich, wie die Schulden der östlichen Handelspartner anschaulich demonstrieren, wahrlich gelohnt hat. Selbst wenn man den Ostdeutschen mal ein paar Straßen pflastert und ehemaligen polnischen Zwangsarbeitern in Deutschland die Renten zahlt, angesichts der Interessiertheit der Revisionisten am Westgeschäft kann man sicher sein, daß die Gelder, die der BRD-Staat seinen Proleten abnimmt, auf die Konten deutscher Unternehmen zurückfließen, um so wieder in profitablen Arbeitsplätzen angelegt zu werden:

„Eine Bindung der Mittel (i.e. Rentenabgeltung) an deutsche Lieferungen kam nicht in Betracht ... angesichts unserer Position auf dem polnischen Markt als wichtigstes westliches Lieferland ist jedoch davon auszugehen, daß zumindest ein erheblicher Teil der Mittel in Form von Aufträgen an die deutsche Industrie zurückfließt."

... für ein paar Tränen

Um dieses profane Geschäft, aus dem furchtbaren ein fruchtbares Gegeneinander zu machen, in Gang zu bringen, bedurfte es allerdings besonderer Anstrengungen. Die Herstellung politischer Beziehungen als Bedingung reibungsloser Geschäfte zwischen Staaten, die sich zwei Jahrzehnte lang beständig gegenseitig der übelsten Aggressionsgelüste bezichtigt hatten, bedurfte einer Wende seitens der BRD, die ein Unionspolitiker gar nicht bringen konnte. Noch 1972 wollte der mit seinem Mißtrauensvotum gescheiterte Barzel es sich nicht nehmen lassen, angesichts der bevorstehenden Verabschiedung der Ostverträge das Bekenntnis nicht *deutscher*, sondern *polnischer* Schuld — verstorbene Polen (abzüglich der vergasten Juden, die die Polen selbst ja nicht leiden konnten) gegen vertriebene Deutsche ergibt für eine christliche Heimattreue, der Handelsverträge zur ökonomischen Wiedereroberung des Osten zu wenig Blut und Boden enthalten, allemal eine eindeutige Rechnung — zur Bedingung einer auch von der Union

gebilligten Versöhnung zu machen. Eben dieser Barzel mußte dann doch mit der von ihm inszenierten Stimmenthaltung der Mehrheit der Union bei höchst unsicheren Regierungschancen (249 zu 247 bei 3 unsicheren Kantonisten) praktisch eingestehen, daß man dem *großen* Ostgeschäft auch christlicherseits nicht mehr im Wege stehen konnte und wollte – womit er über sich und die CDU die größte politische Niederlage heraufbeschwor. Willy BRANDT dagegen machte sich mit seiner Friedensoffensive auf, „*noch vorhandenes Mißtrauen abzubauen, ... Freunde zu gewinnen*" und so den sozialistischen Regierungen die Möglichkeit zu eröffnen, ihre Politik gegenüber dem Westen zu ändern, ohne dies als Änderung *ihrer* Politik verklickern zu müssen. Und so machte sich denn der Friedenskanzler an die pompöse „*Beerdigung der toten heiligen Kühe*" deutscher Außenpolitik und an

„Die Aufgabe, den nicht minder wichtigen zweiten Teil (nach der Aussöhnung mit dem Westen) anzupacken: die Aussöhnung mit den Nachbarn im Osten und eine gesamteuropäische Zusammenarbeit, die über den Ost-West-Konflikt hinausführt und ihn überlagert (!)."

25 Jahre nach Kriegsende nahm Brandt forsch die Bewältigung der deutschen Vergangenheit auf sich:

„Wir müssen die Kette des Unrechts brechen."

Er, der seine Gegnerschaft zum Naziregime nicht erst umständlich nachweisen mußte, der zweifelsfrei Verfolgte und Widerstandskämpfer, sank im Rampenlicht der Weltpresse preisträchtig und ganz spontan vor dem Mahnmal im einstigen Warschauer Getto auf die Knie und lud mit zerknirschter Miene und übervollen Tränensäcken die Schuld, die keiner haben wollte und die gerade *er* nicht hatte, auf sein Haupt. Ergriffen berichtet die Chronistin:

„Hinter dem Kniefall des Hitler-Gegners vor dem Mahnmal im einstigen Warschauer Getto steht, nicht nur in der Geste, das christliche Bedürfnis" (*daran* sollten sich die Christdemokraten mal ein Beispiel nehmen!), „Schuld für andere, Schuld für die Deutschen abzutragen" (Wahrlich eine kostspielige Angelegenheit!). „Als dieses Motiv der Brandtschen Politik in den Hauptstädten Osteuropas begriffen und verstanden wurde, entstand jenes Vertrauen auf der anderen Seite, ohne das die bundesdeutsche Ostpolitik nicht hätte wirksam werden können." (Carola Stern)

Und als er sich wieder erhob, da stand er anders da vor der Welt, kassierte den Friedensnobelpreis, konnte seinen

„Blick in die Zukunft richten und die Moral als politische Kraft erkennen",

den größten Wahlsieg in der Geschichte der SPD einheimsen und vom Rest der Welt verlangen, daß Deutschland jetzt anders behandelt zu werden hatte.

Ein mündiges Volk

Allem Ausverkaufsgemeckere der Opposition zum Trotz erwies sich BRANDT gerade in der Ostpolitik als würdiger Verwalter und Gestalter des Adenauerschen Erbes. Hatte Adenauer aus der BRD eine starke Nation gemacht und damit die *Voraussetzungen* für die Ausnutzung des Ostens geschaffen –

„Erfolgreiche West-Politik ermöglicht es erst, diese Ostpolitik zu führen; umgekehrt gehört zu einer erfolgreichen Ostpolitik eine beständige Weiterverfolgung der West-Politik" –,

so sorgte Brandt dafür, daß sie sich als solche auch aufführen kann, ohne immer gleich die drei angezettelten Kriege vorgehalten zu bekommen:

„Wirtschaftlich nahezu ein Riese, verhält sich die BRD politisch wie ein Zwerg. Gewisse Eierschalen müssen weg. Wir kommen nicht durch als Musterschüler, der jeweils nickt, wenn der amerikanische Präsident sich räuspert oder der General in Paris hustet. Unser Volk ist mündig und hat seinen Beitrag zur Erhaltung des Friedens zu leisten – als erwachsener Partner, als verläßlicher Verbündeter, als ein Land mit Selbstvertrauen und Stolz."

Schließlich hatte man dem General in Paris mit den Ostverträgen ganz schön eins ausgewischt, indem man das Osthandelsmonopol der Franzosen, die sich die Hallstein-Doktrin zunutze gemacht hatten, mit der neuen Ostpolitik gebrochen hatte. Erst ein Willy BRANDT konnte dem General in Paris was husten und lautstark verkünden, daß der Wind als steife hanseatische Brise in Zukunft aus der anderen Richtung weht. Er konnte glaubwürdig versichern, daß der Nationalismus des deutschen Volkes nichts mit Revanchismus zu tun hat, sondern in die Zukunft gerichtet ist und daß künftig imperialistisches Auftreten deutscher Kanzler nichts anderes ist als das selbstverständliche Vertreten nationaler Interessen als Folge innerer Stabilität:

„Dies ist kein Ausdruck eines rückwärts (!) gerichteten Nationalismus. Wenn wir uns selbstbewußt und würdig zu Wort melden, so gehört dies zu einem Prozeß innerer Gesundung."

Wer so sehr darauf pocht, aus dem Gegeneinander der Nationen durch gutnachbarliche Beziehungen profitieren zu wollen, der muß dafür gesorgt haben, daß eine Nation hinter ihm steht, die dieses Geschäft nicht stört; der muß die Gegensätze in der Nation gutnachbarlich geregelt haben.

FRIEDE NACH INNEN

„Wir wollen ein Volk von guten Nachbarn sein, im Innern wie nach außen."

„Und wenn ich vom inneren Frieden spreche, dann denke ich an etwas, worauf ich ehrlich gesagt stolz bin, nämlich an die enge Verbindung zwischen Regierung und den Bürgern, die früher am Rande des staatlichen Geschehens standen oder sich dorthin gestellt sahen: Arbeitnehmer, geistige Schichten, kritische junge Generation in diesem unserem Volke."

Während Willy BRANDT in der Außenpolitik, wo er mit seinem Beitrag zum Frieden in der Welt keineswegs mehr Ruhe in diese gebracht hat, allenthalben Erfolg bescheinigt wird, spricht man ihm diesen nicht nur von seiten der Opposition, in der Innenpolitik häufig ab. Auch Biographen, deren Leistung darin besteht, sich möglichst häuslich im Arsch bedeutender Persönlichkeiten einzurichten, beziehen aus dem angeblichen Scheitern BRANDTscher Reformpolitik das Kritische ihrer Würdigung. Doch selbst die charakterlos-undankbaren Auslassungen der literarischen Nutznießer verdanken sich ihrem Wirt, weil *ohne* seine *erfolgreiche* Innenpolitik die heute üblichen Angriffe auf das „*Anspruchsdenken*", das von Brandt durch

„Überschwang und falsches Augenmaß, die ungenügende Beachtung dessen, was Priorität zu haben hat" (Carola Stern),

gefördert worden sein soll, nicht ohne Widerspruch bleiben könnten.

Lebensqualität durch Chancengleichheit

Der Kanzler der Reformen hatte von Anfang an erklärt,

„daß wir durch eine Politik, die soziale Sicherheit mehrt, die Modernisierung fördert und dadurch (!) die Leistungsfähigkeit der Gesellschaft steigert, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland und zugleich (!) ihre innere Stabilität gewährleisten können",

und so nie einen Zweifel daran gelassen, daß bei der Förderung von Modernisierung nicht an Altbauwohnungen und bei der Steigerung der Leistungsfähigkeit nicht an die des Staates gegenüber den Bürgern zu denken ist, sondern daran, daß die Gewährleistung der Wettbewerbsfähigkeit des BRD-Kapitals durch den Staat, der durch stützende Maßnahmen zur Modernisierung der Betriebe die Leistungsfähigkeit der Proleten steigert, die „*innere Stabilität*" der BRD gefährden könnte. Der Reformkanzler hatte es sich zum Ziel und für seinen Nachfolger durchgesetzt, mit sozialen Reformen dafür zu sorgen, daß die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit auf Kosten der Arbeiter nicht zu Lasten der politischen Stabilität geht. Mit leeren Versprechungen hat er sich dabei nie aufgehalten; das hätte schon seiner Diktion, alles mit einem einschränkenden und gedehnten „*Aber*" zu versehen, anstatt die Dinge unzulässig zu vereinfachen, widersprochen. Das Proletarierkind aus Lübeck wußte und konnte gerade den „*einfachen Menschen draußen im Lande*" klarmachen, daß ihre Zufriedenstellung keine schnöde materielle Angelegenheit ist:

„Lebensqualität ist mehr als höherer Lebensstandard. Lebensqualität setzt Freiheit voraus, auch Freiheit von Angst. Sie ist Sicherheit durch menschliche Solidarität; die Chance zur Mitbestimmung und Selbstverwirklichung; zum sinnvollen Gebrauch der eigenen Kräfte in Arbeit, Spiel und Zusammenleben; zur Teilhabe an der Natur und den Werten der Kultur; die Chance, gesund zu bleiben oder zu werden. Lebensqualität meint Bereicherung unseres Lebens über den materiellen Konsum hinaus."

Durch eine bisher beispiellose Steigerung der Sozialabgaben und Steuerlasten – die Inflation macht die Steuerprogression ohne gesetzliche Steuererhöhungen zu einem angenehmen Instrument der „*Umverteilung des Volkseinkommens*" in die Staatskasse – hat die Regierung BRANDT die Arbeiter dazu gezwungen, den Wechselfällen ihrer Existenz solidarisch vorzubeugen und bei sinkendem Lebens s t a n d a r d die Lebens q u a l i t ä t durch Besuche in Museen und Wanderungen in Gottes freier Natur zu erhöhen (Trimm dich!). Dadurch erhöht sich natürlich auch die Chance gesund zu bleiben, vor allem, wenn man den materiellen Konsum sowieso einschränken muß und darauf achtet, die eigenen Kräfte nicht nur b e i der Arbeit, sondern auch im Spiel und zu Hause f ü r sie einzusetzen.

Mehr Demokratie wagen

Den Wünschen der Proleten wird also nicht einfach, wie das bei den Kapitalisten üblich ist, durch den großzügigen Griff ins Staatssäckel begegnet, sondern durch die Chance zur Mitbestimmung und die Einrichtung des Bundespresse- und Informationsamtes der Bundesregierung:

„Wir wollen mehr Demokratie wagen. Wir wollen unsere Arbeitsweise öffnen und dem kritischen Bedürfnis nach Information Genüge tun. Wir werden darauf hinwirken, daß durch Anhörungen im Bundestag, durch ständige Fühlungnahme mit den repräsentativen Gruppen unseres Volkes und durch eine umfassende Unterrichtung über die Regierungspolitik jeder Bürger die Möglichkeit erhält, an der Reform von Staat und Gesellschaft mitzuwirken."

Wer wagt, gewinnt, wenn er wie BRANDT so genau weiß, daß die Beteiligung der Bürger an den Staatsgeschäften kein Wagnis, sondern eine v o n o b e n f ü r oben inszenierte Veranstaltung ist, die dort, wo zuviel gewagt wurde, d.h. wo die Bürger das gewährte Freiheitsrecht nicht f ü r den freiheitlichen Rechtsstaat durch ihre Mitwirkung zu nutzen verstanden, ohne weiteres durch den gesetzgebenden Fortschritt korrigiert werden kann. Und der A n t i f a s c h i s t BRANDT scheut sich nicht auszusprechen, d a ß Demokratie auf dem f r e i w i l l i g e n Verzicht zugunsten des Ganzen besteht (nämlich darauf, den eigenen moralischen Angriff auf den „*guten Nachbarn*" folgerichtig auch gegen sich selbst gelten lassen zu müssen):

„Wenn Menschen in freier Einsicht bereit sind, aus der Verantwortung für das Ganze eigene Sonderinteressen und nicht nur die der anderen zu überwinden, dann schaffen sie Demokratie, dann sichern sie die Freiheitsrechte von Generationen, die ihnen folgen."

Ein Gedanke, mit dem BRANDT noch auf jeder Gewerkschaftsfeier staatstreuen Beifall erntet.

Gezielt Draufschlagen!

Das Instrumentarium eines Reformpolitikers jedoch ist umfangreicher und differenzierter als das von rechten Staatsagenten. Er sieht nicht nur in kritischen und unter Adenauer des Hochverrats verdächtigten und deswegen über Nacht mal eingesperrten Intellektuellen, die er sich ins Kabinett holt, wertvolles Potential für den demokratischen Staat, sondern auch hinter den roten Transparenten der studentischen Jugend weiß der SAJ-Rebell von einst achtenswerte staatstreue Menschen marschieren und warnt:

„Blindes Draufschlagen ist keine Politik, die dem Grundgesetz entspricht."

Schließlich ist e r sich sicher, daß jugendliche Ideale gebändigt und für die richtige Sache eingesetzt werden können, und nutzt diese seine Sicherheit weidlich als seine besondere Agitationsmasche aus:

„Wer mit 20 kein Kommunist ist, hat kein Herz; wer es mit 40 noch ist, keinen Verstand."

Die Jusos stehen deshalb hinter ihrem Willy, den sie lieben, wie hinter keinem anderen und stellen sich bereitwillig vor seinen Helmut, den sie eigentlich – zwischen den Wahlen – nicht so mögen, **weil** auch sie wissen, daß Toleranz ihre Grenzen hat, wenn dem, der sie gewährt, nicht Loyalität entgegengebracht wird. So kämpft BRANDT dort, wo seine Drohung –

„wir wenden uns an die im Frieden nachgewachsene Generation ..., jene jungen Menschen, die uns beim Wort nehmen wollen und sollen. Diese jungen Menschen müssen aber verstehen, daß auch sie gegenüber Staat und Gesellschaft Verpflichtungen haben" –

nicht auf fruchtbaren Boden gefallen ist, für ein gezieltes Draufschlagen: für einen Radikalenerlaß, der nicht die Falschen trifft, und für Antiterrorterror, der keine Staatsbürger verschreckt.

Ein Fall für Herrn Schmidt

Ein Volk von guten Nachbarn also: Im Inneren und nach Außen – und dennoch: ein schwacher Abgang für einen großen Kanzler! Sein Freund und Kanzleramtsreferent Günter Guillaume war als Ostspion und diskreter Vermittler von jungen Miezen für strapaziöse Kanzlerreisen enttarnt worden und Willy reichte seinen Rücktritt ein. Rücktritts g r u n d war diese Niederlage des DDR Geheimdienstes natürlich nicht. Die Verteuerung der Energiequellen des westdeutschen Kapitals – mit autofreien Sonntagen zur nationalen Feier des „*Ölschocks*" hochstilisiert –, die Vorreiterfunktion der ÖTV in der damaligen Tarifrunde – die fast so tat, als wollte sie der „*Politik der inneren Reformen*" die Absicht unterstellen, Müllmännern, Schulmeistern und Verwaltungsleuten ihre Gehälter aufzubessern – und die ersten Meldungen über „*rote Zahlen in der Wirtschaft*" und Arbeitslosenziffern oberhalb des „*unvermeidlichen Bodensatzes*" waren schon seit längerem die eindeutigen Anzeichen dafür gewesen, daß sozialdemokratische Reformpolitik sich vom Management des B o o m s auf die Bewältigung der K r i s e umzustellen hatte. Und eben weil es der SPD so hervorragend gelungen war, ihren Willy, ungeachtet aller praktischen Politik, zur Symbolfigur aller Hoffnungen des „*kleinen Mannes*" auf einen für ihn nützlicheren Staat hochzujubeln, und eben weil BRANDT den Arbeitern so erfolgreich den geschwollenen Staatsanteil an ihrer Lohntüte mit hübschen Phrasen über Zukunftsaufgaben und vermehrte Demokratie schmackhaft gemacht hatte, schien es allen Hauptbeteiligten ratsam, den Übergang zu den fälligen neuen Formen der Konjunkturbelebung per staatlicher Profitvermehrung von einer neuen sozialdemokratischen Charaktermaske vertreten zu lassen, die ohne Imageverlust für sich, für die SPD und für BRANDT selbst – der ja durchaus noch weiter zu verwenden war und ist – dessen seinerzeit populären linken Spruch, man wolle „*die Kuh (=Wirtschaft) melken*", auf seinen harten wahren Kern reduzieren konnte, nämlich auf seine logische Konsequenz: alles dafür zu tun, daß besagte Kuh „*gut in Futter steht*". Noch ehe der politische Gegner Gelegenheit gefunden hatte, sich als besserer Krisenbewältiger in Szene zu setzen, wurde daher von der SPD-Spitze selbst in aller Öffentlichkeit – von Wehner passenderweise aus Moskau – die neuentdeckte „*Führungsschwäche*" und „*Entscheidungsunfähigkeit*" des guten Willy und die Frage erörtert, ob er wohl „*der richtige Kanzler für eine richtige Krise*" sei (Die Zeit). BRANDT seinerseits beteiligte sich an dieser Debatte mit einer nicht ungeschickten Demonstration von Verdruß und Amtsmüdigkeit und ergriff die nächstbeste Gelegenheit, die **zugleich** die bestmögliche war, seinen Rücktritt so zu inszenieren, daß er auf das Schuldkonto des undankbaren Ostpartners zu verbuchen war – ein letzter Dienst des Kanzlers für seine Ostpolitik: auch noch deren fällige Verschärfung hatte nun die lauterste Friedensmoral auf ihrer Seite! – „*Menschlich tief enttäuscht*" seilte er sich vom Kanzlerstuhl in ein neues Betätigungsfeld ab, das ihm erneut nichts anderes abverlangte als die hemmungslose Betätigung seines von seinem Ghostwriter schamlos entblößten Charakters:

„Was Brandt charakterisiert, ist nicht Entscheidungsscheu, sondern der sparsame, ökonomische Gebrauch seiner Führungsautorität ... Er versteht die Kunst, die Dinge sich entwickeln zu lassen, gibt unmerklich Anstöße in der von ihm gewünschten Richtung ... er setzt bewußt auf den liberalen Prozeß der Meinungsbildung, nicht zuletzt auch deshalb, weil auf diese Weise erreichte Entscheidungen stabil und von einer soliden Mehrheit getragen sind."

MACHT ALS MORAL

Und so zieht denn der Willy von heute stirnrunzelnd und warmherzig durch die Weltgeschichte, damit der Helmut machen kann. Ihm in der SPD den Rücken von störender Kritik freizuhalten, ist allerdings kein aufwendiges Geschäft mehr: Die domestizierten Parteirebellen lassen sich lässig vom Krankenbett aus auf die Regierungspolitik verpflichten. So kann BRANDT sich vermehrt einem Geschäft widmen, das nun einmal auch erledigt gehört in einem Staat mit solch einem Volk und solch einer Wirtschaft und das ihm buchstäblich auf den Leib geschnitten ist: in internationalen Gremien frei vom Verdacht eines engstirnigen Nationalismus die nationalen Interessen zu vertreten. Als gelernter und preisgekrönter Himmelsrichtungskonfliktspezialist übernimmt „*unser Friedenswilly*" neben anderen Ehrenposten den Vorsitz im „*Nord-Süd-Dialog*" und den 1. Platz auf der Europawahlliste der SPD, weil in beiden Fällen der wieder zu Kräften gekommene bundesdeutsche Imperialismus einen Repräsentanten des „*besseren Deutschland*" gut brauchen kann; und weil die Verpflichtung der Opfer auf Solidarität mit ihren Ausbeutern und der unterliegenden Konkurrenten auf Gefolgstreue zum voranmarschierenden ‚Modell Deutschland' als internationale Solidarität der Arbeiterbewegung am besten durchzusetzen ist, hat der gereifte deutsche Sozi auch hier den Vorstandsposten inne.

So sorgt BRANDT heute z.B. dafür, daß die Verelendungsdiktate des deutschen Kanzlers an das bankrotte Portugal dem PSP-Chef von dessen eigenem Vorsitzenden in der „Sozialistischen Internationale" mit brüderlicher Umarmung als solidarische Grüße beigebracht werden. Und wo nichts so sicher ist wie der feste Wille eines unter deutscher Führung geeinten Europa, Menschenmaterial und Bodenschätze der ‚Dritten Welt' für die Mehrung des eigenen nationalen Reichtums dauerhaft und gründlich auszuplündern, da verkündet Willy sorgenschwer, daß „*von einer Entschärfung des Nord-Süd-Konflikts viel für den Frieden der Welt abhängen wird*". Er versteht sich eben wie kein anderer auf die zum Geschäftemachen dazugehörigen völkerverbindenden Phrasen, legt den nördlichen Massen die „*Konflikte*" der Hungernden im Süden salbungsvoll ans Herz so daß sie gern die Preiserhöhungen für südliche Früchte bezahlen, die dank geschickter ‚Macher' in ganz andere Richtungen als nach Süden fließen – und gibt den südlicher beheimateten Völkern voll Weisheit und Wohlwollen die wissenschaftliche Empfehlung weiter, „*ihren Reichtum an menschlicher Arbeitskraft*" besser zu nutzen und Gewaltanwendung ebenso wie das Kinderzeugen zu lassen (lt. Stern), damit sie sich auch weiterhin so friedlich und billig für die Blüte der imperialistischen Volkswirtschaften tauglich halten.

Deutsche Vormacht a l s Friedensmoral – dafür steht Willy BRANDT heute. Und er geht gerne darin auf, mit Person und Charakter nichts anderes zu sein als dieses ideologische Gütezeichen einer imperialistischen SPD-Republik.

Verein zur Förderung des studentischen Pressewesens e.V., Theresienstr. 128/1, 8000 München 2. Verantw. i.S.d.P.: L. Ferti. E.i.S.

MSZ
Marxistische Studenten Zeitung

Galerie Großer Geister

Jürgen Habermas, Sozialmethodosoph



Jürgen HABERMAS, Professor der Soziologie und Philosophie in Frankfurt und Direktor des Max-Planck-Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt in Starnberg, Oberbayern, gehört zu den wissenschaftlichen Autoren, deren Publikationen überdurchschnittliche Verbreitung finden, obgleich die Mehrzahl der Käufer die Mehrzahl der mit dem Buch schwarz auf weiß nach Hause getragenen Sätze eingestandenermaßen nicht versteht. Von seinem methodologischen Knüller „*Zur Logik der Sozialwissenschaften*" geht gar das Gerücht, daß nur jeder 2000ste Käufer es von der ersten bis zur letzten Seite durchgelesen habe, während jedoch feststeht, daß dies der Wirkung jener Schrift keinerlei Abbruch getan hat. Nur sehr am Rande mitzukriegen, was Habermas sagt, und gutzufinden, worauf er hinauswill — dies scheinen zwei zusammengehörige Seiten derselben Sache zu sein, die unter Gebildeten „*Habermas-Rezeption*" heißt und zu einem halbwegs anspruchsvollen sozial- oder geisteswissenschaftlichen Studium immer noch irgendwie dazugehört.

Das Stichwort, unter dem HABERMAS diesen Erfolg nach Hause gebracht hat, lautet — „*Öffentlichkeit*", *Legitimationsprobleme*", „*Kultur und Kritik*", „*Erkenntnis und Interesse*", ja schlechterdings „*Theorie und Praxis*" auf einer einheitlichen Grundlage versammelnd —:

DISKUSSION, herrschaftsfreie

(ersatzweise auch: „*selbstreflektorische Interaktion*", *therapeutischer Diskurs*", „*herrschaftsfreie Kommunikation*" oder so). Zwar ist schon mit dieser abstrakten Kurzformel klargestellt, daß HABERMAS sich ausgerechnet am Diskutieren Herrschaft zum Problem macht, also mit der außerhalb des wissenschaftlichen Palavers vollzogenen Herrschaft einverstanden ist, solange sie sich nur als

erkenntnisleitendes Interesse,

nicht aber als Hindernis für Spekulationen über sie bemerkbar macht. „Die Interessen sind frei", heißt sein Motto für die Welt des Denkens und Diskutierens, so sehr sie sich auch anderweitig in die Quere kommen. D a m i t hat er sich den Ruf eingehandelt, in seiner Person den Kritiker der Gesellschaft mit dem des ideologischen Denkens vereint zu haben: eine kompromißlos kritische Instanz für die westdeutsche Szene das hat HABERMAS längst unterstellt. Und er beweist es jedesmal, wenn er selbst sich als „*kompetenter Diskussionspartner*" betätigt:

„Lieber Herr Plessner ... Wäre es stattdessen nicht plausibler, die Struktur des Spiegel'ichs ... unmittelbar aus der Struktur der sprachlichen Kommunikation abzuleiten — und die Bildung der Ich-Identität aus dem Erwerb der Sprachkompetenz, insbesondere aus der Einübung in das System der Personalpronomina?" (III, S. 234 f.).

(Für Leser, die Habermas auch jetzt noch nicht hinreichend kennen: die nächsten Sätze bringen nicht etwa eine Begründung seines Vorschlags, sondern führen die Konsequenzen hypothetisch aus: „... wäre dann ...", „... erwiese sich von da her als ..." usw.)

Es ist HABERMAS tatsächlich in jeder Hinsicht bitterer moralischer Ernst, wenn er die Argumente aller seiner Mitforscher einer Prüfung allein unter dem Gesichtspunkt unterzieht, ob sich an ihnen nicht Indizien einer gegen Kommunikation verstockten Gesinnung ausmachen lassen:

„Das verständnislose Nebeneinander von analytischer Wissenschaftstheorie und hermeneutischer Grundlagenreflexion kränkt keine der beiden Parteien in ihrem gefestigten Selbstbewußtsein" (I, S. 72).

Und weil die Forscher selber gar so unbefriedigend kommunizieren — übrigens schon gar nicht mit ihm: welchen Fortschritt kann ein Sozialforscher sich schon von einer unablässigen Beschwörung des Ideals des Pluralismus erwarten, in dem er selbst sich gerade glücklich sein Plätzchen erobert und gemütlich eingerichtet hat? —, nimmt HABERMAS selbst sich der Not der Wahrheit an und plündert schamlos sämtliche Neuerscheinungen auf dem gesellschaftswissenschaftlichen Büchermarkt, um sie wenigstens in seinen eigenen Büchern herrschaftsfrei miteinander kommunizieren zu lassen. HABERMAS ist eben radikal in seiner Moral des wissenschaftlichen Pluralismus, die jedes Argument anerkennt und verpflichtet, ganz unbewaffnet — vor allem ohne die Waffe „*dogmatischer*" Begründung — allseitiger Belaberung zur Verfügung zu stehen.

(Daß ihm, dem Fanatiker allseitiger Verständigung, der in jeder Theorie Verständigungsprobleme aufdeckt, seine eigenen Elaborate stilistisch — bei aller inhaltlichen Simplizität — zu einem einzigen Verständnishindernis geraten, ist zwar sicher beabsichtigt, trotzdem aber eine ironische Gerechtigkeit.)

Demokratie als Methodologie

Im Zuge seiner kritischen Begutachtung der Gesellschaftswissenschaft unter dem Gesichtspunkt herrschaftsfreien Diskutierenkönnenmüssens hat Jürgen HABERMAS es in seinem Gesamtwerk bislang zu etwa 3217 Formulierungen der folgenden Art gebracht:

„Ich möchte die Problematik des Sinnverstehens nicht unmittelbar in diesem transzendentallogischen Rahmen aufnehmen, sondern auf einer Ebene der Methodologie, die auch durch positivistische Vorentscheidungen nicht zum Verschwinden gebracht werden kann. ... Der Bezugsrahmen der Wissenschaftslogik ist deshalb der Kommunikationszusammenhang und die Experimentiergemeinschaft der Forscher, also ein Netz von Interaktionen und Operationen, das auf dem Boden einer sprachlich gesicherten Intersubjektivität ausgespannt ist." (I, S. 186 f.)

Erkennbar ist in diesen beiden „*sprachlichen Sinngebilden*" noch, daß HABERMAS darin eine Kritik an ‚positivistischen' Theorien unterstellt, die sich weder für deren Ergebnisse noch für deren Fehler noch für das Prinzip ihrer Fehler interessiert, sondern eine bestimmte „*Vorentscheidung*" als Schranke dieser Theorien angemerkt haben und in Betracht gezogen wissen will; wenig vorher hatte es in diesem Sinne noch geheißen:

„Weil die Verhaltenswissenschaften methodisch von den Momenten absehen, die für das kulturelle Zusammenleben spezifisch sind, haben ihre Informationen allerdings nur in angebbaren Grenzen Sinn" (I, S. 164) — als bliebe noch ein anderer Sinn als der allerdings durchaus grenzenlose des interessierten Unsinns übrig, wenn eine Wissenschaft in der Erklärung ihres Objekts von dem absieht, was dieses ausmacht.

Mit dieser höflichen Feststellung will HABERMAS denn auch keineswegs dem ‚Positivismus' seine „*Vorentscheidung*" als falsch streitig machen, sondern erstens seinen Respekt vor ihrer produktiven Anwendung bekundet und auf dieser Grundlage zweitens zu bedenken gegeben haben, ob der ‚Positivismus' sich nicht unbeschadet seiner „*Vorentscheidung*" in einen „*Bezugsrahmen*" einbeziehen läßt, der noch ganz andere wissenschaftliche Möglichkeiten eröffnet. Der „*Bezugsrahmen*", den HABERMAS hierfür vorgeschlagen haben will, hat seine Eigentümlichkeit, vor allem seine eigentümliche Unanfechtbarkeit und seine damit einhergehende Unfruchtbarkeit, darin, daß mit ihm schlechterdings nichts anderes ausgesprochen ist als die Verallgemeinerung des Umstands, daß HABERMAS ihn vorschlägt: Eben damit p r a k t i z i e r t er ja, wenn auch einstweilen nur von seiner Seite her und insoweit ziemlich „*solipsistisch*", die „*Experimentiergemeinschaft der Forscher*" als „*Bezugsrahmen der Wissenschaftslogik*" und hat damit schon b e w i e s e n, daß diese die allertranszendentalste Bedingung der Möglichkeit jeder Suche nach den Bedingungen der Möglichkeit von Wissenschaft ist. HABERMAS' Wissenschafts- und Erkenntniskritik besteht also darin, die Wissenschaften von vornherein gar nicht als Erkenntnis, sondern als auf „*Vorentscheidungen*" beruhende Sinnerfindungen zu behandeln und sich zu diesen in ein Verhältnis wissenschaftstheoretischer Hinterfragung zu setzen, das gar keinen anderen Inhalt hat als ihr eigenes Stattfinden dieses allerdings unter Zuhilfenahme des deutschen Fremdwörterschatzes und hanebüchener Verbildlichungen zum Urprinzip allen Erkennes emporstilisiert.

HABERMAS' Frechheit, es damit auch schon sein Bewenden haben zu lassen, ist dem akademischen Publikum als „*Konsensustheorie der Wahrheit*" bekannt geworden und trägt sich beispielhaft folgendermaßen kritisch vor:

„... die Annahme des Wahrheitsanspruchs (einer) Tradition kann freilich nur" (könnte aber eben dann!) „mit Erkenntnis selber gleichgesetzt werden, wenn in der Tradition Zwang losigkeit und Unbeschränktheit der Verständigung über Tradition gesichert wären"; „Deshalb bedarf es des prinzipiellen Vorbehalts universaler und herrschaftsfreier Verständigung, um dogmatische Anerkennung von wahrem Konsensus grundsätzlich zu unterscheiden" (II, S. 156 f.).

HABERMAS hat mit Gewalt und Herrschaft in der Wissenschaft an keiner Stelle das einzig rationale Problem, daß Denken falsch wird, wenn es die Bejahung gesellschaftlicher Gewalt zum Maßstab seiner Argumente macht, und daß solche Argumente praktisch nie etwas anderes befördern können und wollen als die Gewalt, der sie beipflichten. Im Gegenteil: Er unterstellt Herrschaft als das Prinzip wissenschaftlichen Denkens schlechthin und überzieht auf der Grundlage dieser Unterstellung jeglichen Gedanken ganz unbesehen und von vornherein mit dem völlig abstrakten V e r d a c h t, er könnte für totales Kommunizieren ein Hindernis, a l s o Herrschaft und d e s w e g e n nicht wahr sein. HABERMAS subsumiert das Nachdenken nach Form und Inhalt vollständig unter die Prinzipien eines schonungslosen, stets zur Anwendung von Gewalt bereiten Kampfes um Durchsetzung gegen andere, um dann den — ja nur unter dieser Voraussetzung fürs Erkennen überhaupt erheblichen — Ausschluß von Gewalt, also das moralische Ideal der Konkurrenz, als letztes Prinzip von Wissenschaft geltend zu machen. Die fatale, weil Herrschaft als gegeben voraussetzende und affirmierende Moral des Gewaltverzichts ist für HABERMAS das Geheimnis des Erkennens.

Daß das luftige Ideal einer gewaltfrei diskutierenden Forschergemeinschaft sich als Wahrheitskriterium nicht einmal vorstellen läßt ohne seine immanente Widerlegung — nämlich eine Qualifikation der Diskussionsteilnehmer als Forscher, die ja wohl erst einmal durch eine theoretische Befassung mit der diskutierten Sache erworben sein will —, macht HABERMAS so wenig irre an seiner Gründung der Wissenschaft auf Moral, daß er diesen Widerspruch unbekümmert namhaft macht und zum Zwecke der Wahrheit den Dialog „*kompetenter Sprecher*" verlangt — deren „*Kompetenz*" natürlich ihrerseits Gegenstand herrschaftsfreier Diskussion zu sein hätte, deren „*Universalität*" natürlich auf „*kompetente*" Diskussionspartner eingegrenzt werden müßte, deren Kompetenz ... Daß wissenschaftliche Kompetenz auf alle Fälle nichts mit einem intimeren Verhältnis zur Richtigkeit eines Gedankens zu tun hat, sondern eine Art technischer Kunstfertigkeit darstellt —

denn: „Theorien sind Ordnungsschemata, die wir in einem syntaktisch verbindlichen Rahmen beliebig konstruieren" (I, S. 11) —,

Moralmethodologie als Metaphysik der Gesellschaft

Wer immer noch glaubt, auch für HABERMAS müßte es bei solcher Laberei doch schließlich um irgendeinen Stoff gehen, der per Diskussion einer wissenschaftlichen Klärung nähergebracht würde, der hat jenen Witz am habermasischen Wahrheitskriterium verpaßt, aus dem sich sein Denken ohne Rest nach Inhalt und Methode herleitet. HABERMAS macht „*metatheoretisch*" vollen Ernst damit, Wahrheit in kommunikative Bedingungen ihrer Möglichkeit hinein aufzulösen: Sie i s t für ihn Kommunikation, und zwar über ihre eigenen Möglichkeitsbedingungen als das Ideal gewaltloser Einigung zwischen Konkurrenten. Während die Idiotie einer „*demokratischen Wissenschaft*" sonst als Programm der Verpflichtung auf parteiliches Denken vorgebracht wird — was immer noch eine formelle Differenz zwischen Denken über und Parteinahme für den Gegenstand unterstellt —, meint HABERMAS die Demokratisierung des Erkennens viel radikaler: Erkenntnis soll nicht bloß der Realität politischer Herrschaft g e m ä ß sein, sondern selbst gar nichts anderes darstellen und zum Inhalt haben als das Ideal der demokratischen Form von Verständigung, also das praktizierte unendliche Hin und Her wechselseitiger Anerkennung ohne Übereinkunft. HABERMAS' gesamte Erkenntniskritik ist eine einzige Demonstration, daß die Gesellschaft, die ihn bezahlt, eine Wissenschaft über sich nicht braucht — warum? — weil das moralische Ideal dieser Gesellschaft ja schon als A u s g a n g s p u n k t allen Nachdenkens über sie festgelegt ist, folglich alles Nachdenken sich im „*kategorialen Rahmen*" der Festsetzung bewegt, daß mit dem Ideal dieser Gesellschaft schon die ganze Wahrheit über sie gesagt ist.

Anders: Wenn HABERMAS von der idealen Sozialforschergemeinschaft behauptet, daß sie so viel Wahrheit produziert, wie sie Gemeinschaft ist, dann spricht er damit aus, daß er die Parteinahme für die Moral der demokratischen Gesellschaft als Form und Inhalt jedes Gedankens über sie anerkannt wissen will — was sozialmetaphysisch ausgedrückt eben bedeutet: Gesellschaft ist darin begründet und genau insoweit wirklich und wahr, daß bzw. wie es sich herrschaftsfrei herumdiskutiert. Als Urgrund seiner Erkenntniskritik erweist sich so eine spezielle Verabsolutierung der soziologischen Verrücktheit, die ordinäre Moral der demokratisch geregelten Konkurrenz als das W e s e n v o n G e s e l l s c h a f t überhaupt anzusehen.

Natürlich geht es HABERMAS nicht einfach darum, diese Moral zu propagieren, wie noch jeder konservative Denker das tut; dafür bürgt schon sein transzendentallogischer Geniestreich, so zu tun, als hätte er sie als Bedingung der Möglichkeit jeder „*wahrheitsfähigen*" Aussage über Gesellschaftliches und d a h e r als den Inbegriff von Gesellschaft philosophisch a b g e l e i t e t. Daß Gesellschaft selbst im Grunde ihres Wesens nie etwas anderes ist als Kommunikation unter dem Gesichtspunkt der Herrschaftsfreiheit, also als ihre eigene mehr oder weniger realisierte Moralität — diesen moralischen Idealismus möchte HABERMAS noch neben den letzten Furz der Gesellschaftswissenschaften hinsetzen, um deren Argumente methodologisch seines eigenen Idealismus' als ihrer eigenen eigentlichen Wahrheit zu überführen.

Die totale Selbstverständigung der Gesellschaftstheorie durch Habermas auf Habermas

Das geht z.B. so, daß HABERMAS der Verhaltenswissenschaft eines Skinner, auch wenn es da — wenigstens „*dem Programm*" nach — ein wenig tierisch zugeht, Recht gibt — allerdings nur ein beschränktes. Nicht als ob HABERMAS es kritikabel fände, daß diese Wissenschaft den Menschen theoretisch als einen durch Umweltreize hochdressierten Affen unterstellt, weil sie ihn nach dem Richtsatz: die Menschen können gar nicht anders, als es die herrschende Ordnung von ihnen verlangt, behandelt wissen will: Er erkennt durchaus an, daß sie auf diese Weise

„die Wirklichkeit unter dem anthropologisch tief verankerten Gesichtspunkt möglicher technischer Verfügung interpretiert" (VI, S. 288),

also einem dem Forschertier ganz selbstverständlichen methodologischen Fingerzeig der Sache selber folgt. HABERMAS möchte nur darüberhinaus sichergestellt wissen, daß diese Interpretation sich — gegen ihr selbstmißverständliches „*Programm*" — dazu bekennt, daß ihrem Gegenstand als durch sie im Grunde immer schon unterstelltes Geheimnis Kommunikation innewohnt:

„Wie immer elementar uns die Triebrichtungen erscheinen, die wir mit Hinweisen auf Feind, Beute und Geschlecht qualitativ unterscheiden, gelangen wir doch niemals zu so etwas wie sprachlich uninterpretierten Antrieben"; ergo müssen „wir" „uns an allgemeine Theorien intentionalen Handelns halten" (VI, S. 164).

Recht bekommt daher als nächster ein jeder, der, wie Weber, die Art und Weise, wie die Menschen sich aufführen, als aussprechliche Sinngebilde auffaßt und aus den „*Normen und Werten*" „*erklärt*", die sie dabei — schließlich geht es um Sinn! — im Sinn gehabt haben müssen und die in ihren „*Institutionen*" Gestalt geworden sind — getreu dem der Verhaltenspsychologie komplementären soziologischen Motto: Wozu die Menschen gezwungen werden, dasselbe wollen sie auch, könnten sie doch sonst darüber gar nicht sinnvoll reden, was sie doch können. Begrenzt findet HABERMAS allerdings auch diesen Ansatz; denn

„... die Soziologie hat es nur mit institutionalisierten Werten zu tun" (VI, S. 168),

geht also noch nicht weit genug in ihrer charakteristischen Unverschämtheit, das Handeln der Menschen so zu erklären, als erschöpfe es sich durch seine Interpretationen allemals erst seinen Inhalt und als beruhten folglich alle gesellschaftlichen Zwänge allein auf lauter Einverständnis.

Recht bekommen daher weiterhin Leute wie Parsons, die so konsequent sind, gleich sämtliche Werte, die man den Leuten als Sinngrund ihres Handelns andichten mag, zu einem System und das System selbst zum obersten Hauptwert zu machen und so

„den üblichen funktionellen Zusammenhang zwischen einzelnen Variabeln, der in Gesetzesaussagen formuliert wird, zusätzlich aus einem übergreifenden funktionalistischen Zusammenhang der Erhaltung eines Systems als sinnvoll zu deuten" (I, S. 167).

Hat die Soziologie es mit diesem Gedanken glücklich so weit gebracht, die Funktionalität des Menschendaseins für die Erhaltung „*der*" Gesellschaft zu seiner ersten Bestimmung und zum Grund seiner sämtlichen Inhalte zu erklären und mit solcher theoretischer Liquidierung der Individualität HABERMAS' Ansprüchen an eine umfassende „*Theorie des sozialen Handelns*" gerecht zu werden, so ist der nächste produktive Einwand fällig: Womöglich ist doch noch ein Quentchen Individualität übrig, das, noch unintegriert in den gesellschaftlichen Zusammenhang, mit sich selbst als Teil desselben in Konflikt geraten und so die herrschaftsfreie Sinnharmonie des Ganzen beeinträchtigen könnte. Sein Recht bekommt daher das theoretische Unternehmen, derlei „*Identitätsbrüche*" dadurch aus der Welt zu schaffen, daß das Individuum mit gesellschaftsdienlichen Vorstellungen der Vergangenheit gehörig an sich selbst heruminterpretiert, bis es darin in seinen Gesichtspunkt fürs Einverstanden-Sein gefunden hat: Die „*zum unaufgearbeiteten Restbestand der traditionellen Philosophie*" gehörende Hermeneutik eines Gadamer

„hat den Typus von Bildungsprozeß vor Augen, durch den Überlieferung in individuelle Lernvorgänge umgesetzt und als Tradition angeeignet wird" (I, S. 283).

Allerdings kann HABERMAS der hermeneutischen Vervollständigung der Soziologie den Vorwurf nicht ersparen, daß sie sich die Unterwerfung unter den gesellschaftlichen Zusammenhang als „*Aneignung von Tradition*" etwas zu einfach vorstellt. Ganz eigen wird das Angeeignete nämlich erst, wenn die Aneignung gleich zweimal passiert, nämlich einmal als hermeneutische Unterwerfung und ein zweites Mal als kritisch reflektiertes Bekenntnis dazu, auch durchaus nichts anderes als ein Sich-Unterwerfender sein zu wollen:

„Gewiß ist Erkenntnis in faktischer Überlieferung verwurzelt" (Ich hab mich hinten eingewurzelt, daß niemand aus dem Album purzelt': letzte Seite im Poesiealbum des kritischen Jürgen); „Wir können uns auf die verinnerlichten Normen erst zurückbeugen, nachdem wir unter äußerlich imponierter Gewalt zunächst blind ihnen zu folgen gelernt haben. Aber indem die Reflexion jenen Weg der Autorität erinnert, auf dem die Sprachspielgrammatiken" (und was anders wäre wohl der Ursprung von Gewalt?) „als Regeln der Weltauffassung und des Handelns dogmatisch eingeübt wurden, kann der Autorität das, was an ihr bloße (!) Herrschaft war, abgestreift und in den gewaltloseren Zwang (!) von Einsicht und rationaler Entscheidung" (dies also für HABERMAS, wohl zu merken: Formen des Zwangs, die man nicht so spürt!) „aufgelöst werden" (I, 285).

Und wie geschieht so was? Den dicken Pluspunkt, für diesen „*Prozeß*" heilsamer Identitätsfindung am neurotischen Einzelnen ein hübsches „*Modell*" entworfen zu haben, darf die Psychoanalyse a la Freud für sich verbuchen:

„Wenn der Arzt den Patienten von der Übertragungssituation sich lösen läßt und als ein autonomes Subjekt freigibt, müssen die Subjekte eine Stellung zueinander einnehmen, in der der Entlassene weiß, daß die Identität des Ich allein (!) durch die von seiner Anerkennung ihrerseits abhängige Identität des Anderen, der ihn anerkennt, möglich ist" (IV, S. 290).

Wenn also ein Analytiker sein Opfer zu der Willensleistung bringt, seine Zerstörungen als den Ausdruck seiner autonomen gesellschaftlichen Subjektivität anzuerkennen, indem er ihm heuchlerisch versichert, für seine eigene Selbstverwirklichung sei ihm nichts so wichtig wie diese freie Willenstat seines Patienten, dann ist das, am Einzelfall praktiziert, eben jenes Ideal, das HABERMAS als den tiefsten Sinn jedes Gedankens über Gesellschaft und damit als deren wahres Wesen nachweisen will: Gesellschaft ist, wenn alle gar nichts anderes mehr sind und sein wollen als ihr freiwilliges Bekenntnis zu ihrer Abhängigkeit. Auf habermasisch:

„Eine kollektive Identität" — und das ist die Sache, um deren „Möglichkeitsbedingungen" der ganze Habermasianismus sich dreht — „können wir heute allenfalls in den formalen Bedingungen verankert sehen, unter denen Identitätsprojektionen (!) erzeugt und verändert werden", also darin, daß „sich die Individuen selbst an dem Bildungs- und Willensbildungsprozeß einer gemeinsam erst zu entwerfenden Identität (beteiligen). Die Vernünftigkeit der Identitätsinhalte bemißt sich dann allein an der Struktur dieses Erzeugungsprozesses, d.h. an den formalen Bedingungen des Zustandekommens und der Überprüfung einer flexiblen Identität, in der sich alle Gesellschaftsmitglieder wiedererkennen und reziprok anerkennen, d.h. a c h t e n können" (V, S. 107).

In einer Nebenabteilung seiner Schriftstellerei vervollständigt HABERMAS diesen Nachweis seiner selbst als des geheimen Telos aller Sozialwissenschaft und des totalen Willens zur Abhängigkeit als ihren tiefsten Inhalt, indem er —

methodisch nach dem Muster: „Cassirer hat Humboldt mit den Augen eines durch Hamann nicht abgestoßenen, sondern aufgeklärten Kant gelesen" (I, S. 286) —

alle großen Denker der deutschen Vergangenheit als vorzeitige Echos seiner eigenen Entdeckung vereinnahmt. So muß sich z.B. Hegel postum noch sagen lassen, er habe gewissermaßen hinter dem Rücken seiner eigenen Argumente die schon längst mit den Zwillingsbankerten ‚Arbeit' (zweckmäßiges, instrumentelles Bearbeiten von Natur) und ‚Interaktion' (gar nicht zweckmäßiges Ausnutzen anderer durch eine gründliche wechselseitige Selbstverpflichtung auf Normen) schwanger gehende Geistesgeschichte von diesen entbunden und das demokratische Ideal, sich selbst als Setzung durch den gesellschaftlichen Kommunikationsprozeß und dies als die eigene Freiheit anzuerkennen, unter dem altertümlichen Taufnamen „Geist" in die Welt gesetzt:

„Geist ist dann nicht das Fundament, das der Subjektivität des Selbst im Selbstbewußtsein zugrundeliegt, sondern das Medium, i n dem ein Ich mit einem anderen Ich kommuniziert und a u s dem, in einer absoluten Vermittlung, beide zu Subjekten wechselseitig sich erst bilden. Bewußtsein existiert als (!) die Mitte, in der die Subjekte sich treffen, so daß sie, ohne sich zu treffen, als Subjekte nicht sein könnten" (VI, S. 13).

Selbstaufhebung des Marxismus durch Habermas in Kommunikationsmoral

Diese soziologisierte Geistmetaphysik oder metaphysizierte Interaktionsmoral wäre aber auch für einen Jürgen HABERMAS nur halb so spannend, und vor allem wäre sie nicht die absolute Moral, die sie ist, gäbe ihr Nachweis als e i g e n t l i c h e r Sinn von Gesellschaft nicht beständigen Anlaß zu dem bedauernden Hinweis, daß es sich dabei um eine ebenso unumgängliche wie „*kontrafaktische*" Annahme handelt, die Wirklichkeit sich also vor ihrer habermasischen Interpretation recht zu schämen hat und d i e s die allereigentlichste Bedingung der Möglichkeit aller Aussagen über Gesellschaft ist. Als idealen, weil toten, also wehrlosen und folglich je schon einigen Partnern seines herrschaftsfreien Diskussionsprogramms hat HABERMAS den klassischen Gegner der bürgerlichen Gesellschaft, eben MARX, erkoren. Mit ihm versichert er den Prolegomena jeder inskünftigen Gesellschaftsmetaphysik ihren kritischen Charakter u n d macht die moralmethodologische Befassung mit MARX zu einem fruchtbaren, keineswegs anrüchigen Geschäft. Nach den ehrlich ausgesprochenen Grundsätzen von „*Rekonstruktion*" —

„Rekonstruktion bedeutet in unserem Zusammenhang, daß man eine Theorie auseinandernimmt und in neuer Form wieder zusammensetzt, um das Ziel, das man sich gesetzt hat, besser zu erreichen: das ist der normale (ich meine: auch für Marxisten normale) Umgang mit einer Theorie, die in mancher Hinsicht der R e v i s i o n bedarf, deren A n r e g u n g s p o t e n t i a l aber noch (immer) nicht ausgeschöpft ist" (V, S. 9) —

bringt HABERMAS bei Marx alle störenden Elemente materialistischer Kritik wohlwollend in Abzug, um den Rest für seine verschrobene Variante der Idealisierung demokratischer Moral zu vereinnahmen. So geht der Nachweis, daß Marx heute Unrecht hat, Hand in Hand mit der Verfälschung von Marx aus einem materialistischen, auf den Vorteil der Arbeiter bedachten Kritiker des Kapitalismus zu einem habermasianischen Emanzipationsidealisten, der im Grunde nur um der Demokratie willen, also mit einer durch den hohen Zweck allemal gerechtfertigten Heuchelei, den Materialismus der Arbeiter mobilisieren wollte:

„... der Lebensstandard, auch in den breiten Schichten der Bevölkerung, (ist) so weit immerhin gestiegen, daß sich das Interesse an der Emanzipation der Gesellschaft (!!) nicht mehr unmittelbar in ökonomischen Ausdrücken (!) artikulieren kann" (VII, S. 228).

Daß die Marx'sche Werttheorie spätestens heute falsch ist, weil sie die hervorragenden Beiträge der Wissenschaft zur gesellschaftlichen Wertschöpfung nicht gebührend gewürdigt hätte — ein Nachweis, für den HABERMAS in demselben Artikel die blanke Weigerung zu lesen als Argument mobilisiert und der so tut, als wäre an der Wissenschaft nichts wertvoller als ihr Beitrag zur Perfektionierung kapitalistischer Ausbeutung —, hat HABERMAS ebenfalls schon früh herausgefunden. Aber unter dem Gesichtspunkt, daß es auch da im Grunde schon, wenn auch noch in etwas extravaganter Manier, allein darum ging, Hindernisse für einen gesamtgesellschaftlichen herrschaftsfreien Diskurs namhaft zu machen, soll es darauf nicht weiter ankommen:

„Die Wertlehre läßt sich als ein System von Zuordnungsregeln verstehen, das gestattet, Aussagen, die den kapitalistischen Wirtschaftsprozeß unter Steuerungsgesichtspunkten systemtheoretisch beschreiben, in Aussagen über antagonistische Beziehungen zwischen sozialen Klassen zu übersetzen ... Forschungsstrategisch hat die Wertlehre den Sinn, Probleme der Systemintegration auf der Ebene der Sozialintegration abbildbar zu machen ..." und so weiter — wer wollte da noch fragen, was eigentlich der Wert ist? (V, S. 223).

Alles in allem: Einerseits unbrauchbar ist Marx schon allein deswegen, weil er sich nirgends ausdrücklich zu der habermasianischen Vorschrift bekannt hat, Kritik sei als Vergleich der wirklichen Welt mit ihrem Ideal zu treiben:

„Unklarheit herrschte von Anbeginn an über die normative Grundlage der Marxschen Gesellschaftstheorie ... Marx war wohl der Meinung, daß er dieses Problem mit einem Handstreich" (also nicht gewaltfrei?!) „nämlich mit einer als materialistisch deklarierten Aneignung der Hegelschen Logik gelöst habe" (V, S. 10).

Andererseits ist er eben wegen dieser „*Unklarheit*" auch wieder höchst brauchbar; denn mit ihrer Konstatierung gestattet HABERMAS es sich, Marx' Kritik der kapitalistischen Ökonomie in eine geschichtsmethodologische Versöhnungstat nach seinem eigenen Vorbild umzudeklarieren —

„In seiner Kritik versöhnt Marx den durch Hegel aufgehobenen Vico mit Kant" (VII, S. 275) —

und dieser seine eigene fixe Idee als ihren wahren Inhalt zu unterstellen:

„Marx hat doch am Universalismus der bürgerlichen Wertsysteme immer nur kritisiert, daß diese die Dominanz eines Klasseninteresses verschleiern, also ein verallgemeinerungsfähiges Interesse nur scheinbar zum Ausdruck bringen" (IX, S. 333).

Mit Marx und gegen alles, was Marx an Kritik gehabt hat, entfaltet HABERMAS auf diese Weise seinen Moralismus des ehrlichen Verständigungswillens und des uneingeschränkten Gelabers zu folgendem Programm einer „*kritischen Soziologie*":

„Ideologiekritisch hinterfragt sie den faktisch eingespielten Konsensus, der die jeweils geltenden Traditionen stützt, im Hinblick auf die in die symbolischen Strukturen unauffällig eingelassenen Machtbeziehungen. Die immunisierende Kraft von Ideologien, die Rechtfertigungsansprüche diskursiver Nachprüfung entziehen, geht, unabhängig (!) von den wechselnden semantischen Gehalten, auf Kommunikationssperren zurück" (VII, S. 19).

Für demokratische Intelligenzler: Vernünftige, weil anerkannte Herrschaft

HABERMAS läßt in der Tat keinerlei Unklarheit über die Absicht nicht nur seiner Marx-Rezeption, jeder Kritik an gesellschaftlichen Gewaltverhältnissen als Bedingung ihrer methodischen Zulässigkeit einen sehr bestimmten Inhalt vorzuschreiben: die Auffassung, daß Gewalt recht eigentlich in nichts anderem besteht als in der

„dogmatischen Gewalt objektiv gewordener Selbsttäuschungen" (III, S. 22)

und folglich auch keinem anderen Widerstand begegnen darf als der selbstlosen Sorge um die Verallgemeinerung demokratischer Kommunikationsprinzipien. Daß Gewalt und Herrschaft damit zu einer recht luftigen Angelegenheit verspintisiert werden, mit der eigentlich nur eingebildet Intellektuelle ein Problem haben können (weil allenfalls sie über vermutete transzendentale Kommunikationsbarrieren redselig werden), heißt auf der anderen Seite aber nicht, daß die gesellschaftsweite Verwirklichung habermasianischen Gelabers ohne hinderliche Bedingungen eine gemütliche Sache wäre. Im Gegenteil: Gesellschaftstheorie, wie HABERMAS sie sich vorstellt, begreift

„die Gesellschaft als einen Handlungszusammenhang von sprechenden Menschen, die den sozialen Verkehr in den Zusammenhang bewußter Kommunikation einholen" (als redeten Menschen sonst, ohne zu wissen, was sie tun) „und sich selbst darin zu einem handlungsfähigen Subjekt bilden müssen — sonst (müssen) die Geschicke einer im einzelnen immer strenger rationalisierten Gesellschaft insgesamt der rationalen Zucht (!), der sie um so mehr bedürfen, entgleiten" (VII, S. 309).

Auf „*Herrschaftsfreiheit*" der „*gesellschaftlichen Kommunikation*" kommt es HABERMAS, wie man sieht, eben deswegen so sehr an, weil für ihn Kommunikation als die Grundlage von Gesellschaft zuallererst eine F o r m v o n H e r r s c h a f t ist. Nicht die Abschaffung gesellschaftlicher „*Zucht*" und Gewalt, nämlich dessen, was diese nötig macht — auch wenn es soziologisch unter dem idyllischen Titel der „*Rationalisierung*" daherkommt —, steht für ihn zur Debatte, sondern die herrschaftsfreie Diskussion als d e r e n rationelle Ausübung — eben, s.o., als „*gewaltloser Zwang*":

„Die Irrationalität der Herrschaft, die heute zu einer kollektiven Lebensgefahr geworden ist, könnte nur durch eine politische Willensbildung bezwungen werden, die sich an das Prinzip allgemeiner und herrschaftsfreier Diskussion bindet. Rationalisierung der Herrschaft (!) dürfen wir nur erhoffen von Verhältnissen, die die politische Macht (!) eines an Dialoge gebundenen Denkens begünstigen" (VI, S. 119)

Von diesem Standpunkt unbedingter Parteinahme für eine „*politische Macht*", die durch die Formen ihres Umgangs mit ihren Bürgern sicherstellt, daß diese wirklich und wahrhaftig in keiner noch so versteckten und äußerlich bewältigten Differenz zu ihr stehen, legt HABERMAS sich eine Kritik am tatsächlich bestehenden Staat zurecht, die die reaktionäre Grundlage des ganzen Habermasianismus offen und unmißverständlich ausspricht. So „*interpretiert*" er den Umstand, daß es im bürgerlichen Staat recht konfliktmäßig zugeht, in reinstem Antimaterialismus als das Resultat der Tatsache, daß der Gesellschaft ihre ideologische Einigkeit verlorengegangen sei; und sogar noch die Existenz selbst der streitbar geltend gemachten Interessen „*definiert*" er als das Ergebnis ihres Heraustretens aus einer ursprünglicheren „*Sinneinheit*", die von der radikalen Rechten passend als „*das Volksganze*" propagiert wurde und wird:

„‚Interessen' nenne ich also die im Maße des Legitimationsentzuges und des eintretenden Konfliktbewußtseins aus den traditionsgestützten Kristallisationen der gemeinsam geteilten (und in Handlungsnormen verbindlich gemachten) Werte gleichsam herausgelösten und subjektivierten Bedürfnisse" (VIII, S. 157) — so lautet der Spruch „Du bist nichts, Dein Volk ist alles" auf habermasisch!

Umgekehrt besteht für HABERMAS die gesamte Tätigkeit des modernen Staates letztlich allein darin, das Problem seiner eigenen Legitimation zu wälzen, die Frage also,

„ob ein und gegebenenfalls welches Teilsystem an die Stelle des Religionssystems treten kann, so daß in ihm das Ganze einer komplexen Gesellschaft repräsentiert und zum einheitlichen normativen Bewußtsein aller Gesellschaftsmitglieder integriert werden kann" (V, S. 107).

Bei diesem Bemühen, die zerbrochenen „*Kristallisationen gemeinsam geteilter Werte*" wieder zu reparieren, stellt der Staat, so HABERMAS, fest, daß der „ ‚*Sinn*' ", den er dafür als Kitt benötigt,

„eine knappe und immer knapper werdende Ressource" (VIII, S. 104)

darstellt, womit er sich folgendes F o l g e - problem einhandelt:

„Darum (!) steigen im Publikum der Staatsbürger die gebrauchswertorientierten und das heißt (!): an Erfolg kontrollierbaren Erwartungen" (Sinn kommt da entschieden billiger!) (ebd.) —

also: W e i l z u w e n i g S i n n, deswegen m e h r B e d ü r f n i s s e im Volk.

Dabei wüßte HABERMAS schon, wie die Sinnressourcen des Staates aufzufüllen und die ohnehin nur kompensatorisch unters sinnhungrige Volk geworfenen materiellen Werte zu sparen wären:

„Die Problematik, die mit der Einführung eines Moralprinzips auftritt, erledigt sich, sobald man sieht, daß die in der Struktur von Intersubjektivität bereits enthaltene Erwartung der diskursiven Einlösung von normativen Geltungsansprüchen speziell eingeführte Universalisierungsmaximen überflüssig macht" (VIII, S. 151 f.).

Bliebe dem Staat nur noch die menschenfreundliche Aufgabe, seinem Volk diese „*Sicht*" beizubiegen ...

Mit einem derartigen Programm taugt HABERMAS natürlich noch nicht einmal recht als Ideologe der wirklichen demokratischen Öffentlichkeit — weshalb er dieser auch schon in einem seiner ersten Bücher einen „*Strukturwandel*" attestiert hat, der sie heute daran hindere, so glorreich integrativ zu wirken, wie sie nie gewirkt hat, auch nicht in den von HABERMAS als kommunikative Idylle ausgemalten frühbürgerlichen Clubs und Kaffeehäusern. Die wirkliche bürgerliche Öffentlichkeit hat — soweit sie nicht schon offen faschistisch „*kommuniziert*" — immer noch die materiellen Interessen der Bürger zu ihrem Ausgangspunkt und empfiehlt ihnen die Unterwerfung unter die Staatsgewalt, die diese Interessen als Material ihrer eigenen Stärkung einrichtet, als Mittel für ihren Vorteil. HABERMAS dagegen stellt sich, radikal reaktionär und mit eigentümlicher methodologischer Absolutheit, so auf den Standpunkt demokratisch-moralischer Unterwerfung, als wäre die Moral der Unterwerfung das in jeder Hinsicht Erste, Eigentliche und Wahre und die Tatsache, daß die Leute diese Moral als ihre Lebensmaxime praktizieren, etwas Abgeleitetes, das sich aus dem Mißlingen vollkommener Moralität überhaupt erst ergibt. Einzig darin, daß er als absoluten, nicht hinterfragbaren Höchstwert nicht den Staat selbst, sondern dessen demokratische Form angibt, ist der habermasianische Staatsmoralismus nicht faschistisch, sondern eben — habermasisch, d.h. eine demokratie-idealistische Schrulle, deren Verschrobenheit ihren Verfechter ganz folgerichtig so verquollen denken und schreiben macht, wie eine Laune der Natur ihn zu sprechen zwingt.

Gleichwohl wird HABERMAS nicht ganz umsonst gelebt und gewirkt haben. Durch zahlreiche reaktionäre Kontrahenten — denen an ihm nicht gefällt, daß es ausgerechnet die demokratischen Prinzipien des Diskutierens sein sollen, durch die der Mensch sich für die Gesellschaft total in Dienst nehmen lassen soll — als fortschrittlich-kritischer Kopf beglaubigt, fand er zeitweise so viel Resonanz beim Intellektuellen-Nachwuchs, daß die von ihm als aktionistische „*Linksfaschisten*" beschimpften Studenten seinen Superlangweiler „*Zur Logik der Sozialforschung*" in einem Raubdruck nach dem anderen auf den akademischen Markt warfen. Mit dem Nachlassen radikaldemokratischen Elans verschwand er dann zwar von den aktuellen Fronten des tendenzwendenden Geistes nach Starnberg, was ja auch kein häßliches Plätzchen ist. Das öffentliche Interesse an seinen letzten Schinken — der Suhrkamp Verlag weiß schon, wem er die Nr. 1000 seiner ‚edition' vorbehält — beweist jedoch, daß ein Mann von seiner Bildung noch immer nicht ganz funktionslos ist. Noch immer gibt es ab und zu ein paar wildwachsende Intelligenzler, die gewisse Vorbehalte gegen das ‚Modell Deutschland' entwickeln und sich von HABERMAS dann dazu anstiften lassen, sich erst einmal für die Verbesserung der wissenschaftlichen Apologetik dieser Gesellschaft zu engagieren — wobei es ihm als Metatheoretiker mit der Spezialität „*Konsens*" gelungen ist, gerade die Verkommenheit der existenten wissenschaftlichen Staatsapologetik zum „*kategorialen Rahmen*" jedes in Betracht zu ziehenden Beitrags zu erklären und so auch noch jedes mögliche Interesse an einer Korrektur wissenschaftlichen Unsinns auf die vorrangige Verbesserung der eigenen Diskussionsmoral zu verpflichten.

Und zumindest diese letzte habermasische Errungenschaft hat ihre populäre Seite, die denn auch alle Anti-Habermasianer nach Bedarf dankbar für sich aufgreifen und die Chancen hat, den Urheber zu überleben: Daß mit dem Vorwurf „*Du diskutierst ja gar nicht herrschaftsfrei!*" die Moral der Selbstaufgabe sich ganz umstandslos und doch wie ein wissenschaftlicher Beweis als ihr eigenes Argument vortragen läßt, hat nicht nur für intellektuelle Demokraten etwas Bestechendes, sondern für jeden Freund der bestehenden Verhältnisse.

I Zur Logik der Sozialwissenschaften
II Hermeneutik und Ideologiekritik
III Kultur und Kritik
IV Erkenntnis und Interesse
V Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus
VI Technik und Wissenschaft als Ideologie
VII Theorie und Praxis
VIII Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus

Verein z.Förd. d. stud. Pressewesens, Theresienstr.128, 8 München 2, verantw.i.S.d.P.: L. Ferti, E.i.S.

MSZ
Marxistische Studenten Zeitung

Galerie Großer Geister

Wolfgang Fritz HAUG, Philosoph und sein einziges ARGUMENT

Nur Lumpen sind bescheiden, sagt das Sprichwort. W.F. HAUG straft den Volksmund Lügen. Er leistet sich erstens die Arroganz, bürgerliche Wissenschaft für verkehrt zu erklären, ohne sie zu widerlegen. Zweitens preist er ausgerechnet den Marxismus als Philosophie an, die dem bürgerlichen Denken auf die Sprünge hilft – und seine parasitäre Stellung zu beiden verkauft er als Vollendung der Wissenschaft.

Warum sollte auch der Herausgeber einer Zeitschrift bescheiden tun, in der noch die letzte Sumpfblüte bürgerlichen Wissenschaftstreibens ihre materialistische Weihe erhält, der *„einzig materialistischen Methode"* eines HAUG als ihrer ureigensten Grundlage zu bedürfen? Dieses ARGUMENT, im Durchgang durch alle Abteilungen derselben eintönigen Moral, der sich moderne Wissenschaft verschrieben hat, zu enzyklopädischer Größe aufgeplustert, ist ein umstandsloses Lob auf alle wissenschaftlichen Dummheiten, das sich als versierte Kritik des Kenners vorträgt. Jedes *„er vermochte nicht aufzuzeigen, daß ..."*, *„es wurde verkannt, daß ..."*, *„es bleibt außer Betracht, daß ..."* macht aus den angeblichen Fehlern eine unterstützenswerte Anstrengung, die von Erfolg gekrönt wäre, würde man den längst bereitstehenden gesuchten Mann konsultieren. Das Angebot *„es wird nicht ausgegangen von ..."* statt *„daß gezeigt würde, daß ..."*, *„erst wenn ..., könnte einsichtig gemacht werden, daß ..."* ist der feste Wille, jeden postulierten Gegensatz zu bürgerlicher Wissenschaft, den ein m a r x i s t i s c h e r Philosoph für Ehrensache hält, zu leugnen: als marxistischer P h i l o s o p h biedert man sich zugleich an als einer, der die mangelhaften Dummheiten auf das ihnen zukommende geistige Niveau heben könnte. Die Ablehnung, die so einer als Marxist erfährt, verdankt sich – dafür hat er ein Gespür – unlauterer Absicht, wenn nicht gar einem Minderwertigkeitsgefühl bürgerlicher Wissenschaftler, weshalb er in seiner Entlarvungstätigkeit auch einiges Verständnis für menschliche Schwächen ausspricht. *„Es erweckt den Verdacht, daß ..."*, *„es wird verkannt, ..., verschwiegen ..., ausgeblendet ..."* lautet das Urteil über ein offenkundiges Interesse (das keineswegs verschweigt, worauf es beim Verfassen wissenschaftlicher Bücher heute ankommt: auf das Lob von Staat, Demokratie, Gesellschaft), womit dieses Anliegen in ein gegenteiliges Wissen umgelogen wird, zu dem sich der Verfasser nicht bekennt:

„Eine sich als wissenschaftlich ausgebende Kritik von rechts an der Linken hat es nicht ganz einfach" (weil sie nicht nur Lügen erzählen, sondern auch das darob entstehende schlechte Gewissen wissenschaftlich beschwichtigen muß): „sie muß unvernünftige Verhältnisse als vernünftige ausgeben und die Anstrengung derer, die eine rationale Gesellschaft wollen, als irrational diskreditieren. Brezinka löst diese Schwierigkeit so: Er kritisiert die Neue Linke an einem Punkt, wo die Kritik berechtigt ist, um (!) mit dem so gewonnenen Einverständnis *(beim ARGUMENT zumindest ist die Diskreditierung gut angekommen!)* alle richtigen Elemente der antiautoritären Erziehung über Bord zu werfen." (ARGUMENT 85, 312)

Wer einem Pädagogen, dessen Erziehungsziel der Antikommunismus ohne wenn und aber ist, die Schwierigkeit andichtet, wider bessere Einsicht schreiben zu müssen, der neidet Brezinka den Erfolg, den man mit dieser Sorte Mut zur Erziehung in der Gesellschaft gewinnt, weshalb ein dickes Lob über das Geschick des Konservativen, der mit seiner *„Schwierigkeit"* fertig geworden ist, ansteht. Kein noch so offensichtlich reaktionäres Interesse ist dem ARGUMENT zu blöde, um sich daran selbst ins Spiel zu bringen, wobei der Marxist HAUG seine Überlegenheit, die einfühlsam beschriebenen Schwierigkeiten konservativen Denkens zu lösen, vornehmlich mit dem Nachweis erbringt, wie wenig wissenschaftlich dicht Linke sind:

„Die Mystik, auch (!) die echte (!), ist ein vielschichtiges (!) und zweideutiges (!) Phänomen *(Mystik ist mystisch!)*. Leider (!) sind aber die meisten der zehn Autoren der Versuchung (!) erlegen, sich von den Reiz(!)qualitäten (!) der Mystik faszinieren zu lassen, und sich ihr nur auf einer eher (!) subjektiven Ebene existenzieller Betroffenheit anzunähern ... Erforderlich gewesen wäre die sozialgeschichtliche Konkretisierung der Mystik als Aufdämmern *(Mystik bleibt mystisch!)* naturrechtlichen Selbstbewußtseins ... Jedoch hat Kaltenbrunner gewiß seine Gründe, eine Nachzeichnung der sozialen und ideologischen Spannungsfelder im Zeitalter der frühbürgerlichen Revolution zu vernachlässigen. In der Ursprungsgeschichte der bürgerlichen Gesellschaft liegt noch viel Zündstoff" (Thomas Münzer im Anmarsch auf Bonn?) (ARGUMENT 104, 561).

Wo die Kaltenbrunner-Mannschaft *„Auf der Suche nach einem anderen Zustand"* den Irrationalismus als heute geforderten Sinn wissenschaftlich vorschreibt, ist der Haugsche Typus von Kritik nur angemessen: dem Lob der subjektiven Ehrlichkeit folgt der Fingerzeig auf das Versagen ebenderselben Subjektivität auf dem Fuße. Wenn ein Kaltenbrunner im Verein mit allem, was in der Sphäre konservativen und faschistischen Denkens Rang und Namen hat, wieder einmal ein Stück Geistesgeschichte in die Grundlegung moderner Kritik von rechts verwandelt, fällt einem marxistischen Philosophen eine verwerfliche Unterlassung auf: die phänomenale Mystik möchte er nicht besprochen haben ohne *„sozialgeschichtliche Konkretisierung"*, womit er Kritik durch die Verkündung des ewig linken Mottos *„Kein Überbau ohne Betonung der Basis"* ersetzt. Dabei ist ihm ein spezifischer Beitrag zu den Verkehrsformen des Pluralismus gelungen: statt wie üblich seinen Diskussionspartner wissen zu lassen, welche höchstpersönliche Alternative in der Theorie des Kritikers bereitsteht, pflegt HAUG jeden noch so reaktionären Mist mit dem Einwand zu konfrontieren, er wäre seinem eigenen Gedanken einiges schuldig geblieben. Worauf es den bürgerlichen Theoretikern selbst hätte ankommen müssen, hätten sie – mit Rücksicht auf unangenehme Konsequenzen – versäumt: auch eine Art Wissenschaftskritik! Myriaden unaufrichtiger Denker und Dichter stehen somit vor der verblüffenden Offerte, sich vom Haugschen Argument-Club als ihrem besseren Selbst einnehmen zu lassen.

SELBSTBESPIEGELUNG ALS METHODE: MARXISMUS EXKLUSIV

Die Klage, daß HAUG nicht das grundlegende ARGUMENT aller Wissenschaft abgibt, ist keineswegs der verrückte Wunsch eines Kritikers der bürgerlichen Gesellschaft, dem Marxismus bei seinen Gegnern Anerkennung zu verschaffen, sondern ein Lamento darüber, daß Neider seiner geistigen Bedeutung sich dagegen verschworen haben, ihm den seiner Person angemessenen Platz in der geistigen Welt einzuräumen. Deshalb spricht die Geste, mit der sich Wolfgang Fritz seiner Lesergemeinde als ein Opfer weltweiter Verschwörung vorstellt, einen nicht zu knappen Neid darüber aus, als Verschwörer nicht selbst zum Zuge zu kommen:

„Hinter ihm (dem ARGUMENT) stehen keine finanzkräftigen Interessen, aufgrund der historischen Besonderheiten der BRD auch keine linken Organisationen. Die bürgerliche Presse schweigt uns ‚tot', die kommunistische (mit dankenswerter (!) Ausnahme der Marxistischen Blätter) nimmt uns nicht zur Kenntnis" (ARGUMENT 106, 775).

Der feine Unterschied, mit dem hier den Linken niveaulose Dummheit bescheinigt und gleichzeitig die raffinierte Absicht der anderen Seite gewürdigt wird, zeigt, daß dieser einsame Kämpfer nicht zwischen allen Fronten steht. Als einem Marxisten, der im ideologischen Kampf mit der bürgerlichen Welt liegt, fehlt ihm zwar noch die Organisation, die wie ein Mann hinter ihm steht. Als Kommentator der historischen Bedingungen, die den Marxismus nur in Gestalt eines philosophischen Standpunkts zulassen, hat er es zu einer Universitätskarriere gebracht und sich eine Gemeinde erobert, die seinen Aufstieg zum Ordinarius als politische Aufgabe wahrnimmt. Diese Studenten wissen, was sie an ihrem Wolfgang Fritz haben, der – Wissenschaftler und Mensch in einem – auch einmal im Kreise seiner Tutoren Schifferklavier spielt und ansonsten der deutschen Wissenschaft an der Freien Universität den Hauch von Größe verleiht, dem auch im Ausland Anerkennung gezollt wird:

„Als Beitrag zu diesem Themenkomplex findet der Kurs und finden die aus ihm hervorgegangenen Veröffentlichungen zunehmend internationales Interesse. So laufen in einer Reihe europäischer Länder die Vorbereitungen zur dortigen Ausgabe der ‚Vorlesungen zur Einführung ins ‚Kapital' ' (in Griechenland bereits erschienen)".

Der Verfall der griechischen Kultur dient hier als Zeugnis dafür, daß Berlin ohne HAUG undenkbar ist:

„Daß wir mit Haug einen der qualifiziertesten, weil verständlich lehrenden und weiter lernenden marxistischen Philosophen in dieser Stadt haben, ist auch für den internationalen Ruf hiesiger Forschung und Lehre ein ungeheures Kapital *(Haug als sich selbst verwertender Wert!)*. Wir brauchen den Mann in Berlin" (extradienst)

– wie Berlin so vieles braucht, was es hat. Diese personifizierte Weltgeltung Berlins beschränkt sich ja auch nicht darauf, daß er einige Gedanken von Marx vertritt. Das Lob, das HAUG dem Verfasser des Kapital spendet, ergibt sich keineswegs aus dem Urteil, Marx hätte recht gehabt:

„Philosophie löst sich hier nicht einfach auf in politische Ökonomie: Marx beanspruchte, in seiner Wissenschaft die Philosophie ‚aufgehoben' zu haben – es soll am Ende gefragt werden, ob sie in der Kritik der politischen Ökonomie gut (!) aufgehoben ist und wie".

Da die Kritik der politischen Ökonomie keine Philosophie ist – schließlich hat Marx mit dem Kapital die Philosophie als falsche Erklärung der Welt erledigt –, schließt ein Philosoph messerscharf, daß Marx die ihm am Herzen liegende philosophische Sinngebung der Welt in Ökonomie übersetzt hat. So macht er sich am Hauptwerk des Alten kräftig zu schaffen; richtig verwendet und verdreht geben nämlich die ökonomischen Einsichten der Haugschen Philosophie ihren Glanz. In diesem Sinne ist das Kapital

„die notwendige Voraussetzung, um an diesem Stoff (!) Fragen der Methode, der Logik und Erkenntnistheorie, der Theorie des gesellschaftlichen Bewußtseins, der Ideologie, des Überbaus etc. im Modus der Anwendung zu behandeln."

Ein Philosoph kann gar nicht anders als mit dem ‚Kapital' dasselbe tun, was er mit jedem anderen Werk auch anstellen würde. Er erfindet getrennt von den ihm vorliegenden Gedanken allerlei Fragen, die mit den zur Debatte stehenden Gegenständen nichts zu tun haben und ihre Antworten stets in Vorschriften erhalten: da darf *„keine verfestigte Terminologie vorausgesetzt werden"*, da ist von Anfang an *„die Rückbeziehung von Begriffen auf ihre Grundlage und mögliche Nutzanwendung mitzuüben"*, da erfolgt *„eine Bestimmung des Begriffs ‚Begriffsbestimmung'"* – und weil im ‚Kapital' *„das Verhältnis von Sein und Bewußtsein nirgends ausdrücklich zum Gegenstand gemacht wird"*, will HAUG (sie nicht etwa zum Gegenstand machen) *„die Grundlagen näher untersuchen, auf denen Fragen (!) der ‚Vermittlung' von ‚Basis' und ‚Überbau' beantwort b a r (!) gemacht werden können"*. Wenn HAUG Marx liest, dann steht im ‚Kapital' haargenau dasselbe wie in seinem Philosophischen Wörterbuch; die Kritik der Politischen Ökonomie gilt ihm als wissenschaftliches V e r f a h r e n, dem er Bedingungen, Voraussetzungen, Ansprüche des Denkens ablauscht, daß es nur so kracht. Wer da meint, der alte Marx habe die ungemütliche Ökonomie der kapitalistischen Produktionsweise erklärt, der täte gut daran, in die Vorlesung von HAUG zu marschieren. Dort könnte er sich einmal *„dem Anspruch der Voraussetzungslosigkeit stellen"* und *„jedenfalls den Versuch"* machen, *„den von Marxens ‚Kapital' ausgehenden (!) Erkenntnisprozeß als dreipolige Bewegung voranzubringen"*.

Ohne s e i n e Voraussetzungen mag der Philosoph offenbar nichts denken:

„Zunächst war gezeigt worden, daß der Marxsche Anfang für die Auffassung der Marxschen Theorie nicht übersprungen werden kann" („eines der spannendsten Bücher, die je geschrieben wurden", ist doch kein Krimi!). „Es ist nicht bewiesen worden, daß die Marxsche Theorie richtig ist. Dann wurde ein allgemeiner Begriff von Anfang entwickelt" (Vgl. Joh. 1,1 und die Deutungsversuche im Faust), „also (!) nicht konkret gezeigt, wo das Kapital anfängt, sondern zuerst einmal das Problem entwickelt, das der Anfang für eine Wissenschaft darstellt. Wenigstens als Problem sollte bewußt geworden sein, daß man nicht irgendwie (!) und ohne bestimmte Nachfrage an den vom Autor Marx vorgesetzten Anfang herangehen kann" (Vorlesungen zur Einführung in das Kapital, S. 39).

HAUG hat im ersten Satz des ‚Kapital' entdeckt, daß er die putzige Umschreibung für ein Problem der Wissenschaft darstellt; und die bestimmte Nachfrage HAUGs erlaubt diesem Satz auch, Verständnisprobleme zu stellen. Aber auch die nächsten Gedanken von Marx sind nur ökonomisch verkleidete Antworten auf die Frage, ob sie zulässig seien:

„Die beiden Sätze deuten eine Rechtfertigung des Beginns an. Es wird eine Kurzbegründung gegeben, warum so und nicht anders, warum damit und nicht mit etwas anderem angefangen wird." (Vorl., S. 41)

Klar: wenn Marx mit der Ware beginnt, so wollte er nicht die Elementarform kapitalistischen Reichtums untersuchen, sondern den Einfall zurückweisen, auch Kraut und Rüben hätten einen passablen Anfang abgegeben. So fragt HAUG unentwegt nach Logik, Aufbau, Stringenz und Entwicklung im ‚Kapital', ohne sich um den ökonomischen Inhalt zu scheren. Es geht um die aparte Rederei darüber, wie Marx durch einen Philosophen vermittelt einen

„Beitrag zum Grundlagenstudium aller Disziplinen, soweit sie historisch-gesellschaftliche Aspekte (!) oder (!) Gegenstände haben"

leistet. Und da stellt sich ziemlich schnell die Einsicht ein, daß Abstraktion als *„Weglassen alles Weglaßbaren"* aufzufassen ist, womit der Kern der philosophischen Sache übrigbliebe. Aus der Form der Darstellung, zu der Marx wirklich alles Nötige gesagt hat, wird eine M e t h o d e, ohne die man keinem Phänomen des Kapitalismus je auf die Schliche kommen kann:

„Daraus folgt, daß es völlig sinnlos wäre, einen irrsinnigen Arbeitsaufwand vergeuden, eine kaum zu klärende Verwirrung herbeiführen würde, begänne man mit dem Arbeitslohn." (Vorl., S. 24)

Als ob Marx sich nicht mit ganz anderen Sachen als der Ware zuerst recht klärend auseinandergesetzt haben mußte, um zur systematischen Darstellung der kapitalistischen Produktionsweise zu gelangen, wird hier aus der Reihenfolge der ökonomischen Kategorien eine von dem, was sie erklären, unabhängige Vorschrift des Herangehens an die Welt. Ohne solche Sicherheit stiftet eine Lohntüte Verwirrung im Kopf von HAUG, der Marx ganz selbständig a n g e w a n d t, k r i t i s i e r t und w e i t e r e n t w i c k e l t haben möchte.

„Anzustreben ist demnach eine solche (!) Vermittlung der Marxschen Forschungsmethode und Forschungsergebnisse, die eine selbständige Anwendung, damit (!!!) die Kritik und Weiterentwicklung des zu Erlernenden fördert.

So schließt einer von Anwendung auf Kritik, wenn er bei der Aneignung einer Wissenschaft immer gleich auf deren *„Weiterentwicklung"* erpicht ist. Er ist sich eben im klaren darüber, daß Marx so ohne weiteres für eine philosophische Betrachtung nicht taugt – daß die Berufungsinstanz erst einiger kleiner Retouschen bedarf, bevor sie brauchbar ist.

DIE PHILOSOPHISCHE NATUR DER WARE: VOM LOCUS COMMUNIS ZUM KOMMUNISMUS

Wer an den Texten fremder Leute sich selbst bespiegeln will, beginnt konsequenterweise mit der Vorführung der Originalität der eigenen Persönlichkeit, preist selbige als wissenschaftlichen Anspruch und konfrontiert das Werk des Klassikers mit dem methodischen Bedürfnis:

„Der allererste Anspruch, der an den Anfang zu stellen ist, entspricht auch (!) unserem Seminarprogramm, ist von uns aus an Marx herangetragen: Der Anfang muß jedem bekannt sein." (Vorl., S. 30)

HAUG behauptet nichts Geringeres, als daß eine ordentliche Theorie mit einem „*Gemeinplatz*" anzufangen habe, und verlangt diesem noch besondere Leistungen ab:

„Gemeinplätze gibt es viele. An den hier gesuchten ist der Anspruch zu stellen, daß er als Ausgangspunkt geeignet ist, an dem sich nicht nur alle treffen können, sondern von dem aus es weitergeht." (ibid.)

Und siehe da — das alte Buch wird diesem harten Kriterium tatsächlich gerecht. Denn es geht nicht nur weiter,

„Es beginnt mit einem Gemeinplatz, wie es gemeinplätzlicher nicht mehr geht. Das ist wirklich Allagswissen." (Vorl. S. 46)

So lobt HAUG einen Marx dafür, daß es ihm gelungen sei, sich erst einmal ganz blöd zu stellen und den „*Blick des Käuferpublikums*" zur Vereinnahmung seiner Leser und ihres gemeinplätzlichen Alltagsbewußtseins vorzutragen. Wie ein HAUG schwer hochschuldidaktisch zu Werke geht, so hat es auch Marx bei der Bestimmung des Reichtums kapitalistischer Gesellschaften getrieben. Sein Genie und damit seine Kongenialität mit Wolfang Fritz bewährt sich darin, daß er die Ware haargenau wie Hinz und Kunz betrachtet hat und als Wissenschaftler keine Anstalten machte, die „*Perspektive eines Einkaufsbummlers*" zu verlassen; insofern hat er sich nicht nur „*durch ein vages Habenkönnen mittels Kauf*" inspiriert, er ist auch ein praktizierender Abbildtheoretiker gewesen, da er sich — des Primats des Objekts eingedenk — nie und nimmer als Urheber der Warenanalyse aufgespielt hat:

„Der Hinblick auf die ungeheure Warensammlung entsteht nicht im Kopf, sondern *(gelungen!)* in der Gesellschaft. Bevor das Auge blickt, sind die gesellschaftlichen Verhältnisse da." (Vorl., S. 44)

Marx hat also gewußt, daß er der Gesellschaft seinen Kopf verdankt, so daß HAUG **mit Recht von seinen Studenten verlangen kann, es ihm gleichzutun. Zumal zum Anspruch auf anfängliche Gemeinplätzlichkeit** noch einige andere Ansprüche an die Marxsche Theorie gestellt werden, die sie auch brav erfüllt, damit zwischen ihr und Haugscher Ignoranz kein Unterschied mehr ist:

„Demokratisch ist der Anspruch, indem er auf gleiche Vernunft in allen baut, ohne Sonderwissen und ohne jede Dunkelheit operiert."

Womit man in Berlin wieder einmal zu der Auffassung gelangt wäre, Demokratie wäre eine Sache der Vernunft aller und nicht eine Angelegenheit von Herrschaft, die als staatliche Gewalt gegensätzliche Interessen mit eindeutigem Ergebnis verwaltet. Doch es kommt noch lustiger:

„Insofern Gegenstand und Zweck das Soziale ist, ist er sozialistisch; insofern das angestrebte Wissen die Grundlegung der gemeinsamen (kommunen) Sache betrifft, ist er kommunistisch (gemeinschaftlich) zu nennen."

HAUG hat in seinem Drang zum Spinnen wirklich übersehen, daß Marx' Gegenstand nicht „*das Soziale*", sondern eine ganz bestimmte Gesellschaft mit ihrem Klassengegensatz und seinen Unannehmlichkeiten war. Das hat den Vorteil, daß aus dem ‚Kapital' statt die theoretische Waffe des Klassenkampfes der Entwurf des harmonischsten Miteinander wird, das auf der Welt je gesehen ward. Wolfgang Fritz geht so weit, daß er schon in den gemeinplätzlichen Anfängen der Kritik der Politischen Ökonomie den Kommunismus aufspürt — diese Theorie ist „*verbindlich*" („*also viele verbindend*" — für seine Wortspiele verdient er den Pulitzer-Preis!), weil sie den Leuten sagt, wie sie sich in der Gesellschaft ganz gesellschaftlich arrangieren können:

„Diese Verbindlichkeit, der ‚zwingende' Charakter der Erkenntnis, hat für die theoretischen Grundlagen des Marxismus weit mehr politische Bedeutung, als das bei der frühbürgerlichen Philosophie der Fall war. Und zwar deshalb, weil (!) Marx im Kapital ja nichts anderes leisten muß (!) als die Grundlagenwissenschaft für die ‚Assoziation der Produzenten' zu schaffen, den Boden abzustecken, auf dem sie die Besorgung des gesellschaftlich Notwendigen als ihr gemeinsames Geschäft erkennen und betreiben können." (Vorl., S. 32)

Kein Wunder, daß alle ökonomischen Bestimmungen des ‚Kapital' für diesen Philosophen auf Gesellschaft und sonst nichts deuten. Beim Tausch

„handelt es sich um die soziale Vermittlung des Stoffwechsels von Mensch und Natur. Das Ergebnis des Vollzugs ist, daß alle leben können." (Vorl., S. 160)

— womit endlich auch einmal ein außerhalb des bürgerlichen Lagers stehender Wissenschaftler darauf hingewiesen hat, daß die Ware nicht die ausschließende Form des privaten Reichtums darstellt, sondern eine Lebensnotwendigkeit. An der kapitalistischen Arbeitsteilung fällt demselben Menschen, der die Erhaltung des Lebens so schätzt (was braucht der Mensch auch mehr?), auf, daß ein sozialer Stoffwechsel hinzukommen muß:

„Wo aber Arbeitsteilung herrscht, da muß ... ein sozialer Stoffwechsel hinzukommen, bevor jedes Individuum über eine Zusammenstellung aller notwendigen Arten von Lebensmitteln verfügt und seinen individuellen Stoffwechsel mit der Natur speisen, also sein Leben erhalten kann."

Kurz und gut: Marx hat in seinem Hauptwerk keinesfalls die Gegensätze des Kapitalismus geklärt, sondern lauter Geheimnisse des Sozialismus verraten, jener Gesellschaftsform, in der die gute Seite des Kapitalismus, Gesellschaft zu sein, voll und ganz zu ihrem Recht kommt.

PHILOSOPHISCHER SOZIALISMUS: FIAT SOCIETAS

HAUG ist durchaus bereit, diesen Gedanken nicht nur mit Verdrehungen des im ‚Kapital' zu lesenden darzubieten. Als gelernter und immer noch lernender Philosoph versteht er ihn auch prinzipiell zu formulieren. Er hat eben die „*Schlüsselfunktion der sozialistischen Perspektive für die Kritik der politischen Ökonomie*" entdeckt. Marx hätte ohne diese Perspektive, ohne die „*Beziehung auf den Sozialismus*," den Stoff nie so anordnen und aufschließen können, wie er es getan hat — andererseits wäre ihm gerade diese Perspektive verschlossen geblieben, hätte er nicht in der kapitalistischen Produktionsweise etwas gefunden, das er aus vollem Herzen bejaht hat:

„Ihr Nein zur kapitalistischen Produktionsweise ... entspringt der Selbstbejahung der in kapitalistischer Form entwickelten gesellschaftlichen Arbeit (!) bei Verneinung der kapitalistischen Formbestimmtheit." (ARG. 74, S. 580)

Sie ist schon ein Teufelswerk, die Dialektik. Man trenne die kapitalistische Form der Gesellschaft von der unbestreitbaren Tatsache, daß es ziemlich gesellschaftlich zugeht im Kapitalismus, und schon kann man sich auf die Seite des positiven Rests schlagen und gegen das Weggelassene, weil „*Weglaßbare*", Stellung beziehen. Dieselbe Abstraktion, weil sie so schön falsch ist, läßt sich philosophisch Marx höchstpersönlich in die Schuhe schieben — der ist nämlich mit seiner Analyse nicht zu dem Schluß gekommen, daß sich die Proleten um die Veränderung der Produktionsverhältnisse kümmern müssen, indem sie gegen ihre Ausbeutung streiten. Sein Standpunkt war grundsätzlicher Natur:

„Marxens Kritik der politischen Ökonomie stellt sich durchweg auf den Standpunkt dessen, was allgemein ist *(da hätte er viel zu tun gehabt!)* oder doch eine Verallgemeinerung (!) erträgt (!). Ihrer Verallgemeinerung drängt (!) insbesondere die Arbeit entgegen, weil sie durch sie (!) verkürzt und aus ihrer gegensätzlichen Form befreit wird." (ARG. 74, S. 583)

Über einen kleinen philosophischen Umweg gelangt HAUG zu einer bemerkenswerten Perspektive des Reichs der Freiheit — die Kapitalisten sollen sich nicht mehr drücken, sondern auch mit zupacken. Nicht nur den Arbeitern soll der Zwang beschieden sein, ihre Existenz der Arbeit zu opfern, sondern alle haben zu ihrer gesellschaftlichen Verantwortung zu stehen. Daß damit die gegensätzliche Form der Arbeit verschwindet und auch noch an ihr gespart werden kann, scheint wohl nur einer glauben zu können, der sich der Ökonomie philosophisch bemächtigt:

„Im Kapitalismus ist sie der Fluch der Besitzlosen. Im Sozialismus wird sie verallgemeinert, d.h. hier verliert sie die gegensätzliche Form, weil (!) keine Nicht-Arbeit ihr mehr gegenüber steht." (Vorl., S. 116)

Daß die Verallgemeinerung eines Gegensatzes nur seine Abschaffung ist, hat vor HAUG sicherlich kaum einer zu denken gewagt — auch wenn der Frontstadtphilosoph die Stelle im ‚Kapital' für sich reklamieren dürfte, wo von der „*Allgemeinheit der Arbeit*" die Rede ist, welche die „*absolute Grenze für die Verkürzung des Arbeitstages*" darstellt. Selbst wenn außer Kapitalisten auch noch sämtliche Hochschullehrer zu Lohnarbeiter werden, wird aus dem „*Fluch der Besitzlosen*" kein Segen! Mehr Verwandtschaft zeigt die philosophische Träumerei vom Primat des Allgemeinen im Sozialismus da schon mit dem realen Sozialismus auf, der sich einer schöpferischen Anwendung aller kapitalistischen Kategorien als Hebel befleißigt. Wo Marx an der abstrakten Arbeit, die den Wert schafft, welcher die Arbeit seiner Vermehrung unterwirft, die Ausbeutung entdeckt hat (Reduktion der Arbeiter, ihrer Subjektivität auf die Äußerungen einer Naturkraft, was sie zu spüren kriegen!), findet die oben erwähnte Abstraktion des Philosophenhirns lauter noble Sachen vor: alle arbeiten, wordurch sie ganz schön gleich sind:

„Wiederum ist die Arbeit als ‚abstrakt-menschliche' Arbeit, letztlich (!) gleiche *(das ist doch was: Gleichheit durch Abstraktion)* menschliche Arbeit, Arbeit überhaupt, und man entdecke in diesen Bestimmungen den Doppelsinn, die Gleichheit und Allgemeinheit. Für den Sozialismus wird es nach Marx ein wichtiges Mittel und (!) Ziel zugleich sein, die Gleichheit der Arbeit für alle arbeitsfähigen Gesellschaftsmitglieder herzustellen." (Vorl., S. 115)

Dabei hat Wolfgang Fritz durchaus Kenntnis davon, daß diese Abstraktion, um praktisch wahr zu werden, ebenso wenig wie die kapitalistische Ausbeutung bleibender Gestalt entraten kann:

„Denn zur Organisation der Entwicklung, die zum Abbau des Staates (und zur vollen Entwicklung der Arbeiterpersönlichkeit) führen kann, bedarf es wiederum des Staates." (ARG. 106, S. 787)

Und wer meint, es sei doch klar, daß in einer Übergangsgesellschaft Gewalt vonnöten ist, hat die Haugsche Zielsetzung glatt überlesen: ganz Arbeiter sein, gleich und allgemein, ist für diesen Menschen die Aussicht auf eine volle Entwicklung, und die führt nie und nimmer zu einem Abbau des Staates, sondern erst einmal zu einer kräftigen Verselbständigung desselben:

„Der sozialistische Staat muß sich gegen die Gesellschaft verselbständigen ...",

natürlich

„um den Übergang zu seiner eigenen Entbehrlichkeit zu organisieren." (ARG. 106, S. 792)

Wenn das nicht schon wieder dialektisch gedacht war! Ob der verselbständigte Staat auch über Personal verfügt, das von der schönen allgemeinen und gleichen Entwicklung zur vollen Arbeiterpersönlichkeit ausgenommen ist? Und hat die volle Entwicklung zum gleichen, weil nur einer unter vielen allgemeinen Arbeiter auch der Arbeiterpersönlichkeit einiges zu bieten? Wie steht es mit dem Genuß in der Gesellschaft, in der die Allgemeinheit den Standpunkt abgibt, auf den alle gestellt werden?

„Im Sozialismus konkretisiert gesellschaftliche Rationalität sich vor aller Augen als Priorität vor der Konsumtion, der jene, in letzter Instanz (!), allein (!) dient ..."

Was mag das nur für ein Bedürfnis sein, das sich im Dienst an der Produktion verwirklicht? HAUG scheint es zu kennen, jenes gesellschaftliche Interesse an Unterwerfung, bei dem man, zumindest in letzter Instanz, gut führt!

„Anstrengung und Einschränkung, die der Vorrang der Produktion den Individuen zumutet (!), sind vom Zweck her, dem sie unterworfen sind, bei allen Schwierigkeiten und Reibungsverlusten rational begründet und einsehbar: auch wenn die Einsicht in die Notwendigkeit und die Konsequenz für gesellschaftlich (!) adäquates (!) Verhalten kurz, die sozialistische Persönlichkeit, sich nicht automatisch herstellen, sondern erst das Ergebnis langwieriger politischer und ökonomischer Arbeit sein können." (Warenästhetik, S. 144)

Der Mann, der in der Abstraktion des „*Gesellschaftlichen*" den Sozialismus entdeckt hat, weiß natürlich auch, daß sein Sozialismus eine Zumutung ist. Die philosophische Ökonomie, in der Reichtum produziert wird durch Einschränkung, die einem andererseits in letzter Instanz gelohnt wird, kennt auch die Abneigung der Individuen gegen „*adäquates*", der gesellschaftlichen Rationalität entsprechendes Verhalten. Weshalb ihrem Protagonisten auch schon lange klar ist, daß an der Entwicklung zur „*sozialistischen Persönlichkeit*" noch lange zu „*arbeiten*" sein wird — nicht allgemein und gleich, sondern politisch und ökonomisch. Dieses harte Stück Arbeit ist jedoch vorerst — ohne einen verselbständigten Arbeiterpersönlichkeitsstaat — nur auf einem Felde tunbar: dort, wo die unentwickelten Arbeiterpersönlichkeiten dem Kapital so recht eigentlich ausgeliefert sind, nämlich im Reich des Konsums. HAUGs Konsum- und Werbekritik, die er unter dem Irrsinnstitel „*Warenästhetik*" seit Jahren an den Mann bringt, kritisiert an den Massen nicht, daß sie sich die Armut des Lohnarbeiterdaseins gefallen lassen. Sie lebt von dem Vorwurf der bürgerlichen Psychologie, die Leute hätten zuviel und die falschen Bedürfnisse, weswegen sie als Opfer kapitalistischer Manipulation hergerichtet wurden! Dabei versteigt sich Wolfgang Fritz zu Blüten einer „*subjektiven Seite der politischen Ökonomie*", die die Frage aufkommen lassen, in welchem Lande der Mensch eigentlich lebt:

„Was ganz abstrakt gesprochen die Menschen mit dem Kapital vermittelt, kann nur etwas Scheinhaftes sein." (Warenästhetik, S. 57)

So abstrakt gesprochen denkt natürlich keiner an den Geldbeutel, dessen magere Füllung keinen Proleten daran denken läßt, sich der „*gesellschaftlichen Produktion*" zu entziehen. Die Abhängigkeit vom Kapital läuft über keinen Zwang, sondern über einen Schein, erzeugt durch ein Gebrauchswertversprechen, das die Ritter des Tauschwerts nie und nimmer einlösen. Manipulation ist der Schlager des Kapitals, denn

„auf dem Wege über die Beherrschung des Sinnlichen sind es die eigenen Sinne, die die Faszinierten beherrschen ..." „widerstandslos wird der Konsument bedient", (wenn er zahlen kann, W.F., was übrigens der Grund für die Werbung!) „sei es nach der Seite des Schärfsten, Sensationellsten, sei es nach der Seite des Anspruchslosesten, Bequemsten. Die Gier wird ebenso zuvorkommend bedient wie die Faulheit". (Warenästhetik, S. 64)

Daher also das dringliche Plädoyer für eine Weiterentwicklung von Marx, der ja nur folgende entscheidende Einsicht unter die Leute brachte:

„Die entscheidende Einsicht Marxens ist es, daß vom gesellschaftlichen Lebensprozeß, der Lebenspraxis der Menschen ausgegangen werden muß — wie ja auch jeder Denker, solange er nicht verhungern, verdursten oder sonst umkommen will, in Wirklichkeit davon ausgeht und sich darin auf mehr oder weniger ehrliche Weise erhält." (ARG. 81, S. 561)

Mehr oder weniger!

Verein zur Förderung des studentischen Pressewesens e.V., Theresienstr. 128/1, 8000 München 2, Verantw. i.S.d.P. L. Fertl. E.i.S.

Agnoli-
Der letzte Antipolitologe am OSI

Johannes Agnoli ist ohne Zweifel der einzige Politologe am OSI, der *polemisch* auftritt gegen die herrschende und OSI-konforme politologische Beweihräucherung der Demokratie, weil er von der gestifteten *Ordnung* durch die Staatsform Demokratie soweit genug hat, daß er seinen Verstand nicht dafür strapaziert, sich auszudenken, wie sie denn viel besser, viel harmonischer, bürgernäher oder legitimer „gestiftet" werden könnte. Von diesem Schlage *affirmativen* Idealismus ist Agnolis Staatstheorie in der Tat nicht. Auch macht die Polemik, welche Agnoli durchaus im vollen Bewußtsein seiner Einzelgängerschaft betreibt, vor seinen Seminartüren nicht halt — will sagen: hier wird *gestritten*, ohne daß sich Einwände gegen die Agnolische Kritik an Staat und Produktionsweise d e m demokratischen Gebot der *Toleranz* zu beugen haben. Eine gewisse *Bequemlichkeit* Agnolis, sich mit der Kritik seiner Argumente auseinanderzusetzen, soll hier allerdings nicht unerwähnt bleiben, zumal deren Begründung — „*das Kapital ist klüger als wir, denn es fragt nicht, ob der Widerspruch richtig oder falsch ist, sondern ob er wirksam ist*" — schon mitten in die Berichterstattung der BHZ über die im Seminar gelaufene Kontroverse führt.



JOHANNES AGNOLI

Die Ausgangsfrage

Die Klasse ist dann gesellschaftliche Wirklichkeit, wenn sie nicht Klasse an sich ist, sondern Klasse für sich, also das Bewußtsein von sich als Klasse erlangt. Wir haben nach den Bedingungen der Konstitution von Klassenbewußtsein zu fragen.

Die Chance

Der Arbeiter ist Verkörperung des Widerspruchs zweier Prinzipien: Arbeitsprozeß und Verwertungsprozeß; er ist Subjekt wie Objekt im Produktionsprozeß. Der Widerspruch oder die Trennung vollzieht sich im Arbeiter selbst, sowohl subjektiv als Person, wie auch objektiv in der Verdoppelung der Arbeit, die er leistet. .. Seine verkaufte Arbeitskraft geht in den *Verwertungs*prozeß ein, und insofern bildet der Arbeiter selbst (seine Existenz in der Fabrik) einen Teil des Kapitals, gehört der Existenzweise des Kapitals an. Ihm kann es in dieser Hinsicht nur darum gehen, seinen Anteil am produzierten Wert zu erhöhen. Die politische Integration in die bürgerliche Gesellschaft läßt ihn dabei gleichgültig. *Gleichzeitig* übt er seine Tätigkeit aus, trägt den *Arbeitsprozeß*, der nicht Kapital verwertet, sondern Gebrauchswerte schafft und ihm die Möglichkeit zur Selbstentfaltung bietet. Als Subjekt des Arbeitsprozesses ist er sich seiner Ausbeutung und Unterdrückung durchaus bewußt und steht daher — wie Marx irgendwo sagt — zu dem Verwertungsprozeß in einem *rebellischen* Verhältnis.

Das Hindernis

Resultat des Produktionsprozesses ist die Entwicklung zweier Typen von Widerspruch. Die Akkumulation bedeutet zugleich Reproduktion der Klassengesellschaft (MEW 23, 604) und Reproduktion des im Arbeiter angelegten Widerspruchs. Der Arbeiter weiß, daß er über das Ohr gehauen wird, daß die Fabrik eine Knochenmühle ist. Die Frage also ist, wie ist es möglich, daß Ausgebeutete ihrer Ausbeutung zustimmen. Der Zwang kann es nicht sein, er ist unmittelbar nicht notwendig und auf die Dauer disfunktional.

Die allgemeine Zustimmung kann nur aufgebrochen werden, wenn der Widerspruch zum Tragen kommt, egal wie der Widerspruch nun im einzelnen gefaßt wird. Erst die Entdeckung des Subjekts führt dazu, die Arbeit zu verweigern, in dem Sinne, nicht nur aufzuhören zu arbeiten, sondern die Verwertung zu stören. Weil es den Druck, die Notwendigkeit, sich zu reproduzieren, gibt, muß etwas hinzutreten, damit Verweigerung stattfindet. Wenn behauptet worden ist — und mit der Kritik der Ausbeutung und Knochenmühle ist in Wolfsburg noch keiner klassenbewußt geworden —, es wäre eine falsche und zu kritisierende Illusion, der Arbeiter wäre der Produzent von dem VW und er hätte etwas davon, darauf stolz zu sein, so muß eben zugesehen werden, daß die Illusion zur Wirklichkeit wird. Die Frage ist, wie findet die Reproduktion des Widerspruchs statt. Der Ort, wo der Widerspruch eingebunden wird, ist nicht die Fabrik, sondern der Staat.

(Forts. v. S. 1)

Überleben". Wo das Volk seine Hoffnungen auf die Politik als *Werturteil* über die Politiker vorbringt, haben diese freie Hand, ihre Politik mit den Erwartungen des Volkes zu machen. Merke: Je mehr der Staat von seinen Bürgern verlangt, desto leerer die Politik, weswegen mehr Sinn in die Politik muß!

DER KOMMENTAR

Die Ausgangsfrage

Für Agnolis *Problem* können wir uns beim besten Willen nicht erwärmen, weil wir die Frage nach dem Grund *fehlenden* Klassenbewußtseins für einen reichlich luxuriösen *Idealismus* halten. Wenn Agnoli das Bewußtsein der Arbeiter als Angelegenheit von ziemlich entscheidender Wichtigkeit entdeckt: warum findet er es dann überflüssig, sich nach dem *Inhalt* des *existierenden* Bewußtseins dieser Klasse zu erkundigen und darüber Gedanken zu machen? Ihm genügt es als *Ausgangs*punkt, am wirklichen Proletariat einen *Mangel* festgemacht zu haben: es sei *noch nicht* „Klasse für sich". Vor jedem Gedanken über die wirkliche Arbeitswelt und ihre Ideologien hat Agnoli damit sein Ideal von einem gelungenen Klassenbewußtsein zum *Maßstab* für die Realität und zur Grundlage seiner Urteile über sie gemacht: Unzufrieden bis verständnisvoll wird daran herumgerätselt, weshalb die Arbeiterklasse ihrem Agnolischen Normalbewußtsein *nicht entspricht*. Schon in der Ausgangsfrage ist damit die Welt kapitalistischer Ausbeutung theoretisch unter den Wunsch subsumiert, dem „an sich" zum „für sich" zu verhelfen: Sie wird begutachtet als gute oder schlechte *Bedingung* für die Erfüllung dieses Wunsches.

Die Chance

ist konsequenterweise eine gelungen erfundene Arbeitererfahrung in der Fabrik, die f ü r Klassenbewußtsein einsteht: Jenseits der wirklichen Notwendigkeit von Klassenkampf wie jenseits davon, was Arbeiter von selbigem halten oder auch nicht, s i n d die Arbeiter „Verkörperung des rebellischen Prinzips".

Inwiefern sind sie das? Insofern Agnoli sie in ein „Dasein als Subjekt" im *Arbeits*prozeß und ein „Dasein als Objekt" im *Verwertungs*prozeß auseinandersortiert. Die konkrete Tätigkeit, deren handgreifliches Produkt und den positiven Bezug der Arbeiter darauf — also, mit Marx zu reden, ausgerechnet das ‚Reich der Notwendigkeit' und den falschen Stolz, sich darin „bewähren" zu müssen — trennt Agnoli von ihrer *reellen Subsumtion* unter den Zweck des Kapitals, die Verwertung, säuberlich ab und entdeckt darin den Bereich, in dem die Arbeiter sich *als Subjekt* betätigen, also Bedingung und Garantie dafür, daß sie sich ihres anderweitigen Objekt-Seins bewußt und dementsprechend „rebellisch" werden. Uns ist es bis heute leider nicht gelungen, innerhalb des Produktionsprozesses, wie er heute in der BRD organisiert ist, eine Sphäre potentieller „Selbstverwirklichung als Subjekt" in ehrlicher Gebrauchswerteherstellung zu entdecken — außer in Form faschistischer Ideologie, die den Arbeitern die „deutsche Wertarbeit" ans Herz legt. Und vor allem: selbst wenn es dergleichen gäbe, so müßten wir das für einen ganz und gar *falschen* Grund erklären, „rebellisch" zu werden. Ausgerechnet die bornierte Hingegebenheit an die bestimmte Arbeit und ihr Produkt soll die Menschheit zum Aufstand gegen das Kapital verleiten, das allen menschlichen Erfindungsreichtum daran setzt, die notwendige Arbeit zu *reduzieren*, die konkrete Arbeit zu vereinfachen, und *dabei* die Produktion so zu organisieren, daß die Selbst*verausgabung* der Arbeiter so effektiv und intensiv, also so *lohnend* wie nur möglich vonstatten geht —? Wenn Arbeiter selber tatsächlich einen derartigen Übergang machen, sich auf ihre Leistung (für den Betrieb!) etwas einbilden, sich womöglich (bis die nächste Rationalisierung sie eines Besseren belehrt) für unentbehrlich halten und stolz darauf sind, bei VW (oder sonstwem) zu sein, dann ist das *falsches* Bewußtsein und sonst nichts, schon gar nichts, was zu Hoffnungen in Sachen Klassenkampf berechtigt. Auf solche Einbildungen verfällt nämlich ein Mensch, wenn er mit seinem materiellen Zweck, „Gebrauchswerte" für sich zu *gebrauchen*, immerzu an dem Umstand *scheitert*, daß dieser Zweck von seinem Lohn abhängt und der Lohn als zu minimierender

Fortsetzung:

DER KOMMENTAR

Kostenfaktor behandelt wird — und wenn er sich mit diesem Scheitern seines Materialismus auch noch *einverstanden* erklären will: dann erbaut er sich am *ideellen Sinn* seiner Arbeit. Und dann ist er auch zugänglich für ideologische Erbaulichkeiten über die Schönheiten des Gebrauchswerts — bloß leider nicht für die klassenkämpferisch gemeinten des Herrn Agnoli, sondern eher für die erwähnten faschistischen über deutsche Tüchtigkeit.

Agnolis hoffnungsvolle Kritik der Ausbeutung vermittels des Gegensatzes zwischen Arbeits- und Verwertungsprozeß erscheint uns demnach erstens als eine ziemlich realitätsferne Verharmlosung der *Einheit* von Arbeit und Verwertung, wie sie in bundesdeutschen Fabriken nach der schlichten kapitalistischen Formel: möglichst viel Leistung für möglichst wenig Lohn durchgesetzt ist und tagtäglich praktiziert wird. Und sie erscheint uns zweitens als das Resultat eines *politologischen Idealismus*, der den Kapitalismus am Maßstab des staatsbürgerlichen Ideals der Selbstbestimmung mißt — und Marx' Kritik der kapitalistischen Wirtschaftsweise dazu mißbraucht, um mit diesem dem Eldorado der Menschenrechte entlehnten Kriterium die „Klassenfrage" des Proletariats zu befördern.

Sehr konsequent, nämlich konsequent politologisch verdreht fällt daher auch Agnolis Urteil über die andere Seite am Arbeiterdasein aus: über seine Unterwerfung unter den *Verwertungs*prozeß. Schlimm daran ist nämlich eben dies, daß, sofern die Verwertung dem Produktionsprozeß sein Ziel und seine Maßstäbe setzt, dem Arbeiter seine Subjektrolle abhanden kommt. Schlimm ist folglich am *Lohn* — nicht, daß darin der Ausschluß der Produzenten vom Produkt bemessen und festgelegt ist, sondern — daß die Arbeiter um des Lohnes willen ihr Dasein als „Subjekte" des Arbeitsprozesses aufgeben und sich auf eine „Objektrolle" einlassen. Den Kampf um mehr Lohn findet Agnoli daher auch bedenklich, nach der ebenso schlichten wie falschen Devise: Interesse am Lohn ist Interesse an Verwertung — als könnte der Verwertungsprozeß das lange aushalten, wenn die Produzenten den Genuß ihrer Produkte beanspruchen. Nicht die *falsche* Betätigung ihres Materialismus findet Agnoli an den Lohnarbeitern kritikabel; umgekehrt: an ihrem *Materialismus* macht er die Gefahr aus, daß die lohnarbeitende Klasse nie dazu gelangt, sich als das politologische Ideal zu „konstituieren", das er sich von ihr gemacht hat: als autonomes „Negationselement" des Kapitals kraft des selbstbewußten Stolzes konkreter Handarbeit.

Das Hindernis

für den Fortschritt zur „Klasse für sich" ist ergo die Verschüttung des „rebellischen Prinzips", Agitation der Appell daran und der Zweck von Streiks, sich als autonomes Subjekt machtvoll bemerkbar zu machen. Der wirkliche Grund von Arbeitskämpfen: die Sicherung der vom Kapital bestrittenen Reproduktion, taucht so, verrückt genug, als *Schranke* des *eigentlichen Kampfzwecks* auf: „Es muß etwas hinzutreten". Daß die Arbeiter *nicht* kämpfen, weil sie mit ihrer Abhängigkeit vom Kapital durch ihre Arbeit und Leistung *zurechtkommen wollen*; daß die Streiks, soweit sie überhaupt um den Lohn noch geführt werden, reine *Abwehr*kämpfe aus eben diesem Grunde sind und Unzufriedenheit mit Lohn und Knochenmühle erhalten; das kann und will Agnoli als Urteil nicht akzeptieren, weil sein *politischer* Zweck: Störung der im Verwertungsprozeß angeblich stattfindenden Verobjektivierung der Arbeitersubjekte, nicht am materiellen Nutzen für die Streikenden gemessen werden will, und weil die Unzufriedenheit der Arbeiter in Agnolis eigene Sehnsucht nach einer autonomen Produzentenklasse uminterpretiert ist.

An der Wirklichkeit dieser ihrer Agnolischen Sehnsucht nach den Idealen der *politischen* Emanzipation *innerhalb* des Produktionsprozesses wird die Arbeiterklasse schließlich und endlich vor allem dadurch gehindert, daß *der Staat* ihrer Autonomie Schranken setzt — womit Agnolis Kritik am Klassenstaat auch schon gelaufen ist und sich deren Unbeirrbarkeit ebenso erklärt wie ihre Souveränität gegenüber der Notwendigkeit, an den Maßnahmen der Staatsgewalt deren Klassencharakter aufzuweisen: die bloße Existenz des Staates als verselbständigte *Gewalt* steht schon dafür ein, daß der Arbeiterklasse dadurch ihre wahre Autonomie verwehrt ist.

Wie es Agnoli gelingt, diesen abstrakten Idealismus zu einer ganzen Staatstheorie auseinanderzudenken, ist uns demnächst einen eigenen BHZ-Artikel wert.

Verein zur Förderung des studentischen Pressewesens e.V.
Theresienstr. 128,
8 München 2
verantw. I.S.d.P.: L. Fertl E.i.S.

Peter Grottian:
Dethematisierungsstrategien des Staates anhand der Berliner Senatspolitik
Projektseminar Mi 13 - 17 Uhr

Peter Grottian rechnet seit nunmehr andert-halb Semestern im Auftrage der VW-Stiftung ausschließlich mit sich selbst ab, und zwar so, daß er deshalb nicht zu verzweifeln gedenkt, vielmehr der angeblich sich breit machenden „Reformresignation" in Galilei'-scher Manier ein „und Reformen sind doch möglich" entgegenschleudert; mit dem feinen Unterschied freilich, daß Galilei dem mit kirchlicher Gewalt gesicherten Glauben der Welt die naturwissenschaftliche Erkenntnis gegenübersetzte, während Grottian den unvergleichlich waghalsigeren Mut aufbringt, seinem eigenen Glauben daran, daß Reformen notwendig sind, die *Hoffnung* entgegensetzt, daß sie doch *möglich* sind, womit er freilich nur sich selbst den Glauben an die eigene Notwendigkeit als Politologe bewiesen hat.

Das geht nicht, ohne die Realität um die Ecke der politologischen Vorurteile zu bringen. Nach dem interdisziplinär beliebten Muster von Reformanspruch und Reformwirklichkeit, spinnt er sich eine Welt zurecht, in der es einem Politologen wirklich nicht leicht gemacht wird:

Der Staat, das arme Würstchen, ist nämlich an seinem eigenen Anspruch verzweifelt, tiefe Reformresignation hat ihn befallen. Im treuen Glauben hat er seinerzeit auf die Politologenschar des OSI gehört, daß er kräftige „Legitimationsdefizite" zu erwarten habe, falls er nicht umgehend „Strukturreformen" in die Wege leite. Aber ach — sei es eigene Tücke, sei es mangelnde politologisches Geschick — er ist gescheitert: die böse Industrie hat ihn in den Würgegriff ihrer Rezession von 74/75 genommen, und seine Reformen dienen nur noch „symbolischen Zwecken" und überhaupt, was er auch tut, er trägt „das Kainsmal der Vergeblichkeit auf der Stirn". Armes Deutschland.

Und warum ist er gescheitert? Weil er von Anfang an sich und die ihrerseits wohlmeinende Politologenschar getäuscht hat. Er hat ihre Ratschläge immer nur *symbolisch* befolgt, hat immer nur „Versuche" gestartet, Reformen zu „thematisieren". So bleibt Grottian die „Ernüchterung" für sein selbstgeschaffenes Rätsel:

„Entschlüsselt werden soll die Beobachtung, daß die fast komplette Nicht-Realisierung der Politik der inneren Reformen praktisch legitimationsfolgenlos geblieben ist."

Das ist natürlich nur schwer zu beantworten, warum das, was nicht passiert ist, auch noch folgenlos geblieben sein soll, mit zwei Semestern kommt man da bestimmt nicht aus. Das muß den Mann schlaflose Nächte gekostet haben, bis ihm ein lateinisches Präfix zu Hilfe kam: Richtig, die Politik thematisiert ja gar nicht, was Grottian sich immer gewünscht hat, sie *de*thematisiert also. Und das ist skandalös:

„Der Skandal der Arbeitslosigkeit besteht nicht so sehr in der Arbeitslosigkeit, sondern in der erfolgreichen Weigerung, die Arbeitslosigkeit tatsächlich als lösungsbedürftiges Problem zu behandeln."

Als wäre nicht die jeden Monat wieder ausgegebene Erklärung, daß die Arbeitslosigkeit weiterhin — mal mehr, mal weniger — ein „lösungsbedürftiges Problem" ist, das sorgenvolle Gesicht von Herrn Stingel und die Ermahnungen der Gewerkschaften die demokratische Art und Weise, auf die der Staat genau das Problem löst, das er sich mit der Arbeitslosigkeit machen will.

Anders im Grottians' Seminar. Da ist der Staat ein schlauer Fuchs, aber Grottian kann er damit natürlich nicht aufs Glatteis führen, wenn er das nämlich versucht (wie wär's mit symbolischer Dethematisierung?), schadet er sich nur selbst, und das hat Grottian schon durchschaut. So wie damals mit den Reformillusionen kann ihm der Staat heute nicht mehr kommen. Sich nämlich die Legitimität, um die Grottian ach so besorgt ist, einfach durch „symbolische Problemlösungsversuche" oder gar durch „themenspezifische oder externe Themenkarrusselle" zu besorgen zu versuchen, verursacht „Kosten", es soll nämlich viel teurer sein, eine Reform *nicht* zu machen, als sie zu machen (der kann wirklich nicht rechnen dieser Staat). Und nicht nur das, die Legitimität weicht einer „legitimatorischen Lähmung", weil „praktisch stabile legitimatorische Anforderungen außer Kraft gesetzt" sind (keiner will mehr was vom Staat):

„Die Folge wäre, daß durch die unzureichende Thematisierung von Problembereichen Interessen sich genötigt sehen neue Artikulationsmechanismen herzustellen bzw. den Staat nicht mehr zum Adressaten ihrer Forderungen zu machen."

Da wird dem Staat und nicht nur ihm ja Angst und Bange, so daß er auch gleich noch das VW-Werk berappt. Und durch die Gehaltskürzung für den Monat Mai sollte sich Grottian da nicht entmutigen lassen:

1. macht's die Reform billiger und
2. kann Grottian die Thematisierung dieser erneuten Dethematisierung für die Verlängerung bei VW einreichen.

AUS DEM INHALT: -- DREITZELS EINFÜHRUNG IN DIE INTERAKTIONSTHEORIEN, S.4 -- NIX ANTIIMPERIALISMUS, DIE LATEINAMERIKATAGE '80, S.3 --

Berliner Hochschulzeitung

NR. 15 / 1. JULI 80

MARXISTISCHE GRUPPE (MG)

HOCHSCHULTAGE
Das Orwellsche Jahrzehnt und die Zukunft der Wissenschaft

An den Hochschultagen präsentierte sich der freie Geist der FU in aller ihm zu Gebote stehenden Dummheit, Eitelkeit und Devotion vor der Macht — Wissenschaft 1980, wie sie leibt und lebt. Stolz, daß unter seiner Ägide die FU wieder — nach 13 (!) Jahren „*Blockierung und Spaltung*" — zur „*politischen Diskussion*" zurückgefunden hat, häßliche Töne gegeneinander und gegen die Außenwelt also nicht zu erwarten sind, verkündete LÄMMERT das Thema: „*Warum treiben wir Wissenschaft? Wir müssen uns fragen, wie wir für die Folgen unseres wissenschaftlichen Fortschritts mitverantwortlich sind.*" Ja, warum treiben sie sie wohl? Wer da an die 5000 Märker denkt, liegt völlig daneben: Wissenschafttreiben ist eine höhere Berufung und erfordert deshalb eine tiefe Verantwortlichkeit, welche dann auch eindrucksvoll unter Beweis gestellt wurde.

Realistische Alternativen

Daß KKWs gefährlich sind, weiß heute jedes Kind — aber so einfach macht es sich ein Intellektueller wie TRAUBE nicht, wenn er gegen sie redet. Daß Radioaktivität den Leuten schlecht bekommt, ist nämlich eine matte Sache gegen die Vorstellung, sie könnte dem Staat schlecht bekommen, der sie in die Welt setzt. So erfindet ein verantwortungsbewußter Atomkundler unter dem Motto: „*Können wir (!) uns KKWs leisten?*" lauter für unser demokratisches Gemeinwesen gefährliche Folgen: gefährlich für sein Geldsäckel („*zu teuer*"), seine politische Handlungsfähigkeit („*Selbstlauf der technisch-ökonomischen Großsysteme*") und seine Freiheit, Kriege so zu führen, wie er es gerade für nötig hält („*Wenn ein konventioneller Krieg kommt, braucht bloß ein KKW zufällig getroffen zu werden, und schon ist der Übergang zum Atomkrieg unvermeidbar*"). So wird Kritik respektabel: als Menetekel eines berufenen Warners, der seine Weltfremdheit bezüglich der im Kapitalismus herrschenden Zwecke für verantwortungsbewußte Weitsicht hält. Seine volle Höhe erreicht das alternative Verantwortungsbewußtsein daher auch, wenn es — ganz und gar positiv — die Warnung vor möglichen Folgen für den Staat um die ebenso fiktive Berechnung ergänzt, daß „*ein Weg ohne KKWs geht*", wenn vor allem Sparsamkeit und Verzicht energischer in den Vordergrund gerückt werden.. Daß der Staat mit der Entscheidung für sein Energieprogramm solche Kalkulationen längst praktisch widerlegt hat, weil er Sparsamkeit zwar auch schätzt, aber nicht als Schranke für seine Wirtschaft, das erschüttert einen TRAUBE und seine Gemeinde in ihrem konstruktiven Idealismus überhaupt nicht, beweist ihm vielmehr einmal mehr, wie notwendig es ist, sich alternative „*Szenarios*" auszudenken.

Alternative Realitäten

Wie das Motto der Veranstaltung „*Das Orwellsche Jahrzehnt und die Zukunft der Wissenschaft*" schon ankündigt, ist die Befassung mit an irgendwas Reelles erinnernden Gefahren allerdings ein noch viel zu enges Betätigungsfeld für das Vorstellungsvermögen wie für die mindestens die ganze Menschheit umfassende Verantwortung, derer ein Intellektueller fähig ist. Die Horrorgeschichten der Science-fiction-Welt wurden in all ihrer Albernheit für bedenkenswert befunden; und das Publikum erbaute sich gruselnd an der Vorstellung, ausgerechnet seine tiefsinnigen Befunde wären eines der letzten Mittel, um ihr Eintreten zu verhindern.
P. BROCKJAN fragt sich kokett, ob „*Perry Rhodan eine gelungene Beschreibung des drohenden Unheils ist*", und eröffnet folgende Perspektive: „*Schon in der griechischen Tragödie*" war die Maschinerie bekanntlich „*das Mittel der Täuschung und Überlistung, das die Götter auf die Bühne zwang*" (man weiß ja: „Deus ex machina"). Heute steht solche Maschinerie bekanntlich überall herum, und nicht nur das: „*Die Technik wird mehr und mehr sprachlich (!), so daß die dingliche Form der Technik verschwindet*" — und stattdessen? Täuschung, Überlistung und vergewaltigte Gottheiten allenthalben!
Otto ULLRICH findet science-fiction-mäßige Abgründe schon im Alltag auf, nämlich darin, daß die „*Uhr*" die „*soziale Kontrolle*" über die Menschheit übernommen hat. „*Das Netz der Kontrolle durch Zeit wird immer dichter*" (immer mehr Uhren?) „*und deshalb (!) das Verhalten der Menschen immer maschinenähnlicher*". Man hat es ja schon immer geahnt, aber jetzt ist es endlich offiziell: der Wecker ist an allem schuld!
Computerjurist STEINMÜLLER faselt von einer „*informationellen Überstruktur*", die, soweit er das überhaupt absehen kann, mit „*ganz unabsehbaren Auswirkungen*" die ganze Menschheit „*vermascht und verdrahtet*". Diesen Quatsch mal ernstgenommen, so als wäre damit das Interesse des Staates an Kontrolle und s e i n e einschlägigen Instrumente gemeint: gehört nicht irgendwie auch eine „*Menschheit*" dazu, die sich „*vermaschen und verdrahten*" l ä ß t ? Aber ein dumpfer Opportunismus ist solchen professionellen Schwarzsehern eben selbstverständlich — bei allen anderen, versteht sich...
Kollege WEIZENBAUM treibt die Sorgen seiner Kollegen auf die Spitze und prognostiziert das voraussichtliche Resultat des „*technischen Denkens*": „*Das Ziel der Evolution (!) ist nicht mehr die Perfektion der Organe, sondern die der Intelligenz. Der Mensch ist nur sein vorübergehender Träger. Unser Nachfolger wird der Computer. Wir ziehen ihn groß, und wenn wir Glück haben, behalten sie (die Computer) uns vielleicht noch als Spieltiere.*" Keine Sorge, Weizenbäumchen. An dir ist die „*Perfektion der Intelligenz*" vorübergegangen: sonst hättest du mindestens den Unterschied zwischen einer Einsicht und den Operationen einer Rechenmaschine bemerkt und wärest nicht auf deine theologische Erfindung der „*Evolution*" als Subjekt der Weltgeschichte hereingefallen. Für diese schöne Mystifikation wirst du später bestimmt einmal ein leitender Kuschelbär!

Alternativen für die Realität

Daß die Wissenschaftler das Salz der Erde sind, ist so aufs Trefflichste bewiesen. In der Debatte mit dem intellektuellen Repräsentanten der weltlichen Macht, GLOTZ, be-

Forts. S. 4, Spalte 4

JOHANNES AGNOLI (II): Negative Politologie

Daß Demokratie „Ausgestaltung von Herrschaft" (AGNOLI) sei, ist in der Politologie nicht unbekannt. Die konservative Politikwissenschaft gibt dies in ihrer (völlig unbegründeten) Sorge zu erkennen, die Staatsgewalt könnte sich die demokratische Phrase, derzufolge sie „vom Volke ausgeht", fälschlicherweise zu Herzen nehmen und sich in ihren Entscheidungen tatsächlich von den Interessen der Untertanen abhängig machen. Umgekehrt kritisiert linke Politologie die demokratische Herrschaft darin, daß sie nicht wirklich oder nicht genug vom Volk ausgehe, dem staatsbürgerlichen Wunsch nach konstruktiver Teilhabe mißtraue und deshalb den „mündigen Bürger" in einer für ihre Legitimation höchst bedenklichen Weise von der „gemeinsamen Regelung der öffentlichen Angelegenheiten" ausschließe. Beide Sorten politischer Wissenschaft sind also um das Gelingen demokratischer Herrschaft besorgt — unter innerhalb des demokratischen Spektrums entgegengesetzten, aber gleichermaßen wirklichkeitsfernen Gesichtspunkten. Denn konservative und linke Politologie sind sich in dem Urteil einig, das die grundlegende Lüge — oder höflicher: d e n I d e a l i s m u s dieser Wissenschaft darstellt: daß demokratische Herrschaft — bei aller Kritikwürdigkeit ihrer praktischen Realisierung — grundsätzlich gut, nützlich, unentbehrlich und ein wahrer Segen für die beherrschte Menschheit sei. Plausibel gemacht wird dieses Dogma von der einen Seite durch die alberne Aufforderung, sich die Welt demokratischer Herrschaft als ein politisch gezügeltes Chaos zu denken — wie man sich dieses Chaos ausmalt, ob mit ungesühntem Mord und Totschlag oder mit unpünktlichen Eisenbahnen, bleibt der Freiheit des Geistes überlassen — und diesem „Gedankenexperiment" den Beweis zu entnehmen, daß der Staat als Ordnungsmacht notwendig sei. Die Gegenseite hat an diesem Idealismus der „öffentlichen Ordnung" zwar keine Zweifel, möchte ihn aber um den Gesichtspunkt des Selbermachens ergänzt haben: Nur dann, dann aber auch wirklich, hätte staatliche Herrschaft jeglichen Stachel verloren, wenn sie jeden wirklich gleichberechtigt an ihren Geschäften mitwirken läßt. Im Streit ihrer beiden Flügel arbeitet die Politikwissenschaft so an einem runden und vollständigen Lob demokratischer Herrschaft.

Dieses Lob ist es, was AGNOLI an seiner Wissenschaft mißfällt. Es mißfällt ihm so sehr, daß — oder auch: Es mißfällt ihm deswegen, weil (das mag hier vorerst unentschieden bleiben) — er in den politologischen Kalauern über die Notwendigkeit von Ordnung und über die Schönheit demokratischer Partizipation statt Komplimenten für E i n w ä n d e g e g e n demokratische Herrschaft entdeckt. Und dieses Mißfallen führt ihn zu dem spaßigen Einfall, von dem seine negative Politologie lebt: der Staatsgewalt die Zwecke v o r z u w e r f e n, die die Politologie zu ihrer Rechtfertigung e r f u n d e n hat.

1. „Der Staat schafft die unerläßliche Ordnung"

ist ein konservatives Kompliment, das AGNOLI der Sache nach teilt, nur nicht lobend verstanden haben will. Auch für ihn ist Herrschaft um der Ordnung willen da, also weil o h n e sie die Welt so u n ordentlich wäre:

„... das Kapital bewältigt die eigene Wirklichkeit nicht. Aus ihm entsteht gesellschaftliche Anarchie, durch seinen Druck breitet sich Reproduktionschaos (!) aus, entfalten sich Klassenkämpfe. Aus der ihm eigenen Kraft kann es aber weder gesellschaftliche Prozesse in der Hand halten, noch gesellschaftliche Existenz organisatorisch sichern, noch Klassenkämpfe neutralisieren. Das leistet nur das organisatorische Gesamtsystem, der Staat."

Es ist kein Zufall und keine Äußerlichkeit, daß die Logik dieses Gedankens der uralten politologischen Erfindung einer Wolfsnatur des Menschen, die zu dessen Heil einen mit höchster Gewalt ausgestatteten Regulierungsapparat nötig macht, genau entspricht. Es ist nämlich tatsächlich derselbe Fehler, aus Verhältnissen, die es ohne Gewalt gar nicht gäbe, weil es sich um H e r r s c h a f t s verhältnisse handelt, die Gewalt wegzudenken, um so ihre Notwendigkeit nachzuweisen. Und dieser Fehler wird dadurch nicht besser, daß AGNOLI statt der Menschennatur das Kapital zum gesellschaftlichen Oberchaoten ernennt und das staatliche Ordnungswerk als Handlangerdienst für diesen mißbilligt wissen will.

Forts. S.2, Spalte 3

Schmidt bei Breschnew:

Unser Mann in Moskau

Es ist schon seltsam. Einem demokratischen Politiker fließen Achtung und Sympathie der von ihm regierten Massen, und zwar der intellektuellen wie der weniger gebildeten, nie so hemmungslos zu wie in solchen Situationen, wo er demonstrativ und unzweifelhaft ausschließlich als Machthaber auftritt: vollständig emanzipiert von jedem wirklichen materiellen Interesse, das ein Normaluntertan überhaupt haben kann; umgekehrt mit der Sicherheit, daß sein Volk sich den von ihm in die Welt gesetzten Interessen der Nation fügt und ihnen mit seiner Fügsamkeit auch und gerade dort, wo das voll auf seine Kosten geht, machtvolle Durchschlagskraft verleiht.

Sternstunden dieser Art sind Staatsbesuche wie der derzeitige von Schmidt und Genscher in Moskau, bei denen die eigene Nummer Eins einen auswärtigen Herrscher höchstoffiziell darüber in Kenntnis setzt, welche Erpressungen der bundesdeutsche Staat als östlicher Eckpfeiler des Bündnisses gegen die gegnerische Nation vorbereitet und in Frieden und Freundschaft, also mit des anderen Einverständnis, ans Ziel zu bringen gedenkt. Da kommt nirgends der Verdacht auf, hier würden Steuergelder verschwendet, auch wenn mit dem Heizwert des verflogenen Benzins ein ganzes Stadtviertel warm durch den Winter käme, geschweige denn die Auffassung, die Staatsmänner sollten doch, was sie sich zu sagen haben, über ihr rotes, grünes oder gelbes Telefon abwickeln. Im Gegenteil. Es scheint ein Genuß ganz eigener



Art für ein regiertes Volk zu sein, die Macht, deren bloßes *Mittel* es ist — mit seiner gehorsamen täglichen Arbeit bis hin zu der Aussicht, im Ernstfall für die Verteidigung der Nation verschlissen zu werden —, in der Person ihres Inhabers von fremden Machthabern hofiert zu sehen.

Ein Souverän auf Reisen

Dabei kann hier nicht einmal ansatzweise der demokratische Schein aufkommen, auf den ein Staatsbürger, ein gebildeter zumal, sonst so große Stücke hält: daß er vorher irgendwie gefragt worden wäre und sein Kanzler unterwegs wäre, um die Aufträge seiner Wähler zu erledigen. Umgekehrt wird dem wahlberechtigten Publikum ja erst von seiner Regierung mitgeteilt, was *sie* meint, der Gegenseite höchstpersönlich klarmachen zu müssen und worüber das interessierte Volk sich nunmehr anhand der offiziellen Sprachregelung Gedanken machen soll. Die öffentliche Debatte, die sich anschließt, leistet denn auch nirgends der Illusion Vorschub, in ihr würde des Volkes genuines Interesse angemeldet und der Regierung als verbindliches Mandat mit auf den Weg gegeben, sondern sie folgt gehorsam den Winken der Regierung, wie sie ihre Reiseaktivitäten verstanden haben möchte, als prominenten „Beitrag zur Friedenssicherung" nämlich. Was die Opposition in die Debatte wirft, ist genauso wenig Information oder Argument, sondern ihre entgegengesetzte Deutung des frommen Beginnens der Regierung, vorgetragen in so heißen Vorwürfen wie „Moskaureise ja, aber nicht jetzt", „unwürdiger Wettlauf", „Kapitulationspolitik" usw., die doch, für jeden ersichtlich, nur den Ärger der Christenseite darüber ausdrücken, daß es nicht der eigene Strauß ist, der als reisender Souverän dem Volk die weltpolitische Wichtigkeit deut-

Forts. S.2, Spalte 1

SCHMIDT... Forts. v. S.1

scher Macht — und selbstverständlich ihres Macher! — vor Augen führen darf. Womit die Opposition ihren pflichtschuldigen Teil dazu beiträgt, daß der bundesdeutsche Wähler sich sogar noch jede Ahnung, die ihn vielleicht ja einmal beschleichen könnte: daß in der Aussenpolitik, und zwar keineswegs bloß bei Gelegenheit solcher Feststunden, höchst souverän über ihn als kleinen Beiträger zu deutscher Macht und Herrlichkeit *verfügt* wird, wie überhaupt sein politisches Schicksal in die saublöde Alternative übersetzt: *wen* er *lieber* über sich verfügen lassen will!

Spielraum für den deutschen Bundeskanzler

Sehr vornehm also, was die eigenen Sorgen betrifft, verhält der mit einer außenpolitischen Meinung ausgestattete deutsche Bürger sich zu der Staatsgewalt, die er auf diese Weise „von sich ausgehen" läßt (sie darf wirklich von ihm ausgehen!), und dafür sehr verständnisvoll in bezug auf die Sorgen seiner Regenten — so verständnisvoll, daß er sogar darauf verzichtet, sich zu fragen, was und wie *er* eigentlich mit diesen Sorgen praktisch zu tun hat. Und genau so wird er von seinem Souverän auch gebraucht. Denn wirklich mal praktisch ernstgenommen, enthält der öffentlich beredete Zweck und Inhalt der Moskaureise von Kanzler und Vize Gründe für alles andere als Freude an bundesdeutscher Friedensmacht:

Der „zerrissene Gesprächsfaden" zwischen Ost und West soll wieder „geknüpft" werden; von tiefster Friedensliebe beseelt setzen Schmidt und Genscher allein durch das Faktum ihrer Reise ein diplomatisches Zeichen, daß ihnen an Einvernehmen mit der Gegenseite gerade jetzt mehr als sonst und über das diplomatische Normalmaß hinaus gelegen ist. Nur: *Über was* wollen sie sich eigentlich mit Breschnew und Co ins Benehmen setzen? Was ist der *Inhalt* des „wiederangeknüpften" Gesprächs?

Daß keinerlei Versprechungen von deutscher Seite zu erwarten sind, das ist ja nun hinreichend klargestellt; und da hat sich wieder einmal, entgegen politologischen Legenden über die Unfähigkeit einer Demokratie zu effizienter Außenpolitik, die Kritik der Opposition als Garantie für öffentlich akzeptierte Härte bewährt, indem sie zur Unnachgiebigkeit der Regierung eine Alternative noch härterer Unnachgiebigkeit aufgemacht hat (daß sie damit keinen Blumentopf gewinnt, ist wiederum nur ihr Problem). Auch ist es kein Zufall, daß diesmal keine Wirtschaftsbosse mitfahren, die sonst so schön praktisch das deutsche Interesse an gedeihlicher Benutzung russischer Schätze und Arbeitskräfte beweisen — nicht als ob das Ostgeschäft zum Erliegen gekommen wäre; aber es war eben immer schon eine sowjetische Illusion, den Osthandel mit Entspannung gleichzusetzen. Auch den genialen Einfall, der sowjetischen Seite ein wirklich mustergültiges westliches „Rüstungsbegrenzungsangebot" zu unterbreiten — die NATO sollte sich für die drei Jahre, die die Produktion und „Dislozierung" der neu beschlossenen amerikanischen Raketenwaffe für Europa ohnehin braucht, zu Gesprächen über dieselbe bereitfinden, wenn die SU solange darauf verzichtet, ihre „eurostrategische" Raketenwaffe weiterzuentwickeln —, hat der Kanzler sich schmerzlos ausreden und ohne jeden Verlust an „Spielraum für den deutschen Bundeskanzler" verbieten lassen, bloß weil das als Zeichen mangelnder Entschlossenheit des Westens hätte mißverstanden werden können, Westeuropa wirklich und auf alle Fälle zum Träger einer ziemlich kompletten Zweitausgabe der amerikanischen „Erstschlagskapazität" auszubauen.

Eine ernste Drohung freundlich mitgeteilt

Was bleibt also an Gesprächsstoff und „Verhandlungsangebot"? Erklärtermaßen: die freundschaftliche Mitteilung, daß die sowjetische Besetzung Afghanistans für den Westen *inakzeptabel* ist und daß es sich dabei um eine ernst und auch so gemeinte *Drohung* handelt, die auch keineswegs dadurch an Bedrohlichkeit verliert, daß die NATO sie soeben mit dem verheißungsvoll klingen sollenden Zusatz versehen hat, an eine *Bestrafung* der SU sei dann nicht gedacht, wenn sie sich sofort und vollständig aus Afghanistan zurückziehe. Inhalt des „Arbeitsbesuchs" ist von bundesdeutscher Seite also die „mit den Verbündeten abgestimmte" Klarstellung der *Bedingungen*, an die der Westen die Aufrechterhaltung eines friedlichen west-östlichen Einvernehmens geknüpft hat: daß die SU darauf verzichtet, der zunehmenden Infragestellung ihrer Weltmachtposition auf ökonomischem und politischem Gebiet — Erfolge nicht zuletzt des europäischen Osthandels und der amerikanisch-chinesischen Verbrüderung — durch militärische Aktionen entgegenzuwirken.

Es handelt sich, wie man sieht, um eine *Friedensoffensive* im wahrsten Sinne des Wortes. Eben weil der Westen für die SU eine Lage geschaffen hat, die für sie einen *Kriegsgrund* darstellt — drum hat sie ja in Afghanistan einen begonnen —, und eben weil die Kompromißlosigkeit des Westens an dieser Stelle genau die Lage, gegen die die SU sich mit ihrem Afghanistan-Krieg zur Wehr gesetzt hat, für die SU erst recht verschärft und dem ersten Kriegsgrund eine Kriegsdrohung als zweiten Kriegsgrund hinzufügt, erscheint der Bundesregierung ein diplomatischer Vorstoß geboten, um diese *Akkumulation von Kriegsgründen friedlich* abzuwickeln. Dasselbe umgekehrt: Indem die bundesdeutsche Staatsführung sich mit der sowjetischen zusammensetzt, um Maßnahmen zur Friedenssicherung zu erörtern, macht sie ihrem Gesprächspartner nachdrücklicher als durch militaristisches Säbelrasseln deutlich, daß westlicherseits mit dem Einmarsch der SU in Afghanistan eine Kriegsdrohung im Raum steht, die nur durch eine sowjetische Kapitulation aus der Welt zu schaffen ist. Und wer wäre wohl besser geeignet, den bitteren Ernst dieser Drohung deutlich zu machen, als die Regierung, deren Land im Ernstfall als erstes draufginge, und die sich *trotzdem* zur NATO-Linie der Kompromißlosigkeit „durchgerungen" hat!

Erpressungsaktion diplomatisch

So geht eben imperialistische Erpressung arbeitsteilig. Das Bündnis als ganzes setzt die SU unter Druck, stellt sie vor die Alternative, nachzugeben oder durch Unnachgiebigkeit die Lage zu verschärfen; und der exponierteste Bündnispartner berät den Gegner hinsichtlich der Modalitäten des Nachgebens — exekutiert die Erpressungsaktion des Bündnisses also diplomatisch. Dabei darf es im Bündnis sogar jede Menge „Mißstimmung" darüber geben, wie die Erpressung der SU am erfolgreichsten abzuwickeln sei — die Einigkeit im Hauptpunkt, die SU zum Nachgeben zu *zwingen*, wird so nur um so nachdrücklicher.

Friedensmacht BRD? Ja eben! Und *dafür* braucht es ein Volk, das längst davon Abstand genommen hat, die Aktivitäten seiner Staatsgewalt auch nur an seinen elementaren wirklichen Interessen zu messen, und die Macht seiner Herrschaft schätzt, als wäre sie die seine. Dann, allerdings, müßte es schon mit dem Teufel zugehen, wenn die sozialliberalen Friedensmacher sich nach ihrer Moskaureise noch um ihren Wahlsieg sorgen müßten.

[redacted]

Aus unserer Reihe:

„Gründe für die Revolution"

Immer wieder geben sich kritische Gemüter der Frage hin, ob man eine Revolution machen müsse oder ob man es nicht bei Reformen belassen könnte. Uns ist dieser Tage einiges aufgefallen, was durch ein paar Reförmchen wohl nicht abzustellen geht:

1. In Berlin, einer mitten durchgeteilten Stadt, mit lauter geknechteten DDR-Bürgern drüben und vielen Türken in Kreuzberg hüben, in einem gar nicht fröhlich stimmenden Ambiente also, ward dieser Tage die Wahl zur Miß Deutschland vollzogen. Gewonnen hat eine Berlinerin (West). Wie, bitte schön, soll diese Sorte Fleischbeschau ganz ohne Trichinenkommission und unter ganz freiwilliger Teilnahme seelisch verwahrloster junger Geschöpfe denn ohne Revolution unmöglich gemacht werden?

2. Das Kanzlerfest in Bonn: Haben sie nun Sorgen mit den Steuern und der Weltlage oder kaufen sie sich mit Steuergeldern einen Likör? Hätten sie den Abend nicht besser nutzen können, z. B. mit einem Beitrag zur Sicherheit des westlichen Bündnisses, etwa so einem, wie ihn die Rekruten im Alter zwischen 18 und 21 ableisten — ? Muß man denn diese Arschlöcher auch noch in der Tagesschau zeigen und für heiter befinden? Oder braucht es da eine Revolution?

3. Der Papst hat damit gedroht, im Herbst die bundesdeutsche Erde zu küssen. Das wäre nicht weiter schlimm; denn wo hat der sich nicht schon überall herumgetrieben und seine politischen Glaubensparolen ausgeteilt. Auch die Provokation, daß er nach München kommt, in die Heimat und das Zentrum der Marxistischen Gruppe, wäre noch auszuhalten. Aber daß ihm ~~gleich~~ 1 Million Leute auf die Theresienwiese versprochen wurden und kein Anlaß besteht, an der Einhaltung dieses Versprechens zu zweifeln — das ist doch ein starkes Stück. Für uns ein klarer Beweis: Die Reformpolitik ist gescheitert. Hier hilft nur ...

AGNOLI... Forts. v. S.1

Denn so wenig es ohne die staatliche Zwangsgewalt die Widerspenstigkeit gäbe, mit der konservative Politologen die Zwangsgewalt rechtfertigen, genauso wenig gäbe es ohne Eigentum, also ohne staatlich durchgesetzte Exklusivität des gesellschaftlichen Reichtums, und ohne Eigentumslosigkeit, also den staatlich durchgesetzten Ausschluß der arbeitenden Menschheit von den Mitteln und den Früchten ihrer Arbeit, das Kapital, geschweige denn irgendwelche Probleme, mit denen es auf sich gestellt nicht fertig würde. AGNOLI baut die Fiktion auf, als müßte das Kapital — von dem er doch zu wissen behauptet, daß es ein ökonomisches Herrschaftsverhältnis ist! — eigentlich ohne Herrschaft mit der nach ihm benannten Gesellschaft fertig werden, um ihm dann anzukreiden, daß es nicht einmal dazu in der Lage ist — und warum? Weil es ohne staatliche Macht eben nicht in der Lage ist, seinen Saustall in Ordnung zu halten!

So hält AGNOLI einerseits zwar Distanz zu dem revisionistischen Fehler, die Demokratie zu einer grundsätzlich schönen Angelegenheit zu erklären, die allein an ihrer Funktionalisierung durch das große Kapital Schaden nähme: er meint es schon so, daß staatliche Herrschaft per se die des Kapitals und deswegen für die Arbeiterklasse von Übel ist. Sein Argument allerdings verrät, daß diese Differenz andererseits bloßer Schein ist und nur in seiner Einbildung existiert. Denn indem er die Staatsgewalt zum Lückenbüßer des zur ordentlichen Beherrschung der Gesellschaft unfähigen Kapitals erklärt, legt er ihr eben nicht die Herstellung, sondern nurmehr die ordentliche Abwicklung kapitalistischer Herrschaft zur Last. Und deswegen kann er auch, bei aller gemeinten Kritik, nicht umhin, der Staatsgewalt die Existenz einer Arbeiterklasse nicht etwa als ihr gewaltsames Werk anzulasten, sondern als positive, sozialstaatliche Leistung anzurechnen — mit dem ebenso populären wie saublöden, jedem SPDler geläufigen Hinweis, daß die Arbeiter mit Kapital, aber ohne Staat nicht bloß dem Kapital, sondern auch noch dem Chaos und damit dem Untergang ausgeliefert wären:

„Der Staat muß vielmehr bei seiner Tätigkeit die gesellschaftliche Existenz der Arbeiter organisatorisch fassen und teilweise ökonomisch tragen, will er die grundlegenden, objektiven Bedingungen der Kapitalakkumulation tragen ... In Wirklichkeit fällt das Kapital in Einzelkapitale auseinander, die als solche allgemeine Reproduktionsbedingungen weder herstellen noch sichern können."

Und nicht nur, daß AGNOLI sich selbst die politologische Gedankenfreiheit nimmt, den Staat als die — immerhin! — „reale Organisation gesellschaftlicher Reproduktion" dem vom sich selbst überlassenen Kapital angerichteten „Reproduktionschaos" gegenüberzustellen. Er erklärt sich mit diesem Rückgriff auf die politologische Staatsidylle auch, weshalb die Arbeiterklasse dem Staat gehorcht: hier — immerhin — hätte sie wirklich einen materiellen Vorteil vom Staat. Ja klar: Wenn man den Arbeiter erst einmal ohne Staat eigentumslose KLasse sein läßt, dann ist der staatliche Zwang, daß sie sich durch solidarische Umverteilung des Lohns immerhin als Klasse am Leben erhält, ein materieller Segen; daß die Arbeiter dafür dankbar sind, ist so gesehen nicht Resultat ihres falschen Bewußtseins, mit dem sie sich innerhalb des staatlichen Zwangs vorteilhaft einzurichten gedenken, sondern von der „materiellen Ursache" her überaus verständlich; und die politische Welt, die dem Johannes AGNOLI deswegen natürlich immer noch nicht gefällt, sieht dann folgendermaßen aus:

„Im gleichen Maß, wie der Staat die umfassende Klassenreproduktion organisatorisch übernimmt, verstaatlicht sich die gesellschaftliche Existenz der Arbeiter. Hierin steckt die materielle Ursache der politisch—manipulativ erzwingbaren Fixierung der Arbeiter auf die staatlichen Verkehrsformen des Kapitalismus: ihrer Zustimmung zu dem sie in Ausbeutung haltenden Systems."

Das also hat AGNOLI an staatlicher Ordnungsstiftung auszusetzen: Nicht daß sie die Arbeiter auf ihren lebenslänglichen Nachteil festlegt, sondern daß sie diese mit einem materiellen Vorteil für ein Manipulationsmanöver gewinnt, an dessen Ende die politische Botmäßigkeit steht.

So trifft AGNOLI sich theoretisch mit dem falschen Bewußtsein der Arbeiter, die die Modalitäten ihres staatlich geregelten Daseins unter dem Gesichtspunkt des relativen Nutzens beurteilen; das aber nicht, weil er es einfach teilt — schließlich ist er Wissenschaftler und will den von ihm ernstgenommenen materiellen Vorteil staatlicher „Sicherung der Klassenreproduktion" ja als Betrugsmanöver — eben als Ursache „manipulativ erzwingbarer Fixierung" usw. — durchschaut haben. Dieses sein Urteil verdankt sich einem Idealismus der Anti—Herrschaft, positiv: der Arbeiterautomie, der sich von den Arbeitern praktisch enttäuscht sieht und in ihrem Materialismus einen Entschuldigungsgrund für sie ausgemacht hat.

Von dem Dogma der linken Politologie:

2. „Partizipation an der Herrschaft macht frei",

ist AGNOLI insofern also gar nicht so weit entfernt, als auch er den Arbeitern als ihren wahren und eigentlichen Willen den unterstellt, wirklich frei zu sein, also seinem Ideal der Unbotmäßigkeit nachzuleben; ein Wille, den sie sich eben haben abkaufen lassen. Zwar wendet er sich ausdrücklich gegen den politologischen Demokratieidealismus, wenn er definiert:

„Gehorsam in der Demokratie ist die selbstgewählte (!) Übernahme eines Zwangsverhältnisses: ich gehorche dem, den ich zu meinem Herrn bestimmt habe." —

er will damit gesagt haben:

Die staatlich gewährte Freiheit hat den Zweck, Befreiung zu verhindern, und darin ihr Maß: wieviel Freiheit muß gewährt werden, damit Befreiung unmöglich ist."

Eben damit nimmt er aber diesen Idealismus als Grundlage der Demokratie so ernst, als hätte in der Demokratie tatsächlich die Staatsgewalt selber sich von den Entscheidungen ihrer Untertanen abhängig gemacht und deswegen — so die kritische Umkehrung dieses Gedankens — immerzu das Problem, mit zugestandenen Freiheiten die wirkliche Befreiung zu verhindern, also wiederum: die freiheitsdürstigen Massen zu betrügen. Was Apologeten der Demokratie als deren Großtat hochhalten, genau das legt AGNOLI ihr wiederum zur Last: daß sie ihre Untertanen frei über die „Übernahme eines Zwangsverhältnisses" Beschluß fassen ließe — in böser Absicht, versteht sich. Und dagegen setzt AGNOLI auf einen Willen zur Autonomie, der keinen anderen INhalt hat und keinen anderen Zweck verfolgt als den, autonom zu sein, sich Herrschaft nicht gefallen zu lassen; einen Willen also, der das Ideal demokratischer Selbstbestimmung gegen alle demokratischen Zugeständnisse, als rein negatives Ideal verfolgt:

„Die Arbeiter können sich durch Insubordination dem Ausbeutungsmechanismus der Fabrik und dem Machtmechanismus des Staates gleichzeitig entziehen."

Ungehorsam soll sie also sein, die Arbeiterklasse. Damit löst sich das Rätsel, warum AGNOLIs formelle Kritik an der Unterordnung des Willens so souverän davon absieht, warum der Staat was regelt, wen er zu welchem Behufe beschränkt und worauf der staatsbürgerliche Wille sich festlegen läßt. Sein Maßstab von Kritik, welcher in der Arbeiterklasse seine leibhaftige Existenz gewinnen soll, ist das staatsbürgerliche Ideal des Willens sans phrase.

Und daß die Arbeiterklasse — sogar die italienische — in dieser Angelegenheit etwas zögerlich verfährt, auch wenn AGNOLI sie noch so sehr als genuinen Träger seines Ideals interpretiert, das ist dem Interpreten eine Entschuldigung wert, die es in sich hat: Er vergleicht das Proletariat mit anderen Leuten, die nicht in die Mehrwertproduktion eingespannt sind; dies aber nicht etwa, um einmal mehr auf die guten Gründe des Proletariats zur Abschaffung des Kapitalismus hingewiesen zu haben, sondern zu beweisen, daß ihm der Aufstand dagegen besonders schwerfallen muß:

„Der Arbeiter befindet sich im Gegensatz zu Intellektuellen und Berufsrevolutionären in einer viel härteren Situation: er ist derjenige, der die Mehrwertproduktion konkret verweigern und also zerstören kann; und er ist der einzige in der ganzen Gesellschaft, der nur durch Mehrwertproduktion zu seinen Subsistenzmitteln kommt."

Ein solches Problem mit dem Verhältnis der Arbeiter zur Mehrwertproduktion macht sich nur jemand, der die Abschaffung dieser Produktionsweise nicht für einen Vorteil für die Arbeiter, sondern für deren moralische Pflicht hält und sich deswegen dazu gedrängt fühlt, dieses gute Völkchen mit seiner Bedrängnis gegen den Vorwurf in Schutz zu nehmen, den seine offenkundige Pflichtversäumnis nach sich ziehen muß.

Die Kehrseite dieser moralischen Albernheit: daß Nicht-Arbeiter es mit ihrem Ungehorsam einerseits leichter hätten, andererseits aber praktisch nichts weiter daraus folgt, nimmt AGNOLI im Übrigen ebenso ernst. Deswegen plaudert er nämlich einerseits in seinem Seminar über kein Thema lieber als über seine Scharmützel mit dem italienischen Staat und mit deutschen Beamten. Und aus demselben Grund hat er sich andererseits höchst vornehm davon dispensiert, seine Kritik an kapitalistischer Herrschaft irgendwie praktisch werden zu lassen: er hat sich bewiesen, daß die Praxis eines Nicht-Arbeiters ja doch nichts bringt; und gegen sein schlechtes Gewissen hat er sich mit der Auffassung gewappnet, „Berufsrevolutionär" wäre ja auch nur eine Variante leichten Lebens.

So ist er eben, der Johannes AGNOLI. Ein Politologe mit negativen Vorzeichen und italienischem Nachnamen.

Verein zur Förderung des studentischen Pressewesens e.V.
Theresienstr. 128,
8 München 2
verantw. i.S.d.P.: L. Fertl E.i.S.

SOZIOLOGIE... Forts. v. S.2

trennt vom Inhalt der Ideologien, mit denen man sich im kapitalistischen Getriebe einrichtet, den uralten Philosophen- und Kirchenstreit methodisch neu auflegen wollen, ob der Mensch überhaupt selbständig denken könne, — eine Frage, die sich durch die Denksicherheit des Fragers schon selbst widerlegt. Die quantitative Umformulierung

„Bis zu welcher Grenze spiegelt menschliches Denken die vorausgesetzte Determinante wider, bis wohin ist es unabhängig von ihr?" (a.a.O., S. 4)

verrät allerdings auch schon die gar nicht originelle Lösung dieses methodischen Gefasels über eine Zweiteilung des Ideenvorrats im Hirn. Der Trick, Marx ‚Widerspiegelung' zu unterstellen, um ihm dann mit dem Hinweis auf einen Bereich ‚freien Denkens' ‚ökonomistischen Determinismus' vorzuwerfen, bestreitet ja gerade den Zusammenhang zwischen den gesellschaftlichen Verhältnissen und den Vorstellungen, die sich davon gemacht werden. Stattdessen arbeitet er sich mit der an Marx konstruierten Gegenüberstellung — bewußtlose ‚Determination durch das System' contra freies Bewußtsein — zu seiner Lösung empor, daß gerade im ‚System' und seinen Zwängen die — recht verstandene — Freiheit liege:

„Ohne einige Korrekturen würde auf diese Weise ein ganz falsches Bild von den Beziehungen zwischen beiden (Mensch und System) entstehen, als ob die Menschheit unaufhörlich an ihren Ketten zerrte, sich nur mit knirschenden Zähnen der Herrschaft und ihren Kontrollmitteln fügte und in furchtsamem Kadavergehorsam befangen wäre." (a.a.O., S. 105)

Marx hat zwar gerade die freiwillige Fügung in den gesellschaftlichen Zwangszusammenhang als den Witz des Kapitalismus behauptet. Aber was soll's: Dem Soziologen geht's ja gerade darum, aus der erfundenen Determination eine ‚Orientierungshilfe' für den Menschen zu machen, der sonst der Willkür seiner unbegrenzten freien Denk- und Handlungsmöglichkeiten hilflos ausgeliefert wäre und sich deswegen die Freiheit geleistet hat, sich determinieren zu lassen durch so hilfreiche Institutionen wie Justiz, Staat, oder auch einfach durch ‚das System', bei dem ja schon der Name alles sagt.
Daß kein normaler Sterblicher das so sieht, sondern sich eben nur in den ‚selbstgeschaffenen Zwängen' einrichtet, ist die Quintessenz dieser großartigen Beweisführung. Der Soziologe ist es, der mit seiner tiefen Einsicht, „alles ist gesellschaftlich bestimmt", die Freiheit repräsentiert, weil er um die Determination und um ihre ordnungserhaltende Nützlichkeit als einziger weiß:

„Auch wir hängen an unsichtbaren Fäden. Einen Augenblick scheint es uns, als wären wir wirklich Marionetten. Aber auf einmal sehen wir den entscheidenden Unterschied zwischen dem Puppenspiel und unserem Drama. Was wir ihm voraus haben, ist, daß wir jetzt einhalten aus eigener Kraft. Wir wenden unseren Blick nach oben in die Maschinerie, die unsere Handlungen gelenkt hat. Diese Tat ist der erste Schritt zur Freiheit — und damit ist sie die entscheidende Rechtfertigung der Soziologie als humanistischer Wissenschaft." (a.a.O., S. 190)

Mit diesem gelungenen Bild vom großen Welttheater, in dem der Soziologe die Menschheit auf die Fäden aufmerksam macht, durch die sie sich bewegen können, hat er sich endlich zu philosophischen Höhen emporgeschwungen, wo es eine Lust ist, sich mit Marx zu tummeln. Man muß nur bei Marxens „Ökonomisch-philosophischen Manuskripten" das ‚ökonomisch' und damit den Inhalt seiner Kritik durchstreichen, dann erschließt sich auch der soziologische Sinn der

‚Entfremdung' — die Einsamkeit des Individuums in der Gesellschaft

Daß so gern zitierte Marx-Aussagen wie

„Der Arbeiter fühlt sich erst außer der Arbeit bei sich und in der Arbeit außer sich."

in — zugegeben — etwas verzinkter Form die Tatsache kritisieren, daß der Prolet (nicht das Individuum!) von den Produkten seiner Arbeit ausgeschlossen wird und in seiner Arbeit zu viel Leistung für wenig Lohn gezwungen wird, hält der über Mensch und Gesellschaft schwafelnde Soziologe für bestenfalls banal. Entfremdung bedeutet heutzutage den erschütternden Mangel, dem Ideal des ‚ganzheitlichen Menschen' nicht gerecht zu werden und deshalb — wie die Psychologie lehrt — als *Mensch* mit sich als vorgestelltem *eigentlichen* Menschen furchtbar im Zwiespalt zu liegen. Also erklärt man in einseitigem Einvernehmen mit MARX zunächst einmal das Ausbeutungsverhältnis für eine sinnlose Angelegenheit:

„Gebrauchswerte sind fast nur noch bedeutsam als Träger von Tauschwerten und Arbeit wird zunehmend von ursprünglichen Sinnbezügen für den einzelnen Arbeitenden entkleidet; sie wird fremdbestimmt, abstrakte Arbeit mit zwar immer größer werdender Produktivität, aber auch immer weiter fortschreitender Entfremdung." (WACHTLER, S. 19)

3 Bände ökonomischer Studien werden hier zu dem Idealismus erklärt, Differenzen zwischen der eigenen philosophischen Spekulation über das Wesen des Menschen und der Arbeitswelt festgestellt zu haben, die zu einer falschen Einstellung zur Arbeit führen. Da interessiert sich angeblich keiner mehr für seine Produkte, weiß nicht mehr, wofür sie da sind, und macht sich nicht die Arbeit zum Bedürfnis, sondern faßt sie „nur (als) ein Mittel zur Befriedigung von Bedürfnissen, die außerhalb der Arbeit liegen" (COSER, S. 187) auf. Man sieht: Die Marx'sche Kritik, daß Lohnarbeit eine kümmerliche Sorte Reproduktion ist, die in der Fabrik mit einiger Anstrengung und außerhalb der Fabrik mit einigem Verzicht verbunden ist, taugt durchaus für ein reaktionäres Gefasel über das mangelnde Aufgehen in der Arbeit. Folgerichtig wird auch außerhalb der Arbeit Marx auf den Kopf gestellt und die unbefriedigten Bedürfnisse verwandeln sich zum Konsumterror:

„Die zweite Möglichkeit, den Menschen zum Objekt zu machen, besteht darin, ihn in einen Konsumenten zu verwandeln. Sind seine Grundbedürfnisse befriedigt, werden neue Bedürfnisse geschaffen. Er ist ständiger Propaganda und Werbung ausgesetzt, damit er kaufe und verbrauche ..." (Joachim ISRAEL: Der Begriff der Entfremdung, S. 10)

Wie entsetzlich sinnlos dieser Reichtum, den das Proletenobjekt da beständig in sich hineinfrißt!
Damit ist man mit den ‚unteren Schichten' aber auch fertig und entdeckt den besseren Proleten in seinesgleichen:

„Ein Mensch, dessen einzige Arbeit es ist, ein kleines Detail in einem Strafprozeß zu verfolgen oder einen von zwanzig Abschnitten eines Regierungsberichtes vorzubereiten oder jahraus, jahrein Studenten in überfüllten Anfängerseminaren die Anfangsgründe ihrer Muttersprache beizubringen, stellt wahrscheinlich auch oft genug die Frage nach dem Sinn seiner Arbeit und unter Umständen sogar noch dringlicher als jemand, der immer wieder in einem Maschinenteil eine Schraube anzieht." (BERGER/BERGER, S. 149)

Dieser soziologische Schreiber ist ja wohl der beste Beweis! Selbst an den von Marx nicht gerade mit Wohlwollen überschütteten Agenten des Kapitals läßt sich der kokette Beweis führen, daß aus der ‚Entfremdung' der ökonomische Inhalt raus- und philosophischer Sinn reingezwungen gehört:

„Aber auch die Unternehmer werden entfremdet, weil die Waren, über die sie verfügen, nicht die Bedürfnisse anderer befriedigen, sondern auf dem Markt einen Profit erzielen sollen ... Da er die Lohnempfänger ausbeutet, verwirklicht er nicht sein Menschsein in der Arbeit, sondern wird zugunsten eines anonymen Mechanismus entfremdet." (Raymond ARON, S. 160)

Schluchz!
Diese Entfremdungstheorie, die in souveräner Manier das immergrüne staatsbürgerbildende Lieblingsthema, „das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft", wieder einmal problematisiert, endet folgerichtig ziemlich umstandslos dabei, in konstruktiver Synthese aller vorangegangenen soziologischen Gedankengängen, die existente Herrschaft für problemlos zu erklären:

„Dabei zeigt eine unbefangene Überlegung, daß der Mensch immer und nicht nur im kapitalistischen Produktionssystem, von sozialen Bedingungen determiniert ist, vorausgesetzt, daß man nicht den romantischen Traum des Menschen als eines ‚allseitigen Wesens', also eines ‚totalen Menschen' (Marx) nachhängt, der praktisch gottähnlich sein müßte."(Eben war der ‚Marxsche Mensch' noch ganz determiniert!) „Letzten Endes führt die Vorstellung von der Selbstentfremdung zu einer Aufhebung des Begriffes Gesellschaft..." (FILEX, S. 109).

und das ist die schlimmste Katastrophe die sich ein Soziologe vorstellen kann, der Herrschaft und Ordnung für dasselbe erklärt.

„Das ist doch Marxismus!"

Mit Toten kann man's ja machen. Nur warum läßt die Soziologie den Toten nicht ruhen, sondern zettelt beständig eine ebenso unredliche wie aufwendige Konkurrenz zu einem Wissenschaftler an, den die meisten nicht einmal lesen und von vornherein nicht für lesenswert halten? Daß es hier um eine ernsthafte Auseinandersetzung ginge, ist bloßer Schein, allerdings einer, mit dem sich eine Disziplin laufend profiliert. Und da ihr Profil das einer Wissenschaft sein will, zeigt sie sich als erstes gegenüber dem politischen Umgang mit *Marxisten* sehr frei und überlegen. Auf der Basis der Sicherheit des praktischen politischen Urteils über solche Gedanken leistet sie sich den Gestus einer sachlichen, wertfreien Debatte: Marxismus? Interessant! — ein Gestus, der auch deshalb reichlich albern ist, weil er sich diese Freiheit nur leistet, um als zweites die Nützlichkeit und Linientreue ihrer allgemeinen und praktisch nutzlosen Kalauer über ‚die Gesellschaft', ‚die Ordnung' usw. zu beweisen. Das billige Verfahren der Widerlegung — ‚Du bist Soziologe, weil du über die Gesellschaft redest; Du bist kein guter Soziologe, weil Du gar nicht über die Gesellschaft redest, sondern den Kapitalismus kritisierst, ätschbätsch!' — stattet das politische Verdikt mit dem Schein der Begründung aus, die letztlich in nicht mehr besteht als der aufgespreizten Ausdeutung so gängiger Ideologien wie: ‚Ohne Fleiß kein Preis'; ‚Probleme gibt es überall'; ‚Der Mensch denkt, das System lenkt'; ‚man kann nicht alles haben'. Damit demonstriert die Soziologie nicht nur, daß Intellektuelle keinen Grund haben, an Ruhe und Ordnung zu zweifeln, sondern vor allem, daß sich daraus ein intellektuelles Vergnügen machen läßt, ganz eigenständig gegenüber der Herrschaft und andererseits ganz unberührt von jedem ernsthaften Gedanken über sie, sich über den dummen Alltagsverstand zu erheben und Rechtfertigungen zu erfinden, daß schon alles irgendwie seine Ordnung hat. Daß das kein Luxus ist, beweist sie aller Welt laufend an ihrer Erledigung von Marx, gegen den sie darauf beharrt, daß die Gesellschaft kein Kapitalismus ist, sondern daß der Kapitalismus eine Gesellschaft ist, die erhalten werden muß, weil sie allen entspricht. Damit verrät sie ihre Parteinahme für die Gewalt, die sie beständig leugnet. Sie verrät damit aber auch, daß hier keine geistige Auseinandersetzung mehr stattfindet, sondern nur zur Selbstbestätigung der Disziplin ein toter Hund beständig geistig wiederauferstanden wird, um ihn hämisch ein ums andere mal dorthin zu befördern, wo ihn der praktische Alltag allenfalls duldet — unter die Erde. Deswegen ist es auch kein Wunder, daß Soziologen in ihrem praktischen Universitätsalltag wenig Federlesen mit Marxisten machen, wenn es mal drauf ankommt. Wie gesagt: „Das ist doch Marxismus!", ist nun einmal das einzige Argument, von dem sie leben. ■

VERANSTALTUNGSKOMMENTAR

Zum Brecht-Teach-in der MG
Über den Zusammenhang von Fressen, Moral und Kunst

Bertolt Brecht gilt als vorbildlicher Musterfall eines politischen Dichters, der die Mittel des Theaters zielstrebig ausgenutzt habe, um dem theoretisch weniger geschulten Gemüt der Massen die Erkenntnisse des Marxismus einprägsam mitzuteilen und Mut für eine sozialistische Umwälzung zu machen. Von solchen praktischen Konsequenzen mag unter den heutigen links-intellektuellen Brecht-Verehrern zwar kaum noch jemand etwas wissen; umso mehr wird am großen Bertolt geschätzt, wie sehr er sich in seinem Werk des „Vermittlungsproblems" angenommen, also dem heißgeliebten „subjektiven Faktor" seine Aufmerksamkeit geschenkt habe. Grund genug für die MG, mitten im Germanisten-Streik auf einem Teach-in die Frage zu untersuchen, was von Brechts politisierender Dichtkunst zu halten sei.

Die Schlechtigkeit der Welt ...

Brecht findet in allen Epochen der Geschichte immer denselben Gegensatz: Herrschende, Bonzen und Reiche sieht er am Werk, die sich hinterlistig an der arbeitenden Menschheit versündigen und sie in Unglück und Elend stürzen. Alle seine Dichtwerke sind ein einziges Klagelied über die Schlechtigkeit der Welt, die für die Betroffenen dadurch noch dramatisiert wird, daß die Mächtigen für ihre üblen Machenschaften obendrein die Moral und die höheren Werte auf ihre Seite gezogen haben. Diese Schilderung der Verwerflichkeit der Verhältnisse ist insofern etwas abgeschmackt, als sie nicht kümmert, welche Gründe das Massenelend heute oder früher hat. Ob der Bau des siebentorigen Theben, ob die prekäre Lage des Wissenschaftlers Galilei Thema ist oder der Kapitalismus in den Schlachthöfen von Chicago — alles schert Brecht über den Kamm des Gegensatzes zwischen unschuldigen armen Opfern und verbrecherischen reichen Machthabern; so daß gekonnt die Kritik an den jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnissen verfehlt wird und stattdessen ein stereotypes moralisches Urteil herauskommt: schlecht ist die Welt.

Dieses Urteil steht bei Brecht allerdings nicht so nackt und bloß im Raum wie bei sonstigen bürgerlichen, linken oder frommen Moralisten. Sein Vorwurf an die Welt hat seine besondere Raffinesse darin, daß er ihn, ganz in der Manier eines enttäuschten Liebhabers, gegen die moralischen Ideale richtet, die viel zu gut wären für die schlechte wirkliche Welt und deren blamabler Mangel folglich darin läge, daß sie sich das nicht eingestehen. Also demonstriert Brecht in seinen Stücken, daß es keinem Zeitgenossen mit diesen hohen Werten wahrhaft ernst ist: Die Herrschenden schieben sie bei ihren Geschäften bloß vor, um ihren Egoismus zu verschleiern und das Volk zu betrügen, und die Armen werden fortwährend von den Verhältnissen daran gehindert, nach dem Guten und Höheren zu streben — wie peinlich für dieses! Zwar bleibt in dieser Beweisführung unerfindlich, was die Moral den bösen Herrschenden als Herrschaftsmittel nützt, wenn die Beherrschten sowieso zu arm dran sind, um moralisch sein zu können. Offenkundig geht es Brecht aber ohnehin um eine K r i t i k der bürgerlichen Moral genauso wenig wie um die kapitalistischer Ausbeutung. Sonst hätte ihm nämlich zumindest auffallen müssen, daß von einem M a n g e l an Moral beim modernen Proletariat ganz gewiß nicht die Rede sein kann, daß es sich vielmehr seine Klassenlage genau deswegen nicht bloß gefallen läßt, sondern sogar zu seinem eigenen Anliegen macht, weil es dabei allerlei verrückte Erbaulichkeiten über Freiheit und höhere Notwendigkeit im Kopf hat. Doch wie gesagt: den Agitator Brecht plagt eine andere Sorge. Gerade so, als hätte die Moral höchstpersönlich sich bei ihm beschwert, daß sie auf Seiten des niederen Volkes so wenig Anklang fände, setzt er dieser fiktiven Beschwerde mit der gesamten Wucht seiner Dichtkunst ein Bild des Elends einerseits, der Korruption andererseits entgegen, vor dem jede moralische Anklage der Elendigen schamvoll verstummen muß. — Peinlich nur, daß kein Mensch und keine Instanz auf der Welt besagte Anklage erhebt; daß dergleichen auch offensichtlich albern wäre; daß es sich dabei also allein um eine Ausgeburt des Bertolt Brecht eigenen Moralismus handelt. Und nicht weniger peinlich, daß das Bestreben, die Elenden dagegen i n s R e c h t zu setzen, nichts als holzhammermäßige Schauerbilder vom Pauperismus hervorbringt, die nur dazu taugen, d i e apologetische Lüge über den heutigen Kapitalismus zu befördern: er hätte mit d i e s e m Elend das E l e n d seiner Proleten aus der Welt geschafft (weshalb linke Brecht-Freunde wie W.F.Haug seinen Dichtungen auch schon mit dem entlarvenden Verweis auf die „3. Welt" beispringen, wo das Elend in der Tat noch so elendig sei ...).

... ein Grund zum Theater

Es ist also eine rechte Theaterwelt, die Brecht in seinen Stücken konstruiert; und so ist es in einem ironischen Sinn nur allzu verständlich, daß der engagierte Dichter sich sein Leben lang an dem hoffnungslosen Unterfangen abgearbeitet hat, mit den Mitteln des Theaters — und einigen von ihm zweckmäßig hinzuerfundenen theatralischen Kunstgriffen — das bloß Theaterhafte an seinen Stücken zu dementieren und aus ihnen agitatorischen Ernst zu machen. So als wäre das Theater die Q u e l l e des zu denunzierenden bürgerlichen Idealismus gewesen, stellt Brecht dieser Institution des höheren Blödsinns die z e i t g e m ä ß e Aufgabe, die Menschen zur Veränderung der Welt zu animieren. Brechts Reform des Theaters und seiner Ästhetik folgt also derselben Logik wie der Antimoralismus seiner Stücke: Ebenso wie die Ideale der bürgerlichen Welt, so nimmt er ihre Sphäre des Kulturgenusses so fanatisch ernst, daß er ihr mit dem Verweis auf die anstehenden praktischen Aufgaben der Weltverbesserung ein s c h l e c h t e s G e w i s s e n schaffen und so die luxuriösen Freiheiten des Genusses für den Menschheitsfortschritt moralisch in die Pflicht nehmen will.

Es ist nur allzu deutlich, daß man schon ein totaler Theatermensch — einerseits — mit einem schlechten Gewissen über die eigene Zugehörigkeit zur bürgerlichen Theaterwelt — andererseits — sein muß, um sich so wie Brecht dem Dienst an der fixen Idee zu widmen, ausgerechnet übers Theater müßte die Revolution gefördert werden. Brecht ist deswegen auch nicht miß-, sondern durchaus wohlverstanden, wenn man ihn heute als Erneuerer des Theaters lobt. Seine Idee wird genau dann eingelöst, wenn das Publikum bei den Brechtschen Stücken das eigene Problembewußtsein genießt. Ästhetisches Vergnügen stellt sich heute eben dadurch ein daß das Theater sich mit Verfremdungstechniken selber als bloßes Theater relativier und den lächerlichen Beweis antritt, daß Theater noch nicht die Weltveränderung ist Denn ein solches Theater gefällt in perspektivereichen und aktuellen, impliziten ode expliziten Hinweisen auf die Welt jenseit des Theaters und ihre Probleme; es ist fü den d i s t a n z i e r t e n Kunststandpunk da, der im Genuß der Kunst auch noch di Haltung gesellschaftlichen Verantwortungsbewußtseins verlangt. Das moderne Publikum hat Brecht dafür zu danken, daß es di Ideale der klassischen Theaterwelt gar nich mehr zu teilen braucht und trotzdem ohn schlechtes Gewissen das Theater genieße kann.

V o r b i l d ist Brecht also, und zwar a linker I n t e l l e k t u e l l e r, der sic aus seinem Intellektuellendasein ein G e w i s s e n und aus seinen luxuriösen Gewi sensbissen seinen L e b e n s i n h a l macht — womit er gerechterweise keine A beiter, sondern seinesgleichen als Publiku findet. Vorbild für seinesgleichen ist Brec darin, daß sein gesamtes Theaterschaffe der Liebe zu dem holden Drangsal des selbs geschaffenen Problems entspringt, wie er a Mann des b l o ß e n Geistes d e n n o c auch praktisch wirken könne — ein Probler das gar nicht existiert, wenn man seinen I tellekt r i c h t i g b e n u t z t (denn i richtigen Ergebnis ist dessen Praxisrelevan nicht mehr zweifelhaft), das aber, einmal die Welt gesetzt, den Vorzug aufweist, abs lut u n l ö s b a r zu sein: sein ganzer Re liegt ja gerade darin, daß das Denken si selbst nicht kritisieren, sondern problem tisch finden will.
Vorbild ist Brecht schließlich auch daf wie dieser selbstverliebte Selbstzweifel d Intellektuellen einhergeht mit der blind Entschlossenheit, der P r a x i s, im Ve gleich zu der das eigene Räsonnieren b l o ß e Theorie verurteilt wird, ergeber zu Diensten zu sein — ob diese Praxis DD und Stalin heißt oder „Modell Deutschland das ist von diesem vornehmen Standpun aus dann wirklich eher zufällig.

MSZ
Marxistische Studenten Zeitung

Galerie Großer Geister

J.HIRSCH, linker Politologe mit Vergangenheit

Es wäre ungerecht, Joachim HIRSCH ein typisches politologisches Abfallprodukt linker Konjunkturläufte zu nennen. Joachim war vielmehr immer schon — im Sinne seiner „*materialistischen Theorie*" — ein Produkt der politischen Umstände, weil er sich von dieser vorteilhaften Umschreibung des Wortes ‚Anpassung' zweierlei in eins versprochen hat: ein linker Wissenschaftler und Mensch zu sein und beruflichen Erfolg zu haben. Darin ist er sich treu geblieben, lebt er doch heute gemäß seiner eigenen Leitlinie:

„Es geht nicht abstrakt um eine ‚*andere* Wissenschaft', sondern darum Wissenschaft *anders* zu machen." (VI, 99)

Kein Wunder also, daß Joachim HIRSCHs Karriere nicht nur in der Zeit der Studentenbewegung beginnt, sondern ohne diese bewegten Zeiten gar nicht den Verlauf nehmen würde, den sie nimmt; „*anders*" zu sein ist nämlich damals „*in*".

HIRSCH heiß ich, bin Monopol-Bildungs-Ökonom

„Maßgebend für den Berufserfolg ist die Konformität mit einem spezifisch eingeengten und deformierten Wissenschaftsbegriff: gekennzeichnet durch den Vorrang formaler und quantitativer Kriterien, die wenig Bezug zu gesellschaftlicher Realität haben wie etwa abstrakte handwerkliche ‚Sauberkeit', Versiertheit in der Beherrschung scientifischer Glasperlenspiele, inhaltslose ‚Originalität', ‚Eleganz', Übereinstimmung mit dem herrschenden ‚Paradigma', Orientiertsein über das, was gerade ‚in' ist ... gerade zu vorrangigen Beurteilungsmaßstäben, denen gegenüber das, was die wissenschaftliche Arbeit politisch-praktisch bringt, weit in den Hintergrund tritt." (VI, 96)

Wenn Professor HIRSCH sich so dafür entschuldigt, daß man sich als linker Wissenschaftler mit Ambitionen einige Zacken aus der linken Krone abbrechen lassen müsse, will er damit natürlich nicht gesagt haben, daß er nicht alles versucht hätte, so weit es ging ganz anders zu Erfolg zu gelangen. Als junger wissenschaftlicher Nachwuchs schon macht sich HIRSCH dadurch einen Namen, daß er — die Zeichen der Zeit genau erkennend — zwei nicht unwesentliche Ideologien des studentischen Protestes wissenschaftlich fortspinnt und dabei schöpferisch verknüpft: die Lehre vom Niedergang demokratischer Kontrolle angesichts monopolistischer Verschmelzung von Staatsbürokratie und einigen Monopolen und das Intellektuellen so wichtige Dogma der zunehmenden Abhängigkeit der Ökonomie von der Bildung (Wissenschaft, Ausbildung) der Gesellschaft.

Mono-Olig-Archie

Assistent HIRSCH hat es satt, Politikwissenschaft als eine „*beliebigen (?) Herrschaftsinteressen dienstbare Hilfswissenschaft*" (VII, 193) zu betreiben, weil er Ende der 60er Jahre zeitgemäß antiautoritär-republikanisch gesonnen ist und deshalb verlangt, daß „*die Politikwissenschaft ihr vielfach allzu gängiges Demokratiepostulat einmal ernst nimmt*" (ibid.). Diese Forderung nimmt sich der aufstrebende linke Wissenschaftler so sehr zu Herzen, daß sich ihm daraus allein schon eine ganze fortschrittlich-kritische Theorie der gegenwärtigen Gesellschaft ergibt. „*Ernst*" genommen, belehrt der Wunsch nach viel mehr Demokratie nämlich darüber, daß von Demokratie gar nichts mehr zu sehen ist im fortgeschrittenen „*Spätkapitalismus*", die Herrschaft keineswegs mehr vom Volke ausgeht, sondern „*Auf dem Wege zum Monopolkapitalismus*" (ibid.) dort konzentriert ist, wo sie eigentlich nicht hingehört. Aus der Tatsache, daß Konzerne größer werden (dies tun sie, um in der Konkurrenz einen Vorteil zu haben), Konzentrationen stattfinden (aus demselben Grunde) und die Automation fortschreitet (auch dies ist ein selbstverständliches Ergebnis kapitalistischer Konkurrenz), ergibt sich, so betrachtet, als der wissenschaftliche Begriff der gegenwärtigen Zeiten, daß in ihnen der Kapitalismus in ein qualitativ neues, nämlich entschieden undemokratisches Stadium übergeht:

„Wirtschaftskonzentration und Automation haben in den letzten Jahrzehnten die kapitalistischen Industriegesellschaften *mehr als nur quantitativ* verändert. Zwischen dem *früheren* ‚marktwirtschaftlichen' und dem modernen, zunehmend *planmäßig* ‚organisierten Kapitalismus' bestehen vielmehr *qualitative* Unterschiede ..." (VII, 194)

Die Beweisführung für diesen angeblichen historischen Übergang ist reichlich plump — sie setzt einfach lauter Lügen in die Welt:

— Der freien Marktwirtschaft, an der HIRSCHs Kapitalismuskritik nichts auszusetzen hätte — entscheidet in ihr doch, vom ernstgenommenen Demokratiepostulat her gesehen, der mündige Bürger als freier Käufer über seine Inanspruchnahme gesellschaftlicher Angebote —, wirft er vor, daß es sie nicht mehr gebe: „*Das Ende der Marktwirtschaft: geplanter Kapitalismus*" (VII, 196). Einige wenige Monopole — Joachim hat ausgerechnet, daß es „*sechs*" sind — besorgen das „*langsame Verschwinden des Marktes*", „*manipulieren*" das gesamte „*Konsumverhalten*", besitzen „*Quasi-Steuerhoheit*" und sollen deshalb die eigentlichen Herrscher im Staate sein, der als ihre „*Generalagentur*" für sich kaum mehr etwas zu sagen habe. Es entfalle die

„Trennung von öffentlich und privat, von Politik und Wirtschaft. Konzentrierte und dabei nicht einmal mehr vom Markt her kontrollierte (?) wirtschaftliche Macht derartigen Umfangs (!) ist *unmittelbar politisch*." (VII, 198)

—Aus dem Faktum, daß Aktiengesellschaften mittels fremden Eigentums Gewinn erwirtschaften, was den Aktionären Dividende einbringt allein aufgrund ihres Eigentums, weil die Gesellschaft damit Profite erarbeiten läßt, bastelt HIRSCH — dem offensichtlich Eigentum nicht der Grund der Ausbeutung der Nichteigentümer bedeutet — den „*Übergang vom Eigentümer- zum Manager kapitalismus*". Aus den Managern großer Konzerne ist so die „*Herrschaft der Manager*" gerworden, die per „*Bewußtseinsmanipulation*" mittels „*abhängiger Massenkommunikationsmittel*" so ziemlich alles in der Hand haben, zumal unter diesen Hirschtorischen Umständen dem Staat nichts anderes mehr bleibt, als Agent der Monopole und ihre Manager zu spielen:

„Die Bürokratie der modernen Interventionsstaaten ist damit unverkennbar in die Stellung einer Generalagentur der kapitalistischen Wirtschaft gerückt." (VII, 207)

— Schließlich wird die agententheoretische Pseudokritik kapitalistischer Verhältnisse vervollständigt durch das saudumme Argument „*personelle Verflechtung*", um den Kapitalismus endgültig in Verhältnisse persönlicher Abhängigkeit zurückzutheoretisieren, in denen „*immer mehr als feudale Potentaten (sich) gebärdende Manageroligarchien zu finden*" (VII, 209) sind.

Das ganze Hirngespinst einer Machtübernahme durch die Manager einiger weniger Wirtschaftskonzerne — „*die Gesellschaft graviitiert um einige wenige Mammutkonzerne*" — läßt Assistent HIRSCH als guten Demokraten um die von ihm „*ernstgenommene*" Staatsform fürchten:

„Für die Zukunftsaussichten der Demokratie bildet die Möglichkeit einer endgültigen Stabilisierung von Großkonzernen als Quasi-Regierungsbehörden mit latent totalitärem Anspruch eine nicht zu übersehende Hypothek." (VII, 202)

Und worin besteht diese Hypothek? Demokratie-Assistent HIRSCH sorgt sich, daß der von ihm diagnostizierte Manager-Monopol-Kapitalismus-Staat trotz aller monopolistischen Planung und Steuerung die gesellschaftlichen Probleme weder überhaupt noch demokratisch löst, stattdessen „*Dysfunktionalitäten*", „*Irrationalitäten*" und andere krisenhafte Elemente mehr hervorbringt, so daß es dauernd kriseln wird, wenn nicht — was ihm am Herzen liegt — die Demokratie die Planung übernimmt, in der ja bekanntlich die Vernunft waltet, wäre sie nur richtig wirklich.

„Die Gefahr" („das demokratische Institutionengefüge formell abzuschaffen") „wächst, je weniger es gelingt, den Widersprüchen des organisierten Spätkapitalismus durch eine *vernünftige demokratische Planung* zu begegnen. Ein Wirtschaftssystem, das eine gigantische Rüstung unterhalten *muß, um lebensfähig* zu bleiben, das der automationsbedingten (!) technologischen Arbeitslosigkeit" *(ein HIRSCH glaubt natürlich das Märchen, daß Automaten Arbeiter auf die Straße setzen)* „hilflos gegenübersteht, das Produktivkräfte in massiver Form *fehlleitet*, Armut im Überfluß *zuläßt* und die Menschen tendenziell (!) den Bedürfnissen des Produktionsapparates anpaßt, befindet sich zumindest latent in einer politischen Dauerkrise." (VII, 210)

HIRSCHs demokratisch besorgte Beobachtung der politischen Welt führt zu einer Kritik am Kapitalismus, die seine planmäßigen Wirkungen für die Betroffenen als „*Hilflosigkeit*" und „*Fehlplanung*" entschuldigt, im übrigen daran nur schlimm finden will, daß das „*demokratische Institutionengefüge*", das all diese Herrlichkeiten gewährleistet, daran Schaden nehmen und in eine „*Dauerkrise*" geraten möchte, und konsequenterweise mehr Demokratie fordert, damit es nicht vollends undemokratisch zugehen muß im Kapitalismus, vielmehr demokratische Kontrolle „*das Wirtschaftssystem*" vernünftig, lebenswert und vor allem politisch krisenfrei erhält.

Techno-Archie

Der antiautoritäre und demokratiebegeisterte HIRSCH hat als Assistent eine zweite wissenschaftliche Spezialität anzubieten, die mit der ersten stark verzahnt ist. Bemerkend, daß die studentische Protestbewegung in dem, womit sie sich berufsmäßig zu befassen hat, eine Aufwertung benötigt, damit so ihrer Kritik an den Modalitäten ihres Metiers allgemeine Berechtigung und gesamtgesellschaftliche Verantwortung zukommt, wird er Bildungsökonom und vor allem als solcher bekannt und zitierwürdig. Seine Monopoltheorie braucht HIRSCH dafür nur etwas auszubauen. Ausgehend von der falschen Unterstellung, daß im „*Spätkapitalismus*" Wissenschaft und Technologie das Problem Nr. 1 für das Fortbestehen kapitalistischen Wirtschaftens darstelle, läßt er jetzt den Staat dem ‚Machtmonopol der Wirtschaft' dadurch entgegenkommen, daß jener mit diesem verschmilzt. Die erlogene Superbedeutung technischer Entwicklung für den Bestand kapitalistischer Produktion — als gehörte sie nicht selbstverständlich zu den Staatsaufgaben, mit denen der Staat seit jeher den konkurrierenden Unternehmen die gemeinsamen Voraussetzungen ihrer Gewinnmaximierung bereitstellt — läßt die Herrschaft im sog. Spätkapitalismus (weil der frühe offensichtlich ein wahres Eden war: Demokratie, freie Marktwirtschaft und so, fast keine Ausbeutung?) einen weiteren qualitativen Sprung machen:

„Je mehr die staatliche Administration den wissenschaftlich-technischen Fortschritt *planmäßig* zu fördern *gezwungen* ist ..., desto deutlicher wird sie zum *zentralen Organisator der langfristigen gesellschaftlichen* Entwicklung. ..., schaltet sie sich erstmals umfassend und direkt in den gesellschaftlichen Produktionsprozeß ein. Wäre also bei einer Beschränkung auf konjunkturpolitische Steuerung und Globalplanung das Verhältnis von ‚Staat' und ‚Wirtschaft' noch (!) als zweier prinzipiell (!) getrennter Sphären zu beschreiben, so ist beim Übergang zur wachstumsorientierten technologischen Entwicklungsförderung" *(was hat eigentlich der Staat vor diesem Übergang getrieben?)* „die Trennungslinie zwischen privatem und öffentlichem Sektor weder funktional noch organisatorisch scharf auszumachen. Die Funktionsbedingungen der staatlichen Administration haben sich im Vergleich zur interventionistischen Phase *nochmals grundsätzlich gewandelt*, und mit ihnen veränderten sich Regierungs- und Verwaltungstätigkeit, die Struktur politischer Entscheidungsprozesse, ja, das politische System überhaupt." (VIII, 63-64)

Die Ausschmückung dieses der Technik geschuldeten Monopolismus und Zentralismus ist altes HIRSCHragout: „*Aufhebung der organisatorischen Grenzlinien zwischen Staatsbürokratie und privater Großindustrie*" (VIII, 247); „*Verflechtung von Staatsbürokratie und Großindustrie*" (VIII, 248) etc. Auch wieder die Klage über den „*Zerfall politischer Öffentlichkeit und den Funktionsverlust der überkommenen repräsentativen Führungs- und Kontrollorgane*" (VIII, 254). Dann das unvermeidliche Scheitern des HIRSCHschen StaMoKap —

„Die aufgezeigten Strukturveränderungen lassen die Fähigkeit des staatlichen Apparats zu einer im Sinne immanenter Stabilisierung ‚rationalen' Planung und Steuerung *zumindest fragwürdig* erscheinen. Insofern dürfte das manifeste Versagen (!!) im Bereich der Hochschulpolitik weniger zufällig als strukturell bedingt sein" (VIII, 264-265) —,

das sich HIRSCH in die Tasche lügt, obwohl er doch vorher selbst ein gigantisches Planungs- und Machtkonsortium hat entstehen lassen. Schließlich positiv die demokratisch-republikanische Verantwortlichkeit des Assistenten Joachim für das große Ganze, ganz im Sinne der Studentenbewegung, die Demokratie endlich verwirklicht wissen wollte, vor allem dort, wo sich die Studenten und auch HIRSCH bewegten, weil davon nicht weniger als letztlich alles abhängt:

„Die Forderung nach einer *rationalen* und *demokratischen* Wissenschaftsplanung braucht also nicht abstrakt (?) gestellt zu werden; sie ist nicht zuletzt eine Bedingung für die Erhaltung der Zivilisation" (VII, 283) — und die ist ja ersichtlich nur unter demokratischen Verhältnissen und durch sie ein wahrer Segen für die Menschheit.

Da aber Joachim nicht nur an seine Universität denken will, läßt er auch die Radikalität vermelden, zu der er fähig ist:

„Mit anderen Worten: Demokratisierung der Wissenschaft *ohne* Demokratisierung der Gesellschaft ist weder realisierbar noch (!) sinnvoll (!)." (VIII, 290)

Das ist die Masche, mit der sich Assisten HIRSCH zeitgemäß Ende der 60er Jahre seinen Erfolg zusammenstrickt:

„Demokratische Wissenschaftspolitik in einer spätkapitalistischen Gesellschaft bedeutet einen *Widerspruch*, der nur aufzuheben ist, indem man ihn bewußt macht und konkret entfaltet. Alle ‚Reformmaßnahmen' müssen auf dieses Ziel ausgerichtet sein." (VIII, 291)

Professor HIRSCH — ausgereift fortschrittlich

„Dabei wäre auch zu diskutieren, weshalb diejenigen, die ‚Karriere' gemacht haben und sich inzwischen in relativ gesicherten Beamtenpositionen befinden, die alten, gewissermaßen zwangsweise ansozialisierten Verkehrsformen und Praktiken weiterbetreiben, obwohl der materielle Zwang dazu weitgehend weggefallen ist." (VI, 99)

Als Lehrstuhlinhaber an der Frankfurter Universität ist HIRSCH — wie sollte es anders sein — reifer geworden. Seinen Zweifel an der Funktionalität des bürgerlichen Staates und seinen Wunsch nach dessen Vervollkommnung bringt der Politologieprofessor nun als Problem seiner Ableitung ein; nicht nur weil dies seinerzeit die gängige Form geworden ist, sich von links aus mit dem Staat zu beschäftigen, sondern weil Hirsch so schon vom methodischen Ansatz her zum Ausdruck bringen kann, was er am bürgerlichen Gewaltapparat auszusetzen hat: Man kann den bürgerlichen Staat deshalb nicht für sich erklären, weil er in seiner ökonomischen Basis befangen sei, also nicht so könne, wie er wolle.

Der Staat als kompensatorischer Ausdruck der Gesellschaft

„Die kapitalistische Gesellschaft ist ... dadurch charakterisiert, daß sie sich als Klassengesellschaft durch das stumme, sich hinter dem Rücken der Individuen durchsetzende Wirken des Wertgesetzes und *ohne bestimmenden äußeren Eingriff selbst reproduziert* und daß diese spezifische Form des Reproduktionsprozesses notwendig den bürgerlichen Staat als ‚besondere', gegenüber dem gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß und den Produktionsagenten relativ verselbständigte Instanz hervorbringt." (I, 226)

Der theoretische Ausgangspunkt des Staatstheoretikers HIRSCH ist die Vorstellung, an sich bräuchte es den bürgerlichen Staat überhaupt nicht, da sich doch gerade die kapitalistische Gesellschaft eigentlich dadurch auszeichne, daß sie sich selbständig reproduziert. Wenn es dennoch die besondere Instanz Staat gibt, so kann dies nur wegen des selbständigen Funktionierens der gesellschaftlichen Basis der Fall sein, lautet das Paradoxon, welches HIRSCH wahrhaftig in Form einer logischen Schlußfolgerung präsentiert:

„Da (!) sich die kapitalistische Klassengesellschaft ... selbst und ohne bewußten äußeren Eingriff reproduziert" (ein Staat ist also überflüssig!), „die bestehenden Klassenverhältnisse zunächst nicht durch *un*mittelbare politische Gewalt, Religion oder Ideologie garantiert zu werden brauchen" (ganz ohne politische Gewalt ließen sich also einst selbständige Produzenten ihre Subsistenzmittel zerstören und munter ausbeuten?), „bedarf es der Eliminierung unmittelbarer Gewaltverhältnisse aus der Sphäre des Tauschverkehrs und der Zentralisierung des gesellschaftlichen Gewaltpotentials" (wo das wohl herkommt?) „in einer gegenüber dem Reproduktionsprozeß verselbständigten Instanz ..." (I, 226)

Im Klartext: weil der gesellschaftliche Reproduktionsprozeß ohne Gewalt funktioniert, muß diese Gewalt aus ihm entfernt und außerhalb als politische zentralisiert werden.

Ausgangspunkt für diese saubere Deduktion der politischen Klassengewalt ist also die Behauptung ihrer Überflüssigkeit an der ökonomischen Basis. Nun hätte allerdings „*die politische Systemtheorie gewissermaßen ihren Gegenstand nicht*" (I, 226), wenn die Basis ihn gewissermaßen nicht auch bräuchte! Tatsächlich bescheinigt der Professor, nachdem er sich der Existenz des Staates immerhin schon sicher ist, diesem auch noch die Notwendigkeit, indem er ihn in zweiter Instanz aus der Krisenhaftigkeit der „*Selbstreproduktion*", also dem Nichtfunktionieren einer eigenständig funktionierenden Gesellschaft entstehen läßt:

„Diese Selbstreproduktion der Klassenverhältnisse erfolgt indessen angesichts des anarchischen Charakters kapitalistischer Vergesellschaftung auf eine grundsätzlich krisenhafte und spezifisch ‚defizitäre' Weise. Deshalb bedarf es einer außerhalb der Kon-

kurrenz und der Klassen stehenden gesellschaftlichen Instanz ..." (II, 108)

Dasselbe „*stumme Wirken des Wertgesetzes*", welches zunächst die Grundlage für eine automatische Selbstregulation der bürgerlichen Gesellschaft lieferte, stellt nun als anarchischer Mechanismus das „*Defizit*" dar, welches nach einer äußeren Regulationsinstanz ruft. Immerhin hat Staatsspezialist HIRSCH — nimmt man ihn beim Wort — auf diese Weise „*eine wesentliche Voraussetzung (!) jeder (!) Staatsanalyse*" (II, 102) erschaffen.

Der Staat als zur Unfähigkeit verurteilte Möglichkeit

Der damit möglich gewordene Einstieg in die eigentliche Funktionsanalyse des „*politischen Systems*" kann schon deshalb nicht schwerfallen, weil „*die gesellschaftlichen Funktionen*" des Staatsapparats in obiger „*Formbestimmung*", wenn auch „*nur abstrakt und allgemein*", bereits enthalten sind (I, 24). Aus ihr läßt sich nämlich tautologisch eine ganze Menge folgern:

— Erstens: „*die Notwendigkeit*", „*die Defizite des ökonomischen Reproduktionsprozesses ,politisch' zu kompensieren*" (II, 108), also: der Staat muß nützlich sein!

— Zweitens: „*die Möglichkeit*" hierzu „*insofern, als der Staat als gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft verselbständigter Gewaltapparat funktional in der Lage ist, die von den einzelnen privat produzierenden Kapitalen nicht herstellbaren allgemeinen und äußeren Bedingungen des Reproduktionsprozesses zu garantieren und ... mit Gewaltmitteln einzuschreiten*" (I, 27), also: der Staat muß nützlich sein können.

— Drittens — der Tadel, der auf das Lob folgt — „*impliziert (diese Möglichkeit) zugleich die Unmöglichkeit, in die Grundlagen des kapitalistischen Reproduktionsprozesses... einzugreifen*" (I, 27), also: der Staat kann seine Nützlichkeit aber auch nicht realisieren!

— Und somit viertens die Notwendigkeit des Scheiterns staatlicher Tätigkeit, weil die Ökonomie aufgrund ihrer Selbständigkeit den Staatsapparat an der Wahrnehmung seiner Funktionen für sie hindert!

Wer wie HIRSCH ein solch absurdes wissenschaftliches Gutachten ausstellt, das dem Staat Erfolg als Garant der Klassenverhältnisse bescheinigt und gleichermaßen sein notwendiges Scheitern an den Schranken des (von ihm angeblich nicht beeinflußbaren) „*gesellschaftlichen Prozesses*" beschwört, wer also darüber räsonniert, ob

„der ökonomische und gesellschaftliche Krisenverlauf durch Staatsintervention tatsächlich modifiziert werden kann",

und deswegen fordert, daß

„heute" die „Frage nach der ,Steuerungskapazität' des Staatsapparats" „nicht nur im Zentrum der bürgerlichen Staats- und Verwaltungswissenschaften, sondern auch der Marx'schen Staatstheorie" stehen soll (I, 371),

der macht sich mit der Staatsgewalt und ihrer Tätigkeit ein Problem, das nicht anders als verrückt zu nennen ist. So jemand hat sich erstens in Bezug auf die wenig schönen Wirkungen und Krisen kapitalistischen Wirtschaftens die — allen Erkenntnissen von Marx widersprechende — Auffassung zugelegt, es handle sich dabei nicht um die notwendigen Formen der Durchsetzung dieser Produktionsweise, mithin in den Krisen um die gewaltsame Wiederherstellung der Bedingungen eines neuen Aufschwungs des Kapitals, sondern um den Verfall des Kapitalismus: sein Scheitern an selbstgeschaffenen Schwierigkeiten. Mit dieser Vorstellung, die allein dazu taugt, sich den Sozialismus von der Selbstauflösung des Kapitalismus zu versprechen, hat so jemand wie HIRSCH sich natürlich — zweitens — das Problem eingefangen, daß es den Kapitalismus trotzdem immer noch gibt. Im Original:

Erweist sich die allgemeine „*Krisen- und Zusammenbruchstendenz*" des Kapitalismus als „*entscheidender Punkt für die Bestimmung der Staatsfunktionen*", so liegt das „*eigentliche Problem*" in der saublöden Frage, „*warum dieser Zusammenbruch bis heute nicht eingetreten ist.*" (III, 217)

HIRSCHs paradoxe Lösung dieses aparten Problems: der Staat als Instanz, die gegen die Verfallsgesetze des Kapitalismus diesen rettet (aber vergeblich), ist die theoretische Ausgeburt einer linken Soziologie, die das Ideal eines funktionierenden Gemeinwesens um die kritische Vorstellung bereichert, daß das kapitalistische Gemeinwesen trotz seines kapitalistischen Charakters und deswegen eigentlich doch nicht funktionierte. Grundlage dieser erschütternden theoretischen Infragestellung des Kapitalismus ist ein Idealismus des Funktionierens, der an seiner Begeisterung für die Staatsgewalt als Garant des Funktionierens von Gesellschaft kritisch, also gerade so festhält, daß er alles (angebliche) Nicht-Funktionieren der kapitalistischen Gesellschaft einem „*strukturellen Zwang*" zuschreibt, dem die Staatsgewalt hier unterliege — so daß ihr die Herstellung ihres wahren Ziels dadurch verwehrt werde:

„Der Klassencharakter des politischen Systems liegt in dem formbestimmten Zwang des bürgerlichen Staates, bestehende Klassenverhältnisse und ihre Grundlagen bestätigen und garantieren zu müssen (!), sowie in der strukturellen Unmöglichkeit, sie durch staatliche Aktion abzuschaffen" (I, 229).

Exemplarisch für den theoretischen Unfug der neudeutschen „*linken Bewegung*", ist HIRSCHs Staatsableitung zusammengesetzt aus einem vulgären *Idealismus* der Staatsgewalt, die eigentlich zu revolutionärer Abschaffung „*chaotischer*" Klassenverhältnisse berufen wäre und deswegen mit all ihren Bemühungen, trotz und in der Klassengesellschaft Ordnung zu stiften, scheitern müsse, und einem ebenso vulgären *Materialismus*, der die wirkliche Praxis dieser Staatsgewalt als bloße „*institutionelle Reaktionsbildung auf ökonomische Prozesse und Klassenbewegungen zu verstehen*" sucht (II, 101) — beides so, als verfolgte der bürgerliche Staat in seinen Aktivitäten zur Aufrechterhaltung der Klassengesellschaft nicht, durchaus „*autonom*", seine Zwecke.

Politik als Krise ihres durch sie vermittelten Grundes

Auf dem soliden Boden dieser linkspolitologischen „*Interpretation*" der bürgerlichen Staatsgewalt dreht HIRSCHs „*Staatsanalyse*" sich nun munter im Kreise:

„Jenseits der aus dem Begriff der warenproduzierenden Gesellschaft abgeleiteten Bestimmung des bürgerlichen Staates sind also dessen konkrete Funktionsbestimmungen aus den sich historisch verändernden Bedingungen des kapitalistischen Akkumulationsprozesses ... abzuleiten" (III, 203 f).

„*Bleibt die allgemeine ,Formbestimmung' trivial*" (I, 27), so verspricht die jenseits angesiedelte Ableitung der konkreten Funktionsbestimmungen, harte Realitäten an die Stelle windiger Begriffe zu setzen. Da hat es konkret und historisch zuzugehen, nach dem Motto, daß alles Konkrete historisch ist und alles Historische konkret, weil nämlich alles sich wandelt. Allerdings: wenn alles ist im Flusse, wie läßt's sich analytisch dann fixieren? Als „*Voraussetzung für die Analyse der konkret-historischen Entwicklung*" muß doch wieder zuerst „*die logische und kategoriale Entfaltung des Akkumulationsprozesses*" in Aktion treten (III, 208). Diese wiederum bedient sich bei Marx, nämlich des von ihm entdeckten Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate, da mit ihm (jenseits aller „*historischen Veränderung*")

„nachgewiesen werden kann, daß der kapitalistische Akkumulationsprozeß ... notwendig krisenhaft ist und sich seine Krisentendenz ... verstärkt" (I, 232).

So wird Marx zum HIRSCH gemacht, der das Wesen des Kapitalismus in seiner Existenzunfähigkeit ausgemacht hat: „*Logisch*" gesehen geht es ständig bergab mit dem Kapital. So in den Rang eines metaphysischen Dogmas erhoben,

„kann ... das Gesetz" zwar „nicht den empirischen Entwicklungsverlauf kapitalistischer Gesellschaften erklären",

taugt eben deswegen aber um so besser dazu zu zeigen, daß die revisionistische Marx-Verdrehung entsprungene Theorie des automatischen Zusammenbruchs mit ihrer empirischen Widerlegung durchaus vereinbar ist:

Es „formuliert den objektiven Bezugszusammenhang des historischen Ablaufs von Klassenauseinandersetzungen" (III, 224),

die konkret und in Wirklichkeit vorerst einmal nur den (im Unterschied zum beziehungsweisen Verfallsgesetz des Kapitalismus) historisch konkreten „*Gegentendenzen*" zum Profitratenfall zur Durchsetzung verholfen haben. Bei diesen Gegentendenzen wiederum handelt es sich um

„Ergebnisse und Bedingungen von Klassenkämpfen, welche die Form komplexer gesellschaftlicher Verhältnisse annehmen" und „bei deren Durchsetzung dem Staatsapparat, vermittelt über die Aktionen der einzelnen Kapitale und die stattfindenden Klassenauseinandersetzungen, wachsende Bedeutung zukommt" (ibid).

So daß der alte HIRSCH am Ende wieder bei seinen frühesten Weisheiten landet: Je tendenzieller der Verfall der Rate des Funktionierens der kapitalistischen Ökonomie, desto wachsender die Bedeutung des Staatsapparats — was man empirisch-konkret auch so ausdrücken kann: Je komplexer die gesellschaftlichen Verhältnisse infolge staatlicher ,Krisenmanagement'-Politik, desto richtiger die These,

„daß der Akkumulationsprozeß als (!) Prozeß von Klassenkämpfen immer schon politisch ... vermittelt ist" (II, 130).

Die Staatsmaßnahmen verdanken sich dem Einfluß der Ökonomie, deren Verlauf wiederum dem Wirken der Politik, die ihrerseits auf Defizite der Ökonomie hilflos reagiert, welche immer schon politisch vermittelt sind

— kein Wunder, daß „*Stagnationstendenzen des Kapitalismus*" und „*Unfähigkeit des Staates*" (III, 264) sich wechselseitig bedingen, „*Stockung oder (?) Zusammenbruch der Kapitalakkumulation und ,politische Krise' ... zusehends ineinander*" fließen (I, 234), die ökonomische Krise das Ende der „*,bürgerlichen Staatsillusion'*" nach sich zieht und umgekehrt, so daß sich unter „*krisenhaft wachsendem ,Legitimationsdruck'*" das überlieferte „*Arsenal von Verschleierungstechniken*" „*schnell verbraucht*" (I, 264), bis schließlich, als letztes Eingeständnis staatlicher Ohnmacht, nurmehr der „*immer massivere Einsatz von Gewaltmitteln zwecks repressiver Integration*" übrigbleibt (IV, 10).

Mit einem Wort: HIRSCH reiht sich bruchlos ein in die Tradition der von ihm ob ihrer „*Niveaulosigkeit*" verachteten Legitimationsideologien revisionistischer Politik, die theoretisch, so wie diese praktisch, aus der angeblichen „*Zuspitzung*" aller inneren Widersprüche des alten gediegenen „*liberalen Kapitalismus*" im „*faulenden*", „*Monopol*", „*staatsmonopolistischen*", „*Spät*" etc. Kapitalismus den Sozialismus als unvermeidliches Staatsmanöver zur Rettung der Gesellschaft ableiten.

Ich heiße HIRSCH, bin Realist und weiter links

„Das Problem ist jedoch eben nicht allein die äußere staatliche und intern-hierarchische Repression, sondern vor allem die Tatsache, daß die Herrschaftsverhältnisse auf eigentümliche Weise in den Betroffenen selbst verankert sind." (VI, 99)

Nun wäre es total verfehlt, die ständige Beschwörung der Identität von politischer und ökonomischer Krise, die hanebüchenen Beweise des Dilemmas von Staat und Wirtschaft als Wunsch des Herrn Professors dahingehend auszulegen, er warte gespannt auf den Zusammenbruch des herrschenden Systems. Das theoretische Gejammer über die Unzulänglichkeiten von Kapital und Staat möchte keineswegs beiden den Garaus machen, sondern hat das Ideal einer Harmonie zwischen Staat und Bürgern als seine Basis, steht also durchaus zu den gegebenen Realitäten der Demokratie, die nur nicht so sind, wie sie sein sollten. So ist es auch kein Widerspruch, daß staatliches Dilemma und politische Dauerkrise nie in dem Krach kulminiert, den HIRSCH sich als notwendig vorspinnt. Der linke Professor ist es völlig zufrieden, dem Staat durch die Auflistung aller möglichen Kriseleien seinen idealen Spiegel vorhalten zu können. Dabei beweist HIRSCH ein ziemlich universelles Talent. Neben seinem und anderer linker Staatskritiker Steckenpferd, der „*Legitimationskrise*", hat er als Varianten derselben bereits eine „*Parteienkrise*", eine „*ökologische Krise*" und nicht zuletzt eine „*Krise der Universität*" erfunden.

Und so kommentiert HIRSCH weiter und so fort die politischen Tagesereignisse durch seine spezielle Krisenbrille. Daß ihm dabei Kritiken des gesunden Menschenverstandes des Bürgers unterkommen:

„lahmende Konjunktur"; „Verschuldungspolitik der Regierung"; „Wachstumskalkül auf schwachen Füßen" (IX, 19-20),

macht nichts — Hauptsache es sieht nach „*Rissen*" aus, die seinen Standpunkt belegen. Noch im April 1979, angesichts eines neuen Booms und des stabilsten Modell Deutschland, das es je gab, findet HIRSCH es knirsch:

„Auch wenn keine große Dramatik zu verzeichnen war, knirschte es also an verschiedenen Stellen der staatlichen und staatstragenden Apparate" (z.B. die Scheidung Willys), „und man (!) fragt sich, wie das zusammenhängt" (denk, frägst mal), „was die kleinen Risse bedeuten, die da sichtbar werden" (IX, 20).

Eine rhetorische Frage, weil der Verfasser sie schon vorher, ja solange er überhaupt wissenschaftlich fragt, beantwortet hat:

„Allerdings kann eine derartige Entwicklung auch nicht beliebig weit getrieben werden" (IX, 20).

Man sieht, Professor HIRSCH ist dem Prinzip, das ihm die Bedingungen der Studentenbewegung damals ermöglichten — bis hin zum Professor —, treu geblieben, mit kleinen Korrekturen, die weniger der Zunahme an Alter und Weisheit, denn den veränderten Zeitumständen geschuldet sind.

Trotzdem gibt es da etwas, was heute anders ist. Der Professor findet mit seinem linken Problemquark längst nicht mehr die Aufmerksamkeit, die dem Assistenten einmal zuteil wurde, weder inner- noch außeruniversitär. Diese Entwicklung gibt dem Herrn Professor mehr Rätsel auf als sein ganzes Staats-Krisen-Gefummel, welches er inzwischen einwandfrei beherrscht. Seine Auslassungen über die „*Krise der Universität*" oder „*,Selbstrepression' und Widerstand an den Hochschulen*" sind keine Bestandsaufnahmen der Situation an den Universitäten — hier kämpft HIRSCH für seine ideologische und soziale Heimat und gegen die zunehmende Bedeutungslosigkeit seiner linken Masche. Sein „*Klassenkampf*" folgt daher, heute konsequenter denn je, folgendem Programm:

„Wenn es richtig ist, politisch bestimmte Berufsarbeit an der Hochschule nicht überhaupt aufzugeben — und dagegen spricht zunächst und vor allem die Bedeutung, welche (HIRSCH) die ,ideologischen Apparate' im ideologischen Klassenkampf haben —, so läßt sich aus dem Gesagten ableiten, daß der Kampf gegen politische Repression an der Hochschule sich nicht kurzschlüssig (!) nur (!) gegen staatliche Gewalt richten darf, sondern sich auf die ,*stumme Gewalt*' der organisierten Organisationsstrukturen, institutionellen Beziehungen und Praktiken im Apparat selbst konzentrieren muß." (VI, 99)

Noch waren ja die Bedingungen nicht so, daß der öffentliche Kotau schon unumgänglich gewesen wäre ...

Mit seinem Widerruf widerruft HIRSCH also nicht seine Geste staatsdienerlicher Unterwürfigkeit, sondern verbindet diese schöpferisch mit der Offensive an seiner Hauptfront: in seinem Kampf um seine Studentenbasis in einer harten Zeit, in der ein neuer „*Sozialtypus von Studenten*" das frühere Interesse an der edition suhrkamp ad acta gelegt hat und Joachim der Staatsableiter sich nicht mehr gegenüber konservativen Kollegen damit brüsten kann, daß „*meine Veranstaltungen im Gegensatz zu Ihren immer überfüllt*" sind. Um die Nachfrage nach einem Produkt der Studentenbewegung zu stützen, das zusehends an Wert verliert, nämlich nach ihm selbst, tut der Professor HIRSCH alles, um mit der Frankfurter Szene im Gespräch zu bleiben und ihr sein „*Konzept von Qualifikation*" schmackhaft zu machen, das dem Alternativismus wie dem Opportunismus der allerjüngsten Linken gleichermaßen gerecht zu werden verspricht:

„in der Ausbildung die gewandelten Anforderungen einer zu verändernden und veränderten Gesellschaft bereits zu antizipieren" (also jetzt schon ein bißchen so tun dürfen, als wären die eigenen müden Träume von einer heilen Welt schon Wirklichkeit), „sich dabei auf gesellschaftliche Tätigkeiten vorzubereiten, die nicht institutionell vordefiniert sind" (also im Studium sich einbilden dürfen, man würde später ein ganz und gar selbsterfundener Lehrer, Rechtsanwalt oder Meinungsforscher), „ohne dabei die Notwendigkeit der materiellen Produktion einfach auszublenden" (dies im wohltuenden Unterschied zu jeder Gegnerschaft gegen die herrschenden Verhältnisse, die Anstalten macht, sich selbst ernst zu nehmen).

So nimmt der Professor, in wohldosiertem Umfang und stets mit sorgengefalteter Stirn, an den Selbstbespiegelungsveranstaltungen der Frankfurter Spontis teil, betont dort, lässig in der Haltung, aber gekonnt im Vortrag, die Notwendigkeit theoretischer Reflexion auf die „*Bedingungen von Politisierungsprozessen*", wirft in diesem Sinne — und ganz Verständnis — der schweigenden Studentenmehrheit „*Überanpassung*", den Spontis bloße „*Verweigerung*" und „*negatorisches Reagieren*" vor. Er empfiehlt sich beiden Seiten mit einer psychologischen Theorie, die ihr jeweiliges gediegenes Einverständnis mit der Welt, wie sie ist, als den einem „*oralen Sozialcharakter*" geschuldeten „*Hang zu ohnmächtig-regressiver Verarbeitung der Schwierigkeiten*" (IV, 9) entschuldigt, und wirbt mit dieser Beschimpfung, nicht ohne Erfolg, für sich als linken Seelenarzt, der als „*Ausgangspunkt*" (und Endstation) „*einer autonomen Politik*" das schöne Programm anzubieten hat,

„den Mechanismus der Reproduktion kapitalistischer Arbeitsteilung ... im eigenen Bewußtsein und in den eigenen Verkehrsformen und Verhaltensweisen zu bekämpfen" (IV, 11) — schließlich existiert der Kapitalismus vor allem in unserem Innern!

So dient der alte HIRSCH sich dem psychologisch verfeinerten Selbstmitleid seines Publikums an als Geburtshelfer für ein „*Mehr an psychischer Stabilität*", zu erlangen durch

„die Fähigkeit zur Entwicklung einer reflexiven Alltagsmoral, zu einem realistischen (!) Umgang mit einer komplexen Realität, zu zugleich offenen und festen Objektbeziehungen" (IV, 10).

Und bei alledem weiß er sich noch sein linkes Gewissen zu wahren — und nicht nur dadurch, daß er diese Seelenarzneien in seinem Hausblatt „*links*" ausschenkt. Bei ihm firmiert dieses gediegen bourgeoise Emanzipationsprogramm als „*,Politisierung'*"; und daß dieser inzwischen Anführungszeichen gewachsen sind, hat für HIRSCH seinen guten Grund darin, daß sie sich heutzutage

„möglicherweise immer weniger über den Kopf (qua Über-Ich) und immer mehr über den ,Bauch', über Bedürfnisse und Sinnlichkeit" (ibid) vollzieht.

Zu welch trügerischer Hoffnung nur anzumerken ist, daß wir selbst von einem HIRSCH nicht glauben, daß es der Bauch war, der ihm das alles in die Feder diktiert hat. Eher scheint uns, daß dieser große Geist ad personam demonstriert, wie sehr er mit der einen Selbsterkenntnis Recht hat:

„daß ... auch ,linke' Theoriearbeit an der Universität spezifischen inhaltlichen Deformationen unterliegen muß" (VI, 99).

Um sich für seinen ideologischen Ringkampf mit stummen Apparaten den Rücken freizuhalten, schließt Joachim der Tapfere im Jahre 1977 offiziell Frieden mit der Instanz, die seine Sorgen um ihr demokratisches Funktionieren als ideologische Gegnerschaft mißverstanden haben könnte: Zusammen mit 176 anderen kritischen Geistern beantwortet er die vom bürgerlichen Staat der Bundesrepublik Deutschland inszenierte Sumpfdebatte zur bedingungslosen Verpflichtung der Wissenschaft auf seine Gewalt postwendend mit einem öffentlichen Treuebekenntnis zu seinem Arbeitgeber. Und auch im darauffolgenden „*Widerruf*" seiner Unterschrift, zu dem er sich durch den drohenden Liebesentzug seiner studentischen Anhänger genötigt sah, bekennt er sich noch einmal ausdrücklich zur Notwendigkeit der Unterwerfung unter die vom Staat gesetzten Bedingungen:

„Ich habe einen politischen Fehler gemacht, der Gründe hat" (meint: der entschuldbar ist): „Ich habe die Situation falsch eingeschätzt" (so original HIRSCH anläßlich einer Sumpfdebatte der linken Frankfurter Hochschulgemeinde!)

I. Staatsapparat und Reproduktion des Kapitals, Frankfurt 1974
II. Bemerkungen zum theoretischen Ansatz einer Analyse des bürgerlichen Staates, in: Gesellschaft 8/9, Frankfurt 1976
III. Elemente einer materialistischen Staatstheorie, in: Probleme einer materialistischen Staatstheorie, Frankfurt 1973
IV. Krise der Universität, in: links Nr. 95/96, 1977
V. Von der ökonomischen zur politischen Krise, in: links Nr. 92, 1977 (zusammen mit Roland Roth)
VI. „Selbstrepression" und Widerstand an den Hochschulen, in: links Nr. 85, 1977
VII. Zur politischen Ökonomie des politischen Systems, in: Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme, Frankfurt 1969
VIII. Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und politisches System, Frankfurt 1970
IX. Ein leises, aber vernehmliches Knirschen. Zur aktuellen wirtschaftspolitischen Situation, in: links Nr. 109, 1979

Verein z.F.d.studt.Pressewesens e.V.,Theresienstr.128, 8 München 2, Verantw.i.S.d.P:L.Fertl, E.i.S.

MSZ

Marxistische Studenten Zeitung

Galerie Großer Geister

IRING FETSCHER, Politologe und Marxologe

„Ich hoffe, dort einmal mehr zeigen zu können, wie wenig Marx und Engels durch ihre Theorie an der Erfassung der Realität gehindert wurden."

Iring Fetscher, Ordinarius für die Wissenschaft von der Politik zu Frankfurt, BRD-bekannt als Autorität für Marx-Fragen und als solche Teil des geistigen Nährbodens bundesdeutscher Sozial- und Gemeinschaftskunde, weiß in seiner Beschäftigung mit Männern des 19. Jahrhunderts, was er der bundesrepublikanischen Gegenwart schuldig ist. Marx und Engels zu loben, und d a r i n alles andere zu sein als einer, der sich der Kritik des Kapitalismus verschrieben hat, ist es, wodurch er sich einen Namen gemacht hat. Einen Namen, der ob solchen Tuns die gebildeten Stände, denen er vertraut ist, mit mildem Schauder wärmt: Einer der ihren begibt sich da in innige Umarmung mit den Erzfeinden ohne ihnen zu verfallen.
Fetscher steht also für das „linke" Erlebnis, sich die Bejahung der Verhältnisse eine beifällige Marx-Rezeption kosten zu lassen. Fetscher-Lektüre offeriert demnach exotischen Reiz in der guten Stube:

Politikwissenschaft als Abenteuer

Daß dieses Wagnis keineswegs eine Abkehr vom schmalen Pfad staatsbürgerlicher Tugend darstellt, zeigt schon die akademische Karriere des Helden. Sein Lehrstuhl wackelt noch lange nicht, wenn die zu seiner Linken heutigentags zum Ansägen freigegeben werden. Fetscher hat eben nie einen Zweifel daran gelassen, daß ihm die links-professorale Manier, mit Marx destruktiv an der bestehenden Gesellschaft herumzunörgeln wie seine einstigen sozialphilosophischen Frankfurter Kollegen oder für einen anderen Staat Propaganda zu machen wie seine Fachgenossen aus Marburg, wesensfremd ist. Und so einen tritt man auch dann nicht vors Bein, wenn er in der schrankenlosen Hatz auf den Marxismus die Untugend der Übertreibung ausmacht: schließlich hat er auch da nichts anderes vor, als der Gesellschaft die Chance zu erhalten, sich mit einem mittels Marx gestählten Antikommunismus zu wappnen. Ein Professor, dem es mit seiner Auslegung der Marxschen Schriften selber gelungen ist, die Kritik am Kapitalismus in die besorgte Anteilnahme an seinem Fortschritt umzubiegen, darf es sich leisten, in seinem *„Brief zur Verteidigung der Republik"* *„Überreaktionen"* auf die jüngsten terroristischen Aktionen zu geißeln und in einer Stellungnahme zu *„Terrorismus und Reaktion"* vor der völligen Liquidierung von Kritik mit dem Argument zu warnen, er halte

„den Vorschlag, man solle Krankheit dadurch beseitigen, daß man die Verwendung von Fieberthermometern untersagt"

für einen schweren Fehler. Er darf dies um so mehr, als seine Verteidigung der Kritik explizit in die Sorge mündet, daß diese auch die richtige Stoßrichtung bekommt:

„Gewiß nicht alle Kritiken an der bundesrepublikanischen Gesellschaft registrieren deren Zustand so exakt wie ein gutes Fieberthermometer, viele schießen über das Ziel hinaus oder verfehlen es vollständig" *(der Kritiker als Quacksalber, der die kleinen Gebrechen des zeitgenössischen Kapitalismus gesundbetet schöner hätte Fetscher die Funktion, die er seinem Dasein zuspricht, gar nicht beschreiben können).*

Ein toter Hund — unverwüstlich

Die Marxsche Kritik so hergerichtet zu haben, daß sie den Kapitalismus, dem sie gilt, nicht kratzt, ist eine Leistung, die dem Kritiker noch vor jeder Würdigung im Detail eine — wenn auch nicht sonderlich originelle — Generalabsolution erteilen muß: er war eben ein Mann des 19. Jahrhunderts. Das erste, was einen mit dieser Unperson versöhnen sollte, ist also der Umstand, daß nicht er es ist, der verantwortlich dafür zeichnet, wenn seine Kritik *„unverändert auf die objektive ganz andersartigen Verhältnisse in einem liberalen Wohlfahrtsstaat angewendet"* wird. Die *„Marxsche Kritik der frühkapitalistischen Gesellschaft"* *„verfehlt"* den bundesdeutschen Kapitalismus demnach *„vollständig"*, handelt es sich bei letzterem doch um eine *„industriekapitalistische Gesellschaft"*. Und wie sollte auch einer, dem am Kapitalismus hauptsächlich dessen Jugend ins Auge gestochen haben soll, ahnen, daß dieser sich auf seine alten Tage zum Kapitalismus auch noch eine Industrie geleistet hat. (Offensichtlich hat sich Herr Fetscher eine Sonderausgabe des „Kapital" anfertigen lassen, der im ersten Band das 13. Kapitel und andere fehlen).
Dieses Stück sozialkundlicher Unterweisung in Sachen Marx-Bewältigung ist für ein Kaliber wie Fetscher allerdings nur die kleinere Hälfte der Wahrheit über den Marxismus. Die Feststellung, die Marxschen Erkenntnisse würden nicht (mehr) für die Kritik der Verhältnisse taugen, ist zwar beruhigend, um wieviel schöner aber ist es, ihnen positive Seiten für die Einschwörung auf die Erfordernisse des bundesrepublikanischen Lebens abzugewinnen. So unternimmt der sorgsam differenzierende Marx-Forscher denn auch den Versuch,

„den Marxismus von vorneherein nicht als das ‚ganz Andere' zu behandeln, sondern ihn als Stück eigener *(!)* Geschichte und als eine noch immer aktuelle Frage an uns zu verstehen."

Unter Fetschers Händen ergeht es der Geschichte wie immer, wenn sie dazu herhalten muß, die eigenen Zeitgenossen Mores zu lehren: Der von seinen leicht verderblichen Bestandteilen gereinigte Marxismus erweist sich als staatstragende Antwort auf ewige Menschheitsfragen

Die Sinnfrage,

die ja bekanntlich eine uralte Menschheitsfrage ist, lohnt immer wieder vorgelegt zu werden. Iring Fetscher leitet dazu an, sie sich mit Marx vorzulegen. Seine Vereinnahmung des Marxschen Werkes zu diesem Zweck macht sich den Umstand zunutze, daß Marx nicht nur das „Kapital" geschrieben hat, sondern in jungen Jahren den Idealismus einer Kritik unterzogen hat. Dieser Umstand verwandelt den verfetscherten Marx nämlich selber schnurstracks in einen Idealisten: Aus der Marxschen Kritik der deutschen Philosophie werden *die „Ursprünge des Marxschen Denkens in der deutschen Philosophie"*, oder noch deutlicher: *„Marx stand noch ganz im Banne der klassischen deutschen Philosophie"*. Nach der Logik, daß schon etwas vom Kritisierten am Kritiker haften geblieben sein wird, hat sich Fetscher so die Souveränität verschafft, Marxens Kritik des Idealismus Kritik sein zu lassen und sich der ehrenvollen Aufgabe zuzuwenden, die idealistische Eigentlichkeit als ihren wahren Kern herauszuschälen: Da Marx nicht der *„ganz Andere"* war, war er wohl ein Kind seiner Zeit, und deren Stempel sollte sich ihm doch aufdrükken lassen. Das liest sich dann so:

„Was Marx in einem wesentlichen und bedeutenden Sinne von Hegel her als Entfremdung erkannt hat, reicht mit seinen Wurzeln in die Heimatlosigkeit des neuzeitlichen Menschen zurück."

Wer in solch *„bedeutendem Sinne"* radikal ist, dessen gesamtes Werk muß vor Humanismus triefen, auch dort, wo es nicht den deutschen Idealismus, sondern die politische Ökonomie kritisiert. Der *eigentliche* Marx ist sich eben treu geblieben, weil er das, was ihn ausmacht, ohnehin nicht aus sich selber hat. Deshalb tut es nichts zur Sache, womit er sich gerade beschäftigt hat: Fetscher weiß, was gemeint ist. Mit seiner *„unverkürzten Rezeption des Spätwerks"* kann er schon wieder eine Lücke schließen, ist es doch ein sträfliches Versäumnis, das *„Spätwerk"* links liegen zu lassen, das mit seinen *„kritisch-ökonomischen Arbeiten"* eine wahre Fundgrube für den staatsbürgerlichen Tugendforscher ist, sofern man es mit *„neuen und scharfblickenderen Augen"* *„interpretiert"*:

„Es geht nicht länger an, den jungen gegen den alten Marx auszuspielen oder den einen auf Kosten des anderen abzuwerten. Sein Werk muß in einer einheitlichen Intention und folgerichtigen Genesis interpretiert werden. Belehrt durch die vertiefte Kenntnis der Frühschriften kann der Forscher" *(wenn, er Fetscher heißt)* **„mit neuen und scharfblickenderen Augen die kritisch-ökonomischen Arbeiten der ‚Reifejahre' studieren."**

Wer so belehrt das *„Kapital"* als eigenwillig verklausulierte Frage nach dem inneren Frieden des *„neuzeitlichen Menschen"* dechiffriert hat, der ist reif dafür, mit Fetscher bei Marx des Rätsels Lösung zu erlauschen.

Marx als Ethiker der Zwischenmenschlichkeit oder: „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein"

Was zum Beispiel berichtet Marx im *„Kapital"* über d a s G e l d? Nach Fetscher, daß es das Geld gibt, weil es so b e q u e m ist:

„Man könnte genausogut sagen: 1 Stuhl = 1/4 Tisch, oder = 1/8 Schrank, es ist aber viel praktischer (!) zu sagen: 1 Stuhl = 80 Mark."

Mit dieser Hilfestellung für Möbelkäufer hat die Gesellschaft sich allerdings — dies der zweite und wesentlichere Gedanke — etwas moralisch höchst Bedenkliches eingehandelt:

„Aus den gesellschaftlichen, d.h. doch (!) mitmenschlichen Beziehungen wird so eine Geld-Beziehung, eine vollständig entfremdete Beziehung zu der in der Arbeitsteilung getrennten Gesellschaft."

Und was am Geld schon schlimm ist, das ist am Kapital natürlich noch viel schlimmer. Zwar gibt es über die ökonomische Seite der Angelegenheit auch hier aus dem *„Kapital"* das Erfreulichste zu berichten:

„Marx wird geradezu lyrisch bei der Beschreibung der Leistungen des Kapitalismus im Vergleich zu den Jahrtausenden, in denen die Menschheit gleichsam vor sich hinschlummerte und keine nennenswerten Fortschritte in der Produktionstechnik erzielte" *(Fetschers leicht gekürzte Versausgabe des* **„Kapital"** *enthält offenbar keine bösen Worte über die Methoden der relativen Mehrwertproduktion und über die Armut, die die kapitalistische Form des Reichtums dessen Produzenten beschert).*

Gerade am allgemein wachsenden Wohlstand hat Marx jedoch — so Fetscher — die moralisch tief bedauerliche Seite entdeckt, nämlich eine schwerwiegende Verrohung der zwischenmenschlichen Sitten:

„Er sagt: Wenn ich etwas f ü r d i c h produziere, und das muß ich ja in der arbeitsteiligen Welt immer tun, dann ist in einer kapitalistischen Gesellschaft m e i n M o t i v dabei nie die Befriedigung deines objektiven Bedürfnisses, sondern der von mir zu erzielende Lohn oder (!) Profit, d.h. die egoistische Befriedigung m e i n e s Bedürfnisses. In der klassischen ökonomischen Theorie von Smith und Ricardo wird das ja gerade als der große Vorzug dieses Systems der Produktion bezeichnet … Bei Marx wird aber indirekt (?) wieder eine ethische Bewertung hineingebracht: Es erscheint ihm geradezu als schrecklich (!), daß ich (?) gar nichts" *(nana!)* **„aus Liebe oder Güte für irgend jemanden produziere, sondern beinahe (?) notwendig stets durch die Reflexion auf Profit und Eigennutz motiviert werde. Wie abstoßend das ist"** *(pfui Teufel!)*, **„wird am deutlichsten bei g e i s t i g e n Produkten, bei der Kunst usw."** *(allmählich klärt sich das Bild: In Fetschers Sonderausgabe handelt das* **„Kapital"** *nicht vom Markt, sondern vom Kunstmarkt).*

Wo Marx kritisiert, daß im Kapitalismus das materielle Bedürfnis nur unter Bedingungen verfolgt wird, die den Menschen dazu zwingen, sich und seinen Egoismus zum Mittel des anderen — und dessen Egoismus zum eigenen Mittel — zu machen, daß für die Befriedigung des Egoismus also dessen Preisgabe verlangt ist —

„Als Mensch hat also keiner von uns eine Beziehung des Genusses auf das Produkt des anderen" *(Marx in Fetschers eigener Studienausgabe Bd. 2, S. 258)*

da sieht der Marxologe seine Chance für einen Angriff auf den E g o i s m u s: Aus Ärger über schlechte Malerei und aus Enttäuschung über die allgemeine Lieblosigkeit unter den Menschen hätte Marx am Kapitalismus den Egoismus als das Erzübel der Welt ausgemacht und ist darüber zum Propagandisten der wahren, höheren Werte des Menschlichen geworden — so primitiv moralisch geht es zu in der Marx-Deutung des seligen Iring. Mit der Tatsache, daß Marx über die Gegenstände der kapitalistischen Welt w i s s e n s c h a f t l i c h redet, hat dieser Professor, dem Wissenschaft ohnehin nie etwas anderes ist als moralische Deutung, weiter kein Problem — sie erklärt sich psychologisch:

„Marx war sicher etwas müde von der wirkungslosen Wiederholung humanistischer Formeln und Argumente, die keine menschlicheren Verhältnisse zu schaffen vermögen"

und hat sich deswegen die Erkenntnisse der ökonomischen Wissenschaft vorgeknöpft, um an ihnen vielleicht wirkungsvoller seine *„Überzeugung"* darzutun,

„daß eine menschliche Beziehung der Menschen zueinander nur d a n n möglich ist, wenn die im Kapitalismus und in der Warenproduktion überhaupt unentbehrliche Reflexion auf den Eigennutzen wegfällt (!)".

Vielleicht liegt es daran, daß erst ein Fetscher kommen mußte, um diese Botschaft Marxens zu entschlüsseln; jedenfalls schlug die Menschheit die Warnung vor der dräuenden Entseelung durch egoistischen Materialismus in den Wind — und hat nun die Folgen seines Schlaraffia zu tragen:

„Das Leben wird nicht trotz, sondern gerade wegen des wachsenden Wohlstands als sinnlos empfunden."

Mit dieser wahnwitzigen Erfindung — der Menschheit kriselt es am Sinn, weil es ihr zu gut geht! —, die die populäre Rechtfertigung der Armut mit dem Moralspruch *„arm, aber glücklich"* als Angriff nicht auf den Reichtum, sondern auf den W u n s c h n a c h Reichtum vorträgt, spricht Fetscher seinen politologischen Abscheu gegen die materiellen Interessen d e r L e u t e, denen alles andere als *„wachsender Wohlstand"* sicher ist, so aus, daß die Marxsche *Kritik am Kapitalismus*, so wie er sie sich zurechtgelegt hat — und die er sich zu eben diesem Zweck s o zurechtgelegt hat —, unmittelbar als *Kronzeuge g e g e n den Materialismus der Massen heute* aufmarschiert. Wenn schon nicht von Fetscher und seinen zahllosen Kollegen und wenn schon nicht mehr von der Kirche, so sollen alle, die es angeht, sich doch schließlich von Marx, dem bis zu Fetscher als Materialist mißverstandenen Bürgerschreck, die Ideale der bürgerlichen, nämlich die abgeschmacktesten Kalauer der christlichen Moral beibiegen lassen:

„Niemals hat Marx in der bloßen Machtsteigerung der Menschheit gegenüber der außermenschlichen Natur den Sinn der Geschichte und das Wesen der Befreiung gesehen, zu welcher der Sozialismus aufruft. Fast möchte man hier" *(nur keinen Zwang antun!)* **„das biblische Wort zitieren: ‚Was hülfe es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewönne und nähme Schaden an seiner Seele'."**

Und wie Marx, so die Marxisten, wie der Marxologe sie gern hätte (und unter frommen Ostblock-Metaphysikern auch immer wieder auftut):

„Christen wie Marxisten sind an einem Bild des freien, sich selbst orientierenden und entfaltenden Menschen orientiert, der ‚nicht vom Brot allein lebt'." (1)

---

(1) Sogar noch in seiner von ihm als Verfallsform kritisierten Gestalt als *„Diamat"*, den Fetscher in seinem *„Katechismus wider die Sowjetideologie"* — erstmals im *„Ost-West-Kurier, Stimme für die Wiedervereinigung"* zum *„Tag der deutschen Einheit"*, später zur *„Kritik des Sowjetemarxismus"* aufgewertet im *„Heimat-Verlag Zewe"* erschienen — für den Hausgebrauch jedes *„mündigen Bürgers"* entlarvt hat, findet der Staatsforscher den Marxismus nützlich und empfiehlt ihn als moralisches Vorbild für den dekadenten Westen: *„Der dialektische Materialismus stellt aber auch in seiner gleichsam amtlichen Form eine Weltanschauungslehre dar, die zweifellos über dem Niveau der unreflektierten Auffassungen steht, die in freiheitlich-pluralistischen Gesellschaften auf Grund der irrationalen, Aberglauben fördernden kulturellen Atmosphäre und des Wettbewerbs der bloße Sentiments umschmeichelnden Werbeagenturen bei der Bevölkerungsmehrheit spontan entstehen."*

Mit Marx und Hegel für den Krieg als zwischenmenschliches Sinnereignis

Wovon stattdessen und vor allem wofür der Mensch zu leben hat, auch das läßt sich unter Fetschers Assistenz dem Marxschen Opus fast noch schöner entnehmen als der Heili-

gen Schrift. Bekanntlich hat Marx nämlich – nicht zuletzt in seiner Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie – an der politischen Existenz des modernen Staatsbürgers die Eigentümlichkeit herausgefunden, daß sie auf der Trennung des „*Allgemeinwohls*", d.h. der vom Staat als gesellschaftliches Anliegen durchgesetzten Aktionen, von der materiellen Existenz und dem dazugehörigen egoistischen Lebensinteresse der Leute beruht, also auf einer doppelten Unerfreulichkeit: die materielle Existenz des Staatsbürgers ist dessen privater Sorge überlassen, also dem Staat egal; nicht egal sind dem Staat hingegen seine eigenen Angelegenheiten, die wiederum mit dem privaten Nutzen nur eines sehr beschränkten Teils seiner Bürger zusammenfallen. Wieviel Mühe Marx sich auch immer gegeben hat, die idealistische Begeisterung für die Staatsgewalt und das ihr entsprechende „*Citoyen*"-Dasein der Menschen ebenso zu kritisieren wie eine „*Bourgeois*"-Existenz, in der die Masse der Menschen gezwungen ist, sich aus schierem Selbsterhaltungsinteresse zum Mittel für fremden Nutzen zu machen – für einen Fetscher ist es keine Mühe, das Ganze wieder im Sinne seiner moralischen Ideale auf den Kopf zu stellen und den „*Citoyen*" als das leider noch nicht voll entfaltete wahre, sozialistische Dasein zur kritischen Instanz gegen den „*Bourgeois*"-Egoismus der großen wie der kleinen Leute zu machen:

„In ihrer realen Alltagsexistenz führen die Individuen ein ‚unwahres Leben', ein Leben der intendierten Vereinzelung' " *(wie man weiß, leidet der Prolet in der Werkhalle ebenso wie der Student im Hörsaal vor allem unter Einsamkeit)*. **„Das ‚wahre Leben' wäre zwar sein Leben mit seinen Mitmenschen, in Gemeinschaft mit ihnen und auf ihre – sich ergänzenden und einander bereichernden – Leistungen bezogen. Aber dieses ‚wahre Leben' existiert in der modernen Welt nur"** *(für Fetscher also immerhin schon mal)* **„in der illusorischen und transzendenten Gestalt der Gemeinschaft der Citoyens, welche"** *(jetzt kommt's)* **„erlebbare Realität (!) nur"** *(also jedenfalls dann!)* **„gewinnt, wenn sie im Kriege ausschließend und feindlich bezogen wird auf die Gemeinschaft der Citoyens anderer Staaten."**

Zwar muß Fetscher – wie er anmerkungsweise immerhin einräumt – auf keinen Geringeren als den von Marx gerade in diesem Punkt schärfstens bekämpften Hegel zurückgreifen, um seinen eigenen faschistischen Gedanken vom Krieg als erlebbarer Realität wahren Lebens der Marxschen Kritik am staatsbürgerlichen Dasein als implizite Konsequenz unterjubeln zu können – doch was tut man als Politologe nicht alles zur Förderung staatszuträglicher Gesinnung bis hin zum marxologisch sinnerfüllten Tod fürs Vaterland.

die Analyse einbeziehen und die ‚materiellen Bedingungen' ihrer spontan (!) entstandenen Motive untersucht haben."

Man hüte sich also striktestens davor, seine Unzufriedenheit mit dem Kapitalismus als dessen Kritik zu praktizieren. Von Marx sollte man gelernt haben, daß man in einer Gesellschaft lebt, woraus folgt, daß man sich auch die Gedanken der Gesellschaft macht. Und was kann aus dieser Bedingtheit der Gedanken schon anderes folgen als die Verpflichtung, sie nicht ernst zu nehmen. Sich selbst also müßte der Kritiker des Kapitalismus kritisieren, weil er es verabsäumt hat zu erwägen, daß sein Urteil nichts mit den objektiven Bestimmungen dessen, worüber er urteilt, zu tun hat, aber dafür alles damit, daß er nicht vom Himmel gefallen, sondern ein Kind seiner Gesellschaft ist. (Da wird wohl jemand mit seiner Rolle nicht fertig und behauptet deshalb, das Stück sei schlecht.) Dieser „*Denkansatz*" ist also die Leistung, jeden Gedanken zu relativieren, indem man ihn in einen bewußtlosen Ausdruck diverser Motive und weiter von deren Bedingungen verfabelt. Und so gesehen beginnt der Antikapitalismus bei saurer Muttermilch.

Im Sinne dieses marxologischen Dauerbrenners, hat Iring Fetscher in Bert Brecht den wahren Edel-Marxisten ausgemacht. Dieser nämlich zeigt

„die differenzierte Komplexität konkreter Menschen und hat für sie verzeihendes Verständnis".

Mit anderen Worten:

„Seine Humanität äußert sich im Zweifel. Der Terrorist zweifelt nicht."

Gewißheit ist also terroristisch; und der Staatsbürger darf, ohne sich mit Terroristen gemein zu machen, nur an einem keinen Zweifel haben: eben am humanistischen Dogma der Toleranz, d.h. daran, im Zweifel an den eigenen Interessen seine Freiheit zu betätigen. Und deshalb braucht sich auch niemand einzubilden, daß das „*verzeihende Verständnis*" etwa eine schlaffe Angelegenheit gegenüber Leuten wäre, die vom Aufgeben dessen, was sie wollen, nichts halten.

Der Marxismus ist also, wenn man sich mit Fetscher an ihn heranwagt, ein Bollwerk zur Verteidigung des Kapitalismus. Schließlich ist er der Wahrheit über das Mängelwesen Mensch schon recht nahe gekommen, für das man nur dann „*verzeihendes Verständnis*" übrig hat, wenn man ihm seinen sinnentleerten Materialismus (der ja nur auf dumme Gedanken bringt) austreibt und ihm die Sinn-Freuden der staatlichen Kandare angedeihen läßt.

Wer seine Lektion gelernt hat und es nun versteht, aus Marx den großen Humanisten und heimlichen Erfinder moderner Sozialwissenschaft herauszukitzeln, der ist wohl gerüstet für den Umgang mit dem uneigentlichen Marx, von dessen Fallstricken sich ungefestigte Naturen immer wieder fesseln lassen.

Die Quintessenz moralisierender Sinnproblematik:

Die Welt hat zu bleiben, wie sie ist

So ernst es Fetscher mit seinem Ideal verzichtsbereiter Staatsbegeisterung, Opfertod inklusive, zweifelsohne ist, so sehr wäre er doch mißverstanden, wollte man seinen literarischen Moralpredigten ein – und sei es auch nur theoretisch – brennendes Interesse an entscheidenden moralischen Wandlungen der Menschheit unterstellen. Was Fetscher vielmehr zur unverwechselbaren Forscherpersönlichkeit im Kreise gleichgesinnter Berufsgenossen macht, ist seine einfältige Verliebtheit in die eigene Kritik wie in deren Gegenstände. So hat es schon nichts mehr mit moralischer Empörung über den Egoismus der Menschen – wie er sie Marx andichtet – zu tun, sondern allein mit der Freude an theologischen Spekulationen über die vertrackten Zusammenhänge gesellschaftlichen (Un-)Sinns, wenn der Frankfurter Gelehrte von seinem moralisierenden Referat der Marxschen Geldanalyse zu folgendem Gedanken übergeht:

„Das aber, wovon die Menschen abhängen, worauf ihr ganzes Leben basiert, ist Gott, er ist das, was uns in der Existenz hält. Im Kapitalismus hat das Geld diese objektive Funktion" –

Wo Marx die ideellen Abstraktionen der Religion zum Vergleich heranzieht, um seine Kritik an der Verrücktheit und Brutalität der wirklichen Abstraktion Geld zu verdeutlichen, da spricht der Marxologe Gott eine objektive Funktion zu, um von diesem theologischen Ausgangspunkt aus am Geld die Abhängigkeit der Menschen als des Geldes höheren religiösen Sinn aufzudecken:

„Ohne Geld können wir nicht leben. So kann man einmal sagen, das Geld ist (wie) Gott, weil unsere Existenz darauf gründet, aber auch, das Geld ist der Mittler, der uns vereinzelte Individuen mit der Gesellschaft zusammenschließt, so wie Christus uns (!) mit Gott verbindet. Das ist von Marx keineswegs blasphemisch gemeint" *(Gott bewahre!)*, **„er will nur (!) reale gesellschaftliche Strukturen beschreiben und findet dabei religiöse Strukturen wieder. Es handelt sich letztlich um eine von der realen Welt produzierten Strukturidentität."**

So hat der Marxologe anhand von Marx, der an Gott und Geld nun wirklich nichts Positives entdeckt hat, dessen Kritik der Ökonomie der bürgerlichen Gesellschaft die fromme Auskunft abgewonnen, das Geld hätte seine Identität in der „*Struktur*" des religiös Sinnvollen. Fetschers moralisches Bedauern über mangelnden gesellschaftlichen Sinn tritt hier zurück hinter der Freude, noch an den scheinbar einfachsten gesellschaftlichen Sachverhalten die eigene kritische Phantasie in der Erfindung von Sinnproblemen betätigen zu können (1). Mit besonderer Leichtigkeit gelingt ihm daher der in moralischer Kritik stets enthaltene Übergang vom Bedauern über mangelnden, weil im Wohlstand erstickten Bürgersinn für staatliche Sinnfülle zu dem Interesse, sich die Objekte dieses kritischen Bedauerns als solche um jeden Preis zu erhalten (und damit die Reproduktion dessen, was der Staat macht, als Gedanke: verfolgt doch eben die staatliche Beschränkung des Egoismus den Zweck, den Egoismus der Massen als unerfüllten und daher stets von neuem zu beschränkenden zu erhalten!). Wo immer jemand Fetschers Ideale zum Anlaß nehmen könnte, an die Veränderung der unidealen Wirklichkeit heranzugehen – speziell die Terroristen durchschaut der Politologe als eine derartige moralische Übertreibung, selbstverständlich ohne deswegen an seiner Moral zu zweifeln –, da nutzt er die Marxsche Kritik an der Gesellschaft als Beweis für die Unabschaffbarkeit all dessen, woran man vom Standpunkt der staatsbürgerlichen Ideale Fetschers Anstoß zu nehmen hat. So findet insbesondere der Begriff, mit dem Marx festgehalten hat, daß die Zwangsgesetze der kapitalistischen Ökonomie erhalten bleiben, indem die Menschen – und zwar nur die wenigsten zu ihrem Vorteil – sich mit Bewußtsein und freiem Willen auf deren Ergebnis als ihre Existenzgrundlage beziehen, bei Fetscher die nützlichste Verwendung als unanfechtbarste Entschuldigung des „*Egoismus*" und aller seiner Weiterungen:

„Wir alle unterliegen sozialen Rollenzwängen und sind insoweit genötigt, uns ‚Charaktermasken' zuzulegen" *(was schon von da her einleuchtet, daß* **„unter Charaktermaske"** *Marx eben gar nichts anderes verstanden habe als eben* **„das Ensemble von Rollenzwängen, denen Individuen in einer Klassengesellschaft unterliegen"**; *was bleibt den Opfern von Rollenzwängen schon anderes übrig, als sich dieselben zuzulegen!)*.

Rollenzwänge wiederum gibt es, weil es eine Gesellschaft gibt (wie wären sie sonst „*so zial*"?), die eine Struktur hat, aus der die Menschen schon deshalb nicht herauskönnen, weil diese ihnen ja ihre Rolle vorschreibt, aus der sie infolge des dieser immanenten Zwangs niemals fallen können. So daß sich als Quintessenz der Marxschen Kritik die Einsicht herausstellt, daß am Kapitalismus nicht zu rütteln ist:

„Wenn der Marxismus eine Erkenntnisleistung erbracht hat, dann die, daß soziale Strukturen und (!) ein ökonomisches System wie (!) das kapitalistische dauerhafter sind als die Individuen, deren Verhalten von ihnen geprägt wird."

Mit Marx läßt sich so der Beweis führen, daß jemand, der es darauf angelegt hat, den Kapitalismus zu kritisieren, ein rechter Wahnsinnsknecht sein muß, und ein halber Terrorist obendrein. Denn wer gegen den Kapitalismus ist, der ist gegen Gesellschaft, mithin gegen die „*Welt im Ganzen*", und sowas kann ja nicht gut gehen:

„Aus so radikaler Kritik der Welt im Ganzen kann nur das Gefühl der Ohnmacht resultieren. Der Terror ist auch ein Ausdruck der eigenen Ohnmacht ..."

Ein weiteres Stück ewige Wahrheit, das von Marx auf Fetscher überkommen ist, könnte den so gefährdeten Radikalen, wollte er es nur beherzigen, der Welt allerdings wieder zurückgeben. Es ist dies der „*Dialektische Materialismus*" in seiner Gestalt als wissenschaftstheoretische Vorschrift, die sich als nichts geringeres erweist als

Marx im Zwielicht

Wenn er auch kein Terrorist war, so fiel er doch immer wieder hinter seine – von Fetscher bloßgelegte – Erkenntnis zurück, daß die Menschlein deshalb so „*wertvoll*" sind, weil sie rechte Nullen sind, weshalb der Staat ja auch stehen muß wie eine Eins. Die

„Herabminderung des überschwenglichen Ideals, als Eingeständnis menschlicher Unvollkommenheit und daher (!) ständiger (!) Verbesserungsmöglichkeit"

weigerte Marx sich hartnäckig zu akzeptieren. Stattdessen war es ihm „*nicht möglich*", „*einer merkwürdigen revolutionären Mystik zu entgehen*" – ein Mangel, gegen den der Politologe die Apologetik der staatlichen Gewalt als die einzig realistische wissenschaftliche Einstellung hochhält:

„Max Weber" *(für Fetscher der andere, weniger tiefsinnige, dafür nüchternere Vater der deutschen Soziologie)* **„war Realist (!) genug zu erkennen, daß Politik des Mittels der Gewalt nie ganz entraten kann"** *(als ob das ihr Anliegen wäre* **„realistisch"** *betrachtet)*.

Iring Fetscher jedoch beweist einmal mehr, daß er weiß, was der eigentliche Sinn des Marxismus ist: Er hat „*verzeihendes Verständnis*" für den alten Toren, auch wenn er einmal sagen muß, daß dieser an den Zuständen östlich der Elbe nicht ganz unschuldig ist:

„Man wird kaum anders von diesem Absturz aus der doktrinären Traumwelt in die politische Realität sprechen können als in Kategorien der Tragödie. Wie nun in jedem Schauspiel wird aber auch hier unsere Sympathie weniger bei den realistischen Zerstörern als bei den idealistischen Träumern sein."

Daß in einem so idealistischen Idealisten wie Marx ein kleiner Stalin lauert, mindert seine Brauchbarkeit in keiner Weise. Denn Fetscher ergreift die Gelegenheit, seiner Gemeinde eine ernste Mahnung beizubringen: Auch das schönste Ideal wird nur gebilligt, wenn es von der Bereitschaft getragen ist – und die muß man dem Ideal ansehen! –, sich mit seiner Hilfe in der harten Wirklichkeit einzurichten. Solche Realitätstüchtigkeit ist es, die Fetscher als Leistung des modernen Christenmenschen zu würdigen weiß:

„Im Gegenteil kann gerade er (der christliche Glaube) der Sicherung durch weltanschauliche Fixierung entbehren und macht damit frei für eine unverstellte Erfahrung des Wirklichen."

Das aufgeklärte Christentum ist also das beste Mittel gegen „*revolutionäre Mystik*", wenn Fetscher seine Gemeinheiten vom Fluch des schwachen Menschen und Segen des starken Arms des Staates verkündet, sagt ihm eine „*Gewißheit des Herzens*" aus seinem eigenen „*Katechismus*", daß sein Humanismus im christlichen Sumpf über einen fruchtbaren Nährboden verfügt. Einem modernen Christenmenschen wiederum ist solche Predigt über den rechten Dienst am Staat einen Gottesdienst wert. So kommt es, daß Frater Iring sich mit seiner Tingelei bei evangelischen Gemeinden und Akademien ein Zubrot verdienen kann und dabei aufs geradlinigste seine Profession erfüllt. (Als einer, dem es gelungen ist, den „*Anderen*" weitestgehend zu konvertieren, hat er im Rennen mit weniger schillernden Geistern natürlich die Nase vorn, wo die christliche Ideologie als ihren Fortschritt gegenüber dem Mittelalter belegen will, wie locker sie mit Anfeindungen aufräumt.)

Marx – Engels – Heidegger: Von der Wissenschaft zur Demokratie

Wo die Verwertung von Marx fürs Lob des demokratisch verfaßten Elends an ihre Grenzen stößt, da ist es der dem Zeitgeist aufgeschlossenere Marx-Gefährte, der Fetscher in seiner marxologischen Offensive für die Freiheit kapitalistischer Ausbeutung weiterhilft:

„Die Briefe von Engels an August Bebel sind vor allem durch die zahlreichen Hinweise auf die vorbildliche Freiheit der englischen wie der amerikanischen Verhältnisse ... charakterisiert. Die einschlägigen Äußerungen ... waren und sind eine nützliche Hilfe beim Versuch der Demokratisierung marxistischer Parteien."

Und Fetscher macht kein Geheimnis daraus, welchen löblichen geistigen Einsatz er bei Engels als Grund für die Nützlichkeit seiner Theorie zur Anpassung des Kommunismus an die im Westen üblichen Formen der Staatsgewalt unterstellt: Während Marx sich auf die „*gelehrte*" Erklärung der bürgerlichen Welt versteift hat, ist

„Engels tiefer und gründlicher als der Gelehrte (!) Karl Marx in den Geist und Wesen einer freiheitlichen demokratischen Gesellschaft angelsächsischen Typs eingedrungen."

Fetschers Kompliment an die Väter des Marxismus, durch ihre „*Theorie an der Erfassung der Wirklichkeit*" nicht gehindert worden zu sein, gilt vorbehaltlos nur dort, wo er eine definitive Beendigung des Nachdenkens durch einfühlsame Begeisterung für die Demokratie anzutreffen meint. Und wenn daher schon Vorbehalte gegen Marxens demokratische Gesinnung anzumelden sind, so muß man sich am Ende doch noch fragen, ob nicht womöglich auch in seiner moralischen Ökonomie denn doch der Wurm unbescheidenen Begreifenwollens steckt – ein anderer, jüngerer deutscher Denker ist jedenfalls auch auf diesem Sektor „*weil tiefer und gründlicher in Geist und Wesen*" einer modernen Wirtschaft und der durch sie dem Verstand gestellten Aufgaben „*eingedrungen*":

„Für Heidegger besteht die Aufgabe des Denkens dagegen darin" *(sich abzuschaffen, nämlich)*, **„die Wirklichkeit und Nähe des Seins verstellende Metaphysik"** *(= das Denken, sobald es die Alm verlassen hat, wo bekanntlich der Sünde kein Sein beschieden ist)* **„abzubauen und in einem ‚ursprünglicheren Denken' sich als ‚Hüter des Seins' erneut zu bewähren, vom Sein sich das Geschick zusprechen zu lassen. Trotz aller dialektisch-interpretatorischen Tendenzen steckt in Marx schon ein Stück technischen Machtdenkens, auf dessen radikale Überwindung Heidegger abzielt."**

Daß Denken nicht gefragt ist, wo es um die Gesinnung, also darum geht, die vom Staat durchgesetzten „*sozialen Rollenzwänge*" kritik- und widerstandslos als Schicksal zu akzeptieren – diese faschistische Weisheit gehört noch allemal zum Repertoire der „*Charaktermaske*", die ein demokratischer Politologe sich zulegt, und bildet daher den krönenden gedanklichen Abschluß des Fetscherschen Werkes. Und das bedeutet gerade nicht, daß der Frankfurter Gelehrte hier aufhören würde, Demokrat zu sein. Mit dem Faschisten einig in dem Ideal einer durch keinerlei Reflexion und freien Willen getrübten Hinnahme staatlich organisierter gesellschaftlicher Gewalt, weiß Fetscher gerade die demokratische Flexibilität der Staatsgewalt als Mittel für die Durchsetzung der „*vom Sein zugesprochenen Geschicke*" zu schätzen:

„Der starre Mast" *(= ein allzu autoritärer Staat)* **„bricht im Winde"** *(nämlich des Egoismus der unaufgeklärten* **„Bevölkerungsmehrheit"**), **„während der geschmeidige Baum ihm trotzt."**

(1) Fetschers unter Intellektuellen entsprechender Machart verbreitetes „*Märchenverwirrbuch*", in dem der kluge Mann Grimmsche Märchen spielerisch nach Maßgabe unterschiedlicher Interpretationsmethoden paraphrasiert, um so seine Souveränität im Umgang mit wissenschaftlichen Problemstellungen zu demonstrieren, für die seine Germanistenkollegen ihr theoretisches Herzblut verausgaben, zeigt anschaulich, wie sehr diesem Menschen das eintönig-phantasievolle Herumproblematisieren an selbsterfundenen Sinnfragen, für die allemal die christliche Moral Pate steht, zur zweiten Natur geworden ist.

Die Grundlegung der Sozialpsychologie oder: Das Sein bestimmt das Bewußtsein

So schreibt Iring Fetscher all jenen, die mittels des Marxismus die Gesellschaft verändern wollen, das folgende hinter die Ohren:

„Dieser Denkansatz würde implizieren, daß sie ihre eigene Stellung innerhalb des sozialen Ganzen in

Verein zur Förderung des studentischen Pressewesens e.V., Theresienstr. 128, 8000 München 2. Verantw. i.S.d.P. L. Fertl, E.i.S.

MARXISTISCHE GRUPPE (MG)

ARGUMENTE ZUR WEHRMACHT

Der Soldat

Man braucht doch nicht im letzten Weltkrieg an der Front gewesen zu sein, um zu wissen, wofür ein Soldat gut ist: für's *Töten* und *Sich-Töten-Lassen*. Dafür wird er geschliffen und gedrillt. Es ist nämlich keine Selbstverständlichkeit, irgendwelche Leute umzulegen und sein eigenes Leben zu opfern. Diejenigen, die glauben, in einer modernen demokratischen Wehrmacht seien Formalausbildung, Schleiferei, Betten- und Anzugsordnung *eigentlich* überflüssig, irren sich sehr. Um gewohnheitsmäßig töten zu können, muß erst einmal jede Spur von Vernunft und Berechnung im eigenen Willen beseitigt werden. Da ist jede Überlegung gefährlich, also verboten — selbst dem bravsten Geist, der noch nie auf einen umstürzlerischen Gedanken verfallen ist, könnte zumindest die Rücksicht auf sich selbst einfallen.

Deswegen hat der Soldat in jedem Fall zu gehorchen, mag ihm die Anordnung seines Vorgesetzten noch so blödsinnig vorkommen. (Die Notwendigkeit des Prinzips Befehl und Gehorsam aus krisenhaften Situationen abzuleiten, in denen schnelle Entscheidungen und Handlungen erfordert sind, sollte man Politikern und Generälen überlassen, die solche Märchen gern erfinden.) Tatsache ist, daß der Soldat nicht nur immer „zu Befehl" zu sagen hat, sondern „zu Befehl" *zu sein* hat. Mit „Jawohl, Herr ..." hat er dem kriegsführenden Willen der Bundesarmee zu folgen.

Diese totale Unterwerfung unter die Zwecke der Armee bekommt der Soldat nicht einfach mit Appellen beigebracht oder gar mit Argumenten — welche sollten das denn auch sein?

Ein „Appell" ist beim Bund etwas sehr Praktisches. Praktisch wird dem jungen Menschen anerzogen, daß er *nur* Soldat zu sein hat, alles andere wird abgeschliffen. Er hat also die Schnauze zu halten, wenn er nicht gefragt ist; die Füße gegen alle Gewohnheit im rechten Winkel an den Hacken zusammenzustellen und „Stillgestanden!" zu bleiben, solange kein neues Kommando kommt; das „Rührt Euch!" erlaubt ihm, das linke Bein ‚locker' vorzustellen, hat also nichts mit Rumhängen zu tun, und von der Stelle rühren darf er sich schon gar nicht, sondern erst auf das Kommando „Wegtreten!"; und gegen alle Bewegungsgesetze hat der Soldat, der marschiert, wenn andere gehen, bei „Abteilung halt" noch einen Schritt zu machen und dann stehenzubleiben wie ein Stein.

Damit der eigene Körper nicht stört beim Kriegshandwerk, hat der Soldat die gar nicht kunstvolle Kunst zu erlernen, sich bis zur physischen Erschöpfung zu beherrschen. Was Soldaten vorher mit dem einfachen Urteil „Scheiße" belegten, nachher aber als „sportliche Ertüchtigung", die sie *ausgehalten* haben, zu kennzeichnen pflegen, ist „gesund, weil's hart macht". Wogegen wohl? Eilmärsche unterm Stahlhelm (der schützt übrigens gegen verirrte Splitter und Streifschüsse, sonst ...) und mit Gepäck, während die LKW's vorfahren; zurück in die Kaserne und dann nach 2 Stunden Schlaf Wecken und noch ein kurzer 8-km-Marsch rund um die Kaserne usw. So geht eben Disziplin!

Anders kann man es nicht lernen, das Kämpfen für's Vaterland und das Sterben. Ein demokratischer Soldat braucht kein glühender Patriot und begeisterter Freiheitskämpfer zu sein. Es langt völlig, wenn er ein guter Soldat ist und sich bereitfindet, die von ihm verlangte Unterwerfung und Verrohung mitzumachen. Im Ernstfall stellen sich dann die soldatischen Tugenden wie von selbst wieder ein. Er wird so tapfer sein, die Chance zu überleben dadurch zu erhöhen, daß er möglichst viele Gegner erledigt. Dabei wird er sogar den Mut haben, das Risiko einer Heldentat auf sich zu nehmen.

Weil man beim Überleben im Kampf schwer aufeinander angewiesen ist, gibt es die Tugend der Kameradschaft, die den Zusammenhalt in den Dienst des Tötungsauftrags stellt, so daß es keine Frage ist, wen man ein „Kameradenschwein" nennt. Gewisse letzte Reste von Widerwillen gegen das tödliche Geschäft werden gekonnt zerstreut mit Schnapsrationen, Weibern zum Ausruhen und Sonderurlaub für hervorragende Abschußquoten, damit der Soldat, dessen Braut das Gewehr ist, auch einmal wieder seine andere Braut sieht.

Wenn der Soldat nichts dabei findet, sein „Panzerlied" zu singen, dessen letzte Strophe mit „so ist unser Panzer das eherne Grab" endet, braucht sich das Vaterland keine Sorgen um seine Wehrhaftigkeit machen. Warum ganz normale Menschen diesen tödlichen Wahnsinn zu ihrer eigenen Sache machen? Erstens weil der Staat ihn befiehlt. Zweitens aber weil's noch jeder glaubt, wenn ihm von oben gesagt wird, daß es notwendig und damit lohnend wäre, die Freiheit der BRD zu verteidigen. Für diesen tödlichen Wahnsinn sprechen sie ihren Eid, lassen sie sich ehren. Was würden sie wohl verteidigen, wenn sie ~~woanders~~ auf die Welt gekommen wären?



Der Auftrag der Bundeswehr - Ideologie und Wirklichkeit

Die Bundeswehr ist seit der Erfindung des Krieges die friedlichste Wehrmacht, die die Welt je gesehen hat — so lautet jedenfalls die Meinung über die neue demokratische Armee, die in unserer deutschen Republik als einzige anerkannt und zugelassen ist. Damit niemand an dieser guten Meinung irre wird, auch nicht angesichts der zahllosen Leopard-Panzer dieser Armee, ihrer Mehrzweck-Schlachtflugzeuge, ihrer „leistungsstarken" Fregatten und der Atomraketen auf westdeutschem Boden, werden über die Bundeswehr die beiden folgenden Legenden verbreitet:

1. „Die Bundeswehr ist eine reine Verteidigungsarmee; selbst wenn sie wollte, könnte sie gar keinen Schritt über eine feindliche Grenze tun."

Diese Vorstellung ist außerordentlich bescheuert. Was sollte denn wohl einen Tornado daran hindern, auch jenseits des Eisernen Vorhangs die Angriffe zu fliegen, für die er eingerichtet und ausgerüstet ist? Welcher Mechanismus soll denn dafür sorgen, daß westdeutsche Panzer an der Grenze zum Feindesland stehenbleiben und die vielen hübschen Granaten wirkungslos ins Niemandsland abstürzen? Trotzdem wird die Vorstellung geglaubt, ein Angriff wäre mit der Bundeswehr „schon allein rein technisch" gar nicht zu machen. Unbestritten bleibt diese Idiotie aus einem Grund, der mit Technik nun allerdings gar nichts zu tun hat. Als guter Untertan mag man einfach nicht glauben, die *eigenen* politischen Herrscher könnten auf die Idee kommen, für den politischen „Ernstfall" einen *Krieg* zu planen. Wenn „es" doch zu einem Krieg „kommt", dann steht für einen treuen Untertanen eines von vornherein fest: *die anderen haben angefangen!* Das ist im Osten übrigens genauso: auch bei den Russen wird brav geglaubt, daß ihr Staat nie und nimmer den Krieg befiehlt, es sei denn um feindliche Aggressionen abzuwehren. Und, nebenbei: war es bei Hitler anders? Haben da nicht auch die Polen, das Weltjudentum und die Bolschewisten dem „Großdeutschen Reich" einen ganz und gar defensiven „Befreiungskrieg" aufgezwungen? Das Gerede von der „reinen Verteidigungsarmee" ist also nichts als die uralte und allgemein verbreitete nationalistische Verrücktheit, die *Schuldfrage*: Wer hat angefangen? für das Allerwichtigste am Krieg und von vornherein für entschieden zu halten: die eigenen Oberen nie und nimmer, einfach *weil* es die eigenen sind und man selber als friedlicher Mensch ihnen *gehorcht*; also die anderen. An *deren* Waffen entdeckt der gute Untertan, daß Waffen Tötungswerkzeuge sind; die eigenen gelten als ein etwas verbessertes Jiu-Jitsu zur Selbstverteidigung.

Dieser friedliebende Nationalismus wird in und von der Bundeswehr tatsächlich besonders gepflegt. Westdeutsche Generäle, die in den Panzerverbänden des Ostens den Beweis für die Aggressivität und den Offensivdrang der Roten Armee erblicken, bringen es zum Beispiel fertig, von der *eigenen* Panzerwaffe genau umgekehrt zu reden:

„Die stärkste Panzerabwehr(!)waffe ist" (man höre und staune!) „der Kampfpanzer, der zugleich Rückgrat des taktischen Gegen(!)angriffs im Rahmen der Defensiv"- (natürlich!) „Strategie ist." (Verteidigungs-Weißbuch '79)

Dabei merkt man solchen Verlautbarungen nur allzu deutlich an, daß es sich beim Pazifismus der westdeutschen Kriegsplanung um nichts anderes handelt als eine gequälte friedlich-idyllische Sprachregelung für ganz gewöhnliche Militäraktionen, bei denen „Offensive" und „Defensive" gar nichts Moralisches sind, sondern bloß unterschiedliche, einander abwechselnde Taktiken der *Kriegsführung*.

Und weil das so klar ist, wird dem deutschen Untertanen die Bundeswehr noch durch einen zweiten Glaubenssatz schmackhaft gemacht:

2. „Die Bundeswehr ist eine reine Kriegsverhinderungsarmee; ihr Zweck liegt nicht im Kampf, sondern in der Verhinderung des Kampfes durch Abschreckung."

Die Gründe, die die verantwortlichen Politiker und Militärs für dieses paradoxe Dogma anführen, hören sich manchmal an wie eine Ansammlung von staatsfeindlichen und wehrkraftzersetzenden Umtrieben. Da wird ganz offen darüber verhandelt, daß die Bundesrepublik sich einen Verteidigungskrieg überhaupt nicht leisten

Fortsetzung Seite 2

Ist die Bundeswehr zu teuer?

Sooft wieder einmal groß und breit berichtet wird, daß *unser* Militär über ein Drittel *unseres* Staatshaushalts, also sehr viel von *unseren* Steuergeldern verschlingt, regen sich manche Zeitgenossen auf.

Diese Aufregung ist sehr künstlich. Ausgerechnet deswegen, weil der Regierung für ihr Militär nur das Beste gut genug ist, kündigt doch niemand seinem Staat den Gehorsam auf. (Wer das tut, würde zuallererst den Bundeskanzler zu teuer finden!)

Wir meinen: Da muß man sich schon entscheiden. Entweder man hält den Staat und die bestmögliche Ausstattung seiner Gewalt für nötig und selbst die Schnauze. Oder man hat etwas gegen das Militär und seinen staatlichen Auftrag, läßt also das Reden über die Verschwendung von Geldern und stört den Staat bei der Verschwendung von Menschen.

Anläßlich der großangelegten öffentlichen Vereidigungen, die mit ihrem „Großen Zapfenstreich" an große Traditionen der deutschen Wehrmacht anknüpfen, kommen manchen Leuten Bedenken.

Leider gelten diese Bedenken nicht dem Militär, sondern nur seiner Zurschaustellung. Die bürgernahe Vorführung der Pracht und Herrlichkeit wird als „überflüssig", ja sogar als nicht recht in die demokratische Landschaft gehörig verworfen. Das Kriegshandwerk nicht.

Wir meinen: Wer nichts gegen die Aufrüstung seiner Nation hat, die er erstens bezahlt und für die er und seine Kinder geradestehen müssen, sobald in Bonn der Verteidigungsfall beschlossen wird, sollte auch anläßlich der stolzen Zeremonie die Schnauze halten. Wer die Bundeswehr für die Instanz hält, die zur Verteidigung s e i n e r Freiheit, Zahnbürste und Ehre notwendig ist, sollte auch an den feierlichen Gelöbnissen keine Geschmacksfrage abwickeln. Die sind nämlich von unseren Politikern und Mitlitärs in bestem Einverständnis längst entschieden: Die Wehrmacht gehört vorgezeigt, damit der Bürger, der sich schon an sie gewöhnt hat, sie nun auch noch schätzen und lieben lernt. Damit er auch gefühlsmäßig der Meinung ist und bleibt, daß das Militär ganz f ü r i h n da ist und jede, aber auch jede Anerkennung verdient — und jede Unterstützung.

Wer sich also nicht fragen will, w o z u „wir" eine neue, diesmal demokratisch in die NATO eingebundene Wehrmacht verpaßt bekommen haben, dem raten wir auch zum Genuß der Feier. Das Fernsehen wird sicher neunmal täglich darauf hinweisen, worin der Unterhaltungswert besteht: Da geloben ein paar hundert junge Leute stellvertretend für viele tausend, daß sie bereit sind, für die Nation ins Gras zu beißen.

Wenn denen die Freiheit, unsere Zahnbürste und auch sonst noch einiges s o v i e l wert ist, dann kann das Spektakel gar nicht groß genug sein! Also Marschmarsch — es gibt viel zu verteidigen: linke Trommel, großer Fuß! Opfer haben sich noch immer gelohnt, oder?

Diskussionsveranstaltung der Marxistischen Gruppe (MG): Freitag, 14.11.1980, 20.00 Uhr, Gaststätte "Kutscher Stuben", Zietenstr. 19, 1/3o, U-Bhf. Nollendorfplatz

Noch bevor die Bundesrepublik ein Militär hatte, ist den Vätern des Grundgesetzes ein Grundrecht eingefallen, das sie ihren jungen Bürgern gnädigst zugestehen wollten: das *Recht auf Verweigerung des Kriegsdienstes.*

Inzwischen gibt es eine Bundeswehr, die schon 25 Jahre alt wird. Da konnte es nicht ausbleiben, daß der eine oder andere Wehrpflichtige von seinem Recht auf Verweigerung Gebrauch machen wollte. Das war unseren Politikern überhaupt nicht recht, so daß sie sich in erregten Diskussionen und einigen Gesetzesergänzungen zu einer Klarstellung dieses Grundrechtes durchgerungen haben:

1. fühlen sich die Verwalter aller Rechte und Pflichten gedrängt, das Gewissen der Verweigerer zu prüfen. Das Verfahren besteht darin, den Prüfling die Abscheu vor jeglicher Gewalt glaubwürdig nachweisen zu lassen — außer vor der Gewalt seines Staates. Das Angebot, in Fragekatalogen eigener Prägung verabreicht, lautet: Du brauchst nicht zum Militär, wenn du Gewalt *zu erleiden* bereit bist, wenn du keinen Finger rührst, sooft einer deine Schwester oder Oma vergewaltigt ...

Das Bekenntnis, das dann abgelegt wird, ist eine klare Selbstverleugnung des Verweigerers — und dieses Bekenntnis hat eine gute Seite: Der Mann will sich *wirklich* einiges gefallen lassen, und eine schlechte: Das glaubt ihm trotzdem keine Sau.

2. Deshalb geht die Prüfung des Gewissens über die Befragungsaktion hinaus: Der Verweigerer darf den *praktischen* Beweis antreten, wieviel er sich gefallen läßt, und zwar sehr positiv. Er hat zu zeigen, daß — wenn er schon nicht schießen will für seinen Staat — er mindestens genauso viel für ihn übrig hat wie ein Soldat. Er hat ihm sogar durch die Entbehrungen und den Einsatz im Ersatzdienst zu zeigen, daß er zu *mehr* Opfern bereit ist als seine Altersgenossen auf dem Schießplatz und in der Kaserne. So beweist man sein *schlechtes Gewissen* in Sachen Staatsdienst, von dem man doch meint, es wäre ein *gutes* in der Gegnerschaft zur Gewalt. Freiwillig tut das keiner, so daß einmal die Frage ansteht nach dem Verhältnis von Recht und Pflicht.

Wo wird da eigentlich etwas verweigert?

Die BRD ist ein fester Eckpfeiler des westlichen Bündnisses, als solcher in allen Weltaffären mit von der Partie, als Heimatland des Osthandels, der Bundeswehr und der unteilbaren Deutschen Nation die vorderste Bastion gegen den Weltkommunismus und hat gute Freunde in der gesamten Staatenwelt. Das macht das Leben in ihr wie für den Rest der Menschheit so angenehm.

Was *in* der BRD geschieht, damit und so daß es dabei bleibt, steht zusammengefaßt in

Resultate 1: Die Bundesrepublik Deutschland — und was Marxisten an ihr zu ändern haben

Wie die große Völkerfamilie aussieht, an deren glücklichem Familienleben die BRD maßgeblich beteiligt ist, wird abgehandelt in

Resultate 4 und 5: Der Imperialismus

Welche Errungenschaften in der Frage der gewaltsamen „internationalen Konfliktregelung" zu verzeichnen sind und was die BRD dazu beizutragen hat, ist Gegenstand der Serie: „ABC des 3.Weltkriegs" in dem Politischen Magazin der Marxistischen Gruppe, der

MSZ

Soeben erschienen: Nr.5/80 mit einer Abhandlung über die Bundeswehr.

Resultate 1 sind gegen Vorüberweisung von DM 5.—, Resultate 4 und 5 gegen Vorüberweisung von je DM 6.— auf das Postscheckkto. Nr. 105272-809, PschA. München, MHB, 8 München 40 erhältlich. Von der MSZ können Probeexemplare angefordert werden bei MSZ, Postfach 401940, 8 München 40.

Der Auftrag ... (Forts. v. S. 1)

könnte, weil von ihrem Volk und ihrer Wirtschaft hinterher gar nichts Nennenswertes mehr übrig wäre. Und zwar nicht bloß infolge östlicher Angriffsschläge, sondern auch, ja sogar vor allem als Wirkung einer kräftigen NATO-„Verteidigung". Wer der schönen Illusion anhängt, im Verteidigungsfall würde *er* verteidigt, womöglich noch Haus und Hof, Weib und Kind, der braucht nur einmal seinen eigenen Armeeführern zuzuhören. Dann könnten ihm eigentlich gar keine Zweifel bleiben, daß im Ernstfall etwas ganz anderes verteidigt wird: das westliche Bündnis, die Freiheit und ähnliches Zeug; und zwar wird das verteidigt durch „Opfer" an Reichtum und vor allem an Untertanen. Als Staatsbürger darf man sich abschließend noch dazu gratulieren, daß eventuell die eigene Republik überdauert — nur als Mensch hat man nichts mehr davon, denn als solcher ist man tot.

Für einen Staat wie die Bundesrepublik ist das aber natürlich gar kein Grund, eine dermaßen lebensgefährliche Angelegenheit bleiben zu lassen. Im Gegenteil! Sie rüstet mit allen Kräften auf und erklärt dazu, das wäre die sicherste Garantie, daß der Gegner sich gar nicht erst traut, einen Überfall zu starten: *Abschreckung* eben. Soll man nun daraus allen Ernstes den Schluß ziehen, die ganze Bundeswehr mit ihrer 1/2 Millon Friedens- und 1 Million Kriegsstärke, mit ihren -zig Schiffen, Hunderten von Flugzeugen und Tausenden von Panzern, mit 10 Verbündeten zur Seite und amerikanischen Atomgranaten und -raketen im Rücken wäre letzten Endes nichts anderes als — ein riesiger Bluff?

Wer das glauben *will*, der soll es tun; er wird schon merken, daß in diesem Fall wirklich „des Menschen Wille sein Himmelreich" ist. Er soll sich dabei bloß nicht auf die Doktrin der Abschreckung berufen. Denn die besagt praktisch etwas ganz anderes: Dem Gegner soll seine (angebliche) Angriffsabsicht dadurch vermiest werden, daß man ihm in jedem Fall und auf jeder Stufe *überlegen* ist; dermaßen überlegen, daß der gedachte Angriff für den Feind zur Katastrophe wird. Klar: wenn die eigene Seite, der gute Untertan eine Kriegsabsicht ja ohnehin nicht zutraut, so überlegen ist, daß sie den Feind mit ziemlicher Sicherheit vernichtend schlagen kann, dann ist dadurch von ihrem Standpunkt aus natürlich „der Frieden sicherer" geworden. Umgekehrt heißt das aber eben im Klartext: „Friedenssicherung durch Abschreckung" ist nichts anderes als das Bemühen der eigenen Seite, *als einzige* die Möglichkeit zum *erfolgreichen Losschlagen* zu besitzen; und diese Aufgabe hat sich bis heute noch jedes Militär einer Großmacht gestellt! Kein Militär zieht in einen Krieg, ohne sich gewiß zu sein, daß die Chancen zum *Sieg* auf seiner Seite liegen — und *diese* uralte *Kriegsdoktrin* wird heute als *Friedensgarantie* verkauft!

3, Der tatsächliche Kampfauftrag Sieg im Blitzkrieg (wie gehabt!!)

Unsere Militärs sind nüchterne Menschen; und deswegen kommen sie nach der ideologischen Vorbereitung — also dem Getue, als wäre die Bundeswehr als „Friedensarmee" eine absolute Neuheit in der Militärgeschichte — immer sehr deutlich zur Sache. Daß die Bewohner der Bundesrepublik bei der Verteidigung ihres Staates mit großer Sicherheit mehrheitlich draufgehen, so daß das Regieren hinterher gar keinen rechten Spaß mehr macht, ist für sie ein strategisches Problem, das ihren Ehrgeiz weckt:

„Die geostrategischen Gegebenheiten unserer Lage können für ein Land kaum ungünstiger sein. In einem nur 100 km breiten Raum westlich der Grenze zu den Staaten des Warschauer Pakts sind 25 % unserer Industrie angesiedelt, und es leben dort 30 % unserer Bevölkerung in Großstädten wie Nürnberg, Hannover, Hamburg."

Der strategische Schluß aus dieser Fehlkonstruktion:

„Verteidigt wird vor Hamburg und Kassel!"

Und wie macht man das? Die bundesdeutsche Kriegsplanung weiß dafür Rat:

„Unser Ziel muß es sein, den gegnerischen Angriffsplan (!) zu durchkreuzen, wenn er am verletzlichsten ist, nämlich beim Antreten (!) zum Angriff, bevor der Angriff Schwung gewinnt."

Die Arbeitsteilung ist für diesen Fall schon geregelt:

„Während die NATO-Truppenverbände den Kampf nur westlich der Grenzen aufnehmen können, ist die Luftwaffe in der Lage, durch Gefechtsfeldabriegelung in die Aufmarsch- und Bereitstellungs(!)räume des Gegners zu wirken (?!) und den flüssigen Ablauf seiner Operationen zu stören(!)."

Damit erübrigt sich dann — wenn alles nach Plan geht; dummerweise kalkuliert die Gegenseite so ähnlich! — auch die Sorge, die westlichen Verteidigungs-Atomsprengköpfe würden vor allem über den angreifenden Truppen des Feindes, also auf bundesdeutschem Territorium ihr Werk tun:

„Der Gegner muß wissen, daß die Abwehrbewegung auf ihn zukommt. Die Eskalation der Mittel geht Hand in Hand mit der Ausweitung des Operationsfeldes in das Gebiet des Gegners." — So reden bei uns Generäle öffentlich im Fernsehen!

Ideologische Flausen über die Liebe zu „unseren Brüdern und Schwestern unter kommunistischer Herrschaft" haben unsere Kriegsplaner also nicht im Kopf; denn da gehören sie auch gar nicht hin. Der Auftrag der Bundeswehr ist klar — und er ist ziemlich radikal: Sie hat den Feind, wann immer es zur „Abschreckung" nötig erscheint, vernichtend zu schlagen, und zwar erstens auf dessen Territorium, zweitens in kürzester Zeit und deswegen drittens auch unter Einsatz atomarer „Gefechtsfeldwaffen" — das sind die Hiroshima-Bomben im Granatenformat und die Neutronenbombe, mit der Panzerbesatzungen sich so wirksam „versaften" lassen.

Wer sich jetzt fragt, worin dieser Kampfauftrag sich eigentlich von der Vorbereitung der Armee auf einen — natürlich ganz defensiven und höchstens präventiven — *Angriffs-Blitzkrieg* unterscheidet, der dürfte schon ziemlich richtig liegen: *Das ist der Inhalt westlicher Abschreckung!* Kann man einen Krieg in Westeuropa eigentlich besser vorbereiten?

TEACH-IN

der

MARXISTISCHEN GRUPPE

Der Soldat gilt wieder etwas —

DIE FRIEDENSSICHERUNG KOMMT VORAN

1

In Westdeutschland wird anläßlich des 25jährigen Bestehens der Bundeswehr Militarismus auf das Programm gesetzt — warum?

2

Die Berliner — obwohl ohne eigene Armee — sind davon auch betroffen:

1. werden sie im nunmehr dem Volke nahegebrachten Ernstfall mitverteidigt, — ob mit dem Herzen bei der Wehrmacht dabei oder nicht.
2. haben sie in Gestalt des Alliierten Schutzes einen Ersatz, der ihnen spezielle Würdigung im Verteidigungskonzept verspricht.

3

Auf dem Teach-in wird alles, was gegen die Bundeswehr und die NATO spricht, ebenso zur Sprache kommen wie alle falschen Argumente gegen dieselben.

Wehrdienstverweigerer in Berlin sind genauso eingeladen wie alle, die s i c h durch die Alliierten geschützt sehen ebenso wie die, die glauben, daß angesichts der Atomwaffen sowieso nix läuft.

Donnerstag, den 13.11.80, 18 Uhr, TU-Hauptg., Raum 1059, Straße des 17.Juni 135, 1 Berlin 12

Was hat die Bundeswehr eigentlich zu verteidigen?

Auf diese ungehörige Frage weiß bei uns jeder brave Bürger sofort die linientreue Antwort Nr.

1. Die Freiheit

Ach so! Dann sind in der Bundesrepublik die braven Bürger wohl welche, die immerzu die freiheitlichen Zugeständnisse ihres Staates bis zum Äußersten auskosten: sich täglich zu Demonstrationen versammeln; umstandslos die Arbeit niederlegen, wenn sie ihnen partout nicht mehr schmeckt; den Arbeitsplatz wechseln, sobald ihr Vorgesetzter ihnen krumm kommt; zu jeder Staatsaktion eine Kritik anzumelden haben, die den Regierenden höchst peinlich ist; in der Gestaltung ihres Privatlebens nur das tun, was sie mögen, und sich von niemandem dreinreden lassen ...?

Das nun doch wohl nicht so ganz! Eher hat ein braver Bürger über Leute, die solches tun, ein sehr wenig freundliches Urteil parat: Das sind Schmarotzer und Faulenzer, die erstmal arbeiten gehen sollen — oder, wenn ihnen das nicht paßt, ab nach drüben! Aber was meint er denn bloß mit der Freiheit, die verteidigt gehört? Etwa diese schöne Alternative: *Entweder* fleißig arbeiten, wo das Arbeitsamt einen hingestellt hat; sich schämen, wenn man es zu nichts gebracht hat; dabei die Klappe halten; im Privatleben sich nach Recht, Ordnung und Nachbarn richten — *oder:* die Koffer packen und nach Leipzig übersiedeln —? Und was soll man eigentlich dort? Da geht es doch genauso zu — höchstens noch ordentlicher. Finden es etwa unsere Bürger sympathisch, wie dort mit aufmüpfigen Leuten umgesprungen wird? Dann sollen *sie* doch rübergehen!

Aber das ist natürlich noch nicht die goldene Freiheit, um die es unserem braven Bürger geht. Dazu gehört nämlich noch

2. Die Demokratie

Anderswo, vor allem im Osten, herrscht Diktatur; kein Untertan wird von seinen Politikern gefragt, wie er es denn gern hätte; stattdessen lauter bürokratische Gesetze und eine Volkspolizei, denen man gehorchen muß und damit basta!

Wie anders hier!

Die Leute, die bei uns das Sagen haben, sind ja bloß die Stellvertreter des Volkes. Wenn sie etwas beschließen, erkundigen sie sich vorher immer genau bei ihren Wählern, was sie ihnen Gutes tun sollen. Höchstens bei so unerbittlichen „Sachzwängen" wie Wirtschaftswachstum — Steuererhöhungen auf Benzin und Schnaps für die Türkeihilfe — Steuersenkung und sonstige Vergünstigungen für die Unternehmen, damit sich für die die Benutzung von Arbeitskräften wieder lohnt (oder auch deren Wegrationalisierung) — Aufrüstung, weil der Feind ja auch aufrüstet — Rentenkürzung, weil die eingezahlten Gelder in ein Konjunkturprogramm geflossen sind — also höchstens bei solchen unabweisbaren „Sachzwängen" entscheiden unsere demokratischen Politiker bloß nach ihrem „Gewissen". Sonst machen sie lauter ganz freiheitliche Gesetze, denen man zwar auch gehorchen muß — aber wenn die einem nicht passen! dann geht's rund! Dann wird nämlich nach 4 Jahren einfach ein anderer Kanzler gewählt. Zwar bleibt entweder trotzdem der alte dran, oder der neue macht dasselbe wie der alte — aber 4 Jahre später wird ja wieder „abgerechnet"! Und wenn die militärische Verteidigung dieser schönen demokratischen Freiheit keinen Strich durch die durchschnittliche Lebenserwartung macht, dann kann der deutsche Mann sie 12mal wahrnehmen und die deutsche Frau 13 bis 14mal; plus nochmal so viel bei Landtagswahlen. Wirklich, dadurch wird das Leben erst lebenswert! Ohne das — das reinste Jammertal!

Und was das Schönste ist: Mit der Demokratie wird zugleich unser aller Lebensstandard verteidigt. Denn sie garantiert

3. Die Marktwirtschaft

Ja dann! Zwar sind auch bei uns nicht alle Mitglieder der Marktwirtschaft Unternehmer; aber immerhin *darf* es jeder werden. Und damit ist doch wohl schon klar, daß jeder, der kein Siemens, Krupp oder Thyssen wird, das auch nicht richtig gewollt hat, oder?

Vielleicht wollte er es ja auch werden; ihm hat bloß das Kleingeld gefehlt; also mußte er erst mal arbeiten — aber dann! Also morgens früh raus oder auch mittags oder abends und zur Schicht; und die ist natürlich nicht so schön; aber da wird in der Marktwirtschaft ein Geld verdient, Junge Junge — und dann! Dann müssen damit zwar erstmal die Raten für den Farbfernseher abgezahlt werden; aber den hat man dafür zu Hause stehen; und wenn man nach Schicht mit dem eigenen Auto in die schmucke Betonwohnung mit der schönen Aussicht heimgekommen ist — ja dann! Dann hat man von Wim Thoelcke zwar auch nicht mehr so viel; denn entweder schläft man ein, oder man ist wach und merkt nicht einmal, wie bescheuert der ist; aber schließlich hat man ja noch ein knackiges Weib bzw. einen munteren Alten — und dann! Dann ist nämlich irgendwann sogar Urlaub; der bringt in knapp 5 Wochen den Genuß fürs ganze Jahr (man *darf* ja sogar fahren, wohin man will!); hinterher sieht es dann zwar eher so aus, als wäre es mit dem Genuß auch nichts Rechtes gewesen — aber dann! Dann merkt der Mensch, wie er allmählich aus den Fugen geht, und fängt nach der ersten Kur an, ans Alter zu denken: wenn ich erstmal nicht mehr in den Betrieb muß — ja dann! Dann ist die Rente zwar schmaler, als man gedacht hat; fürs Genießen hat man das Organ verloren; dafür wird der Mensch schließlich fromm und denkt sich: ein paar Jahre noch — aber dann! Im Himmel wird dann ein Faß aufgemacht, garantiert!

Bis dahin ist der irdische Reichtum durch den ehrgeizigen Einsatz des deutschen Arbeiters kräftig gewachsen — bloß nicht bei ihm: Was er produziert, sammelt sich komischerweise immer in den Händen anderer, die es immer nützlich anlegen. So daß der fleißige Arbeiter immer zusehen muß, daß er auch nützlich genug bleibt, um ein Stück von dem Geld zu verdienen, das diese Herren in Händen halten. Aber so geht schließlich auch das Leben 'rum! Und wenn man sich dabei bloß immer vorstellt, es hätte ja schließlich irgendwie noch viel schlimmer kommen können, und daß man alles, was man da treibt, auch wirklich und wahrhaftig tun *darf* — dann weiß man doch, wofür man gelebt hat und was für ein Segen die Freiheit ist.

Am Ende bleibt es also bei der ersten Antwort auf die Frage:

Was hat die Bundeswehr eigentlich zu verteidigen?

1. Die Freiheit.

Die Freiheit ist ja schon im gewöhnlichen Leben wenig genug wert: immerzu soll man dafür *dankbar* sein, daß man dies und jenes immer noch *darf* — nämlich: sein Auskommen suchen, wenn der Staat seinen Bürgern von den anderen, handfesteren Gütern zu wenig läßt. Und diese Dankbarkeit soll jetzt auch noch so weit gehen, daß man für die Freiheit das Leben gleich völlig drangibt, wenn der Staat den Verteidigungsfall ausruft?!

Wer freilich so unterwürfig ist und sich von Politikern die Frage stellen läßt: Was wäre ein Leben ohne Freiheit? — dem kann natürlich auch nicht einleuchten, daß die Erlaubnis zur Freiheit ohne das Leben auch nicht gerade das Gelbe vom Ei ist.

2. Die Demokratie

Damit ist im Verteidigungsfall nicht die freiheitliche Ordnung der Herrschaft gemeint, sondern die Staatsgewalt selbst mit ihren auswärtigen Geschäften. Dabei stört sie sich sehr am Osten. Halb Europa und Asien in den falschen Händen — das kann ein deutscher Bürger doch nicht auf sich sitzen lassen!

3. Die Marktwirtschaft

Die ist nämlich überall auf der Welt unter dem Titel „unsere Interessen" zu Hause. An der einen Ecke ruiniert sie Land und Leute durch ihre gewinnträchtige Benützung, sortiert fremde Völker nach dem Grad ihrer Brauchbarkeit, wobei so manche Million zum Verhungern abgestellt wird. An der andern Ecke, im Osten nämlich, hat Mutter Marktwirtschaft auch schon den Haushalt durcheinandergebracht. So manches von den Kommunisten in Unfreiheit gehaltene Volk arbeitet schon für den Westhandel und verfrachtet Lebensmittel und Rohstoffe auf Züge, die zu uns fahren.

Die Frage ist bloß: Machen die Regierungen in aller Welt und vor allem im Ostblock dieses Geschäft auf Dauer und friedfertig mit? Die Völker lassen sich ja allerhand gefallen. Aber vielleicht sind fremde Regierungen anders, wenn sie merken, daß die weltweiten Erfolge unserer Marktwirtschaft ihr Herrschaftssystem untergraben?! und es fangen nicht bloß armselige Staaten begrenzte Kriege an, die den Weltfrieden höchstens gefährden. Womöglich kommt die Sowjetunion auf die Idee, ehe sie als Weltmacht vor dem Siegeszug der Marktwirtschaft kapituliert, einen Weltkrieg anzuzetteln?

Deswegen hat man sich darauf einzustellen: Die Marktwirtschaft *muß* verteidigt werden. Denn sie ist nicht nur ein hohes Gut für Staat und Kapital. Sie schafft auch in aller Welt *Gründe für den Krieg*.

Hallo, wehrbereiter Bürger!

Glaubst Du wirklich, die Verteidigung Deines Vaterlandes, der Krieg für die Freiheit und gegen die Russen geschähe irgendwie zu Deinem und Deiner Habe Schutz, und deshalb müßtest Du alle wehrhaften Anstrengungen der BRD unterstützen? Du spinnst ja wohl. Schon in Friedenszeiten ist es ziemlich verrückt, sich die Illusion zu machen, man bekäme vom Staat irgendetwas geschenkt oder hätte etwas davon, daß Politiker so selbstlos sind, Euch zu regieren. Aber ausgerechnet zum Krieg so etwas zu denken, ist doch wohl ein bißchen sehr happig.

Wie kommst Du denn dazu, zu meinen, Deine Person werde geschützt, wenn der Staat seine Macht und sein Territorium verteidigt bzw. andere Staaten angreift? Die Soldaten an der Front kannst Du ja wohl nicht meinen, die fallen oder sind vermißt, egal ob die Schlacht siegreich oder mit einer Niederlage endet. Ach so, die sollen gerade ihr Leben einsetzen, damit Du und der Rest am Leben bleiben. Also Ihr Muttis, Ihr laßt Eure Söhne ins Feld ziehen, damit Ihr daheim in Frieden die Küche aufräumen könnt? Und Ihr Fräuleins der Nation, Ihr seid dafür, daß das andere Geschlecht sich umlegen läßt, damit Ihr Euch emanzipiert? Und Ihr Alten, nicht mehr „Wehrfähigen" wollt daheim eine ruhige Kugel schieben und vor dem Fernseher einen auf Lebensabend machen? Habt Ihr denn schon den „Volkssturm" vergessen, in dem Kinder neben Opas kämpften?

Aber denkt Euch nichts. An der Heimatfront gibt's für den Krieg auch viel zu tun. Arbeitsplätze und viel Arbeit gibt es dann für alle genug, damit draußen gekämpft werden kann. Wenn das der Nutzen des Kriegs für Eure Person sein soll, dann denkt's Euch eben. Ihr müßt vor allem dann ganz fest an dem Gedanken festhalten, daß nicht der Staat, sondern Ihr verteidigt werdet, wenn die Bomben fliegen, Städte ausradiert werden und Ihr strahlend herumlauft; wenn die Front mitten durch die BRD läuft und Euch die Raketen des Ostens und des Westens um die Ohren sausen. Alles zum Schutze Eures Lebens. Eure Habe, Euer Häuschen oder Auto wird natürlich auch gerettet und verteidigt. Ihr müßt Euren Besitz nur immer mit in die Luftschutzkeller nehmen, von denen es ja reichlich sichere gibt. Solltet Ihr aber evakuiert werden, da Euer Wohnsitz ins Kampfgebiet fällt, dürft Ihr da nicht nörgeln. Dann geht zwar Euer Häuschen drauf, aber dafür fällt es nicht über Euch zusammen. Und was die zerstörten Fabriken angeht, Eure Arbeitsplätze, so müßt Ihr denken, daß nach Kriegsende wieder viel aufzuräumen, zu entstrahlen und zu tun ist — also etwas sehr Gutes für Euch.

Ah, Ihr meint, zumindest werde Eure Freiheit verteidigt. Da ist was dran. Mit Euch machen sie hinterher sicher wieder einen Staat auf.

Zwei Antworten eines Wehrdienstverweigerers

Ein Wehrdienstverweigerer, darauf geprüft, ob er beim Töten wirklich ein schlechtes Gewissen hat und nie und nimmer seine Hand gegen Menschen erheben werde, bekommt folgende, übliche, Fangfrage gestellt:

In Ihrer eigenen Gegenwart wird Ihre eigene bildhübsche Schwester in blühenden Jahren von einem brutalen Mann gegen ihren eigenen Willen vergewaltigt. Was würden Sie tun?

Antwort: „Ich würde alles tun, um meine Schwester aus den Fängen des Gewalttäters zu befreien." Auch mit Gewalt? „Wenn's sein muß, auch mit Gewalt."

Diese Antwort wollten die Richter zwar hören, um den Antrag auf Wehrdienstverweigerung abzulehnen, sie ist aber trotzdem falsch. Ebenso falsch wie die Auskunft: „Ich lasse mich doch nicht wegen unterlassener Hilfeleistung verknacken." Richtig ist vielmehr die folgende Antwort:

„Ich würde in die NATO eintreten, eine Armee von 500.000 Mann aufstellen, moderne Kampfflugzeuge, Panzer und Zerstörer anschaffen, mir Atomsprengköpfe besorgen und dann meine Schwester ..."

Verantwortlich i.S.d.P. Theo Ebel, Heßstraße 82, 8000 München 40, E. i. S.

MARXISTISCHE GRUPPE (MG)

ARGUMENTE ZUR HÄUSERRÄUMUNG

DAS GUTE GEWISSEN DER STAATSGEWALT HAT ZUGESCHLAGEN

„Ich stelle dazu fest, daß die Polizei keinen Anlaß hat, die Häuser zu räumen. Hierzu sind lediglich die widerrechtlichen Benutzer aufgefordert. Allerdings ist die Polizei allein dazu befugt, Zwang anzuwenden, wenn dem Recht nicht anders Geltung zu verschaffen ist.“
(Polizeipräsident Hübner zu den Räumungen)

„Wir sind tief betroffen davon, daß ein junges Leben dahin ist... Politische Verantwortung ist immer mit Risiken verbunden. Wir mußten in diesem Sinne gemäß unserer Verantwortung handeln.“
(Richard v. Weizsäcker)

„Ein solcher Vorgang ist belastend, weil (!) er geeignet sein könnte, Legenden und falsche Kausalitäten zu produzieren.“
(Innensenator Lummer)

Es hat alles planmäßig begonnen, und es hat alles planmäßig geendet. Die Polizei hat acht Häuser geräumt. Rechtsstaat und Polizei, ob der Rechtmäßigkeit ihrer Gewalt über jeden Zweifel erhaben — sie definieren, was Recht ist und folglich sich gehört und was nicht —, haben klargestellt, daß Ungehorsam Gewalt ist; so unmißverständlich, daß eine Leiche ihr oberstes Beweismittel ist. Über diese wird nun nach allen Kräften hergefallen. Die Moral der Staatsmänner besteht nämlich zuallerletzt darin, über von ihr produzierte Opfer zu erschrecken. Im Gegenteil. Sich schämen und erschrecken müssen die anderen, die, die sich von der Polizei haben prügeln lassen und daran festhalten, bei Häuserräumungen wäre irgendein Protest angebracht. Sich schämen und erschrecken müssen die, die sich mit Wasserwerfern und Schlagstöcken in befahrene Straßenkreuzungen drängen lassen — schließlich ist die Straße nicht zum Demonstrieren, sondern zum Autofahren, u.a. für BVG-Busse, da. Und weil wir in einer Demokratie leben, wird das Motto der Faschisten — das Opfer ist selbst schuld — besinnlich vorgetragen; ein Grund in sich zu gehen. *Dafür* ist allen politischen Parteien die Leiche gut.

1

Planmäßig hat der Berliner Senat in gebührender Ignoranz gegen die *Gründe* der Hausbesetzer — mit dem parteipolitischen Ausschlachten der Wohnungsnot einen ganzen Wahlkampf lang war ihrem „Anliegen“ gebührend Aufmerksamkeit verschafft, und ansonsten behandelte man sie gemäß der Rechtsordnung als Rechtsbrecher — sein Ultimatum, innerhalb einer Woche acht Häuser freiwillig zu räumen, verstreichen lassen. So sehr das Ultimatum den Tatbestand der Erpressung erfüllte: wer sich nicht fügt, kommt in den Genuß der Mittel der staatlichen Gewalt, von Rausprügeln bis Strafverfahren, sowenig herrschte Unklarheit über dessen Zweckmäßigkeit. Im Unterschied zu Ganoven und Terroristen kalkuliert nämlich der Staat nicht mit dem *Willen* der Erpressten als was, wovon er abhängig wäre - weshalb auch nicht ein neues Ultimatum, sondern die ganze Latte des Einsatzes *seiner* Rücksichtslosigkeit die Folge war. Die Herren von der Politik, Justiz und Polizei wollten eine Klarstellung in Sachen *Gewaltmonopol* — und die haben sie nun in der Tat gehabt. Fügen sich die Leute freiwillig — gut —, tun sie es nicht, dann mißt sich die „Reaktion“ des Staates darauf nicht allein an dem Maßstab die beschlossene Räumung durchzuziehen. Nicht umsonst hatte der Senat Hausbesetzungen, Anti-Haigdemonstration und Friedensdemonstration samt der dort geworfenen Pflastersteine als Gewalt definiert, d.h. angekündigt, jede unbotmäßige Unzufriedenheit als Angriff auf sich mit aller „Härte“ zu beantworten. Der Berliner Senat wollte nicht allein seine Gewalt *praktizieren*, sondern *demonstrieren*. Deshalb keine „Nacht- und Nebelaktion“, um der Neuen Heimat ihre Häuser frei zum Abriß oder geschäftsmäßiger Sanierung zu servieren, sondern die große Ankündigung, daß allein die *freiwillige* Räumung der Häuser vor Folgen schützt. Diese Folgen waren so genau kalkuliert, daß man die Eltern ebenso wie die Schulen anwies, ihre Kinder aus den Räumungszonen rauszuhalten. Deshalb ist es auch keine lächerliche Show, sondern gehört dazu, wenn der Innensenator im Anschluß an die Räumung durch 17 Hunderschaften im geräumten Haus eine Pressekonferenz gibt in der Pose eines siegreichen Häuplings: „Ich (!!) kann mir nicht vorschreiben lassen, wann ich Gewalt anwende oder nicht“. Auch dies kein Eingeständnis der Gewalt und wer sie *hat* und *ausübt*. Im Gegenteil. So sicher ist der Staat sich der Legitimität seiner Gewalt, daß er sich die Freiheit nimmt, den Genuß ihrer freien Kalkulation öffentlich zur Schau zu stellen.

2

In Schöneberg ist im Gefolge dieser Demonstration der Staatsgewalt auf der Potsdamerstraße „ein junges Leben“ dahingegangen, wie sich der Christ und Bürgermeister von Weizsäcker auszudrücken beliebt. Na klar, daß *er* betroffen ist. Es war ja auch sein Befehl, der die Polizei mit der ganzen Rücksichtnahme auf den politischen Zweck der Demonstration der Zwecklosigkeit jedes Ungehorsam das „Risiko“ produzieren ließ, einen über die Klinge springen zu lassen. Und als Politiker kann er sich die Unverschämtheit leisten, sein Ergebnis in Ordnung zu finden. Mit der gebotenen offiziell vorgetragenen Trauer um ein Menschenleben, ein junges zumal, versteht sich. Daß einer abgekratzt ist, beweist, *wer* in letzter Instanz das Risiko hat: der Politiker mit der schweren Bürde seines Amtes. So tief nimmt die demokratische Politik ihre „Verantwortung“.

Das Parlament diskutiert Häuserräumung:

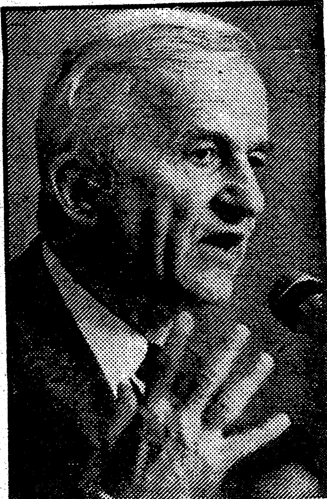
Vogel und v.Weizsäcker können sich wieder in die Augen sehen.



„Ich bin fassungslos, daß wir sehenden Auges in eine Konfrontation hineinlaufen, wo wir (?) von Emotionen überwältigt werden... Ihre Rede, Herr von Weizsäcker wird Haß auslösen ... bei der jungen Generation.“
(Vogel)

1

Herr Vogel ist fassungslos. Selbstverständlich nicht über die Ergebnisse der Politik, die schon mal leichenträchtig sind. Um dergleichen Mißverständnisse auszuräumen, hat er der Polizei zuvor für ihren Einsatz und ihre „Besonnenheit“ gedankt. Auch nicht über die politische Manier die Leiche, kaum ist sie erstarrt, als Mittel des parteipolitischen Machtkampfs zu nutzen. Mit dem Hinweis, daß das ganz unschicklich ist, hat er diesen schließlich genau so eröffnet. Weizsäcker, sein „Kollege“ hat ihn ebenfalls nicht aus der Fassung gebracht: Mit ihm über die Zweckmäßigkeit der Politik, die harten Kriterien der Effizienz zu streiten und *dabei* Punkte zu machen, ist sein Beruf als Oppositionspolitiker. Was Herrn Vogel fassungslos macht, ist die Fiktion, die er im Parlament in die Welt gesetzt hat — und an die er zuallerletzt glaubt. Sie lautet: *Weil* „wir“, CDU und SPD uns im Parlament streiten, gibt es die Unzufriedenheit und Proteste auf der „Straße“, und wenn wir schon nicht *Vorbild* sind, dann ist die „Konfrontation in dieser Stadt“ allzu verständlich. Der Sache nach ein schlechter Witz. Die SPD streitet mit der CDU um die „Berliner Linie der Vernunft“, womit die Abwicklung der „Hausbesetzerproblematik“ gemeint ist, und ausgerechnet der Streit um die *Effizienz* dieser Abwicklung soll der Grund des Ärgers bei den Besetzern sein. *Politisch* tauglich allerdings schon. Was billiger als eine Schuldzuweisung der Politik an sich selbst, die ihre Taten: gewaltsame Räumung plus Niederbügelung jedes Sichwehrens nicht nur aus der Schußlinie nimmt — noch mal ein Dank an die Polizei, da läßt *sich* die Politik nicht auseinanderdividieren —, sondern sie explizit zum Auftakt nimmt, an die *Verantwortung* der Politik zu gemahnen. Die sieht so aus: man diskutiert mit dem Landesjugendring, der Kirche und Stadtrat Orlowsky, stellt die Dialogfähigkeit der Politik und ihre Offenheit als *Angebot* heraus, was nun noch mal auf dieser Ebene klarstellt, wer von den Besetzern nicht mitmacht, ist nicht dialog*willig* und ...



2

Ein Politiker vom Range Vogels fängt freilich nicht vorm Parlament halb zu heulen an, um die demokratische Bewältigung, die ohnehin in den bewährten Methoden der „Berliner Vernunft“ besteht, zu befördern. *Sein* Beitrag zu ihr besteht darin, dies als Resultat der SPD erscheinen zu lassen. Das widerwärtige Pathos, das sich mit dem des v. Weizsäckers so herrlich ergänzt (v. Weizsäcker: „Als ich die Überschrift in der SPD-Zeitung las: 'Machtdemonstration: 1 Toter' wußte ich nicht mehr, wie ich Ihnen heute morgen in die Augen sehen sollte“), erlaubt ihm, erstens einen Mißtrauensantrag an den Berliner Senat zu stellen *und* zweitens ihn zurückzuziehen, wohl wissend, wie es um die Erfolgsaussicht desselben steht. Das ist eben politische *Moral*. Man stellt einen Mißtrauensantrag um die prinzipielle Nichtübereinstimmung mit dem Senat (Inhalt: war die Räumung jetzt nötig?) zu dokumentieren, zettelt einen Streit darüber an, befindet diesen Streit als verantwortungslose Gifterei, um im letzten Akt das Zurückziehen des Mißtrauensantrags als große Chance eines Neubeginns der „Berliner Vernunft“ zu feiern. Die SPD hat einen Punktsieg errungen, insofern die Absichtserklärung des Dialogs bestätigt, daß der neue Berliner Senat nun nichts als alte SPD-Politik macht. Wenn das das ganze moralische Geseiche und die Leiche nicht wert war!

Aus der „taz“ vom 22.9.81

Hübner an Gollwitzer

“Diesmal vertraue ich auf Sie“

Berlins Polizeipräsident Hübner hat sich wohl einen prominenten Paten ausgesucht, um seine Meinung über die in der Stadt anstehenden Auseinandersetzungen in die Öffentlichkeit zu bringen. Oder sollte Berlins oberster Polizist tatsächlich nicht gewußt haben, daß Prof. Gollwitzer derzeit gar nicht in der Stadt ist. Wir dokumentieren unten den offenen Brief Hübners an einen derzeit abwesenden Paten:

"Sehr geehrter Herr Prof. Golwitzer,
Ihren öffentlichen Erklärungen und Ihrem Verhalten muß ich entnehmen, daß Sie gewillt sind, junge Menschen, die fremde Häuser besetzt halten, darin zu bestärken, mit ihnen und anderen "Paten" gemeinsam Widerstand zu leisten, wenn sie aufgefordert werden, diese Häuser zu verlassen.
Ich stelle dazu fest, daß die Polizei keinen Anlaß hat, Häuser zu räumen. Hierzu sind lediglich die widerrechtlichen Benutzer aufgefordert. Allerdings ist die Polizei allein dazu befugt, Zwang anzuwenden, wenn dem Recht nicht anders Geltung zu verschaffen ist.
Machen Sie bitte deshalb den jungen Menschen, die auf Sie hören, klar, daß gemeinsamer Widerstand strafbar ist. Sie selbst werden ohnehin wissen, daß sich strafbar macht, wer durch seine 'Anwesenheit die zur Verteidigung der Hausbesetzung Entschlossenen in ihrem Verteidigungswillen mindestens bestärkt'. (So der Bundesgerichtshof).
Wirken Sie deshalb, so bitte ich Sie herzlich, in diesem Sinne auf unbescholtene junge Leute ein, sich nicht mit Ihnen gemeinsam dem Verdacht strafbarer Handlungen auszusetzen. Diesmal vertraue ich auf Sie.
Mit vorzüglicher Hochachtung
Klaus Hübner"

Offener Brief an den Polizeipräsidenten

Klar, daß *Ihnen* kein *Argument* in der Beurteilung von Hausbesetzung und Räumung einfällt. *Ihr* „Argument“ ist der Fingerzeig auf das Recht und die Drohung mit der Strafe. Und da das Recht nicht nur Hausbesetzungen nicht vorsieht, sondern diese *als* widerrechtliche Nutzung des Eigentums ausschließt, ist das einzige *Urteil*, das fällig ist, dem Recht Geltung zu verschaffen. Dies Urteil hat nicht die Wahrheit und deshalb die Gewalt auf seiner Seite. Diese ist *legitim*, weil Sie diese Gewalt „befugt“ ausüben. Von Mord kann keine Rede sein. Alles Nichterlaubte niederbügeln, ist schließlich Ihr *Beruf*. Daß die Existenz Ihres Berufes das Eingeständnis enthält, daß das Recht seiner gewaltsamen Sicherung bedarf, *weil* es die gewaltsame Beschränkung der Interessen an den Zwecken des Eigentums ist, braucht Sie, der Sie aus diesem Tatbestand Ihr Einkommen beziehen, wirklich nicht zu bekümmern. *Ihr* Argument ist der gelungene Polizeieinsatz, basta. Es ehrt Sie, daß Sie, der Sie qua Beruf die rechtsstaatliche Illusion täglich praktisch widerlegen es gäbe außer dem im Recht und Gesetz kodifizierten Dürfen und Nichtdürfen eine Berechtigung zu irgendwas, ohne Umstand und rhetorische Winkelzüge auf *die* Funktion der demokratischen Öffentlichkeit hinweisen: dem Gehorsam das *Wort* zu reden. Wenn schon einer im Amt eines Pfaffen oder Professors moralische Autorität genießt, hat er sich für die Gewalt des Rechts und sonst gar nichts einzusetzen. *Ehrlich*, wie Sie als Liebhaber der Gewalt zu sein sich erlauben, haben Sie für jedwedes „Verständnis“ für Hausbesetzer, das die Ansprüche der Rechtsordnung auch nur dem Schein nach *relativiert*, nicht das geringste übrig. Zu diesem Polizistenstandpunkt paßt die Arroganz, mit der Sie es verstehen, Gollwitzer mit Strafe zu drohen *und* in ihn „diesmal“ Ihr Vertrauen zu setzen. Was bilden Sie sich eigentlich ein, unbescholtene Bürger mit Ihrem Vertrauen zu belästigen? Daß Sie in der Gönnerpose auftreten: nur in unbedingter Staatstreue moralische Autorität zu gebrauchen, verdanken Sie Ihrer Autorität die allein in den Gewaltmitteln, die Sie befehligen, gründet und mit Ihrer *hochgeachteten* Person einen Dreck zu tun hat. In diese Vertrauen zu setzen, verlangt schon einen Fanatiker der Gewalt.

MARXISTISCHE GRUPPE

Berliner Ideologien zur Berliner Polizei



Berliner Ideologien über die Polizei gleichen sich darin, daß sie von den politischen Zwecken der Polizeieinsätze absehen und diese an den eigenen *Ordnungsvorstellungen* messen, ganz so, als hätte die Polizei ausgerechnet diesen gerecht zu werden. Weil man die staatliche Gewalt — wenn überhaupt — einzig im Auftreten der Polizei zu entdecken gewillt ist, kommt der Staat durch die Bank gut weg, Die Polizei ist immer ein zuviel oder zuwenig, ein Monster oder der arme Prügelknabe. Und im Prinzip sind diese Urteile der Polizei ebenso wie dem Staat durchaus recht.

1. Unnötige Härte, zuviel des Guten, was man daran sehen kann, daß auch Journalisten eine über die Birne bekommen, Leichen sind nicht gerade eine Zierde für die Demokratie.

An dieser Kritik erkennt man den demokratisch *reifen* Bürger. Sie gilt als *liberal*. Bisweilen kann man sie der Berliner Abendschau und dem Tagesspiegel entnehmen, und man findet sie als geachtete Minderheitenmeinung sogar in der CDU. *Reif* ist diese Kritik darin, daß sie prinzipiell keinerlei Probleme mit der Existenz dieses Gewaltapparats hat, nicht minder mit den *Aufträgen*, die dieser Verein exekutiert. „Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung" ist der Globalzweck, den man diesem Verein andichtet — wobei man im Sirenengeheul, Schlagstock- und Wasserwerfereinsatz, Stürmen bewohnter Häuser, erkennungsdienstlichen Behandlungen und Abliefern von Demonstranten beim Schnellrichter *keine* Ruhe- und Ordnungsstörung entdeckt. Das geht „in Ordnung". Zu erschrecken erlaubt sich der reife Bürger, wenn Tränengasbomben auf singende junge Menschen beim Trauern in der Potsdamerstraße geworfen werden und die Polizei demonstrativ scharf an den Leuten vorbeifährt. Wenn es eine Leiche gegeben hat. Wenn schwerbehinderte Passanten verprügelt werden, die zufällig und ohne Demonstrationsabsicht in die Fänge der Polizei geraten sind. Wenn es an der Gewalttätigkeit dieses Vereins als Übermaß keinerlei Zweifel gibt. „Muß das denn sein?" Eine Frage, die keine ist. Ausgerechnet wo das Auftreten der Polizei die idyllische Fiktion der Ruhe- und Ordnungsstiftung praktisch widerlegt, mißt sie der Bürger an seinem Maßstab. Weshalb er auch nicht auf die Polizei schimpft, sondern *sich* daraus ein Gewissen macht. Der eine hat es „verdient", weil Demonstrant, der andere nicht, weil Passant, gerade so, als wäre die höchstpersönliche *eigene* Zustimmung zur Gewaltausübung der *Grund* für das Vorgehen der Polizei. Man sucht sich Argumente für das „gerechte" Zuschlagen der Polizei. Nicht zufällig sehen diese Argumente immer so aus, wie die Politik die Kritik erlaubt. Und wenn abends der Polizeipräsident im Fernseher erzählt, daß die Polizei 40 Stunden Dienst gehabt hat und solche „Fehler" „verständlich" sind, ist der reife Bürger wieder ganz mit seiner Polizei *versöhnt*.

2. Dergleichen Polizeieinsätze sind aus dem Zweck, für Ruhe und Ordnung zu sorgen, nicht mehr verständlich. Hat die Demokratie das nötig, so durchzugreifen? Das provoziert auch nur die andere Seite und ist letztlich auch nicht effektiv.

Das Attribut „reif" muß auch diesem Bürger zugesprochen werden. Er fühlt sich insgeheim in der Haut des Polizeipräsidenten persönlich. Sein Kriterium, das Auftreten der Polizei zu beurteilen, entdeckt Gewalt genau dort, wo *er* sie für überflüssig befindet. Von jeder Empörung gereinigt, hat er seine Kritik um den Gesichtspunkt der staatlichen *Notwendigkeit* erhärtet. Da mag er sich schlau vorkommen — falsch ist es trotzdem. Erstens messen sich Polizeieinsätze nicht an seiner Vorstellung von „Ruhe und Ordnung", sondern allein an dem zu exekutierenden Zweck der Politik, *der* die Notwendigkeit setzt. Der politische Zweck der Räumung war, das Exempel zu statuieren, daß die „Tolerierung" von Hausbesetzungen einschließt, jeder angekündigten Räumung freiwillig und ohne jeden Anspruch auf das Drinbleiben Folge zu leisten. Ferner die Klarstellung, daß das Festhalten an Protest und Demonstration dabei den Tatbestand des Landfriedensbruchs erfüllt. Zweitens ist dieser Zweck eben darin „effektiv" realisiert, wenn die Hausbesetzer die ganze Härte dieses Zwecks zu spüren bekommen. Dabei einen falschen zu erwischen oder eine Leiche zu produzieren, gehört zur Rücksichtslosigkeit der Zwecksetzung und ist immerzu als „Risiko" einkalkuliert. Drittens: der Maßlosigkeit dieses staatlichen Zwecks entspricht das Drauflosdreschen der Polizei. Als staatsbeauftragte Gewalttäter haben sie dafür alle Mittel der Eskalierung im Schuppen stehen. Diese zu kombinieren plus die Gefügigkeit der Hinausgeräumten zu kalkulieren plus die freie Abwägung zu machen, ob man an diesem Abend mittels einer Verkehrsleitung die Mahnwache toleriert oder sie als unangemessene Demonstration mit Tränengasbomben vertreibt und die Listen der Staatsanwaltschaft komplettiert, nennt man *Taktik*. Viertens: „Provokation der anderen Seite" ist, wenn überhaupt, Bestandteil der Taktik, insofern sich die Polizei die Freiheit nimmt, durch ihr Verhalten Gründe zum Zuschlagen zu „provozieren". Zuallerletzt ist „Provokation" eine Angelegenheit, die die Polizei vermeiden will. Im Unterschied zum Kritiker lügt sich die Polizei nämlich nicht vom Tisch, daß ihr Auftrag ein gewaltsamer ist und per definitionem die geräumten Besetzer „provoziert". Und genau dafür, für das Brechen jeder Form der Gegenwehr, *hat* sie ihren Gewaltapparat.

3. Die Eskalation der Gewalt, das Drauflosdreschen der Polizei schafft soviel Wut bei den Betroffenen, daß sie „nun" zur Gewalt neigen, auch wenn sie während der Räumung „die Zähne zusammengebissen haben".

Den entscheidenden Unterschied der Polizei von einer Schlägerbande unterschlagen diese Kritiker geflissentlich. So wenig irgendeine Zeugenaussage zusammengeprügelter Demonstranten über die Brutalität der Polizei anzuzweifeln ist, so wenig stellt der Vorwurf der Brutalität der Polizei eine ausreichende *Kritik* dar. Was soll sie denn sonst schon sein als Gewalt und Brutalität? Merkwürdigerweise fassen „die Betroffenen" diese Auskunft als Verharmlosung auf. Der Grund liegt darin, unbedingt für ihre Gegnerschaft eine Berechtigung finden zu wollen, und diese dann in der Brutalität zu finden. Damit relativieren sie die Gründe *ihrer* Unzufriedenheit: erstens schaffen sie es, das, was der Staat tut und vorhat, fein säuberlich zu trennen von der polizeilichen Ausführung, die sie als brutale Auswüchse geißeln — so als hätte ihre Empörung nicht im Agieren des Staats genügend Grund. Zweitens reflektieren sie auf die Erlaubtheit ihrer Kritik im geltenden Recht so, daß sie sich von ihm Rechtfertigung auferlegen lassen. Die gefundene Berechtigung: die Auswüchse der Polizei, lebt davon, gegen den Staat mit eigenen Vorstellungen über das, was rechtens sei und woran der Staat sich eigentlich halten müßte, zu argumentieren. Die Probleme, die sich beim Barrikadenbau und Pflastersteinwerfen einstellen, sind nicht etwa, ob es das bringt und ob man sich nicht zum Idioten von Polizei und Justiz macht und dabei seine Gesundheit und bürgerliche Freiheit aufs Spiel setzt — sondern ob es sich dabei schlußendlich nicht selbst um *Gewalt* handelt, die man dann ausgerechnet gegenüber der Staatsgewalt damit rechtfertigen will, daß doch angesichts *deren* Auftreten diese menschlich verständlich sei. Oder man kritisiert sie an sich, indem man die eigene „Wut" als *Produkt* des Polizeieinsatzes entschuldigt. Die Polizei ihrerseits, wird zur „Horde" ohne Auftrag, Grund und Zweck und der Staat selbst bleiben von der Kritik verschont. Pfaffen und Paten wirken an dieser Verharmlosung der Staatsgewalt durch ihre Psychologisierung in Gestalt der Fiktion immerzu schlägern-wollender Polizisten kräftig mit.

4. Die Polizei soll ordentlich zuschlagen. Es muß gezeigt werden, daß sich das nicht gehört und überhaupt unter Adolf hätte es das nicht gegeben.

Eine unbedingt staatstreue Position, weshalb die Herren von der Politik sie immer im Munde führen, um zu zeigen, daß erstens jede Kritik an dem Polizeieinsatz plus Leiche sich verbietet, weil das Volk eigentlich noch mehr „verlangt", zweitens man selbstverständlich noch ganz anders kann. Unreif, weil diese Bürgermeinung, bevorzugt gehegt von der Springerpresse, so tut, als könnte man für die eigene Botmäßigkeit, die einem außer dem Lob des eigenen Anstands überhaupt nichts bringt, „wenigstens" verlangen, daß der Staat allen, die sich etwas herausneh men, was sich nicht gehört, „ordentlich" ein draufgibt. Der Staat, der nicht gehorcht, son dern befiehlt, zieht sich diesen Schuh nicht an *Ihn* ficht allein die Infragestellung seines Ge waltmonopols an und was er als diese zu de finieren beliebt. Bravheit — gut und recht, Fleiß und Unterwürfigkeit ebenso. Solange die Ge horsam sind und schaffen gehen, die nach sei ner Stärke rufen, erlaubt er sich, all die Unzu friedenheit, die seine Maßnahmen hervorrufen ihren Gründen nach zu ignorieren, ihre Äus serung auf ihre Rechtmäßigkeit hin zu überprü fen und Justiz und Polizei damit zu beschäfti gen. Für *ihn* selbst ist das ganze ein „Problem" das seiner umsichtigen Bewältigung und Ver antwortung bedarf — und immer nur *eines* beweist, wie *nötig* doch der Staat für „Ruhe und Ordnung" ist.

ALTERNATIVE KONFLIKTBEWÄLTIGUNG

Während acht Häuser geräumt wurden, anschließende Demonstrationen der Polizei niedergeknüppelt wurden und die Staatsgewalt über ihre menschenfreundlichen Absichten bezogen auf die Hausbesetzer aufs deutlichste Auskunft gab, kämpfte der „parlamentarische Arm der Bewegung", die AL, im Parlament. Der Stätte ihres Wirkens wurde sie vollends gerecht. Weder fiel eine Kritik an den staatlichen Zwecken der Häuserräumungen noch an den Polizeieinsätzen anders, denn als *Werbung* für eine *gute* Politik. *Schuld* hat sie an der Politik entdeckt — und *Konzeptlosigkeit*. Beides Vorwürfe, die die Politik vor ihrer Ausübung in Schutz nimmt. Dieser Senat, nein, dieser Innensenator, genießt nicht mehr das *Vertrauen* — ergo einen Mißtrauensantrag. Begründung: „Der CDU-Minderheitssenat hat mit der Räumung zwei Tage vor der Abgeordnetenhaussitzung, auf der er — mit dem Fehlen eines Gesamtkonzepts für die besetzten Häuser — seinen wohnungspolitischen Bankrott hätte erklären müssen, das Parlament ausgeschaltet." (Berlin extra). Die Räumungen waren „unnötig, eilfertig, provozierend" (M.Jänicke), H.Lummer



Lummer im geräumten Haus

habe „aus niederen Motiven und Herrschsucht" gehandelt, sich „wie ein Elefant im Porzellanladen sozialer Probleme" aufgeführt, es handele sich um „Kraftmeierei und Feldherrenmanier" sowie „Geschmacklosigkeit", kurz Lummers Verhalten sei „ein politischer Skandal" (Rabbatsch).

Es erscheint fast lächerlich, wenn die AL angesichts des eindeutigen und offensiv verkündeten Zwecks der Räumungen — nicht nur die Klarstellung, daß sich gegenüber der Gewalt des Senats jeder Widerstand verbietet, sondern auch die Demonstration der Zwecklosigkeit jeden Widerstands gegenüber der Staatsgewalt — diese zur Verzweiflungstat eines konzeptlosen Senats erklärt. Doch paßt es darin ausgezeichnet zu dem freundlichen Urteil, die Räumungen und Polizeieinsätze verdankten sich dem schlechten Charakter des Herrn Lummer. Fällt denn den Leuten der AL nicht auf, daß sie es damit lässig schaffen, den politischen Zweck und die Zweckmäßigkeit der Räumungen zu bestreiten und einen munteren Streit anzuzetteln über die Politikerfähigkeiten eines H.Lummer? Räumungen gibt es ja wohl nicht erst seit dem Zeitpunkt, da H.Lummer „niedere Motive" als Innensenator austoben kann! Und es mag ja sein, daß Räumungen nach einer Aussprache im Parlament den AL-Vertretern Lummer als glaubwürdigeren Politiker hätten erscheinen lassen, geändert an der Freiheit der politischen Entscheidungen des Senats und der Verfügung über die Mittel zu ihrer Durchsetzung hätte es nichts.

Mit der Stellung ihres Mißtrauensantrags demonstriert die AL nur eins: wie sehr sie sich auf die demonkratische Tour des Umgangs mit Unzufriedenheit mit der Politik versteht. Unzufriedenheit mit den Räumungen gilt als Unzufriedenheit mit der Person Lummer, die den Posten des Innensenators innehat, und entzieht so das Amt, das einem Lummer Entscheidungsbefugnis über Macht verleiht, jeglicher Kritik. Das Auswechseln eines Innen- oder Bausenators ist in der Demokratie nicht nur vorgesehen, es ist die Form der Widerherstellung der Glaubwürdigkeit der Politik — der Bürger kann dem neuen Mann im Amt wieder sein Vertrauen schenken. Die ganze Aktion lebt von der Lüge, als würde sich an den Zwecken der Politik wie an ihrer Durchführung irgendetwas ändern, wenn statt Senator X SenatorY im Amt ist. Dieser billigen Art, Unzufriedenheit politisch zu bewältigen, hat sich die AL als oppositioneller Politik verschrieben. Gesteht die Politik ein, einen *Fehler* gemacht zu haben, indem sie die Person auswechselt, ist die Glaubwürdigkeit derselben wiederhergestellt. Abgesehen davon, daß es den Hausbesetzern herzlich gleichgültig sein kann, ob ein Lummer oder ein sonstwer die Räumungen mit der Kalkulation sämtlicher „Risiken" von Leib und Leben der „Betroffenen" befehligt — allein den *Schein* einer Änderung der Zwecksetzung durch die Personenauswechselei in die Welt zu setzen, ist eine gewollte Irreführung. Dabei ist die AL realistisch genug, um zu wissen, daß der Mißtrauensantrag scheitert, weil die Gemeinsamkeit der Demokraten in Sachen Polizeieinsätze mit einem Dank an die Polizei beginnt. So kommt ihre Bemühung um Glaubwürdigkeit höchst ordnungspolitisch gedacht daher. Die Politik schadet sich nur selbst, wenn sie den Empfehlungen der AL nicht folgt. Nach ihrer Ansicht hat Lummer „den inneren Frieden der Stadt" gestört, und M.Jänicke „warnte zugleich vor einer Zunahme der Zahl der Sympathisanten gewalttätiger Organisationen" und „beschuldigte Lummer, die Hoffnungen junger Menschen und die vorhandene Dialogbereitschaft zerstört zu haben" (FR). So verrückt ihr Urteil ist, der Staat müßte sich eigentlich von der „Dialogbereitschaft" abhängig machen, so berechnend ist ihre Selbstdarstellung als jemand, der mit der Jugend kann: „Ruhe und Ordnung" käme bei *ihrer* Mitwirkung wohl zustande. Womit sich die AL nun wirklich nicht mehr vorwerfen lassen braucht, sie entzöge sich der „Gemeinsamkeit der Demokraten."

Impressum:
v. i. S. d. P.: L. Fertl, Heßstr. 82
8000 München 40